

(94(477))
У 45

Україна та розвиток громадянського суспільства після 2004 року

МАТЕРІАЛИ

українсько-німецької наукової конференції

Die Ukraine und die Entwicklung ihrer Zivilgesellschaft nach 2004

BEITRÄGE

zu einer ukrainisch-deutschen Tagung



DAAD

Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service

63.3 (4Ukr)
У 45

Україна та розвиток громадянського суспільства після 2004 року
Матеріали українсько-німецької наукової конференції

Die Ukraine und die Entwicklung ihrer Zivilgesellschaft nach 2004
Beiträge zu einer ukrainisch-deutschen Tagung

Видавці

Сергій Луканюк / Карола Зьоллер / Томас Вюнш

Herausgeben von

Serhij Lukanjuk / Carola Söller / Thomas Wunsch

Бібліотека Тернопільського
національного педагогічного
університету ім. В. Гнатюка



848028



DAAD

Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service

ББК 63.3(4Укр)+66.0

У45

Матеріали українсько-німецької наукової конференції «Україна та розвиток громадянського суспільства після 2004 року» – Тернопіль 2010 р. – 168 с.

Beiträge zur ukrainisch-deutschen Tagung «Die Ukraine und die Entwicklung ihrer Zivilgesellschaft nach 2004» – Ternopil 2010 – 168 S.

ББК 63.3(4Укр)+66.0
У45

ISBN 978-966-308-360-5

© ТНПУ ім.В.Гнатюка, 2010

© ТзОВ «Видавництво Астон», верстка, 2010

VORWORT

von Thomas Wünsch

Die hier vorgelegten Beiträge entspringen einer Konferenz, die am 10. und 11. Dezember 2009 an der Nationalen Pädagogischen Universität Ternopil (Ternopil's'kyj nacional'nyj pedagogičnyj universytet) stattgefunden hat. Diese Konferenz wiederum verdankt sich einem Projekt, das im Rahmen des DAAD-Sonderprogramms „Unterstützung der Demokratie in der Ukraine“ veranstaltet wurde. Das Projekt umfasste nicht nur den akademischen Teil einer wissenschaftlichen Konferenz, sondern enthielt zudem stärker praxisorientierte Teile: Besuche bei Gebiets- und Stadtverwaltungen, bei lokalen NGOs und politischen Bewegungen. Im Hintergrund stand die Überlegung, dass sich ein Phänomen wie „Zivilgesellschaft“ nur sehr unzulänglich auf einer rein theoretischen Ebene verstehen lässt – zumal dann, wenn es um den Transfer von Erkenntnissen über eine (die eigene) Gesellschaft hinausgeht. Die Internationalität und die – in jedem Sinn positiv bewertbare – Fremdheit, die beim Blick auf die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in der Ukraine, aber auch in Russland, Weißrussland und Rumänien zutage treten, fordern einen komplexen Zugang heraus. Der Versuch, Beispiele für zivilgesellschaftliche Praxis mit historischen und theoretischen Reflexionen zu verknüpfen, sollte dem Rechnung tragen. Die Referenten der Tagung, deren Beiträge hier präsentiert werden, spiegeln in ihren Biografien und den gewählten Themen diese Verschränkung von Theorie und Praxis wider.

Das Anliegen der Tagung war es, fünf Jahre nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine die Frage nach der Entwicklung von Zivilgesellschaft in diesem Land – und in seiner östlichen Nachbarschaft – zu stellen. Auch wenn die ukrainische „Revolution“ nicht alleine steht, und man inzwischen von mehreren „farbigen“ Revolutionen spricht, steht doch außer Zweifel, dass sich gerade hier, in der Ukraine, etwas Besonderes ereignet hat: Nicht nur, weil die Ukraine durch die EU-Osterweiterung zu einem direkten Nachbarn der EU selbst geworden ist; zum ersten Mal dürfte es einer ganzen Generation in Deutschland (und anderen Ländern) klar geworden sein, dass das, was man bisher vielleicht als Teilgebiet aus der Erbmasse der Sowjetunion wahrgenommen hat, sehr intensive und geschichtlich reiche Verbindungen mit dem „Westen“ besitzt. Es geht nicht so sehr um die möglicherweise überbetonte Differenzierung innerhalb der Ukraine in einen westlichen und einen östlichen Teil; diesen Topos hat die polemisch überzeichnende, historisch aber nicht abwegige Rede von den „zweiundzwanzig Ukrainern“ mehr oder weniger desavouiert. Was sich im Gefolge der „Orangen Revolution“ als zukunftsweisend herausstellt, sind zum einen die umfassenden, nicht mehr revidierbaren Verschiebungen im Gefüge der ukrainischen Gesellschaft selbst, und zum anderen die gewandelten Kontakte zum Ausland. Umfang und Intensität der Extroversion der Ukraine haben substanziell zugenommen, und das erklärt wiederum, dass das Interesse von der anderen, ausländischen Seite an der

Ukraine so sehr gestiegen ist. Fremdwahrnehmung und die Bereitschaft, sich wahrnehmen, erkunden zu lassen, bedingen einander – und das ist nicht zuletzt der Grund dafür, warum eine Veranstaltung wie die hier dokumentierte abgehalten werden konnte.

Dahinter stehen auch Personen. Motor des ganzen Projekts und gleichzeitig umsichtigster Organisator war Mag. Serhij Lukanjuk, in seiner Eigenschaft als Leiter des International Office zuerst an der Universität Ternopil und dann an der Universität Czernowitz/Černivci. Ohne seine Gabe, Wissenschaftler wie Universitätsleitungen gleichermaßen in Bewegung zu bringen, wäre auch die Tagung nicht zustande gekommen. Von der Seite der Universität Passau als dem direkten Kooperationspartner war es Carola Söller (Dipl.-Kulturwirtin), die von der Feingliederung der Konzeption bis zur Rekrutierung der Referenten die wichtigste Rolle innehatte. Der Rückenwind an Interesse und Sympathie für das Vorhaben, der sowohl von der Universität Ternopil wie von der Universität Passau in Person ihrer Rektoren zu spüren war, hat das Unternehmen beflügelt. Für die Passauer Seite ist es keine Eintagsfliege; schon seit einigen Jahren werden hier wissenschaftliche, lehrrrelevante und praxisbezogene Aktivitäten zu ukrainischen Themen gebündelt (anzusehen unter: www.phil.uni-passau.de/geschichte_osteuropa/Ukrainestudien/index.html). Die hier in ihren Ergebnissen dokumentierte Veranstaltung, die neben Ternopil auch die Nationale Universität Czernowitz (Černivec'kyj nacional'nyj universytet) als Mitveranstalter besaß, markiert einen Eckstein in einem größeren Gebäude: in einem von wissenschaftlichen und persönlichen Verbindungen getragenen Austausch zwischen Deutschland und der Ukraine, soweit das Dach der Universität als „Haus der Weisheit“ reicht. Dem DAAD als derjenigen Einrichtung, die ein tragfähiges Fundament dafür bereitgestellt hat, sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich gedankt. Dass die Tagung in wesentlichem Umfang von Nachwuchswissenschaftlern bestritten wurde, garantiert den Schwung für zukünftige Projekte.

EINFÜHRUNG

„Zivilgesellschaft“ – Vom Nutzen und Nachteil eines Universalkonzepts

Thomas Wunsch

Ereignisse wie die „Orange Revolution“ in der Ukraine im Winter 2004/05 führen handgreiflich vor Augen, was „Zivilgesellschaft“ alles vermag und welche Bedeutung sie im politischen Leben besitzt. „Zivilgesellschaft“, so hat es den Anschein, kann den starken Arm von Institutionen aushebeln und an den etablierten staatlichen Strukturen vorbei für die Umsetzung des „Gemeinwohls“ (*bonum commune*) sorgen. Indem – wie im Fall der Ukraine – auch „Gerechtigkeit“ (z.B. gegenüber Wahlmanipulationen) bzw. Verbesserungen im gesamtstaatlichen Ausmaß („Reformen“) mit „Zivilgesellschaft“ verbunden werden, erhält dieses Phänomen auch eine utopische, fast metaphysische Komponente: Das ur-menschliche Bedürfnis nach Wahrheit und Gerechtigkeit wird befriedigt, die Harmonie im sozialen Makrokosmos „Gesellschaft“ erscheint greifbar. „Zivilgesellschaft“ wird zum Zauberwort, das die von der Bevölkerung geforderte, aber von den Herrschenden verweigerte „Good Governance“ durchsetzen kann.

Doch ist die Eindeutigkeit, die sich damit verbindet, täuschend. Denn das Sprechen über „Zivilgesellschaft“ offenbart sehr unterschiedliche Verständnisweisen. Der Sprachgebrauch im Fall der Ukraine legt nahe, „Zivilgesellschaft“ als Synonym für eine breite oppositionelle Bewegung zu verstehen; gewissermaßen eine „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) mit Volkscharakter. Die sich bei einem solchen Verständnis einstellende Eigendynamik zielt fast notgedrungen darauf ab, „Zivilgesellschaft“ als Motor für Demokratie, für die Wahrung von Grundrechten, die Verwirklichung ethischer Postulate, für politische Autonomie usw. zu verstehen, angesichts offenkundig korrupter¹ oder anderweitig maligner (im Sinne der antiken Theorie: „tyrannischer“) Staatswesen. Aber ist es das – oder nur das –, was wir meinen, wenn wir von „Zivilgesellschaft“ sprechen? Und gewährleistet ein solcher Sprachgebrauch auch die Verständigung mit anderen Ausformungen von „Zivilgesellschaft“, die nicht an zeitgenössischen Beispielen aus dem östlichen Europa gewonnen wurden? Daraus resultierend: Wie steht es um die Legitimität des Begriffsgebrauchs? Droht angesichts seiner massenhaften Verwendung eine Abnutzung und damit Wertminderung des Begriffs? Und nicht zuletzt: Wie passen (bisherige) Theorie und (neu zu artikulierende) Praxis zusammen?

Der Begriff der „Zivilgesellschaft“ ist, soviel steht fest, nicht nur hochaktuell, sondern auch uralt und mit zahlreichen Inhalten aufgeladen. Das Konzept selbst wird seit den 1990er Jahren europaweit verstärkt diskutiert² und

¹ Zur Korruption in der Ukraine vgl. hier nur VIKTOR TIMTSCHENKO: Ukraine. Einblicke in den neuen Osten Europas, Berlin 2009, S. 136ff.

² Zuvor, in den 1980er Jahren, waren es die intellektuellen Zirkel vornehmlich in den Staaten des östlichen Europa; auch dies freilich ist nur eine von mehreren Stufen des Diskurses allein im 20. Jahrhundert. Vgl. die Literaturliste bei CHRISTIAN BOULANGER: „Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der

spielt in den entsprechenden Fachsegmenten der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Geschichte bzw. Zeitgeschichte eine gut sichtbare Rolle. Auch damals waren es Anstöße aus laufenden realpolitischen Vorgängen – sprich: die Wende(n) von 1989/90/91 –, die der Theoriebildung auf die Sprünge geholfen haben.³ Das bedeutet immer eine besondere Belastung für die Begriffsentwicklung: Einerseits dienen ja Begriffe wie dieser in der laufenden Diskussion der *politischen Standortbestimmung*; sie wollen Assoziationen wecken und tragen zur politischen Willensbildung im weiteren Sinn, zur Lagerbildung im engeren Sinn bei. Begriffliche Schärfe ist dabei kein Ziel, eher noch das Gegenteil: bewusste Unschärfe, um eben politisch mobilisierend wirken zu können. Andererseits geht es der *Wissenschaft* (hier vor allem: den Sozialwissenschaften) immer auch um die Fertigung eines brauchbaren analytischen Werkzeugs; d.h. der Begriff wird hier gerade nicht aufgrund seiner Ungenauigkeit geschätzt, sondern weil er das Verständnis paralleler (gegenwärtiger und vergangener) Phänomene zu erleichtern vermag. Daraus ergeben sich Kommunikationsprobleme, die man vielleicht nicht lösen, aber doch eingrenzen kann.

Dem gelten die folgenden Bemerkungen. In sechs Punkten soll eine Verständigungsbasis geschaffen werden, die Geschichte und Politik zusammenbringt:

1. „Zivilgesellschaft“ als Begriff gibt es seit der griechischen und römischen Antike, ohne dass die reiche Forschung hierzu rekapituliert werden könnte. Sieht man lediglich auf das, was sich davon über die Zeiten erhalten hat, dann stößt man vor allem auf einen Punkt: auf das Grundverständnis, dass es sich bei *societas civilis* (oder ähnlichen Wendungen) um einen Bereich des sozialen Lebens handelt, der von der Sphäre des Hauses und der Familie, d.h. dem eigentlichen Privatbereich abgegrenzt ist, ohne mit dem staatlichen Akteur identisch zu sein. Es geht also um eine Form von Öffentlichkeit; fragt sich nur, um welche.

2. Die für uns heute so schlagende Konnotation von „Zivilgesellschaft“ als Gegenpol zu Staat bzw. zur Zentralgewalt (die in früheren Zeiten, etwa dem Mittelalter, auch die Kirche sein konnte), beginnt mit dem Übergang zur Neuzeit. Auch wenn die Forschung die Reihe der „geistigen Väter“ der „Zivilgesellschaft“ zumeist erst mit John Locke (1632-1704), d.h. mit der Idee des Sozialvertrags, beginnen lässt, lassen sich im östlichen Europa noch frühere Stufen erkennen: Einerseits der Laientheologe Petr aus dem südböhmischen Dorf Cheltschitz/Chelčice im 15. Jahrhundert (Petr Chelčický, ca. 1380-1460)⁴;

Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik, in: Berliner Osteuropa Info 13 (1999), S. 14-18.

³ Vgl. hier nur HELMUT FEHR: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996; WINFRIED THAA: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimationskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996.

⁴ Vgl. THOMAS WÜNSCH: Weder Papst noch Konzil: Der „Postkonziliarismus“ des Petr Chelčický als neue Kirchenlehre im 15. Jahrhundert, in: Acta Mediaevalia 22 (FS Mieczysław Markowski), Lublin 2009, S. 391-411.

andererseits der polnische Humanist Andrzej Frycz Modrzewski (lat. Modrevius, ca. 1503-1572) im 16. Jahrhundert⁵. Was beide verbindet, ist der Versuch, erstmals gegen Kirche bzw. Staat einen eigenen sozialen („öffentlichen“) Raum zu behaupten. Eine tiefgehende Skepsis gegenüber der Zentralgewalt und ihren Institutionen drückt sich hier aus; komplementär ergänzt von der anderen Seite her durch eine Forderung nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung der Individuen. Die Selbstverständlichkeit der Unterordnung unter eine – formal legitime – Obrigkeit wird zum Problem; man könnte auch sagen: der (später) von Thomas Hobbes (1588-1679) identifizierte „Leviathan“, also der zwar frieden-stiftende aber zugleich autonomie-beschneidende Staat, gerät unter Beschuss. Er wird zum partiellen Rückzug aufgefordert, zur Abstinenz in Teilen des sozialen Lebens, nach denen er bereits seine Arme ausgestreckt hat. Es ist klar erkennbar, dass sich schon zu Beginn der Neuzeit ein Verständnis von (Zivil)Gesellschaft herausgebildet hat, das diese als unabhängigen Kosmos begreift, losgelöst vom Staat.⁶ In den Grundzügen ist hierin bereits dasselbe Kritikpotential vorformuliert, das dann die Aufklärung – etwa in der Gestalt Immanuel Kants (1724-1804) – vortragen wird.

3. Seit der Aufklärung ist eine Art Paradigmenwechsel zu beobachten. Es geht nun nicht mehr um die Ständegesellschaft, sondern um die *Bürgergesellschaft*, was auch einen Schub bei der Begriffsentwicklung implizierte. Das englische „civil society“ lässt sich im Deutschen auch mit „Bürgergesellschaft“ übersetzen, und in der Tat hat man das Bürgertum als die entscheidende Voraussetzung und Komponente von „Zivilgesellschaft“ angesehen. Wenn, dann wäre dies der systematische Ort, an dem „Zivilgesellschaft“ mit der Idee des „freien Marktes“ zusammengeht. Kehrt man das Beziehungsgefüge um, dann scheint klar, dass planwirtschaftliche Verhältnisse (wie in den Staaten des Kommunismus) keine „Zivilgesellschaft“ aufweisen konnten.⁷ Die Politologie spricht sogar von „non-civil society“⁸, was bedeutet, dass die post-kommunistischen Staaten erst einmal eine Transformation durchmachen müssten, um überhaupt imstande zu sein, eine „Zivilgesellschaft“ ausbilden zu können. Tatsächlich ist es ein Disputandum, ob es „Zivilgesellschaft“ ohne Bürgertum geben kann. Verneint man diese Frage – wie es der Großteil der klassischen Forschung tut (E. GELLNER u.a.)⁹ –, dann gelangt man automatisch zu der Annahme, dass es „Zivilgesellschaft“ eigentlich nur in (West-)Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika geben kann;

⁵ Vgl. THOMAS WÜNSCH: Die Geburt des Gemeinwohls aus dem Geist der Bürgergesellschaft. Zur Bedeutung von *respublica* in der politischen Theorie des Andreas Fricius Modrevius (ca. 1503-1572), in: FS Roman Maria Zawadzki, hrsg. von JACEK URBAN, Kraków 2006, S. 653-673.

⁶ Anders JOHN A. HALL, FRANK TRENTMANN: *Civil Society. A Reader in History, Theory and Global Politics*, Houndmills, New York 2005, S. 1-25, hier S. 2, die diese Wendung erst im 18. und 19. Jahrhundert sehen.

⁷ Vgl. *Civil Society. Challenging Western Models*, hrsg. von CHRIS HANN und ELIZABETH DUNN, London 1996, S. 1.

⁸ JERZY MAĆKÓW: Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Rußland und der Ukraine, Freiburg 2004, S. 237ff.

⁹ Vgl. den Literaturbericht bei MAĆKÓW (wie Anm. 8), S.40ff., mit Verweis v.a. auf Richard Pipes und Ernest Gellner.

nur dort begegnet man schließlich der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Analog bedeutet das für die post-kommunistischen Transformationsländer, dass sie erst einen Prozess der Verwestlichung durchlaufen müssten, um von dem Paradigma erfasst zu werden.¹⁰

4. Hätte man in der Forschung öfter und intensiver auf das östliche Europa gesehen, wären solche Verbindungen, die zur Tautologie neigen und stark normativ aufgebaut sind, vielleicht vermieden worden. Tautologisch ist es, eine mit demokratischer politischer Kultur verkoppelte „Zivilgesellschaft“ als Fundament für Demokratie zu postulieren¹¹; und die normative Setzung eines westlichen Systems als Fluchtpunkt für die Entwicklung nicht-westlicher Systeme arbeitet sowohl mit einer Kultur- und Werthierarchisierung wie mit einer Idealisierung eben dieses Westens¹². Hier erweist es sich als hinderlich, dass das Begriffsverständnis von „Zivilgesellschaft“ lange nicht in einem methodisch breiteren Rahmen entwickelt worden ist. Das geschieht erst seit wenigen Jahren; die erste Publikation zu „Zivilgesellschaft“ unter substantieller Einbeziehung Osteuropas stammt aus dem Jahr 2000.¹³ Wie wichtig diese Horizonterweiterung ist, zeigt wieder die politische Praxis: Denn wir sehen am Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Ukraine, mit Weißrussland (und vielleicht auch Estland und Georgien) gerade in solchen Ländern eine „Zivilgesellschaft“ in Aktion, in denen es – nach der bürgergesellschaftlichen Theorie – eigentlich gar keine „Zivilgesellschaft“ geben dürfte (jedenfalls solange der Transformationsprozess dort nicht abgeschlossen ist). Bestenfalls dürfte es sich dort um Inseln oder Enklaven von „Zivilgesellschaft“ handeln, bzw. um machtsstaatlich instrumentalisierte Formen von „Zivilgesellschaft“ (wie die in Russland erfundene „Zivilgesellschaft beim Präsidenten“¹⁴). Freilich macht dies die begriffliche Verwirrung komplett. Denn ein Konzept, das a priori auf das Makrosystem Gesellschaft zugeschnitten ist, läuft Gefahr, unbrauchbar zu werden, wenn es fragmentiert wird und sich nur noch auf partikuläre Einheiten bezieht. Dann wäre es in der Tat besser, den ganzen Begriff „Zivilgesellschaft“ ad acta zu legen und (konkreter) von Opposition, von gesellschaftlicher Selbstorganisation, politischer Partizipation oder anderem zu sprechen – wie es in der Forschung bisweilen schon gefordert wird.

5. An diesem Punkt – d.h. inmitten der produktiven Verwirrung, die von den Beispielen aus dem östlichen Europa ausgelöst wird – wären andererseits die größten Chancen für einen Zugewinn im Begriffsverständnis von „Zivilgesellschaft“ zu erkennen. Dabei sollte die Verwendung des Begriffs für anti-autoritäre oder anti-despotische Bewegungen in den Staaten des ehemaligen

¹⁰ Zur Transformationsdiskussion in der Ukraine vgl. *Beyond the Borders. Ukraine and the European Neighbourhood Policy*, hrsg. von KATARZYNA KOSIOR und AGATA JURKOWSKA, Rzeszów 2007, besonders S. 163ff.

¹¹ Vgl. BOULANGER (wie Anm. 2), S. 14.

¹² Vgl. MAĆKÓW (wie Anm. 8), S. 238.

¹³ *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, hrsg. von MANFRED HILDERMEIER u.a., Frankfurt, New York 2000.

¹⁴ MAĆKÓW (wie Anm. 8), S. 241.

Warschauer Pakts nicht zu einer neuen Engführung verleiten. Immerhin haben Polen, Tschechien, Ungarn und die dortigen Vorzeige-Intellektuellen wie Geremek, Havel oder Konrad auch die theoretische Diskussion neu belebt. Und an dieser Stelle könnte man fortfahren. Nur begrenzt brauchbar erscheint es, „Zivilgesellschaft“ auf bestimmte ideell gefüllte Konzepte einzuengen – auch wenn man im analytischen Teil der Arbeit kaum anders wird vorgehen können. Nur sollte man dabei im Auge behalten: Egal, wie „Zivilgesellschaft“ definiert wird – ob als Synonym für „liberal-demokratische Gesellschaft“, ob als Gegenbegriff von „Markt“ (im marxistischen Sinne), ob als Korrelat des modernen Rechts- und Verfassungsstaats, ob als Folge eines essentiellen Vorkommens von Privateigentum, oder, wie zumeist, als Abgrenzungsbegriff gegenüber der obrigkeitlichen Funktionsebene von „Staat“ –, es verbinden sich damit immer kulturell geprägte Vorannahmen, und die sagen oft mehr über den Horizont des Definierenden aus als über denjenigen des Definierten. Um den Begriff „Zivilgesellschaft“ sinnvoll anwenden zu können, scheint es nicht nötig, die Vollformen langer politischer Entwicklungsverläufe bereits präsent zu haben: den Verfassungsstaat nach westlichem Muster (der ja auch in Deutschland erst nach 1945 erscheint!), und die politische Repräsentation, wie sie sich im 19. Jahrhundert in einigen Teilen Europas herausgebildet hat. Hier gilt es aufmerksam zu sein für anders gelagerte Entwicklungen (z.B. im östlichen Europa), die strukturell aber zum gleichen Ergebnis („Zivilgesellschaft“) führen können. Auch was die Bedingung des Privateigentums als Voraussetzung für „Zivilgesellschaft“ angeht, gibt es eine Alternative: insofern eben „Zivilgesellschaft“ nicht nur eine „Aufwertung *post*materialistischer Werte“¹⁵ darstellen kann, sondern auch eine Aufwertung *prä*materialistischer Werte. Die Bilder aus der Orangen Revolution in Kiev – mit den vielen Beispielen der Solidarität, der politischen Beteiligung und der Zivilcourage – drücken das deutlich aus. Sie stehen nicht allein; vorher schon hatte in Georgien, kurz danach in Weißrussland Vergleichbares stattgefunden. Wichtiger scheint mir deshalb, den Eigenwert der entsprechenden Bewegungen anzuerkennen und herauszuheben. Es hat den Anschein, als ob das (theoretische) Raster, das bis dato zur Verfügung steht, noch zu grobschlächtig ist. Nötig sind neue Einzelfall-Untersuchungen, die (im Sinne einer „grounded theory“) zugleich mit dem Wissen um Einzelphänomene auch die Systematik der Begriffsbildung erweitern. Die Ukraine mit ihrer sozialen Uneinheitlichkeit, die auch geschichtlich bedingt ist, und die zu „fließenden“ und nicht selten „widerstreitenden“ Identitäten in der Gegenwart führt¹⁶, ist dafür sicherlich ein gutes Beispiel.

6. Damit schließt sich der Kreis: mit der Frage, wie sinnvoll es ist, mit dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ zu arbeiten – angesichts unlegbarer Probleme, die sich aus der Begriffsgeschichte und der theoretischen Absicherung ergeben. Die Einbeziehung von neuem empirischen Material (aus dem östlichen Europa)

¹⁵ KARL-HEINZ HILLMANN: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 2007, S. 991.

¹⁶ PETER W. RODGERS: Nation, Region and History in Post-Communist Transitions. Identity Politics in Ukraine, 1991-2006, Stuttgart 2008, S. 33ff.

macht die Arbeit nicht leichter, aber attraktiver – und sie ermöglicht Transfers, die für das allgemeine Verständnis dienlich sind. Warum sollten nicht auch Gesellschaften wie diejenigen Westeuropas, die in einem bestimmten Verständnis die „Zivilgesellschaft“ *per se* repräsentieren, nicht von den ganz eigenen zivilgesellschaftlichen Aufbrüchen in der Ukraine oder in Weißrussland oder auf dem Balkan lernen – auch wenn die Rahmenbedingungen ganz andere sind? Lebt nicht jedes gesunde Gemeinwesen davon, dass das „Autonomie-Schonungs-Gebot“ der Politik beachtet wird, eine „Totalpolitisierung“ also verhindert wird?¹⁷ Und dass auf der anderen Seite die Eigeninitiative der Einzelnen nicht von den staatlichen Institutionen stranguliert wird? Es gibt viele Varianten der politischen Entmündigung und „Mediatisierung“ des Staatsbürgers – auch in den westlichen Systemen. Die mit „Zivilgesellschaft“ verbundenen Ideen und Praxisanteile sind eine Herausforderung für *alle* Staatswesen; sie bilden eine Kautel gegen die Kanalisierung und Nivellierung des politischen Lebens. Das Grundverständnis von „Zivilgesellschaft“ auf eine bestimmte Staats- und Gesellschaftsform einzuschränken, oder (nur) in den Kategorien von Opposition und Dissidententum zu denken, scheint deshalb wenig tauglich. Produktiver könnte sein, „Zivilgesellschaft“ als systemimmanenten Reparatur- und Korrekturmodus zu verstehen; anders gesagt: als Verwirklichung der von Modrevis im 16. Jahrhundert so hellsichtig formulierten „Respublica emendanda“, dem ständig erneuerungsbedürftigen Gemeinwesen. Die von der Politikwissenschaft beschriebenen „Kohäsionskrisen“ (also soziale Desintegration, bis hin zum Zerschneiden der Gesellschaft)¹⁸ sind – nimmt man sie beim Nennwert – nichts anderes als zivilgesellschaftliche Defizite. Diese bauen sich in allen Gemeinwesen auf, unabhängig von ihrer Verfassungsform; Demokratien sind davor ebenso wenig gefeit (wenngleich wohl seltener betroffen) wie Monarchien oder Aristokratien. Grundlegend ist in allen Fällen, dass man sich Institutionen blind überlässt, das Ritual ihrer Verfahren zum Selbstzweck wird, und dass der Mantel der delegierten Routine die Eigeninitiative zudeckt.

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ scheint sich – paradoxer Weise – gerade dann zu bewähren, wenn er die Qualität beibehält, deretwegen er am heftigsten attackiert wird: seine Mehrdeutigkeit und Inhaltsvarianz. Wenn er so verstanden wird, wie ihn die Antike gesetzt hat: als Idee einer Denk- und Handlungsebene, die jenseits des rein Privaten und diesseits der staatlichen Verfestigungen existiert. Nur dann, wenn dieser Spielraum zwischen (addierten) Individualinteressen und deren institutioneller Standardbefriedigung angenommen wird, hat es auch Sinn, sich gesellschaftlich zu engagieren, für soziale Bereiche als Individuum Verantwortung zu übernehmen, Hilfestellung für Bedürftige zu geben – kurz, das zu tun, was die vielen NGOs überall tun. Hier wird auf der Hypothese aufgebaut, dass es so etwas gibt wie Samenkörner der gesellschaft-

¹⁷ Begriffe nach: MANFRED G. SCHMIDT: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 817f.

¹⁸ KARSTEN FISCHER: Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat, Wiesbaden 2006, besonders S. 11 ff.

lichen Selbstbestimmung, die jederzeit sprießen können, und deren Ergebnisse in einem übergreifenden Sinne nützlich sind. Insofern diese Selbstbestimmung auf spezifische Rahmenbedingungen rechtlicher und politischer Natur angewiesen ist, bzw. sich diesen Aktionsraum gegen einen „totalitären“ Staat erkämpfen muss, kommt das interaktive Verhältnis zwischen Staat und „Zivilgesellschaft“ zum Tragen. Es wäre zu kurz gegriffen, würde man den Staat als „natürlichen Gegner“ von „Zivilgesellschaft“ auffassen. Selbst wenn er dem Grundverständnis dessen zuwiderhandelt, was „Zivilgesellschaft“ will, bleibt er doch immer Teilhaber an ihr; ein objektiviertes, konfliktuöses Verhältnis ergibt sich allenfalls auf der Ebene von einzelnen repräsentativen Einheiten (Demonstranten gegen Polizei etc.). Das wäre vielleicht jener Teil, der als Lerneinheit vom Westen nach Osten vermittelt werden könnte.

Wie vielfältig die Entwicklungsmuster von „Zivilgesellschaft“ sind¹⁹, und wie groß die Gefahr ist, in der entstehenden „Zivilgesellschaft“ zwar nicht eine Anti-Zivilgesellschaft oder „uncivil society“²⁰ gleich mit aufzubauen, aber doch in die passive Sphäre²¹ abgedrängt zu werden²² – das könnte der Osten den Westen lehren. Wenn der Staat seine „Zivilgesellschaft“ selbst kriert, dann entsteht als Endstufe nicht mehr (nur) der Leviathan, sondern das andere Gebilde aus der Hobbes'schen Vision: der Behemoth, der – im Verständnis von F. NEUMANN²³ – die Rechte des Menschen in einer nicht mehr hintergehbaren Oberhoheit in sich vereinnahmt und die perfekte Kontrolle der Bevölkerung mit sich bringt. Verbindet man beide Perspektiven (von West nach Ost und von Ost nach West), könnte ein neues Verständnis von „Zivilgesellschaft“ herauskommen: „civil society“ als dynamische Kategorie, die keinen Endzustand markiert, sondern einen gesellschaftlichen Aufbruch, einen Wandlungs- und Verwandlungsprozess. Es scheint, dass nicht nur post-„totalitäre“ Staaten (wie die Ukraine)²⁴ einen zivilgesellschaftlichen Emanzipationsprozess brauchen, der zu Demokratie und Rechtsstaat führt – sondern dass auch stabile, und damit gern lethargische Demokratien (wie in Deutschland) das Ferment des strukturerneuernden Wandels benötigen, für den „Zivilgesellschaft“ steht. Stichproben für neue Denk- und Forschungsansätze im historischen Längsschnitt zu bieten, mit konzertierter Beteiligung von Geschichte, Politologie und Soziologie, ist das Anliegen der folgenden Beiträge. Den ukrainischen Partnern gilt mein großer Dank für die Gastfreundschaft, die den intensiven Austausch der Konferenzteilnehmer und die daraus erwachsenen Aufsätze ermöglicht hat.

¹⁹ Und auch, dass nicht alle Graswurzelbewegungen a priori positiv und konstruktiv sind (z.B. weil nationalistische und imperialistische Bewegungen an den „grassroots“ organisiert werden können). Vgl. BOULANGER (wie Anm. 2), S. 16 (mit weiterer Literatur).

²⁰ So BOULANGER (wie Anm. 2), S. 17.

²¹ Vgl. MAČKÓW (wie Anm. 8), S. 239.

²² Allgemein zum Gefährdungsgrad vgl. MARC MORJE HOWARD: *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*, Cambridge 2003.

²³ FRANZ NEUMANN: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Köln 1977 (engl. 1942/44).

²⁴ So MYKOLA RIABCHOUK: *Civil Society and Nation Building in Ukraine*, in: *Contemporary Ukraine. Dynamics of Post-Soviet Transformation*, Hrsg. von TARAS KUZIO, Armonk u.a. 1998, S. 81-98, hier S. 83.

Резюме

Вступ

«Громадянське суспільство» - про користь та недоліки універсальної концепції

Томас Вюнш

Навіть якщо такі події, як «Помаранчева революція» в Україні взимку 2004-2005 рр. очевидно засвідчують, що «громадянське суспільство» може здійснити усе та яке значення воно відіграв у політичному житті країни, мова про «громадянське суспільство» виявляє різні способи розуміння цього поняття. Використання мови у випадку України наближається до того, що «громадянське суспільство» сприймається як синонім до широко розповсюдженого опозиційного руху; в деякій мірі це нагадує «зовнішню парламентську опозицію» у німецькій післявоєнній історії із народним характером. Але чи є воно, чи це лише те, що ми думаємо, коли ведемо мову про «громадянське суспільство»? Чи забезпечує таке використання мови також розуміння інших формувань «громадянського суспільства», які отримані не з сучасних прикладів Східної Європи? Тут є необхідним систематичне (теоретичне та історичне) засвідчення, не пов'язане із конкретними політичними рамковими умовами. При цьому у вічі впадає те, що з одного боку «громадянське суспільство» завжди пов'язане із «державою», навіть коли мова йде про створення відокремленого від держави акційного простору для громадських ініціатив. Усе це вказує на діяльність «західних» варіантів «громадянського суспільства».

Що стосується вчення про «східні» варіанти, то спроби держави створити «громадянське суспільство» повинні бути обережно використані. Два місця досвіду громадянських вчень, громадянський західний світ та постсоціалістична Східна Європа виступають приводом для створення нової позиції «громадянського суспільства»: цей параметр суспільного визначення місця розташування не варто розуміти як стан, а як процес. Прискорити його – залишається питанням суспільного благополуччя як розвинутих правових демократій, так і колишніх тоталітарних держав.

„Freiheit (...) ungeschmälert durch Unterschiede der Sprache und der Religion“ Handeln für eine *societas civilis* in staatspolitischen Krisen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine im Vergleich: 1658, 1919 und 2004

Stefan Rohdewald

Ständische, aber auch konfessionelle oder ethnische Gemengelagen stellten bis zu Beginn des 20. Jh. das Grundmerkmal der Mehrheit der Staatswesen Europas dar. In besonderem Maße trifft dies für die Vielvölkerreiche der Habsburger, der Romanov sowie der Osmanen zu. Eine hohe Verbreitung kultureller Praktiken der Differenz war dort während Jahrhunderten der Normalzustand und brachte zahlreiche Strategien des transethnischen bzw. transkonfessionellen Zusammenlebens hervor. Die Entstehung und soziale Verbreitung des modernen Konzeptes des Nationalstaats, getragen von einer meist exklusiv imaginierten ethnischen Nation¹, stellte die Legitimation und Funktionsmöglichkeit dieser Staaten in Frage und brachte sie zu Fall.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die neuen Staaten in der Regel als ethnische Nationalstaaten und nur eingeschränkt als Staaten politischer Nationen vertreten. Sie waren deshalb oft nur begrenzt funktionsfähig: Das Beispiel der Zwischenkriegszeit zeigt, dass sich in Ostmittel- und Südosteuropa am ehesten dort Staaten mit stabilen demokratischen Verfahrensordnungen festigen konnten, wo die „geringsten inneren Verwerfungen“ vorlagen.² Auf dem Gebiet des heutigen Staates Ukraine wie auch etwa auf dem Territorium der Republik Belarus' hatten kulturell konstruierte ständische, ethnische sowie konfessionelle Trennlinien und damit eine ausgeprägte gesellschaftliche Heterogenität einerseits sowie andererseits ein dichtes Netz (trans-)kultureller Praktiken, diese Uneinheitlichkeit zu überwinden, eine zumindest ins Spätmittelalter zurückreichende Tradition.³ Diese Praktiken wurden aber im 20. Jahrhundert vom Prinzip des ethnisch gesäuberten Nationalstaats ausgehebelt⁴. Trotz der grundlegenden Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung während des 20. Jh., die in der West- und Zentralukraine zu einer ganz weitgehenden Homogenisierung führten, sind „innere Verwerfungen“ in der Ukraine nach 1991 jedoch teilweise und in neuer Gestalt wieder hervorgetreten.

¹ Vgl. BENEDICT ANDERSON: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London 1991. Die Schreibweise von Ortsnamen richtet sich hier nach den heutigen Staatsgrenzen, abgesehen von Lemberg sowie Städten, für die der Duden eine deutsche Version aufführt.

² CHRISTOPHE V. WERDT: *Transformation und nationale Identität in der Ukraine und in Belarus. Ein historischer Vergleich*, in: *Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens*, hrsg. von CARSTEN GOEHRKE und SERAINA GILLY, Bern u.a. 2000 (*Geist und Werk der Zeiten*, 93), S. 331-364, hier S. 331.

³ Beispielsweise: Litauen und Ruthenien. Studien zu einer transkulturellen Kommunikationsregion (15.–18. Jahrhundert) / Lithuania and Ruthenia. Studies of a Transcultural Communication Zone (15th–18th Centuries), hrsg. von STEFAN ROHDEWALD u.a., Wiesbaden 2007 (*Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, 71).

⁴ Vgl. Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von MATHIAS BEER, Tübingen 2004; CHRISTOPH MICK: *Die Ethnisierung des Stalinismus. Zur Wirksamkeit ethnischer Kategorien bei der Sowjetisierung der Westukraine 1944–1948*, in: *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, hrsg. von JÖRG BABEROWSKI und DIETRICH BEYRAU, Göttingen 2006, S. 145-173.

Mit dem vorliegenden Beitrag soll an drei Beispielen aus unterschiedlichen Jahrhunderten aufgezeigt werden, inwieweit es trotz oder wegen der konfessionellen, ethnischen oder erinnerungskulturellen Uneinheitlichkeit der Bevölkerung denkbar oder (un)möglich war, im Rahmen von außerordentlichen Krisensituationen unter den beteiligten Akteuren dauerhafte politische und gesellschaftliche Kompromisse auszuhandeln. Dazu ist jeweils knapp auf zeitgenössische gesellschaftliche und politische Konzepte des Zusammenlebens einzugehen. Zumindest für die Adelsrepublik dürfte – mit der Einschränkung auf den Adel – das Konzept der „civil society“ im älteren englischen Sinne anwendbar sein.⁵ Für das beginnende 20. und das angebrochene 21. Jh. ist jeweils am konkreten Beispiel zu prüfen, ob etwa von „zivilgesellschaftlichen Akteuren“ (und nicht von einer vorab postulierten „Zivilgesellschaft“) im Gegensatz zum Staat oder im unauflöselichen Zusammenhang mit der politischen Gestaltung des Staates gesprochen werden sollte, oder nicht.⁶ Die gewählten Krisensituationen haben zumindest zwei Gemeinsamkeiten: Sowohl das Abkommen von Hadjač während der Kriege zur Mitte des 17. Jh. als auch die kurzlebigen ukrainischen Volksrepubliken der ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg sowie die „Orange Revolution“ stehen für Momente, in denen der Bestand eines „ukrainischen“ politischen Gemeinwesens im regionalen wie im internationalen Rahmen auf dem Spiel stand: Es galt, über gesellschaftliche Trennlinien hinweg tragfähige Lösungen auszuhandeln. Zweitens dienen der sogenannte „Kosakenstaat“, der 1658 federführend beteiligt war, und die Volksrepubliken des beginnenden 20. Jh. in der ukrainischen Geschichtsschreibung sowie in der heutigen Geschichtspolitik zum Beweis einer mehr oder weniger ununterbrochenen 'ukrainischen' Staatlichkeit seit der hochmittelalterlichen Rus'.

Der Vertrag von Hadjač

Am 6. September 1658 schlossen während der für Polen-Litauen verheerenden „Sintflut“ Vertreter Polen-Litauens und der ukrainischen Zaporozherkosaken nach langen Verhandlungen den Vertrag von Hadjač. Das Abkommen sah eine Wiedereingliederung der Kosaken in die Adelsrepublik vor, wobei sie den gleichen politischen und rechtlichen Status bekommen sollten wie das Königreich Polen sowie das Großfürstentum Litauen. Zudem wurde vereinbart, dass die orthodoxe Kirche in dieser Union die gleichen Rechte

⁵ „Engl. 'civil society' und franz. 'société civile' sind noch lange mit der politischen Gesellschaft synonym, während in dem von liberalen Traditionen weniger berührten Deutschland der Gegensatz von bürgerlicher Gesellschaft und Staat die Wort- und Begriffsgeschichte seit dem frühen 19. Jahrhundert für dauernd bestimmt hat.“ MANFRED RIEDEL: Gesellschaft, bürgerliche, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von OTTO BRUNNER u. a., Stuttgart 1972, Bd. 2, S. 719-800, hier S. 721.

⁶ JÜRGEN KOCKA: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, hrsg. von MANFRED HILDERMEIER u. a., Frankfurt a.M., New York 2000, S. 13-40, hier S. 16 und S. 25f.; MANFRED HILDERMEIER: Rußland oder Wie weit kam die Zivilgesellschaft?, in: *Ebenda*, S. 113-148.

erhalten sollte wie die katholische Kirche. Der Vertrag wurde sowohl durch den Kosakenrat als auch – trotz des Widerstandes katholischer Adliger – durch den König Polens und den Reichstag im Mai 1659 bestätigt, allerdings mit einem in großen Teilen bereits in den ersten Tagen nach dem 6. September in Hadjač stark veränderten Text: Die Idee eines Großfürstentums der Rus', bestehend aus den Woiwodschaften Kiew, Braclav und Černihiv als dritter Säule des Commonwealth, war schon damals aufgegeben worden.⁷ Das Gemeinwesen sollte sich nun „Republik des polnischen Volkes, des G[roß]-F[ürstentums] L[itauen] sowie des rus'ischen [Volkes] und der ihnen zugehörigen Provinzen (Rzeczpospolita narodu Polskiego, y W. X. L. y Ruskiego, y Prowincyi do nich należących)“ nennen.⁸

Der Vertrag wurde aber nie umgesetzt: Schwedische und Moskauer Truppen hielten große Teile Polen-Litauens besetzt, als der Reichstag ihn guthieß. Zudem sollte nur eine kleine Führungsgruppe der Kosaken gleichrangig mit dem polnischen Adel nobilitiert werden. Tatsächlich hatten sich die Zaporoherkosaken bisher ganz auf dieses Ziel konzentriert und eine Gesellschaft nach dem Vorbild der polnisch-litauischen Adelsdemokratie aufgebaut.⁹ Die Mehrheit der Zaporoherkosaken hielt aber wenig von einer weiteren Stärkung der eigenen Führungsgruppe nach dem Vorbild des polnischen Adels und richtete ihre Hoffnungen vorderhand weiterhin auf Moskau. Der Vertrag stellt den letzten Versuch dar, einen Ausgleich zwischen den Kosaken und dem Adel des Commonwealth herbeizuführen und eine politische Lösung der gesellschaftlichen Konflikte der Region ganz im Rahmen der Adelsrepublik zu finden. Das Scheitern des Vertrages ist zunächst in den inneren Widersprüchen der beiden miteinander verhandelnden Lager zu suchen, obschon zudem externe Faktoren starken Druck ausübten. Es folgte die Fortsetzung und Eskalation der in der ukrainischen Geschichtsschreibung als „Ruin“ bezeichneten Epoche der Auseinandersetzung zwischen Kosakenheeren und externen Verbündeten.¹⁰ Die Zaporoherkosaken gerieten wieder unter die bereits 1654 gewählte Moskauer Obhut, 1775 löste Katharina II. die Sič hinter den Stromschnellen auf. Das Abkommen steht für „die Schwächen und Stärken der szlachta-Demokratie in ihrer multikulturellen Gestalt“ und hätte „religiösen und sprachlichen Pluralismus im Commonwealth fördern“ können.¹¹ Die Kosakenführer argumentierten mit dem Verweis auf die „Freiheit“. Diese, so behaupteten sie, sei „unser Motiv und unsere Grundlage, ungeschmälert durch Unterschiede der Sprache und der Religion, die nicht nur wir, sondern auch unsere Nachkommen ewig verteidigen

⁷ Immer noch wichtig: MYCHAJO HRUŠEVS'KYJ: *Istoriija Ukrajiny-Rusi* [Geschichte der Ukraine-Rus'], Bd. 10, Kyjiv 1936, S. 353-367.

⁸ Volumina Legum, Bd. 6, Petersburg 1859, S. 299.

⁹ Vgl. CARSTEN KUMKE: *Führer und Geführte bei den Zaporoger Kosaken: Struktur und Geschichte kosakischer Verbände im polnisch-litauischen Grenzland (1550–1648)*, Wiesbaden 1993 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 49).

¹⁰ Vgl. PAUL R. MAGOCSI: *A History of Ukraine*, Toronto u.a. 1996, S. 220-227.

¹¹ ANDRZEJ KAMINSKI: *The Cossack Experiment in Szlachta Democracy in the Polish-Lithuanian Commonwealth: The Hadiach (Hadziacz) Union*, in: *Harvard Ukrainian Studies* 1 (1977), 2, S. 178-197, hier S. 195 und S. 187.

werden, denn unter Freiheit wird Gleichheit in ihrer Ganzheit bewahrt wie unter Brüdern“. Damit sprachen sie ganz mit derselben politischen Sprache wie auch der legitime polnisch-litauische Adel.¹² Der Wunsch seitens der Kosaken nach einem „rus’sischen Fürstentum“ kann dabei als Zeichen der bereits zur Mitte des 16. Jh. beginnenden Konturierung einer rus’sischen frühneuzeitlichen Nation gelesen werden, die in einzelnen Texten auch die heutige Westukraine umfasste.¹³ Diese orientierte sich an der Adelsnation, war aber auch unter Kosaken und Stadtbürgern verankert. Von dem Vertrag wäre nur die heutige Mittel- und die Ostukraine betroffen gewesen, nicht aber die heutige Westukraine, die jedenfalls fest unter der Verwaltung des polnischen bzw. des ehemals rus’sischen, polonisierten römisch-katholischen Adels verblieb.

Dennoch bestand ein beschränkter Zusammenhang der rus’sischen Teile der ethnokonfessionell fragmentierten Stadtbevölkerungen auch der heutigen westlichen Ukraine mit den Kosaken durch deren Kontakte mit der orthodoxen Laienbruderschaft in Kiew¹⁴, die nach dem Vorbild katholischer Bruderschaften zuerst in der heutigen Westukraine entstanden waren, und sich dann in allen größeren Städten Polen-Litauens mit orthodoxem Bevölkerungsanteil verbreiteten. Diese Bruderschaften standen als „freie Einungen“ oder Assoziationen¹⁵ für einen „Aufbruch“ im rus’sischen Bürgertum¹⁶, das gegenüber dem katholischen in Lemberg und den meisten Städten der heutigen Ukraine minderberechtigt war. Dauerhafter als es das Beispiel des gescheiterten Abkommens von Hadjač zeigen kann, entwickelten und festigten sich Rahmen des pluriethnokonfessionellen Zusammenlebens in Vielvölkerstädten: Dies gilt für Kam”janec’-Podil’s’kyj, der „Stadt der drei Nationen“ mit drei Selbstverwaltungsgemeinden – einer katholischen, einer orthodoxen sowie einer armenischen¹⁷ –, und im eingeschränkten Maße auch für Lemberg, wo in bestimmten Situationen der katholische Magistrat mit den Ältesten der Armenier und der Orthodoxen beriet¹⁸ (allerdings ohne die jüdische Gemeinde heranzuziehen). In Polack an der Düna wurden „in der Republik unserer Stadt“ Gemeindevertreter der Orthodoxen (mehrheitlich Bruderschaftsmitglieder) trotz eines königlichen Verbots von 1668 gewählt und eingesetzt, um mit dem zu gleichen Teilen römisch- und griechischkatholischen Stadtrat die kommunalen

¹² Zit. gemäß KAMINSKI (wie Anm. 11), S. 190.

¹³ Vgl. SERHII PLOKHY: *The Origins of the Slavic Nations*, Cambridge 2006, S. 194 und S. 240.

¹⁴ Vgl. OREST SUBTELNY: *Ukraine: A History*, Toronto u. a. 1988, S. 115.

¹⁵ WOLFGANG HARDTWIG: *Genossenschaft, Sekte, Verein in Deutschland*, Bd. 1, Vom Spätmittelalter bis zur Französischen Revolution, München 1997, S. 72.

¹⁶ CHRISTOPHE V. WERDT: *Orthodoxe Bruderschaften in Polen-Litauen (bis zur Mitte des 17. Jh.). Gesellschaftlicher Aufbruch und kirchliche Emanzipation des ruthenischen Stadtbürgertums der frühen Neuzeit*. Lizentiatsarbeit der Universität Zürich, Bern und Dietikon 1994, unter: http://www.stub.unibe.ch/download/oewiss/Werdt_1994.pdf.

¹⁷ 1670 vereinten sich die katholische mit der orthodoxen Gemeinde: RENATA KRÓL-MAZUR: *Miasto trzech nacji. Studia z dziejów Kamieńca Podolskiego w XVIII wieku* [Die Stadt der drei Nationen. Studien aus der Geschichte von Kam”janec’-Podil’s’kyj im 18. Jh.], Kraków 2008, S. 13.

¹⁸ Vgl. JAN PRAŚNIK: *Miasta i mieszczaństwa w dawnej Polsce* [Stadt und Bürgertum im alten Polen], Warszawa 1949, S. 166.

Finanzen zu beraten oder als Gesandte an den Sejm geschickt zu werden.¹⁹ Ethnokonfessionelle Differenz musste in der frühneuzeitlichen Vielvölkerrepublik nicht zwangsläufig zum (kommunal-)politischen Scheitern führen, sondern konnte wegen übergreifend geteilter Stadt²⁰- oder adelsrepublikanischer Kommunikationsrahmen und Handlungshorizonte teilweise dauerhaft überbrückt werden. Auch die Juden Polen-Litauens organisierten sich in Kommunen und Bruderschaften teilweise nach christlichem Vorbild²¹ und entwickelten ein übergreifendes Organ, das auch als Reichstag der Juden galt.²² Tatsächlich erlangten sie im Sinne der „conciuitas“ einen vergleichsweise hohen Grad an Integration in die Stadtgesellschaften.²³ Einzelne Stimmen der politisch-philosophischen zeitgenössischen Debatte dachten sogar daran, die auf den Adel als Nation begrenzte Republik als politische, staatstragende „societas civilis“ auf die Stadtbürger und sogar die Bauern auszudehnen.²⁴ Der Bürgerkrieg und die Pogrome der Mitte des 17. Jh. sowie schließlich das Scheitern von Hadjač zeigen freilich die Zerbrechlichkeit des damaligen Gefüges verdichteter Uneinheitlichkeit in extremen Krisensituationen auf.

Die Ausrufung der Westukrainischen Volksrepublik

Am 19. Oktober 1918 wurde in Lemberg die Westukrainische Volksrepublik gegründet. Polen, Juden und Deutsche wurden aufgefordert, Vertreter nationaler Minderheiten für die Volksversammlung zu bestimmen. Obschon sich westukrainische Politiker bemühten, insbesondere die zionistischen, eine Auswanderung anstrebenden Lemberger Juden für einen ukrainischen Staat zu gewinnen, erklärten jüdische Parteiführer die Neutralität

¹⁹ Vgl. STEFAN ROHDEWALD: „Vom Polocker Venedig“. Kollektives Handeln sozialer Gruppen in einer Stadt zwischen Ost- und Mitteleuropa (Mittelalter, Frühe Neuzeit, 19. Jh. bis 1917). Zürich 2005 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 71), S. 337. Dort zu Einungen bzw. Bruderschaften sowie kommunaler Kommunikation und Öffentlichkeit während der Adelsrepublik: S. 252-350.

²⁰ Vgl. CHRISTOPHE V. WERDT: Stadt und Gemeindebildung in Ruthenien. Okzidentalisation der Ukraine und Weißrusslands im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 2006 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 66).

²¹ Vgl. CHRISTOPHE V. WERDT: Religion und Armenfürsorge – Gemeinsamkeiten jüdischer, katholischer und orthodoxer Bruderschaften im Polen-Litauen der Frühen Neuzeit, in: Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, hrsg. von STEFAN JERSCH-WENZEL u.a., Köln u.a. 2000, S. 91-107.

²² Vgl. ANATOL LESZCZYŃSKI: Sejm Żydów Korony 1623–1764 [Der jüdische Reichstag der [polnischen, S.R.] Krone], Warszawa 1994.

²³ Vgl. STEFAN ROHDEWALD: Schwache unter Schwachen: Zur Aushandlung jüdischen Raumes in Städten des Großfürstentums Litauen im 17. und 18. Jahrhundert am Beispiel von Polock, in: Machträume der frühneuzeitlichen Stadt, hrsg. von CHRISTIAN HOCHMUTH und SUSANNE RAU, Konstanz 2006 (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven, 13), S. 259-281.

²⁴ Vgl. ANDRZEJ WALICKI: Kultura i myśl polska, prace wybrane, Narod. Nacjonalizm, Patriotyzm [Kultur und Denken Polens, ausgewählte Werke, Volk, Nationalismus, Patriotismus], Bd. 1, hrsg. von ANDRZEJ MENCWEL, Kraków 2009, S. 351, S. 356f., S. 437. Zur Analyse von Kommunikation in Stadtgemeinden ein Hinweis auf die Begriff des „Kommunalismus“ bzw. „Republikanismus“: PETER BLICKLE: Kommunalismus – Begriffsbildung in heuristischer Absicht, in: Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich, hrsg. von DEMS., München 1991 (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 13), S. 5-38; ROLF KIEBLING: Städtischer Republikanismus. Regimentsformen des Bürgertums in oberschwäbischen Stadtstaaten im ausgehenden Mittelalter und der beginnenden Frühneuzeit, in: Politische Kultur in Oberschwaben, hrsg. von PETER BLICKLE, Tübingen 1993, S. 175-205.

gegenüber Ukrainern und Polen. Am 31. Oktober besetzten ukrainische Truppen die Stadt. Tags darauf brachen Kämpfe mit ad hoc gebildeten polnischen Verbänden aus. Bereits am 22. November gewannen polnische Truppen nach blutigen Auseinandersetzungen die Oberhand. Nach dem Verlassen der ukrainischen Einheiten folgte ein Pogrom gegen die Juden der Stadt. Der ukrainische Regierungs- und Parlamentssitz wurde über Ternopil nach Stanislaw, dem heutigen Ivano-Frankivs'k, verlegt.²⁵ Am 22. Januar 1919 beschloss das Parlament die Vereinigung mit der am 20. November 1917 in Kiew gegründeten Ukrainischen Volksrepublik, die seit Kurzem unter der Regierung von Hetman Petljura stand, und schon wenige Tage später die Herrschaft über die Stadt verlieren sollte. Unter Petljuras Herrschaft ereigneten sich wie auch seitens der „Weißen“ Bürgerkriegspartei Pogrome gegen die insbesondere in den Städten zahlreiche jüdische Bevölkerung der Ukraine.²⁶ Allerdings blieben trotz der Vereinigung zwei ukrainische Staaten bestehen: Während konservative westukrainische Politiker ihren Staat als das Ergebnis der jahrzehntelangen Arbeit von Vereinen und Parteien verstanden, sahen sie führende Kiewer Politiker als revolutionäre sozialistische „Abenteurer“ an.²⁷ Die Doppelrepublik sollte nicht lange überleben: Im Juli 1919 konnte Polen die letzten Teile der Westukrainischen Volksrepublik besetzen, zudem wurde am 7. Dezember 1919 in Charkow die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik gegründet. Am 21. April 1920 verzichtete die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik unter Symon Petljura auf alle ukrainischen Ansprüche auf Ostgalizien, um gemeinsam mit Polen gegen die Bolschewiki zu kämpfen. Nach diesem Abkommen fühlten sich die galizischen Ukrainer verraten: Sie wechselten auf die Seite der Roten Armee über und schlossen sich der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik an, was die Kräfteverhältnisse im Bürgerkrieg in der Ukraine verschob.

Alle Versuche, im Rahmen der „Anarchie“²⁸ nach dem Ersten Weltkrieg einen geeinten ukrainischen Staat herzustellen, blieben damit erfolglos. Die aus ukrainischer Sicht oft als äußerlich angesehenen Kräfte, die diese Entwürfe zu Fall brachten, waren Ausdruck der inneren Gegensätze der äußerst uneinheitlichen Bevölkerung auf dem Territorium der heutigen Ukraine. Die ukrainischen Nationalbewegungen im Westen und Osten waren nicht stärker als die zionistischen sowie die antizionistischen Bewegungen, und schwächer als die polnische sowie die russische Nationalbewegung: Die Urbanisierung bzw. die städtische Moderne entwickelte sich weitgehend ohne Ukrainer, die zu 90% auf

²⁵ Vgl. TORSTEN WEHRHAHN: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 2004, S. 127; CORNELIA SCHENKE: Nationalstaat und nationale Frage Polen und die Ukrainer 1921–1939 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas; 12), S. 24f., S. 153f.

²⁶ Vgl. SUBTELNY (wie Anm. 14), S. 363.

²⁷ WEHRHAHN (wie Anm. 25), S. 168–171.

²⁸ EKKEHARD VÖLKL: Ukrainische Staatsproklamation und Anarchie 1917–1921, in: KATRIN BOECKH, EKKEHARD VÖLKL: Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution, Regensburg 2007, S. 50–71.

dem Lande lebten.²⁹ Im bisher polnischen, dann österreichisch-ungarischen Westen war die unierte Landbevölkerung nach westlichem Vorbild seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jh. bereits stärker nationalisiert als im Osten, wobei sich im Westen ukrainophile Ideen erst nach 1890 und damit viel später als russophile Identitätskonzepte zu verbreiten begannen. In der mehrheitlich polnischen und jüdischen Hauptstadt Lemberg war die schmale ukrainische Elite aber dennoch viel zu schwach, um sich im Wettbewerb mit dem Projekt eines erneuerten polnischen Staates durchzusetzen. Ein ethnonational übergreifender Entwurf im Sinne einer politischen Nation wurde in Ansätzen im Rahmen der polnischen jagiellonischen Idee sowie später in der Sowjetrepublik verfolgt, und anfangs auch in der westukrainischen Republik.³⁰ Insgesamt waren aber die ukrainischen Volksrepubliken viel zu instabil. Für eine ukrainische Staatlichkeit fehlten die inneren Grundlagen, die ukrainischen Kräfte waren für viel zu große Gruppen der Bevölkerung uninteressant oder bedrohlich. Einer erfolgreichen Staatsgründung standen nicht nur äußere, sondern innere Faktoren entgegen, die unmittelbar mit dem Anspruch auf das riesige Territorium und die zahlreichen auf ihm lebenden ethnokonfessionellen Gruppen verbunden waren.

Maßgeblich ist, dass auch der innere Kern der inneren ukrainischen Faktoren gegen einen Erfolg sprach: Vielmehr trugen die regionalen Ausrichtungen der ukrainischen Nationalbewegungen entscheidend zum Scheitern der Staatsbildungen bei.³¹ Vereine und Assoziationen wie etwa die *Prosvita*- bzw. Bildungsgesellschaften waren zu Beginn des 20. Jh. immer stärker nur auf die exklusiv national begründeten 'eigenen' Gesellschaften ausgerichtet, und kaum an einer ethnokonfessionell übergreifenden „Zivilgesellschaft“ orientiert. Ein Blick in die konkreten Handlungshorizonte mancher Vereine zeigt zudem, dass zahlreiche kollektive Akteure Ostgaliziens und „Südwestrusslands“ keineswegs an einer Demokratisierung interessiert waren. Dies gilt für die Bruderschaften, die in Reaktion auf den gescheiterten polnischen Aufstand von 1863/1864 als „erfundene Traditionen“ bzw. als angebliche Neuauflagen frühneuzeitlicher Laienbruderschaften in den russländischen Teilen gegründet wurden: Als lokale Medien des zarischen Regimes dienten sie teilweise explizit der Russifizierung.³² Russophile Vereinigungen in Ostgalizien waren gleichfalls

²⁹ Vgl. ANDREAS KAPPELER: Aspekte der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Ukraine. Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates, hrsg. von GUIDO HAUSMANN und ANDREAS KAPPELER, Baden-Baden 1993, S. 70-81, hier S. 73.

³⁰ Vgl. WEHRHAHN (wie Anm. 25), S. 173 und S. 293.

³¹ Vgl. ebenda, S. 377-386.

³² Vgl. ALEKSANDR A. PAPKOV: Cerkovnye bratstva. Kratkij statističeskij očerk o položenii cerkovnych bratstv k načalu 1893 goda [Kirchliche Bruderschaften. Kurze statistische Skizze über die Lage der kirchlichen Bruderschaften zu Beginn des Jahres 1893], Sankt Peterburg 1893, S. 8-11; vgl. als Beispiel einer „westrussischen“, 1867 gegründeten Bruderschaft, die bis 1917 das Rückgrat der schmalen lokalen, zarentreuen Gesellschaft blieb: ROHDEWALD (wie Anm. 19), S. 427-433; zum „Südwesten“: RICARDA VULPIUS: Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860-1920, Wiesbaden 2005 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 64), S. 109-113.

lange für eine zarische Herrschaft und oft antisemitisch.³³ Auch revolutionäre und kommunistische Vereinigungen waren ausdrücklich gegen eine auf Bürgerlichkeit aufbauende Gesellschaft und teilweise ähnlich autoritär wie das Zarenregime. Vor diesem Hintergrund ist nur im Spezialfall von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu sprechen. Als zutreffender erscheint die Rede von kollektiven Akteuren, die in Assoziationen und Vereinen stark mobilisiert waren, jedoch unversöhnlich gegeneinander standen und nicht im Rahmen der Vorstellung eines konstruktiven Zusammenlebens wirkten.³⁴ Das rasche Scheitern der Ukrainischen Volksrepubliken ist auch vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich. Die damaligen urbanen Gesellschaften sind in ihrer Fragmentierung im Vereinswesen sowie in der Selbstverwaltung im Zusammenhang der unterschiedlichen, liberalen wie illiberalen, meist nationalen, sich wechselseitig ausschließenden Entwürfe gesellschaftlicher Modernitäten³⁵ zu untersuchen.³⁶

Die „Orange Revolution“

Auf dem Platz der Unabhängigkeit demonstrierten vom 22. November 2004 bis in den Januar 2005 regelmäßige Massen und warfen den Behörden Wahlbetrug vor. Die Versammlungen waren das Ergebnis einer spontanen Mobilisierung durch mehrere Nichtregierungsorganisationen. Wichtige unter ihnen ließen im Verlauf der Ereignisse an ihrer politischen Orientierung keinen Zweifel.³⁷ Mehrere Stadtparlamente der West- und Zentralukraine wiesen das

³³ Vgl. ANNA VERONIKA WENDLAND: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1920 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27), Wien 2001, S. 180, S. 321–337.

³⁴ „Die antisemitische Ausrichtung der polnischen sowie die antipolnische Ausrichtung der ukrainischen Nationalbewegung, die allgemeine politische Radikalisierung sowie die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt verließen den Nationalitätenkonflikten in Galizien und auch in Lemberg eine ungewöhnliche Schärfe und Unversöhnlichkeit.“ PHILIPP THER: Chancen und Untergang einer multinationalen Stadt: Die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in Lemberg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von PHILIPP THER und HOLM STUNDBAUSEN, Wiesbaden 2001 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 59), S. 123–145, hier S. 128

³⁵ Vgl. SHMUEL N. EISENSTADT: Multiple Modernities, in: Multiple Modernities, hrsg. von DEMS., New Brunswick 2002, S. 1–29; zu Galizien bzw. dem „Weg zur Zivilgesellschaft“, „Nationalen Teilöffentlichkeiten“ und gleichfalls zu „Multiple modernities“: MACIEJ JANOWSKI: Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8, Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, 1. Teilbd., Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation, hrsg. von ADAM WANDRUSZKA und HELMUT RUMPLER, Wien 2006, S. 805–858, hier besonders S. 840–858.

³⁶ Zu einem solchen Zugang: GUIDO HAUSMANN: Stadt und lokale Gesellschaft im ausgehenden Zarenreich, in: Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Selbstverwaltung, Assoziierung und Geselligkeit in den Städten des ausgehenden Zarenreiches, hrsg. von DEMS., Göttingen 2002 (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, 22), S. 13–166, hier S. 34f.; exemplarisch: DERS.: Universität und städtische Gesellschaft in Odessa 1865–1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie des Zarenreiches, Stuttgart 1988 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 49); Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest, hrsg. von ANDREAS R. HOFMANN und ANNA VERONIKA WENDLAND, Stuttgart 2002 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 14); ROHDEWALD (wie Anm. 19), S. 348–514.

³⁷ Vgl. FLORIAN STRASSER: Zivilgesellschaftliche Einflüsse auf die Orange Revolution: die gewaltlose Massenbewegung und die ukrainische Wahlkrise 2004, Stuttgart 2006.

Wahlergebnis zurück. Am 26. November kam es im Rahmen der Demonstrationen zu Handgreiflichkeiten. Auch in Donec'k im Osten der Ukraine standen Zehntausende auf der Straße. Gouverneure der östlichen Regionen sprachen davon, Autonomieerklärungen zu veröffentlichen.³⁸ Unter Vermittlung des polnischen Präsidenten Kwaśniewski, des amtierenden Präsidenten Kučma, des litauischen Präsidenten Adamkus sowie des EU-Außenbeauftragten Solana einigten sich Juščenko und Janukovyč auf erste Schritte zur Lösung der Streitfrage und verzichteten auf Gewalt. In der Folge wurde das politische System zu einem halbpräsidentiellen System mit einer Stärkung des Parlaments und der Regierung umgestaltet. Dies war eine Voraussetzung für die Anerkennung des Sieges Juščenkos durch die Gegner des Umschwungs. Die Verfassungsänderung führte aber in den kommenden Jahren angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sowie der Uneinigkeit der westlich orientierten Kräfte zu einem dauernden Machtkampf zwischen dem Präsidenten auf der einen und dem eher russlandfreundlichen Ministerpräsidenten sowie der diesen unterstützenden Parlamentsmehrheit auf der anderen Seite. Der innenpolitische Zwist, der nicht in der Debatte über die Projektierung und Umsetzung von zentralen Reformschritten ausgetragen, sondern „in endlosen Machtkämpfen“ ohne Kompromissbereitschaft ausgefochten wird³⁹, ist dabei seit 1991 eine Konstante ukrainischer politischer Kultur. Die wenigen Jahre von 1999 bis 2001 mit Juščenko als Premierminister unter Kučma sind eine Ausnahme und führten zur Absetzung Juščenkos.⁴⁰ Die politischen Parteien haben sich in den vergangenen zehn Jahren konsolidiert, sie erscheinen aber nach wie vor 2004 eher als lose Wählervereinigungen ohne konkrete Programme.⁴¹ Die als „Orange Revolution“ beschriebene Ereigniskette von 2004/2005 war ein wesentlicher „Einschnitt“, führte aber „keine fundamentale Umwälzung in Staat und Gesellschaft“ herbei. Entscheidend blieb „die Erfahrung“, „gegenüber den herrschenden Eliten nicht machtlos“ zu sein.⁴²

Auch für diese dritte hier besprochene Situation war der internationale Zusammenhang zwar wichtig, aber nicht allein entscheidend: Im Gegensatz zu den Jahren 1658 und 1919 wirkte er 2004 stabilisierend, abgesehen vom russischen Einfluss. Wie bei allen politischen Auseinandersetzungen in Demokratien standen sich 2004 mindestens zwei Entwürfe zur gesamtstaatlichen Entwicklung – in diesem Fall zwei Entwürfe der Ukraine – gegenüber. Stärker als in den meisten Demokratien waren diese Entwürfe aber nicht nur in der außenpolitischen sowie innenpolitischen Ausrichtung unterschiedlich, sondern auch in der territorialen Zuordnung der Wählergruppen überaus klar von einander getrennt. Diese Teilung in West- und Zentralukraine einerseits, Ost-

³⁸ Vgl. ANDREAS KAPPELER: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2009, S. 286f.

³⁹ KAPPELER (wie Anm. 38), S. 302.

⁴⁰ Vgl. KATHRIN BOECKH: Postsozialismus, in: KATRIN BOECKH, EKKEHARD VÖLKI: Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution, Regensburg 2007, S. 186-241, hier S. 220ff.

⁴¹ Vgl. BOECKH (wie Anm. 40), S. 218.

⁴² KAPPELER (wie Anm. 38), S. 287.

und Südkraine andererseits, die auch 2010 erneut augenscheinlich geworden ist, kann unstrittig auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Regionen zurückgeführt werden. Entscheidend ist, dass anscheinend dennoch in allen Regionen an einem ukrainischen Staatsrahmen festgehalten wird, und sei es, um in einem vergrößerten Russland nicht an Macht zu verlieren.⁴³ Konnten beide Lager, sowohl das orange als auch das blaue, im Moment der extremen Krise bedeutende Menschenmengen mobilisieren, blieben vorher und nachher zivilgesellschaftliche Akteure im Vergleich weder zahlreich noch von äußerem Einfluss unabhängig. Eine vom DAAD unterstützte Studie kam 2009 zum Schluss: „Die Zivilgesellschaft in Europas größtem Flächenstaat ist viel zu schwach, um annähernd die ihr in der Wissenschaft per definitionem zugeordnete Rolle zu spielen.“ Und: „die wenigen vorhandenen Akteure unterliegen vor allem finanzieller und damit auch inhaltlicher Steuerung westlicher Interessenvertreter“.⁴⁴ Zumindest bis zur Jahrtausendwende waren dabei in der Westukraine aufbauend auf „eine kontinuierliche Tradition“ der frühneuzeitlichen Zünfte, der Laienbruderschaften, des Vereinswesens unter den Habsburgern und der polnischen Republik der Zwischenkriegszeit zivilgesellschaftliche Akteure deutlich stärker als in den restlichen Landesteilen, die schon seit den 1920ern zur Sowjetunion gehört hatten.⁴⁵ Dieser Befund spiegelt sich heute bei einer exemplarischen zivilgesellschaftlichen Gruppierung wider: Eine der Nachfolgeorganisation der im Rahmen der Orangen Revolution entscheidenden, inzwischen gespaltenen Gruppe *Pora – Opora* – verweist auf ihrer Homepage (soweit festzustellen) nur auf Partner- und Tochterorganisationen in der West- und Zentralukraine bzw. in Kiew. Sie unterhält nur in zwei der südöstlichen Verwaltungsgebiete Vertretungen.⁴⁶

Fazit

Beim Vergleich der drei gewählten, denkbar ungleichen Krisensituationen läßt sich leicht erkennen, dass die jüngste die einzige ist, die annähernd erfolgreich überwunden werden konnte. Langfristige historische Entwicklungen können dies nicht alleine begründen, der Verweis auf sie ist aber zur Erklärung der aktuellen Lage dennoch erforderlich.

Die heutige Gesellschaft der Ukraine gilt als dauerhaft innenpolitisch, erinnerungskulturell⁴⁷ und immer noch auch im Gebrauch des Russischen oder

⁴³ Vgl. KAPPELER (wie Anm. 38), S. 307f.

⁴⁴ DOROTHÉE MARTH, ANDREA PRIEBE: Die Funktionsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft im Jahr 2009, in: Ukraine-Nachrichten, 29.7.2009, unter: <http://www.ukraine-nachrichten.de/index.php?id=1689> (letzter Zugriff: 21.2.2010).

⁴⁵ v. WERDT (wie Anm. 2), S. 358, mit Verweis auf MYKOLA RIABCHOUK: Civil Society and Nation Building in Ukraine, in: Contemporary Ukraine. Dynamics of Post-Soviet Transformation, hrsg. von TARAS KUZIO, Armonk u.a., 1998, S. 81-98.

⁴⁶ Vgl. die Homepage der Vereinigung unter: <http://opora.org.ua/page/aboutus/> und unter: <http://opora.org.ua/branchesmap.php?region=21> (letzter Zugriff: 21.2.2010).

⁴⁷ Auch zu Strategien Juščenkos, die insbesondere im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg auseinanderklaffenden regionalen Erinnerungskulturen zusammenzuführen: Vgl. WILFRIED JILGE: Geschichtspolitik in der Ukraine, in:

des Ukrainischen im Alltag⁴⁸ zweigeteilt. Dennoch ist sie aber seit Jahrzehnten staatspolitisch geeint und in ihrer auf im Wesentlichen (abgesehen etwa von der Krim oder der Transkarpathoukraine) nur zwei Teile beschränkter Fragmentierung so homogen wie nie zuvor. Der Holocaust sowie die Vertreibungen und Umsiedlungen in der Westukraine und Südpolen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die sowjetische „korenizacija“ oder „Ukrainisierung“ (die Festigung einer ukrainischen Nationalität auch unter der ost- und südukrainischen Bevölkerung⁴⁹) führten zu einer homogenen ukrainischen Bevölkerung auch in den Städten. Diese Vorgänge hoben den seit dem Spätmittelalter und erneut im 19. Jh. gewachsenen ethnischen oder konfessionellen Gegensatz von Stadt und Land mehr und mehr auf und minderten regionale Unterschiede.

Allen sehr unterschiedlichen aufgezeigten Fällen gemeinsam ist eine zeitweise starke Mobilisierung mehrerer organisierter Bevölkerungsgruppen, sei es als Laienbruderschaften und Kosakengemeinschaften, als *Prosvita*-Bildungsvereine, prozarische orthodoxe Bruderschaften und Armeen oder auch als prodemokratische zivilgesellschaftliche Akteure. Vergleichbar ist ebenfalls die Suche nach situativ passenden politischen Lösungen angesichts extremer Krisen. Letztlich musste es auch 2004 bereits als Erfolg gelten, einen drohenden Bürgerkrieg abzuwenden. Gemeinsam ist ihnen zudem die Schwierigkeit der Vereinbarung und Anwendung langfristig tragfähiger politischer Lösungen über gesellschaftliche Gräben hinweg. Der Erfolg des Projektes eines ukrainischen Staates hängt denn auch nicht nur von seiner politischen Unabhängigkeit ab, die in Kiew nach 1991 lange als einzige entscheidende Errungenschaft galt. Nicht weniger wichtig ist die Festigung eines breiten politischen Willens unter allen Akteuren innerhalb der Republik, mit konkreten Reformen Handlungsrahmen zum Nutzen aller Bürger und alle noch bestehenden regionalen und ethnischen Differenzen übergreifend zu fördern. Damit verbunden ist die Förderung der Entstehung einer politischen Nation⁵⁰, wie sie heute in der ukrainischen Verfassung sowie unter ukrainischen Politologen in der Theorie mehr und mehr vertreten wird. Diese Herausforderung steht in der Tradition der beiden früheren, ungleich komplizierteren Situationen, in denen gleichfalls das Zusammenleben stark unterschiedlicher sozialer und ethnokonfessioneller Gruppen im politischen Rahmen zur Debatte stand: Trotz der Vereinheitlichung

Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9 (2007), S. 24-30; STEFFAN ROHDEWALD: Post-Soviet Remembrance of the Holocaust and National Memories of the Second World War. Similarities and Differences of Practices of Memory between 1939-45 in Russia, Ukraine and Lithuania, in: Forum for Modern Language Studies 44 (2008) 2, S. 173-184, hier S. 175-178, S. 180f.

⁴⁸ Vgl. KAPPELER (wie Anm. 38), S. 304.

⁴⁹ 1930 war die „Einwurzelung“ abgebrochen worden, bis sie Chrusčev wieder aufnahm. KAPPELER (wie Anm. 38), S. 190 und 230. Die Sowjetunion versuchte, mit dem Mittel des vereinheitlichten Nationalstaates der vom Russländischen Imperium geerbten, von den Kommunisten als feindlich wahrgenommenen Heterogenität der Bevölkerungsgruppen Herr zu werden. JÖRG BABEROWSKI: Ordnung durch Terror. Stalinismus im sowjetischen Vielvölkerreiche, in: Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, hrsg. von ISABEL HEINEMANN und PATRICK WAGNER, Stuttgart 2006 (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1), S. 145-172.

⁵⁰ Vgl. KAPPELER (wie Anm. 38), S. 309.

der Bevölkerung im 20. Jh. hat die Vorstellung eines ethnisch definierten Nationalstaates weiterhin keine Chance auf eine Verwirklichung.

Für die frühe Neuzeit bzw. 1658 können Staat und (adlige) „civil society“ gerade in der Adelsrepublik Polen-Litauen schwerlich von einander getrennt verstanden werden. Auch 1919 waren ukrainische zivilgesellschaftliche Akteure direkt als Staatserbauer tätig, wobei sie gegenüber den Vertretern anderer staatlicher Projekte auf demselben Gebiet zu schwach und – wie die anderen Seiten – wenig versöhnlich blieben. 2004 standen zivilgesellschaftliche Gruppen im Verlauf der Ereignisse im immer engeren Zusammenhang mit den oppositionellen Kandidaten und hatten zum Ziel, den Staat mitzugestalten, so dass auch für dieses Beispiel keine scharfe definitorische Abgrenzung zum Handlungsfeld der staatlichen Politik nötig erscheint. Jedenfalls waren in allen drei Beispielen die Akteure direkt von zeitgenössischen mittel- und westeuropäischen Horizonten politischen Handelns geprägt.

Резюме

«Свобода (...), необмежена відмінностями мови та релігії»

Процес формування громадянського суспільства в період державно-політичних криз на території сучасної України в порівнянні:

1658, 1919 та 2004 рр.

Штефан Родевальд

При порівнянні трьох вибраних, можливо різних кризових ситуацій – договору Гадяча, проголошення Західноукраїнської народної республіки та виборів 2004 року можна легко розпізнати, що наймолодшою з них є та єдина, яку можна було б приблизно успішно подолати. В одних лише довготривалих історичних розробках немає обґрунтування цьому. Тому необхідним є посилання на роз'яснення сучасного стану справ.

Якщо сучасне суспільство в Україні тривалий час вважати внутрішньополітичним, з культурою спогадів та значною мірою таким, яке у побуті поділене на дві частини, російську та українську, то воно здається століттями політично об'єднаною державою та по своїй сутті (не враховуючи ситуації із Кримом чи Придністров'ям) таким, яке, як ніколи раніше, поділене на дві обмежені гомогенні фрагментації. Голокост, а також винищення та переселення в західній Україні та південно-східній Польщі після Другої Світової війни разом із радянською «коренізацією» чи «українізацією», укріпленням української національності також і серед східного та південного населення привели до гомогенного українського населення у містах. Ці процеси все більше підкреслили з часів пізнього Середньовіччя та знову сформовану у 19 ст. етнічну чи конфесійну протилежність між містом та селом, нівелюючи регіональні відмінності.

Для усіх різних зображених випадків спільним є, щонайменше, періодично міцна мобілізація більшої кількості груп населення, тут мова йде про членів ордену та козаків, а також про такі освітні товариства, як Просвіта, підпорядковані царю православні братства та армії чи демократичні особи громадян. Вартим порівняння є також пошуки ситуативних правильних політичних рішень з точки зору екстремальних криз. В кінцевому результаті події 2004 року можна вважати успішними, оскільки саме тоді вдалося уникнути загрози громадянської війни. Спільним для них залишається також складність домовленості та застосування довготривалих міцних політичних рішень щодо суспільного порозуміння. Успіх проекту формування української держави залежить не лише від її політичної незалежності, яка довгий час вважається у Києві єдиним вирішальним здобутком. Не менш важливим є заохочення до укріплення широкої політичної волі серед усіх осіб в межах республіки з конкретними реформами, обмежених дій на користь громадян та поширених існуючих регіональних і етнічних відмінностей. Пов'язаним із цим є сприяння виникненню політичної нації, яка на сьогоднішній день саме так представлена у Конституції України та у теоретичних розробках українських політологів. Ця вимога входить до традиції двох попередніх, не однакових складних ситуацій, у яких точно так само підлягася дебатам питання співжиття надзвичайно різних соціальних та етноконфесійних груп у рамках політичного простору.

Для раннього Нового часу, а саме, 1658 року важко було розмежувати державу та (благородне) «громадянське суспільство» саме у благородній Польсько-Литовській республіці. У 1919 році у побудові держави були прямо задіяні українські громадські особи, при чому вони залишалися на тій самій території дещо ослабленими, а з іншої сторони – мало примиреними по відношенню до представників інших державних проєктів. У 2004 році громадські суспільні групи під час перебігу подій перебували у тісному взаємозв'язку з опозиційними кандидатами та мали за мету створити державу. Таким чином для цього прикладу не потрібне гостре визначене розмежування сфери діяльності державної політики. У будь-якому випадку в усіх трьох випадках дійові особи були створені на сучасних центрально- та західноєвропейських горизонтах політичної діяльності.

Gesellschaftliches Engagement im Auftrag der Nation - Nationale Orientierungen und die Entstehung der Zivilgesellschaft im österreichischen Galizien

Burkhard Wöller

Der Zivilgesellschaft kommt in einer Demokratie eine zentrale Rolle zu: sie trägt zur Stabilisierung des politischen Systems bei. Interessensgruppen wie Verbände und Vereine nehmen die wichtige Funktion wahr, zwischen der Gesellschaft und dem politischen Entscheidungssystem zu vermitteln. Indem sie die unterschiedlichen Partikularinteressen bündeln und in die Politik einbringen, beziehen sie verschiedene gesellschaftliche Gruppen in die politischen Prozesse mit ein und dienen so als wichtige Legitimationsquelle für staatliches Handeln.¹

Der Begriff der *civil society* beschreibt somit den Raum zwischen staatlicher Ordnung und individueller Freiheit.² Zivilgesellschaft wirkt sich als Bindeglied zwischen Privat- und Gemeinwohl jedoch nicht nur auf die vertikale Beziehung zwischen Bürger und Staat aus, sondern sorgt auch für einen Interessenausgleich auf horizontaler Ebene, also zwischen den Bürgern und deren Privatinstitutionen. Nur durch die Funktion sowohl der vertikalen als auch der horizontalen Ebene zivilgesellschaftlicher Interessensvertretung kann die Stabilität des politischen Systems gewährleistet werden.³

Wird Zivilgesellschaft außerdem als dynamischer Begriff – also gleichzeitig als Beschreibung und Handlungsanweisung – verstanden, lässt er sich auch auf nicht-demokratische Gesellschaften und historische Entwicklungen anwenden.⁴ Im Habsburgerreich des 19. Jahrhunderts handelte es sich um einen Prozess hin zu einer Massengesellschaft, in dem sich eine *civil society* unter den politischen Rahmenbedingungen des aufgeklärten Absolutismus und ab 1867 in der konstitutionellen Monarchie erst allmählich herausbildete. Relevant war vor allem die Tatsache, dass die Zivilgesellschaft nicht in einem nationalstaatlichen Rahmen entstand, sondern in einem Vielvölkerreich, dessen miteinander konkurrierende Nationalbewegungen die Zivilgesellschaft zwar prägten, aber auch zur Bedrohung ihrer horizontalen Organisation werden konnten.⁵

¹ Vgl. BERNHARD SCHREYER, MANFRED SCHWARZMEIER: Grundkurs Politikwissenschaft, Wiesbaden 2000, S. 103ff.

² Vgl. ERNEST GELLNER: Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen, Stuttgart 1995, S. 14.

³ Vgl. EMIL BRIX: Modelle der Streitschlichtung in der späten Habsburgermonarchie, in: Das Rechtssystem zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Zur Rolle gesellschaftlicher Selbstregulierung und vorstaatlicher Schlichtung, hrsg. von JÜRGEN NAUTZ u.a., Wien 2001, S. 39-54, hier S. 40.

⁴ Vgl. EMIL BRIX: Zivilgesellschaft als Begriff und theoretisches Konzept, in: SWS-Rundschau 39 (1999), 2, S. 120-128, hier S. 125. Hildermeier wandte das Konzept der *civil society* z.B. auf die Entwicklungen im russischen Zarenreich an: MANFRED HILDERMEIER: Rußland oder Wie weit kam die Zivilgesellschaft?, in: Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, hrsg. von DEMS. u.a., Frankfurt, New York 2000, S. 113-148.

⁵ Vgl. JÜRGEN KOCKA: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), 2, S. 29-37, hier S. 36f.

In diesem Beitrag soll untersucht werden, welche Auswirkungen die nationalen Emanzipationsbestrebungen der Völker im österreichischen Kronland Galizien auf die Entwicklung der dortigen Zivilgesellschaft hatten. Hierbei wird zunächst darauf eingegangen, inwieweit die politischen Rahmenbedingungen für den vertikalen Interessensausgleich zwischen Bürger und Staat gegeben waren, und anschließend diskutiert, ob ein horizontaler Ausgleich innerhalb der Zivilgesellschaft – also zwischen den nationalen Gruppierungen – erzielt werden konnte.

Politische Rahmenbedingungen in der Habsburgermonarchie

Als Grundvoraussetzungen einer Zivilgesellschaft gelten zum einen das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und zum anderen das Recht auf Presse- und Redefreiheit. In der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts war man sich der Gefahr, die aus der Liberalisierung des eigenen Systems erwachsen würde, durchaus bewusst und so versuchte man, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Politik so gut wie möglich zu kontrollieren. H. RUMPLER bezeichnet die Politik der österreichischen Regierung gegenüber der Zivilgesellschaft daher als österreichischen Sonderweg der „konservativen Modernisierung“: zivilgesellschaftliche Strukturen konnten sich durchaus herausbilden, wenn auch verlangsamt und unter bestimmten Auflagen.⁶

In der Ära Metternich hatte es bereits einzelne Vereine und Organisationen gegeben, jedoch war es erst im Revolutionsjahr 1848 zur Bildung erster politischer Institutionen und Parteien gekommen. Die im Jahre 1849 im Patent über die Ausübung des freien Vereinigungs- und Versammlungsrechts von Franz Graf Stadion geduldeten Vereine konnten in der Zeit des Neoabsolutismus bestehen bleiben, auch wenn sich der Staat umfangreiche Kontroll- und Einflussmöglichkeiten vorbehielt. Eine Entspannung setzte in den 1860er Jahren ein: 1859/61 und 1867 wurde das Vereins- und Versammlungsrecht als wesentliches Grundrecht anerkannt. Und obwohl noch zahlreiche Sicherheitsklauseln bestanden und den Behörden immer noch große Ermessensspielräume bei der Entscheidung über restriktive Maßnahmen gewährt wurden, war dies der Beginn eines sich immer weiter ausdifferenzierenden Vereinswesens. Während es 1867 nur 4.331 Vereine gegeben hatte, war die Anzahl im Jahr 1910 auf 103.000 Vereine angewachsen.⁷

Die Presse unterlag im Vormärz einer strengen Zensur. In Folge der Revolution von 1848 wurde im Habsburgerreich schließlich die Pressefreiheit gewährt, was zu einem sofortigen, wenn auch kurzen Aufblühen der Presselandschaft in den Revolutionsjahren führte. Nach äußerst restriktiven Pressegesetzen in der Ära des Neoabsolutismus kam es dann in den 1860er

⁶ Vgl. HELMUT RUMPLER: Von der "bürgerlichen Öffentlichkeit" zur Massendemokratie. Zivilgesellschaft und politische Partizipation im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 8, hrsg. von DEMS. und PETER URBANITSCH, Wien 2006, S. 1-14, hier S. 5f.

⁷ Vgl. RUMPLER (wie Anm. 6)

Jahren zur Liberalisierung des Pressewesens. Die Pressegesetze von 1862 und 1867 hatten bis zum Ersten Weltkrieg Bestand.⁸

Nationale Konkurrenz als Antrieb und Hemmnis zivilgesellschaftlicher Entwicklung

Die Donaumonarchie war als Vielvölkerreich besonders von den Nationsbestrebungen der „kleinen Völker Europas“ betroffen und diese Tatsache sollte sich in besonderem Maße auch auf die Entstehung der Zivilgesellschaft im Habsburgerreich auswirken.⁹

Im späten 18. Jahrhundert hatte Kaiser Joseph II. zwar bereits erste Versuche unternommen, das Prinzip der Volkssouveränität auf die Habsburgermonarchie anzuwenden und die Idee eines „österreichischen“ Volkes propagiert, die österreichische Gesamtstaatsidee konnte jedoch nur schwer umgesetzt werden und musste sich den nationalen Bestrebungen der einzelnen „Volksstämme“ der Monarchie unterordnen. Der liberale österreichische Politiker Victor Franz von Andrian-Werburg kam daher noch vor dem Völkerfrühling zu der Erkenntnis:

„Oesterreich ist ein rein imaginärer Name, welcher kein in sich abgeschlossenes Volk, kein Land, keine Nation bedeutet – eine konventionelle Benennung für einen Komplex von unter sich scharf abgeordneten Nationalitäten. Es gibt Italiener, Deutsche, Slaven, Ungarn, welche zusammen den österreichischen Kaiserstaat konstituieren, aber ein Oesterreich, Oesterreicher, eine österreichische Nationalität gibt es nicht, und hat es nicht gegeben...“¹⁰

Der zunehmende Ethnonationalismus und dessen Forderungen nach politischer Gleichstellung der einzelnen Nationen prägte die Zivilgesellschaft und förderte auch in starkem Maße den Auf- und Ausbau ihrer Strukturen. Problematisch war jedoch, dass die im Entstehen begriffene national geprägte Zivilgesellschaft nicht den Gesamtstaat legitimierte und stabilisierte, sondern nationale Parallelgesellschaften schuf, die schließlich die Desintegration des Staates einleiteten.¹¹ Die Schwäche des österreichischen Staates lag also weniger darin, dass – wie im vorausgehenden Abschnitt gezeigt – zu wenig zivilgesellschaftliche Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten bestanden, sondern vielmehr darin, dass miteinander konkurrierende nationale Parallelgesellschaften entstanden, die ihre Konflikte nicht miteinander – in Form gemeinsamer supra-

⁸ Einen guten Überblick über die Entwicklung der damaligen Medienlandschaft bietet THOMAS OLECHOWSKI: *Das Preßrecht in der Habsburgermonarchie*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. 8, hrsg. von HELMUT RUMPLER und PETER URBANITSCH, Wien 2006, S. 1493-1533.

⁹ Für eine Analyse des Verhältnisses zwischen Nation und Zivilgesellschaft vgl. GEORGE SCHÖPLIN: *Civil Society, Ethnizität und der Staat. Eine dreiseitige Beziehung*, in: *Civil Society in Österreich*, hrsg. von EMIL BRIX, Wien 1998, S. 47-64.

¹⁰ VICTOR ANDRIAN-WERBURG: *Oesterreich und dessen Zukunft*, Hamburg 1843, S. 8f.

¹¹ Die Organisation der Zivilgesellschaft in Teilöffentlichkeiten muss nicht zwangsweise zum Scheitern des Systems führen, wie Hefner am Beispiel der Niederlande darlegt: vgl. ROBERT W. HEFNER: *Vier Lektionen über die Idee der Civil Society*, in: *Civil Society in Österreich*, hrsg. von EMIL BRIX, Wien 1998, S. 47-64, hier S. 38ff.

nationaler Einrichtungen – lösten, sondern sich gegeneinander abgrenzten und dem Staat schließlich ihre Loyalität verweigerten.¹²

Man kann also festhalten, dass der Nationalismus zwar zivilgesellschaftliche Institutionen im Habsburgerreich förderte und in besonderem Maße zur Entwicklung einer *civil society* beitrug, dass er jedoch den horizontalen Interessenausgleich zwischen den nationalen Teilöffentlichkeiten im Reich vernachlässigte und so das System so weit destabilisierte bis es 1918 zusammenbrach.¹³

Die Zivilgesellschaft in Galizien

Im Vergleich zu anderen Kronländern der Monarchie war die Anzahl der Vereine in Galizien eher gering und die Vereinsaktivitäten – gemessen an der Zahl der Versammlungen – weniger ausgeprägt. In Böhmen gab es z.B. sechs Mal so viele Vereine wie in Galizien. Besonders auffallend war, dass viele Vereine nur auf dem Papier existierten oder wesentlich von den in ihren Statuten festgelegten Zielen abwichen.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Galizien erfolgte „von oben“, d.h. dass Organisationen von der Intelligenz in den Städten Krakau oder Lemberg gegründet und dann auf die Peripherie ausgedehnt wurden. Die lokalen Vereine gehörten daher meist dem überregionalen Netz einer städtischen Dachorganisation an und waren von diesem abhängig. Die enge Verbindung zwischen Dachorganisation und örtlichem Verein äußerte sich z.B. oft darin, dass ihr Führungspersonal miteinander übereinstimmte oder dass innerhalb einer Ortschaft verschiedene Vereine von ein und derselben Person geleitet wurden. Neben der Gründung von Filialen in der Peripherie war es außerdem häufig das Verdienst der zentralen Dachgesellschaften, die Gründung unabhängiger Vereine in anderen Gesellschaftsbereichen zu initiieren.

Im Gegensatz zu den Polen, deren Zivilgesellschaft sich auf eine Schicht von Kleinbürgern und Gewerbetreibenden stützen konnte, waren die ruthenischen Träger der Zivilgesellschaft im weitgehend agrarisch geprägten Ostgalizien anfangs überwiegend griechisch-katholische Geistliche; erst ab 1848 stellte das Bildungsbürgertum Beamte, Lehrer und Juristen. Die Expansion ruthenischer Vereine auf dem Land wurde insbesondere durch junge ruthenische Akademiker vorangetrieben, die nach ihrem Hochschulabschluss in den polnisch geprägten Städten kaum Aufstiegsmöglichkeiten für sich sahen und deshalb aufs Land zurückkehrten und dort ihrem Beruf nachgingen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wandelte sich zivilgesellschaftliches Handeln immer mehr von einer rein elitären Beschäftigung zu einer Tätigkeit, die Großteile der Bevölkerung umfasste. Dementsprechend kam es auch zu einer Ausdehnung der zivilgesellschaftlichen Handlungsfelder. Bildeten ab 1848

¹² Vgl. SCHÖPFLIN (wie Anm. 9), S. 58ff.

¹³ Emil Brix konnte dies am Beispiel der deutsch-tschechischen Parallelgesellschaften bereits zeigen; vgl. BRIX (wie Anm. 3).

Bildung und Kultur die Haupttätigkeitsfelder der Vereine, kam im letzten Drittel des Jahrhunderts auch verstärkt die Wissenschaft in den Fokus. Mit der Einbeziehung der Massen in den zivilgesellschaftlichen Prozess wurden dann auch auf die Freizeit ausgerichtete Organisationen wie Turn- und Schützenvereine, wirtschaftliche Vereinigungen wie Bauernklubs oder Kreditgenossenschaften sowie karitative Einrichtungen geschaffen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Vereine zunehmend politisiert und gliederten sich in konservative, demokratische und sozialistische Lager. Aus ihnen gingen später die ersten Parteien hervor.¹⁴

Ruthenische und polnische Teilöffentlichkeiten

Während im Vormärz polnische und ruthenische Nationalbewegungen noch weitgehend miteinander kooperierten, gerieten sie insbesondere nach dem misslungenen polnischen Aufstand von 1846 zunehmend in Konflikt. In Galizien bildeten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei – wenn man die jüdische Bevölkerung mitzählt, sogar drei – parallele Teilöffentlichkeiten heraus.

Dem ruthenischen Bildungsverein (*Prosvita*) und der *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft standen im Bereich der Volksbildung der polnische Verein der Freunde der Volksaufklärung (*Stowarzyszenie Przyjaciół Oświaty Ludowej*) und die Gesellschaft der Volksschule (*Towarzystwo Szkoły Ludowej*) gegenüber. In der Politik konkurrierten der Nationalrat (*Narodna Rada*) und der Ruthenische Rat (*Rus'ka Rada*) mit dem polnischen national-demokratischen Verein (*Towarzystwo Narodowe-Demokratyczne*) und dem Konservativen Klub (*Klub konserwatywny*). Den ruthenischen *Sič*-Schützen (*Sičovy Strilcy*) entsprach der polnische Schützenbund (*Związek Strzelecki*). Nach dem Muster der tschechischen *Sokol*-Bewegung entstanden auch bei den Polen und Ruthenen die Turnvereine *Sokół* und *Sokil*. Der Nationalitätenkonflikt spitzte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts schließlich so zu, dass die geplante Teilung der Lemberger Universität nach Prager Vorbild in einen polnischen und in einen ruthenischen Teil nur durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhindert werden konnte.¹⁵

Supranationale Organisationen zwischen Polen und Ruthenen waren hingegen äußerst selten und meist zum Scheitern verurteilt. So misslang z.B. die in den 1890er Jahren verfolgte ruthenisch-polnische Versöhnungspolitik der „Neuen Ära“ und auch die polnisch-ruthenische Galizische Sozialdemokratische Partei (*Galicyjska Partia Socjaldemokratyczna*) löste sich schon bald auf. Trotz dieser starken Konkurrenz zwischen beiden nationalen Lagern gab es jedoch auch zahlreiche Parallelen zwischen den Vereinsnetzwerken. So wurden z.B.

¹⁴ Vgl. MACIEJ JANOWSKI: Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 8, hrsg. von HELMUT RUMPLER und PETER URBANITSCH, Wien 2006, S. 805-858, hier S. 819-827.

¹⁵ Vgl. IVAN L. RUDNYTSKY: Polish-Ukrainian Relations: The Burden of History, in: Poland and Ukraine. Past and Present, hrsg. von PETER J. POTICHNYJ, Edmonton u.a. 1980, S. 3-31.

polnische Vereinsstatute fast wörtlich für ruthenische Vereine übernommen. Es wurden die gleichen politischen Argumentationsmuster verwendet und die gleichen Themen diskutiert. Laut M. JANOWSKI entstand durch die nationale Separierung des Vereinswesens allerdings kein unterschiedlicher ruthenischer oder polnischer Lebensstil. Vielmehr diente das österreichische Kaffeehaus als neutraler Ort, wo sich die beiden rivalisierenden Nationalitäten begegnen konnten.¹⁶

Nationale Teilgesellschaften innerhalb der ruthenischen Zivilgesellschaft?

Kann man einen ähnlichen nationalen Gegensatz wie zwischen Polen und Ruthenen auch innerhalb der ruthenischen Bevölkerung in Ostgalizien beobachten? Kam es auch hier zu einer Spaltung der Zivilgesellschaft?

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lassen sich generell zwei nationale Orientierungen ausmachen, die sich aus der konservativen, dem österreichischen Kaiser loyalen, griechisch-katholischen Generation von 1848 (*starorusyny*) herausbildeten: eine ukrainophile (*ukrainofil'stvo*) und eine russophile Strömung (*rusofil'stvo*). Die national-populistischen Ukrainophilen setzten sich für die Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur ein und propagierten eine gemeinsame Identität mit der „kleinrussischen“ Bevölkerung im Zarenreich auf der Grundlage einer gemeinsamen ukrainisch-ruthenischen Geschichte. Die Russophilen bevorzugten die slaweno-ruthenische Sprache und sahen die galizischen Ruthenen als Teil der ostslawischen Rus'. Ab der Jahrhundertwende propagierten die radikalen Russophilen (*novokursnyky*) schließlich die Angliederung Ostgaliziens an das russische Reich und sprachen im österreichischen Reichstag nur noch Russisch.¹⁷

Die griechisch-katholische Kirche war ein wesentlicher Träger der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Ostgalizien und nahm eine Vermittlerposition zwischen der ukrainophilen und der russophilen Strömung ein. Bereits in den 1830er Jahren war das Lemberger Seminar der griechisch-katholischen Kirche der Ort für erste zivilgesellschaftliche Bestrebungen der ruthenischen Triade (Šaškevyč, Holovac'kyj, Vahylevyč), die sich mit der Sammlung von folkloristischem und ethnographischem Material beschäftigte. Im Jahr 1848 initiierte sie erste ruthenische Kultureinrichtungen wie das Nationale Haus (*Narodni Dim*) oder den Galizisch-ruthenischen Rat (*Halyc'ko-Rus'ka Rada*). In

¹⁶ Vgl. JANOWSKI (wie Anm. 14), S. 840-844.

¹⁷ Vgl. hierzu insbesondere ELENA ARKUŠA, MAR'JAN MUDRYJ: Rusofil'stvo v Halyčyni v seredyni XIX - na počatku XX st. Heneza, etapy rozvytku, svitohljad [Russophilie in Galizien von der Mitte des 19. bis zum Anfang des 20. Jh. Entstehung, Entwicklungsstufen, Weltanschauung], in: Visnyk L'viv's'koho universytetu. Serija istoryčna 34 (1999), S. 231-268; JOHN-PAUL HIMKA: The Construction of Nationality in Galician Rus': Icarian Flights in Almost All Directions, in: Intellectuals and the Articulation of the Nation, hrsg. von RONALD G. SUNY und MICHAEL D. KENNEDY, Michigan 2001, S. 22-35; PAUL R. MAGOCSI: Old Ruthenianism and Russophilism. A New Conceptual Framework for Analyzing National Ideologies in Late-Nineteenth-Century Eastern Galicia, in: The Roots of Ukrainian Nationalism. Galicia as Ukraine's Piedmont, hrsg. von PAUL R. MAGOCSI, Toronto u.a. 2002, S. 99-118; ANNA V. WENDLAND: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848-1915, Wien 2001.

der Ära des Neoabsolutismus machte sich aus Enttäuschung über die gescheiterten Reformen eine russophile Orientierung unter den Geistlichen bemerkbar. Im russophilen St. Georg-Zirkel verfolgte man z.B. in den 1860er Jahren eine Annäherung an orthodoxe Dogmen (*obradovyj ruch*). Seit den 1880er Jahren entstand dann eine enge Kooperation zwischen der griechisch-katholischen Geistlichkeit und den ukrainophilen Eliten. Die griechisch-katholischen Geistlichen nahmen großen Anteil an der Volksbildung unter der ländlichen Gesellschaft, sie gründeten jedoch keine eigenen rivalisierenden Organisationen, sondern beteiligten sich an den bereits existierenden *Prosvita*-Vereinen. Besonders Metropolit Andrej Šeptyc'kyj unterstützte ab 1901 Bemühungen um die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg, förderte die Gesellschaft zur Pflege der ukrainischen Denkmäler in Lemberg (*Tovarystvo ochorony ukraïn'skoï starovyny u Lvovi*) und war selbst Mitbegründer des ukrainischen Nationalmuseums. Im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche gründete die griechisch-katholische Kirche keine eigenen Organisationen, sondern beteiligte sich aktiv in ruthenisch-nationalen Vereinen. Ihre Funktion des transnationalen Ausgleichs zwischen Russophilen und Ukrainophilen rührte vor allem daher, dass eine Nationalisierung der griechisch-katholischen Kirche lange Zeit vermieden wurde, um eine Ausgrenzung der orthodoxen Bevölkerung in der Dnjepr-Ukraine aus den eigenen nationalen Projekten zu verhindern.¹⁸

Ein Vergleich der beiden größten zivilen Massenorganisationen in Ostgalizien – des ukrainophilen Vereins *Prosvita* und der russischen *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft – soll dazu dienen, die Rivalität und Parallelität der beiden nationalen Strömungen zu veranschaulichen. Beide Organisationen wurden mit dem Ziel gegründet, die Volksbildung der ländlichen Bevölkerung voranzutreiben und das Nationalbewusstsein wiederzubeleben. Der Verein *Prosvita*, sechs Jahre früher gegründet als die *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft, zählte in seinen ersten Jahren nur wenige Mitglieder, die zudem aus der intellektuellen Elite stammten, und wurde erst in den 1870er Jahren durch die Gründung der *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft herausgefordert, die relativ hohen Mitgliedsgebühren abzuschaffen und sich der ruthenischen Öffentlichkeit zu öffnen. *Prosvita* und die *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft bedienten sich ähnlicher Mittel, um die Vereinsziele umzusetzen. Beide Organisationen gründeten zahlreiche Lesesäle und Bibliotheken auf dem Land und entwickelten eine rege Publikationstätigkeit. Auch die Entwicklung der Mitgliedszahlen verlief in beiden Vereinen ähnlich. Im Jahr 1906 hatten beide Gesellschaften ca. 10.000 Mitglieder. Während die

¹⁸ Vgl. JOHN-PAUL HIMKA: Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement 1867-1900, Montreal u.a. 1999, S. 164. Die Transformation der griechisch-katholischen Kirche zur ukrainischen Nationalkirche erfolgte erst im Zuge der Hinwendung radikaler Russophiler zur Orthodoxie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Kačkovs'kyj-Gesellschaft über 26 Filialen und 1.261 Lesesäle verfügte, konnte *Prosvita* 39 Filialen und 1.693 Lesesäle vorweisen.¹⁹

Die Politik der Habsburger gegenüber beiden Vereinen war jedoch sehr unterschiedlich. Während die *Prosvita*-Gesellschaft von der Zentralregierung jährliche Subventionen erhielt, musste sich die *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft selbst finanzieren und war auf Hilfe aus dem Zarenreich angewiesen. Der größte Eingriff der Zentralregierung in die Zivilgesellschaft Ostgaliziens erfolgte im Jahre 1882 als in Lemberg führende Mitglieder der russophilen *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft wie Ivan Naumovyč und Viktor Ploščans'kyj des Hochverrats bezichtigt und zur Aufgabe ihrer Ämter gezwungen wurden.²⁰ Aufgrund der Bevorzugung der ukrainophilen Strömung in Ostgalizien gelang es *Prosvita* schließlich, seine Tätigkeitsfelder immer weiter auszudehnen, weitere ukrainophile Institutionen wie z.B. die Wissenschaftliche Taras Ševčenko-Gesellschaft (*Naukove Tovarystvo im. Tarasa Ševčenka*) oder die Vereinigung Landwirt (*Sil's'kyj Hospodar*) ins Leben zu rufen und schließlich die Überhand in der ruthenischen Nationalbewegung zu erlangen.

Grundsätzlich ist jedoch auch festzustellen, dass sich die Rivalitäten zwischen *Prosvita* und der *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft erst mit der Radikalisierung der Russophilen in der Vorkriegszeit verstärkten. Vorher hatten beide Gesellschaften sehr lange zusammengearbeitet, verband sie doch das gemeinsame Ziel der ruthenischen Emanzipation und die starke anti-polnische Haltung.²¹ Russophile Publikationen der *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft wurden z.B. auch von den Bibliotheken der *Prosvita* abonniert, Ukrainophile Intellektuelle publizierten anfangs auch in russophilen Periodika. Die starke Mitgliederfluktuation zwischen beiden Vereinen und die Existenz mehrschichtiger und äußerst flexibler ruthenischer Identitäten lässt also vermuten, dass die ruthenische Zivilgesellschaft nicht in strikt von einander getrennte ukrainophile und russophile Teilöffentlichkeiten gespalten war.²² Vielmehr muss man die Verflechtung und Komplementarität der konservativen russophilen Richtung und der liberalen ukrainophilen Strömung in den Vordergrund rücken, denn beide ergänzten sich im Aufbau einer Zivilgesellschaft und stärkten gemeinsam die ruthenische Nationalbewegung.²³

¹⁹ Vgl. PAUL R. MAGOCSI: The Kachkovs'kyi Society and the National Revival in Nineteenth-Century East Galicia, in: The Roots of Ukrainian Nationalism. Galicia as Ukraine's Piedmont, hrsg. von DEMS., Toronto u.a. 2002, S. 119-158, hier S. 136.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 138f.

²¹ Vgl. zur Kooperation zwischen Ukrainophilen und Russophilen auch die enge Zusammenarbeit im *Stavropihij's'kyj Institut*: OLEKSANDRA KYRYČUK: L'viv's'kyj Stavropihij's'kyj institut u hromads'komu žytti Halyčyny druhoi polovyny XIX - počatku XX st. [Das Lemberger Stavropihij's'kyj-Institut im gesellschaftlichen Leben Galiziens von der zweiten Hälfte des 19. Jh. bis Anfang des 20. Jh.], L'viv 2001, S. 37.

²² Die in der Forschung lange Zeit vorherrschende strikte Dichotomie von Russophilen und Ukrainophilen wurde in den letzten Jahren besonders durch Arbeiten von Olena Arkuša, Mar'jan Mudryj, Oleh Turij, Oleksij Suchyj und Anna Veronika Wendland aufgelöst.

²³ Der Beitrag der Russophilen zur ukrainischen Nationalbewegung wird besonders von Wendland hervorgehoben: vgl. WENDLAND (wie Anm. 17).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in der Habsburgermonarchie die Entwicklung vertikaler zivilgesellschaftlicher Strukturen durch die Liberalisierung des Versammlungs- und Presserechtes ermöglicht, so dass auch im Kronland Galizien ein ausdifferenziertes Vereinswesen entstehen konnte. Die ruthenische und polnische Nationalbewegung erwiesen sich dabei als Katalysator der zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Die sich intensivierenden polnisch-ruthenischen Gegensätze führten jedoch zur Bildung von nationalen Teilöffentlichkeiten, was den Abbruch eines horizontalen Interessenausgleiches auf zivilgesellschaftlicher Ebene zur Folge hatte und dadurch den Zusammenhalt des Habsburgerreiches gefährdete. Innerhalb der ruthenischen Gesellschaft kam es zur Konkurrenz zwischen der russophilen und der ukrainophilen nationalen Strömung, wie am Beispiel der *Prosvita* und *Kačkovs'kyj*-Gesellschaft gezeigt werden konnte. Die griechisch-katholische Kirche spielte jedoch lange Zeit eine integrative Rolle, so dass sich beide Orientierungen beim Aufbau der ostgalizischen Zivilgesellschaft durchaus auch ergänzten. Die Entstehung paralleler Zivilgesellschaften wie im polnisch-ruthenischen Fall konnte hier nicht beobachtet werden. Trotz der Radikalisierung russophiler und ukrainophiler Positionen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges wurde die Loyalität zum österreichischen Staat von ruthenischer Seite grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Es war hauptsächlich der polnisch-ruthenische Konflikt, der Galizien zu einem der zahlreichen Krisenherde im Habsburgerreich werden ließ.²⁴

Резюме

Суспільна зааганжованість на замовлення нації – національні орієнтири та виникнення громадянського суспільства у австрійській Галичині

Буркхард Вьоллер

З допомогою концепції громадянського суспільства можна дослідити не лише демократичні системи, а й також історичні явища у не демократичних суспільствах. У наявній статті проводиться аналіз того, як впливали прагнення українців та поляків до емансипації в 19 ст. на розвиток громадянського суспільства в Галичині за часів Австрійської імперії. При цьому може бути показано, що в Габсбурзькій монархії можливим був розвиток вертикальних громадянських суспільних структур в другій половині 19 ст. завдяки лібералізації права на збори та на друк

²⁴ Vgl. KLAUS BACHMANN: „Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland.“ Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907-1914), Wien u.a. 2001.

преси. Таким чином у Галичині міг виникнути диференційований спосіб об'єднання. Польський та український національні рухи значною мірою сприяли побудові суспільно-політичних інституцій та спонукали до виникнення громадянського суспільства. Загострення національних конфліктів в Габсбурзькій багатонаціональній державі відобразилося дестабілізуюче на горизонтальній організації громадянського суспільства. В Галичині інтенсивні польсько-українські протиріччя спричинили формування національних часткових громад та розкол горизонтальних компромісів на громадянсько-суспільному рівні. В межах українського суспільства в східній частині Галичини конкурували між собою русофільські та українські напрями, однак паралельні громадянські суспільства не виникли, як у польсько-українському випадку, оскільки русофільські та українофільські організації добре співпрацювали між собою та доповнили побудову тогочасного громадянського суспільства.

Nationalukrainischer Dissens, Zivilgesellschaft und das Ende des kommunistischen Regimes in der Ukraine

Katrin Boeckh

Im Herbst 2009 wurde in Deutschland des 20-jährigen Falles der Berliner Mauer in einer Reihe von Feierlichkeiten gedacht. Viele Politiker aus verschiedenen europäischen Staaten hielten am Ort des Geschehens Reden. Wiederholt erinnerten sie an den immer geringeren politischen Rückhalt des kommunistischen Systems in Osteuropa als Auslöser dafür, dass die Mauer ins Wanken geriet. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass auch den Bürgern der DDR selbst ein maßgeblicher Anteil daran zukam, indem sie immer wieder Demonstrationen – vor allem in Leipzig, aber auch andernorts – gegen das Regime organisierten. Dieses Zusammenspiel der Politik einerseits und der protestierenden Bevölkerung andererseits war symptomatisch für das Ende des sozialistischen Regimes in vielen Ländern Osteuropas. Gleichzeitig waren die Demonstrationen in den Straßen ein lebendiger Ausdruck dafür, dass sich unter den kommunistischen Herrschaften dissidente Vereinigungen und Gruppierungen zusammengefunden hatten, die als Gegenstrategie zur Allgegenwart der autoritären Staatsmacht zivilgesellschaftliches Engagement zeigten.¹

Auch in der Ukraine finden sich diese Symptome sozialistischer Regimeerosion. Daran beteiligt waren aber nicht nur Bevölkerung und Politik, sondern vielmehr waren es auch die Reaktorkatastrophe von Čornobyl' 1986 und die sich daraufhin verstärkende Legitimationskrise des Systems, die mit ausschlaggebend für das Ende des kommunistischen Regimes waren. Von diesen Akteuren soll im Folgenden die Bevölkerung im Vordergrund stehen. An ihr wird deutlich, dass man in der Ukraine eine langfristige historische Entwicklung nachvollziehen kann, die so in anderen sozialistischen Ländern nicht zu finden ist oder vielleicht nicht so typisch ausgeprägt war. Das hängt auch damit zusammen, dass politischer Dissens und Widerstand in der Ukraine lange Zeit national bestimmt waren und damit per se ein regional höheres Mobilisierungspotential besaßen. Zivilgesellschaftliche Manifestationen kamen zustande, weil man sich vor allem gegen die Russifizierungspolitik, die Moskau in der Ukraine betreiben ließ, zur Wehr setzte. Eine Gegenbewegung entstand in der Ukraine nach dem Stalinismus, der zu brutal war, um irgendeine Form von alternativem Denken zuzulassen. So haben sich in der sowjetischen Ukraine bis zum Ende der sowjetischen Herrschaft immer wieder Andersdenkende, Dissidenten und Oppositionelle zusammengefunden, die trotz aller staatlichen Versuche, Oppositionsbewegungen im Keim zu ersticken, mutig das öffentliche Wort ergriffen und dafür ihr Leben, ihre Gesundheit und die Sicherheit ihrer

¹ Allgemein zu Definition und Konzept von Zivilgesellschaft: THOMAS JANOSKI: Introduction to Citizenship, in: *Citizenship and Civil Society: a framework of rights and obligations in liberal, traditional, and social democratic regimes*, hrsg. von DEMS., Cambridge 1998, S. 1–27.

Familien riskierten, weil sie mundtot gemacht wurden, Schikanen erduldeten und ihr Engagement nicht selten sogar mit dem Leben bezahlten.

Begriffliche und räumliche Definition von alternativem Denken und Dissens in der Sowjetunion

Die Historiographie zur Ukraine hat in den ersten Jahren nach der ukrainischen Unabhängigkeit vermehrt Fragen des dissidenten Widerstandes gegen die sowjetische Staatsgewalt aufgegriffen.² Allerdings sind in der Gegenwart historische Forschungen zu ukrainischen Dissidenten nicht mehr sehr en vogue. Zwar werden in einzelnen Zentren in der Ukraine Dokumente von und zu Dissidenten gesammelt und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt – darunter von der Fakultät für Kirchengeschichte der Katholischen Universität in Lemberg und von der Gesellschaft zum Schutz der Menschenrechte in Charkiv³, – aber das Thema wird nicht konzertiert verfolgt, auch weil es von anderen, als politisch wichtiger erachteten Aspekten der ukrainischen nationalen Vergangenheit, überlagert wird.

Von politischem Dissidententum in den kommunistischen Staaten Osteuropas spricht man im traditionellen Sinn, wenn dezidiert anti-sowjetische Manifestationen geäußert worden sind, und zwar in friedlicher Art und Weise.⁴ Dazu kommt, dass Dissens außerhalb der Partei stand, im Gegensatz zur innerparteilichen Kritik, die auch in der Sowjetunion immer wieder geäußert wurde, beispielsweise von Lev Trockij und anderen – und auch diese Partairebellen erlitten wegen ihrer Ansichten staatliche Verfolgungen. Die Äußerung dissidenten Protests konnte sehr unterschiedliche Formen annehmen: Sie reichte

² JU. ZAJCEV: *Disydenty: Opozycijnyj ruch 60–80-č rr.* [Dissidenten: Die Oppositionsbewegung der 60er bis 80er Jahre], in: *Storinky istorii Ukraïny. XX stolittja: Posibnyk dlja včytelja* [Seiten der Geschichte der Ukraine. Das 20. Jahrhundert. Lehrbuch für Lehrer], hrsg. von V. P. ŠEVCUK und S. V. KUL'ČYČ'KYJ, Kyïv 1992, S. 195–235; ERNST LÜDEMANN: *Die ukrainische Bewegung zwischen 1956 und 1991*, in: *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, hrsg. von GUIDO HAUSMANN und ANDREAS KAPPELER, Baden-Baden 1993, S. 167–201; JURIJ O. KURNOSOV: *Inakomyšlennja v Ukraïni (60-ti – perša polovyna 80-č rr. XX st.)* [Alternatives Denken in der Ukraine (60er Jahre bis zur ersten Hälfte der 80er Jahre des 20. Jh.)], Kyïv 1994; HEORHIJKAS'JANOV: *Nezhodni: ukraïns'ka inteliģencija v rusi oporu 1960-80-č rokiv* [Die Nicht-Einverstandenen: Die ukrainische Intelligenz auf dem Weg des Widerstands in den 1960er bis 80er Jahren], Kyïv 1995. Vgl. auch die früheren Darstellungen: *Nonconformity and Dissent in the Ukrainian SSR, 1955–1975. An Annotated Bibliography*, hrsg. von GEORGE LIBER und ANNA MOSTOVYCH, Cambridge 1978; BOHDAN NAHAYLO: *Ukrainian Dissent and Opposition After Shelest*, in: *Ukraine after Shelest*, hrsg. von BOHDAN KRAWCHENKO, Edmonton 1983, S. 30–54; JAROSLAW BIŁOCERKOWYCZ: *Soviet Ukrainian Dissent. A Study of Political Alienation*, Boulder, London 1988.

³ Vgl. beispielsweise die Veröffentlichung *Mižnarodnyj biohrafičnyj Slovnyk dysydyntiv kraïn Central'noi ta Schidnoi Jevropy j kolyšin'oho SRSR* [Internationales biographisches Wörterbuch der Dissidenten der Länder Zentral- und Osteuropas und der ehemaligen UdSSR], hrsg. von Charkivska Pravozačchysna Ihrupa, Charkiv 2006.

⁴ Dissens in der Sowjetunion wurde unter anderem untersucht von: STEFANIE BABST: *Opposition und Dissens in der Sowjetunion* [4 Mikrofiches], 1991; DIETRICH BEYRAU: *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985*, Göttingen 1993; MARCO CLEMENTI: *Storia del dissenso sovietico, 1953–1991* [Geschichte des sowjetischen Dissens, 1953–1991], Roma 2007. Vgl. auch zum Ende der kommunistischen Systeme: *Der schwierige Weg zu einer offenen Gesellschaft. Osteuropa an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Internationale und interdisziplinäre Konferenz, Eichstätt, 17.–18. Dezember 2004*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 9 (2005), 1.

von gelegentlicher öffentlicher „antisowjetischer“ Meinungsäußerung und ging über die Teilnahme in konspirativen Zirkeln hin bis zu aktivem Engagement und Auftreten, so dass eine breite Palette von passivem und aktivem Widerstand gegen das sowjetische System zu verzeichnen war.

Unabhängig vom politischen Widerstand gab es in der Sowjetukraine einen Schwerpunkt kirchlichen Widerstands, der sich vor allem um die Kirchen im Untergrund, die unierte Kirche und die (autokephale) orthodoxe Kirche, formierte. Diesen Kirchen haben sich viele Regimekritiker zugehörig gefühlt, außerdem hat die Untergrundkirche gerade durch ihre Vernetzung und ihre Strukturen eine Plattform für Anders-Denkende geboten.⁵ Unterstützung kam für Dissidenten auch von den Ukrainern in der westlichen Diaspora. Hier konnten politische Schriften im *Samvydav* unzensuriert veröffentlicht werden, die dann wieder zurück in die Sowjetukraine geschmuggelt wurden.

In der Sowjetukraine gab es nicht durchgängig dieselbe anhaltende Intensität von Dissens, sondern es waren verschiedene Phasen zu beobachten, die einander ablösten. Dazwischen lagen auch wiederholt Pausen, in denen die Sowjetmacht zu repressiv vorging, als dass sich Widerstand hätte bemerkbar machen können.

Dissens war sowieso erst eine Angelegenheit nach Stalins Tod 1953. Während des Stalinismus selbst war die Bevölkerung zu sehr mit dem Kampf um das Überleben beschäftigt; ein nicht geringer Teil unterlag massiven Repressionen, beispielsweise während der Zwangskollektivierung, während der Säuberungen der 30er Jahre und während anderer Phasen politischer Massengewalt. Daher bestand während der stalinistischen Zeit kaum Spielraum für Dissens.

Allgemein tauchte Dissens in sozialistischen Staaten in Osteuropa dann nicht auf, wenn der staatliche Druck zu groß war; dies war neben der stalinistischen Repressionsära in der Sowjetunion beispielsweise der Fall im sozialistischen Albanien unter Enver Hoxha. Unter den Bedingungen starken politischen Drucks war die übergroße Mehrheit der Bevölkerung so eingeschüchtert, dass nahezu kein öffentlicher Widerspruch zu vernehmen war. Auf der anderen Seite blieb Dissens aber auch verhalten, wenn der von der zentralen Regierung ausgehende politische Druck geringer war. Dies traf z.B. auf Ungarn unter Kádár und auf Jugoslawien unter Tito zu. Hier bestanden relativ moderate Bedingungen im Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten, so dass ausdrücklicher Dissens nicht nötig war, weil er sich sowieso in irgendeiner Form legal äußern konnte. Es scheint daher so zu sein, dass die politische „Ideal-

⁵ Zur komplexen Thematik religiös-kirchlicher Implikationen der sowjetischen und post-sowjetischen Zeit vgl. KATRIN BOECKH: Staat und Kirchen während der Transformation in der Ukraine, in: Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine, hrsg. von THOMAS BREMER, Wiesbaden 2003, S. 67-89; BOHDAN R. BOCIURKIW: Religion, Nationalismus und Politik in der Ukraine, in: Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, hrsg. von GUIDO HAUSMANN und ANDREAS KAPPELER, Baden-Baden 1993, S. 226-248; ANDREW WILSON: The Ukrainians. Unexpected Nation, Yale 2000, S. 234-252; JOHN-PAUL HIMKA: The Place of Religion in the Ukrainian National Revival, in: Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, hrsg. von MARTIN SCHULZE WESSEL, Stuttgart 2006, S. 89-99.

umgebung“ für Dissens eine Art mittlerer staatlicher Druck darstellte, der es gerade noch möglich machte, dass sich Andersdenkende, wenn auch im Geheimen, formieren konnten. Dies war in der Sowjetunion der Fall während der Tauwetterperiode unter Chruščev, die politische Hoffnungen geschürt hatte und eine größere Welle von Dissidenten in der Ukraine und in anderen Sowjetrepubliken hervorgebracht hatte. Als diese Hoffnungen mit der Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 zunichte gemacht wurden, erwuchs genau aus dieser Enttäuschung eine nachdrücklich nach politischem Systemwechsel strebende, dissidente Bewegung.

Zunächst aber trat nach den stalinistischen Verfolgungen zu Beginn der 60er Jahre eine neue Generation in der Sowjetunion auf, die sich aus den verschiedensten Gründen gegen die staatliche Politik wandte. Dass es sich dabei um keine einheitliche Gruppe handelte, wird sichtbar auch an der Bezeichnung dieser alternativ Denkenden, die an die Zeit ihres Auftretens anknüpfte:

Die ukrainischen „Sechziger“ (Šestydes'jatnyky)

Die „Sechziger“ waren eine lockere Verbindung Gleichgesinnter, die wiederholt unter staatlicher Verfolgung stand. In ihrer Kritik wandten sie sich aber nicht gegen das sozialistische System als solches, sondern gegen die Ungerechtigkeiten auf kulturellem Gebiet in der Ukraine und forderten eine neue Kulturpolitik. Ihre Mitglieder waren junge Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und Musiker, darunter Vasyľ Stus, Vasyľ Symonenko und Ivan Džuba. Sie demonstrierten gegen das ideologische Diktat des „Sozialistischen Realismus“ und die Russifizierung der Ukraine, wandten sich gegen die Unterprivilegierung des Ukrainischen und postulierten im Gegenzug eine Renaissance der ukrainischen Nationalkultur, -literatur und -geschichte. Bei ihnen kann zu keiner Zeit von einer breit angelegten Massenbewegung gesprochen werden. Während der 60er bis Anfang der 70er Jahre wurden rund 1.000 aktive ukrainische Dissidenten geschätzt;⁶ wesentlich höher dürfte die Zahl auch später nicht gewesen sein.

Das grundsätzliche Problem für sie lag in ihrer Organisation, die immer schwach blieb. Über einen Organisationsgrad wie beispielsweise die kommunistische Partei verfügten weder die „Sechziger“ noch die Dissidenten der Menschenrechtsbewegung der 70er Jahre, sie standen oftmals nur in mehr oder weniger lockeren Verbindungen zueinander. Der staatliche Zugriff konnte hier leicht erfolgen. Ein ernster Schlag gegen die „Sechziger“ fand im August und September 1965 statt, als 21 Aktivisten verhaftet wurden. Ein genereller Vorwurf an sie lautete, sie hätten illegale *samvydav*-(Selbstverlag-)Schriften in ihrem Besitz, ihr grundsätzliches „Vergehen“ bestand darin, dass sie sich angeblich kritisch gegenüber dem staatlichen System äußerten.

⁶ Vgl. PAUL R. MAGOCSI: A History of Ukraine, Toronto u.a. 1996, S. 663.

Diese Aktion sollte eigentlich alle anderen Mitglieder einschüchtern, aber das Gegenteil war der Fall. Die Folge war, dass die übrigen Aktivisten aufgerüttelt und zu einer Reihe von programmatischen Schriften mobilisiert wurden. Unter diesen befand sich die Abhandlung „Internacionalizm čy Rusyfikacija?“ (Internationalismus oder Russifizierung?) von Ivan Džuba (*1931).⁷

Die Schrift, die offenbar im Auftrag des damaligen ZK-Sekretärs Šelest erstellt worden war und sich mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik in der Ukraine kritisch auseinandersetzte, war typisch für die Haltung und Ziele der „Sechziger“: Die These lautete, diese habe sich von den Vorgaben Lenins entfernt; schuld daran seien zeitgenössische Verfehlungen und Verirrungen. Man solle nun wieder zu den Leninschen Wurzeln zurückkehren. Die vom leninistischen Standpunkt aus formulierte Kritik sparte aber nicht mit deutlichen und kritischen Worten. So war die Rede von der gewaltsamen Russifizierung der Ukraine, von in der Ukraine existierender „Ukrainophobie“ und von „russischem Großmachtchauvinismus“. Charakteristisch war dabei für die politische Überzeugung der „Sechziger“, dass sie keine Kritik am Sozialismus als System leisteten; den Rahmen des staatlichen Systems haben weder Džuba noch insgesamt die „Sechziger“ in ihrer Zeit überschreiten wollen.

Der Text selbst wurde gedruckt und Parteikreisen für den internen Gebrauch überlassen: Er lag dem ZK der Partei in Kiev vor, in gleicher Weise dem ZK in Moskau, in russischer Übersetzung. Zur internen Diskussion wurde es auch ukrainischen Parteiorganisationen auf oblast-Ebene vorgelegt. Nachdem der Text 1968 im Westen veröffentlicht worden war, fiel Džuba einer breiten sowjetischen Propagandaaktion zum Opfer. Dennoch haben weitere im Westen publizierte Arbeiten von Dissidenten die Verfolgung Andersdenkender in ihrer Heimat belegt, so die Darstellung „Report from the Beria Reserve“, die der Historiker Valentyn Moroz (*1936) im Jahr 1967 verfasste.⁸ Weiter stellte der damalige Journalist V-jačeslav Čornovil (1937–1999) eine Sammlung von Briefen, Petitionen und Erinnerungen unter dem Titel „The Čornovyl Papers“ zusammen, die 1967 außer Landes geschuggelt wurden.⁹ Sie beschrieben das schonungslose Vorgehen der sowjetischen Justiz gegen Dissidenten.

1972 wurden diese und weitere ukrainische Oppositionelle und Aktivisten der ukrainischen Kulturbewegung Opfer einer groß angelegten KGB-Verhaftungswelle, die auch Dissidenten in der übrigen Sowjetunion erfasste. Eigentlich war damit die Bewegung der „Sechziger“ offiziell beendet. Allerdings lieferte sie die Vorlage für eine neue Generation und Dimension einer Oppositionsbewegung, die nach der Unterzeichnung der KSZE-

⁷ IVAN DŽUBA: *Internationalism or Russification? A Study in the Soviet Nationalities Problem*, New York 1974. Neue Ausgabe der Kiever Mohyla-Akademie: DERS.: *Internacionalizm čy rusyfikacija?*, Kyiv 2005.

⁸ VALENTYN MOROZ: *Report from the Beria Reserve: The Protest Writings of Valentyn Moroz, a Ukrainian Political Prisoner in the USSR*, Toronto 1974. Weitere Texte von Dissidenten in: *Ferment in the Ukraine. Documents by V. Chornovil, I. Kandyba, L. Lukyanenko, V. Moroz, and others*, hrsg. von MICHAEL BROWNE, London 1971.

⁹ VYACHESLAV CHORNOVIL: *The Chornovil Papers*, New York u.a. 1968.

Schlussakte 1975 von Helsinki einsetzte und eine neue Qualität des Widerstands gegen das System markierte:

Die Menschenrechtsbewegung der 70er Jahre

Die internationalen Abkommen, die in Helsinki 1975 geschlossen wurden, hatten eine weitreichende Bedeutung für die Unterstützung der Menschenrechtsbewegung. Hier wurde ein Grundrechtekatalog aufgestellt, in dem die Wahrung der Menschenrechte angemahnt wurde, daneben ging es u.a. um Absichtserklärungen wie die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. All dieses unterzeichneten auch die Länder des Ostblocks; gleichermaßen verpflichtete sich die Sowjetunion für die Einhaltung der Menschenrechte. Auf diese juristische Grundlage konnten sich nun die Dissidenten nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern – wenigstens *de iure* – stützen und berufen.

Nach dem russischen Vorbild gründeten Dissidenten 1976 in Kiew ein ukrainisches Helsinki-Komitee. Im Unterschied zu den „Sechzigern“ gingen die Helsinki-Dissidenten nicht mehr davon aus, dass der Sozialismus noch von innen reformierbar sei. Das war auch das ernüchternde Ergebnis des Chruščevschen Tauwetters, das viele Hoffnungen auf Änderungen des Systems enttäuscht hatte. Vielmehr war das Ziel jetzt ein generelles, nämlich die Verbreitung der Menschenrechte in der Ukraine und die Durchsetzung von Presse- und Informationsfreiheit, wie diese das ukrainische Helsinki-Komitee in seiner ersten Deklaration als seine Hauptziele nannte.¹⁰ Somit übten seine Mitglieder auch fundamental Kritik am Sozialismus als System, außerdem unterrichteten sie die internationale Öffentlichkeit von den Verletzungen der Menschenrechte in der Ukraine.

Diese Initiative in der Ukraine, die auch mit Vertretern anderer Nationen in der Sowjetunion und mit westlichen Gleichgesinnten zusammenarbeitete, sprengte erstmalig den nationalen ukrainischen Rahmen. Die Forderungen waren weit gesteckt und bezogen sich auf grundlegende politische Veränderungen, Pluralismus und Demokratisierung des Landes, wobei die politischen Ansichten der einzelnen Dissidenten teils erheblich differierten und von integralem Nationalismus hin zu Nationalkommunismus und zu pluralistischer Demokratie reichten.¹¹

Gemeinsam war der Helsinki-Bewegung und den „Sechzigern“, dass sie vor allem von Intellektuellen getragen wurden, während sie die „proletarische“ und bäuerliche Bevölkerung kaum erreichten und auch keine Massenbewegung auslösten. Auch bei der Menschenrechtsbewegung reagierte das Regime durch den Versuch, sie mit Gewalt zurückzudrängen. Dies geschah auf unterschied-

¹⁰ Programmatik und Memoranden der Gruppe im Sammelband *The Human Rights Movement in Ukraine. Documents Of The Ukrainian Helsinki Group 1976–1980*, hrsg. von LESYA VERBA und BOHDAN YASEN, Baltimore u.a. 1980.

¹¹ Vgl. MAGOCSI (wie Anm. 6), S. 661.

liche Weise: Zum einen lancierte die sowjetische Propaganda Rufmordkampagnen gegen die Aktivisten und verunglimpft sie als „Faschisten“ und „Helfershelfer des westlichen Imperialismus“, zum anderen sollten Dissidenten durch Vorladungen zum KGB eingeschüchtert werden, sie verloren ihre Arbeit und damit ihre Lebensgrundlage und erhielten keine angemessene Beschäftigung mehr. Offene Gewalt wurde gegen sie eingesetzt, als Mitglieder der ukrainischen wie der anderen sowjetischen Helsinki-Gruppen inhaftiert und Ende der 70er Jahre wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ vor Gericht gestellt wurden. Als weitere Straftatbestände wurden ihnen oftmals auch „unerlaubte Ansammlung“ und „Vorbereitung eines besonders gefährlichen Staatsverbrechens“ zur Last gelegt. Die Strafen, zu denen sie verurteilt wurden, bestanden – traditioneller Weise – in Lagerhaft, dazu kam aber auch, dass sie zwangsweise in psychiatrische Kliniken eingewiesen wurden. Dieser neue Typus sowjetjurisdiktioneller Bestrafung wurde unter der Fassade einer administrativen Maßnahme, die nicht auffallen sollte, vorzugsweise gegen politische Dissidenten verhängt, um sie unter der erzwungenen Verabreichung von Medikamenten psychisch zu brechen. Weiter entzog man Dissidenten die sowjetische Staatsangehörigkeit oder wies sie aus.

Im Jahr 1980 war der Zustand der ukrainischen Helsinki-Gruppe verzweifelt: Von 37 Mitgliedern saßen 25 in Gefangenschaft, zwei waren in das Exil gegangen, sechs waren in das westliche Ausland geschickt worden, einer befand sich in einer psychiatrischen Klinik und einer war in den Selbstmord getrieben worden.¹² Trotz dieser deprimierenden Lage konnte die staatliche Verfolgung der Dissidenten-Bewegung aber nur immer kurzzeitige Niederlagen bereiten. Mehrere Verfolgungswellen fanden in den Jahren 1965–1966, 1972–1973 und 1979–1985 statt, aber danach füllten sich die Lücken der Verhafteten immer wieder aufs Neue mit mutigen Männern und Frauen, die den Kampf für die Menschen- und Bürgerrechte aufnahmen. Oftmals setzten auch gerade aus der Haft Freigelasene ihre Arbeit fort.

Zur politischen Bedeutung der Dissidenten-Bewegung

Die Bedeutung dissident eingestellter Gruppierungen in der Sowjetukraine wie auch in der ganzen Sowjetunion kann im Bezug auf die Vorgeschichte und Entstehung der Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen Ukraine nicht überschätzt werden. Ihre Wurzeln sind zurückzuführen auf die vorübergehende Zeit der politischen Lockerungen, die Chrusčev in Reaktion auf den repressiven und alles lähmenden Stalinismus in Politik und Gesellschaft zuließ. In dieser Phase erlaubte das Regime, dass ein bestimmter kultureller Freiraum in der Sowjet-

¹² KATRIN BOECKH, EKKEHARD VOLKL: Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution. Regensburg 2007, S. 184. Zur Situation in den 80er Jahren vgl. weiter unter anderem BORIS ZACHAROV: Narys istorii dysydents'koho ruchu v Ukraïni (1956-1987) [Abriss der Geschichte der Dissidentenbewegung in der Ukraine (1956-1987)], Charkiv 2003, S. 124ff.; MAGOCSI (wie Anm. 6), S. 660ff.; OREST SUBTELNY: Ukraine. A History, Toronto u.a. 2000, S. 510ff.

ukraine insbesondere von national denkenden Literaten ausgefüllt wurde. Ausgehend von dieser kulturkritischen Bewegung entstand eine neue ideenpolitische Dimension durch die Menschenrechtsbewegung infolge des Helsinki-Prozesses. Innerhalb dieses Rahmens wurden nun nachdrücklich die Forderungen nach Regimeablösung und übernational für Demokratisierung und Meinungsfreiheit laut.

Weder die „Sechziger“ noch die Helsinki-Bewegung bildeten eine Massenbewegung. Sie waren angewiesen auf den persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder und Sympathisanten, die oft genug einen hohen Preis durch staatliche Diskriminierung und Haft entrichteten. Außerdem vertraten die Dissidenten keine homogenen politischen Ansichten, sie repräsentierten vielmehr eine Vielzahl weltanschaulicher, politischer, nationaler und demokratischer Überzeugungen und hatten unterschiedliche Motive für ihren Widerstand. Den Durchbruch und die Ablösung der kommunistischen Herrschaft schafften die Dissidenten daher nicht aus eigener Kraft, sondern erst, nachdem sich die politische Großwetterlage in Moskau geändert hatte und die Ideen von Glasnost' und Perestrojka zu einer inneren Erosion des Systems beitrugen. Dennoch waren es das Gedankengut und die politischen Ideen, die von den politischen Dissidenten entwickelt und verbreitet wurden, die schließlich eine breite Bevölkerungsschicht gegen Ende der 80er Jahre mobilisierte und sie auf die Demokratisierung der Ukraine drängen ließ. Ihre Ideen der Demokratisierung und des Minderheitenschutzes gingen in das Programm von politischen Parteien wie *Ruch* ein, die eine tragende Rolle während des Systemwechsels in der Ukraine übernahm.

Besonders anschaulich lässt sich die Kontinuität der Dissidenten-Bewegung am Leben und Wirken von Persönlichkeiten darstellen, die über Jahrzehnte hinweg entschlossen für das Ende des kommunistischen Zwangssystems eintraten: So engagierte sich der Journalist V-jačeslav Čornovil zunächst als „Sechziger“, bis er dann in der ukrainischen Helsinki-Gruppe aktiv wurde. Nach viermaliger sowjetischer Lagerhaft wurde er Vorsitzender der ukrainischen Demokratiebewegung *Ruch*, unterlag aber bei den Präsidentschaftswahlen 1991 dem Gewinner und ersten ukrainischen Ministerpräsidenten Kravčuk. 1999 verstarb er bei einem Verkehrsunfall. Dass ein ehemaliger Dissident mit einem hohen Glaubwürdigkeitspotential in der Bevölkerung nach dem Ende des sozialistischen Systems das politische Leben seines Landes mit bestimmen konnte, zeigte sich wie bei Čornovil auch an Ivan Džuba, der genau 20 Jahre nach seiner Verhaftung 1972 der erste Kultusminister der Ukraine wurde. Auch in anderen postkommunistischen Staaten sind derlei Karrieren zu beobachten, mit am deutlichsten an der Person von Václav Havel in der Tschechoslowakischen/Tschechischen Republik.

Insgesamt hat also die postkommunistische Zivilgesellschaft in der Ukraine ihren historischen Ausgangspunkt in der nachstalinistischen, kommunistischen Ära. Diese lieferte einzelnen Personen genug Motive und Beweggründe, sich gegen ihre zentralistische, monolithische und auf Repression fußende Politik-

ausübung aufzulehnen. Das im Untergrund noch während der sowjetischen Zeit diskutierte Gedankengut bildete schließlich eine wichtige Grundlage und die Ausgangsposition für eine immer stärker anwachsende Zivilgesellschaft, die von dem zunächst national eingestellten Dissens wichtige Impulse erhielt und schließlich das Ende des sozialistischen Regimes unterstützte. In den ersten postkommunistischen Jahren unter den Präsidenten Kravčuk und Kučma blieb die Zivilgesellschaft in der Ukraine jedoch nur schwach ausgeprägt, da es ihr nicht gelungen war, tragende Elemente wie eine Wertegesellschaft, ein allgemeines Vertrauen unter der Bevölkerung und ein funktionierendes Staatswesen zu etablieren.¹³ Erst während der Orangen Revolution 2004/05 trat sie wieder massiert und mit Erfolg auf.

Резюме

Національні українські протиріччя, громадянське суспільство та крах комуністичного режиму в Україні

Катрін Бьок

Посткомуністичне громадянське суспільство в Україні знайшло своє чітке вираження під час Помаранчевої революції 2004-2005 рр. У наявній статті наводяться спроби розробки історичних причин цього руху, в той час, коли він вказує на перші державні критичні вираження після сталінізму. Вони з'явилися спочатку із сфери культури. При цьому «шестидесятники» боролися особливим чином проти русифікації України та проти диктатури соціалістичного режиму, не піддаючи сумніву державну систему як таку.

Це привело до виникнення руху за права людей в 70-их рр., який був сформований, насамперед, після провалу Празької весни 1968 року та підписання договорів у Гельсінкі 1975 року.

«Шестидесятниками», а також і дисидентами в Радянській Українській Соціалістичній республіці були надзвичайно розумні, інтелігентні люди, яким однак не вдалося мобілізувати широкий масовий рух. Натиск на них та державні репресії тривали з усіх сторін. Вони знаходилися під постійною небезпекою, були ув'язнені за критичні висловлювання щодо політики режиму та звинувачені до тривалих арештів.

Тим не менше, це привело у внутрішньому підпіллі ще під час радянського періоду до дискусійного обміну думками, що забезпечило важливу основу та вихідну позицію для зростаючого громадянського суспільства в Україні, яке з самого початку національно налаштованих розмежувань вміщувало важливі імпульси та підтримало, зрештою, розпад соціалістичного режиму.

¹³ Vgl. TARAS KUZIO: Staatskapazität, nationale Integration und Zivilgesellschaft, in: Die neue Ukraine, hrsg. von GERHARD SIMON, Wien 2002, S. 51–73.

Politische Kultur und die Zivilgesellschaft der Ukraine

Anja Jähde

„[F]ew Ukrainians belong to civic organizations of any type. This means, that there are few organizations that are not mediated by the state and few organizations in which individuals can combine to make demands on the state.”¹ Mit diesen Worten beschreiben P. D’ANIERI, R. KRAVCHUK und T. KUZIO im Jahr 1999 die ukrainische Zivilgesellschaft.

Obleich sich in der Zwischenzeit mehr als ein Drittel der ukrainischen Bürger an den Demonstrationen der Orangen Revolution beteiligte und seit der Jahrtausendwende ein Anstieg der Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen verzeichnet werden kann², entspricht die Verfasstheit der ukrainischen Zivilgesellschaft auch heute, eine Dekade später, weitestgehend der obigen Beschreibung. So zeichnet sich eine große Anzahl der existierenden Organisationen *de facto* durch Inaktivität aus, während die Akteure anderer mehr an der Finanzmittelakquise als an Interessensartikulation orientiert sind.³ Ein aktives bürgerschaftliches Engagement im Dritten Sektor, d.h. in der Sphäre zwischen Familie, Markt und Staat⁴, stellt im Jahr 2010 ein ebenso großes Desiderat dar wie nach dem Zerfall der Sowjetunion⁵.

Welche Ursachen hat die schwache Ausprägung der ukrainischen Zivilgesellschaft? Warum stagniert die – aus demokratietheoretischer Perspektive so bedeutsame⁶ – zivilgesellschaftliche Entwicklung in der Ukraine trotz massiver ausländischer Subventionierung⁷ seit Beginn der 1990er Jahre? Und weshalb resultierte die Erfahrung einer erfolgreichen bürgerschaftlichen Interessensartikulation im November 2004 nicht in einer höheren Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement? Mit diesen Fragen setzt sich der vorliegende Beitrag auseinander. Da der bisher in Anschlag gebrachte Erklärungsansatz, der die Schwäche der Zivilgesellschaft auf die Erfahrung der Zwangspartizipation zu Zeiten der Sowjetunion zurückführt⁸, sich angesichts der Ereignisse des Jahres 2004 als nur bedingt haltbar erweist⁹, soll im Folgenden

¹ PAUL D’ANIERI, ROBERT KRAVCHUK, TARAS KUZIO: *Politics and Society in Ukraine*, Boulder, Oxford 1999, S. 146.

² Vgl. DOROTHÉE MARTH, ANDREA PRIEBE: Die Funktionsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft im Jahr 2009, unter:

http://www.ukraine-nachrichten.de/files/1689_die-funktionsfaehigkeit-der-ukrainischen-zivilgesellschaft-im-jahr-2009.pdf (letzter Zugriff: 22.03.2010), S. 3.

³ Vgl. ebenda, S. 3.

⁴ Zur Definition von Zivilgesellschaft siehe: DETLEF POLLACK: *Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie*, in: *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, hrsg. von ANSGAR KLEIN u.a., Wiesbaden 2004, S. 23-40.

⁵ Vgl. D’ANIERI, KRAVCHUK, KUZIO (wie Anm. 1), S. 141.

⁶ Vgl. POLLACK (wie Anm. 4), S. 32.

⁷ Vgl. MARTH, PRIEBE (wie Anm. 2), S. 3.

⁸ Vgl. ELENA BASHKIROVA: *Russia, Belarus and Ukraine. Construction of Democratic Communities*, in: *Democracy and Political Culture in Eastern Europe*, hrsg. von HANS-DIETER KLINGEMANN u.a., Abingdon, New York 2006, S. 355-378, hier S. 363.

⁹ Anders als zu Sowjetzeiten machten die sich im Jahr 2004 an Massendemonstrationen beteiligenden Ukrainer positive Erfahrungen mit auf Freiwilligenbasis erfolgender Interessensartikulation.

ein alternativer Erklärungsansatz etabliert und auf den ukrainischen Kontext angewandt werden. Ausgangspunkt der diesbezüglichen Überlegungen ist die Tatsache, dass die Massendemonstrationen während der Orangen Revolution keinen langfristigen Effekt für das bürgerschaftliche Engagement der Ukrainer hatten. Dies legt den Schluss nahe, dass partizipatives Verhalten in Abhängigkeit von langfristigen, überindividuellen und eine gewisse Wandlungsresistenz aufweisenden Faktoren steht. Als ein solcher Faktor wird in der Politikwissenschaft das Konzept der Politischen Kultur definiert. Dieses Konzept – verstanden als gesellschaftliches Aggregat individueller politischer Werte, Einstellungen und Meinungen¹⁰ – wird in der politikwissenschaftlichen Forschung hauptsächlich für die Analyse und Prognostizierung der Stabilität politischer Systeme herangezogen. Obgleich diese Praxis eine Relation zwischen Politischer Kultur und zivilgesellschaftlichen Strukturen zunächst wenig plausibel erscheinen lässt, ist – wie im Folgenden zu zeigen sein wird – von der Existenz eines funktionalen Zusammenhangs zwischen Politischer Kultur und partizipativem Verhalten auszugehen. Gestützt auf diese These muss daher ein Zusammenhang zwischen der schwachen Ausprägung zivilgesellschaftlicher Strukturen in der Ukraine und ihrer Politischen Kultur angenommen werden. Im Folgenden ist damit zu erörtern, inwiefern die Politische Kultur der Ukraine ein Hindernis für deren zivilgesellschaftliche Entwicklung darstellt. Um die Entwicklungschancen der Zivilgesellschaft einschätzen zu können, soll zudem die Frage nach dem Veränderungspotential der ukrainischen Politischen Kultur gestellt werden.

Politische Kultur und partizipatives Verhalten

„Mögen unsere staatlichen Gebilde, wie Theoretiker und Politiker sie erdacht haben, noch so vollkommen sein: Funktionieren werden sie nur, wenn sie die Unterstützung einer Gesellschaft finden, deren politischer Kultur und Mentalität sie entsprechen.“¹¹ – Mit der Annahme, dass die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems in Abhängigkeit von der Kongruenz zwischen Regime und Politischer Kultur steht, reiht sich M. GORBAČEV in die Tradition der politikwissenschaftlichen Theoriebildung zur Politischen Kultur ein. Die seiner These implizit zugrunde liegende Annahme einer funktionalen Relevanz subjektiver politischer Orientierungen wurde erstmals im Jahr 1963 in der ‚Civic Culture Study‘ der amerikanischen Politikwissenschaftler G. ALMOND und S. VERBA postuliert.¹² Trotz der teils recht kritischen Rezeption der Studie¹³, gelten

¹⁰ Vgl. SUSANNE PICKEL, GERT PICKEL: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden, Wiesbaden 2006, S. 59-74, hier S. 49ff.

¹¹ MICHAEL GORBATSCHOW: Erinnerungen, Berlin 1996, S. 468.

¹² GABRIEL ALMOND, SIDNEY VERBA: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

¹³ Zur Studie und ihrer Kritik vgl. BETTINA WESTLE: Das klassische Konzept der Politischen Kultur, in: Politische Kultur. Eine Einführung, hrsg. von DEMS. und OSCAR W. GABRIEL, Baden-Baden 2009, S. 13-23; PICKEL, PICKEL (wie Anm. 10), S. 59-74.

die darin erfolgte Fokussierung der Mikroebene des politischen Systems, die Feststellung der dieser mittelbar eigenen systemstabilisierenden bzw. -destabilisierenden Wirkung und die Herstellung einer konzeptuellen Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene durch das Aggregat ‚Politische Kultur‘ heute als Konsens in der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Politischer Kultur.

Anknüpfend an die klassische Definition von Politischer Kultur als „particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of [a] nation“¹⁴ bei ALMOND und VERBA, untersucht die Politische Kulturforschung die Werte, Einstellungen und Meinungen der Bürger, um Prognosen über die Systemstabilität treffen zu können. Im Gegensatz zur Beeinflussung politischer Strukturen durch das Muster politischer Orientierungen der Bevölkerung, sind mögliche Auswirkungen dieser Orientierungen auf das politische Verhalten und Handeln der Bürger, d.h. die Rückwirkung von Politischer Kultur auf die Mikroebene, nicht explizit Gegenstand der Politischen Kulturforschung.¹⁵ Dabei liegt die Vermutung nahe, dass dominante, vergleichsweise langlebige¹⁶ und personenübergreifende politische Orientierungsmuster eine Auswirkung auf das konkrete politische Partizipationsverhalten haben. So wird auch in der Konzeption der politischen Kulturforschung implizit „ein Effekt auf politisches Verhalten angenommen“¹⁷. Vor diesem Hintergrund erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass eine Evaluation der Politischen Kultur der ukrainischen Bevölkerung Erklärungspotential für die schwache Ausprägung zivilgesellschaftlicher Strukturen bietet.

Für eine an diesem Ziel ausgerichtete Analyse erweist sich das in der ‚Civic Culture Study‘ von ALMOND und VERBA entwickelte Konzept von Politischer Kultur als produktiv. Anders als das in der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Osteuropa häufig zur Anwendung kommende Konzept D. EASTONS, welches anhand der Einstellungen gegenüber Demokratie als Staatsform und der jeweiligen Beurteilung der Demokratieperformanz Aussagen über die Legitimität und voraussichtliche Stabilität der neuen Staatsformen trifft¹⁸, bezieht dieses die Orientierungen gegenüber weiteren Komponenten bzw. Zielobjekten des politischen Systems in die Typologisierung Politischer Kulturen mit ein. Obgleich auch die von EASTON untersuchte Akzeptanz demokratischer Strukturen, d.h. die Orientierung gegenüber dem Regimetypus bzw. dem politischen System als Ganzem, indirekt Aufschluss über mögliches politisches Verhalten geben kann, erweisen sich die von ALMOND und VERBA zudem erörterten Orientierungen gegenüber dem ‚Selbst‘ als politischem Akteur, gegenüber den Output-Leistungen des Systems sowie dessen Input-Strukturen für den Zweck der hier vorzunehmenden Analyse

¹⁴ ALMOND, VERBA (wie Anm. 12), S. 12f.

¹⁵ Vgl. PICKEL, PICKEL (wie Anm. 10), S. 57.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 74.

¹⁷ Ebenda, S. 58.

¹⁸ DAVID EASTON: A Framework for Political Analysis, Englewood Cliffs 1965.

von größerer Relevanz, da sie direkte Rückschlüsse auf politisches Handeln zulassen.¹⁹

Eine weitere Motivation für die Anwendung dieses Konzeptes besteht darin, dass sich dadurch die Möglichkeit ergibt, die aktuelle Politische Kultur des Landes in Relation zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Politische Kultur der Sowjetunion zu setzen. Letzterer wird in der Politischen Kulturforschung zugeschrieben, dem in der ‚Civic Culture Study‘ beschriebenen Typus der *Subject Culture*²⁰ zu entsprechen.²¹ Gemeint ist damit, dass die sowjetische Bevölkerung dem System und dessen Output-Leistungen positive und/oder negative Orientierungen entgegenbrachte, d.h. Herrschaftsrollen, Politiker und deren Policy-Output wahrnahm und bewertete, ihre Beziehungen zu diesen politischen Objekten aber aufgrund fehlender Orientierungen gegenüber Input-Aspekten und dem ‚Selbst‘ als politischem Akteur vorwiegend passiver Natur waren.

Eine genauere Betrachtung der *Subject Culture* zu Zeiten der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) und deren Vergleich mit den derzeitigen politischen Orientierungen der ukrainischen Bürger erweist sich in Hinblick auf die Frage nach dem möglichen Entwicklungspotential der zivilgesellschaftlichen Strukturen als relevant. So wird in der politischen Kulturforschung trotz der grundsätzlichen Annahme einer Langlebigkeit von Politischer Kultur²², davon ausgegangen, dass tiefgreifende Veränderungen der politischen Strukturen einen Wandel der Politischen Kultur bewirken können²³. Ließe sich im Bezug auf die Ukraine trotz Systemtransformation daher keine Veränderung der Politischen Kultur feststellen, so würde dies von einer hohen Wandlungsresistenz der politischen Orientierungsmuster in der Ukraine zeugen. Damit erschiene die Möglichkeit eines durch (gesellschafts-)politische Maßnahmen induzierbaren Wandels Politischer Kultur als gering. Um eine diesbezügliche Einschätzung treffen zu können, wird der im Folgenden vorzunehmenden Analyse der

¹⁹ So legt beispielsweise eine ausgeprägte Input-Orientierung der Bevölkerung, d.h. ein empirisch messbares Interesse an bzw. die Forderung nach politischen Partizipationsstrukturen ein partizipatorisches Verhalten nahe, während die Legitimität von Demokratie als Staatsform zwar auf die Akzeptanz von partizipatorischen Strukturen, nicht aber auf deren Nutzung durch die Bevölkerung schließen lässt.

²⁰ Almond und Verba leiten aus den in der ‚Civic Culture Study‘ ausgemachten phänotypischen Kombinationen von Orientierungsformen und Zielobjekten verschiedene Typen von Politischen Kulturen ab. Neben der *Subject-Culture* identifizieren sie zwei weitere Ausformungen politischer Kultur. Als *Parochial-Culture* wird die politische Kultur jener Gesellschaften beschrieben, welche keine Orientierungen gegenüber den Zielobjekten aufweisen, während sich die *Participant-Culture* durch das Vorhandensein von Orientierungen gegenüber allen politischen Zielobjekten auszeichnet. Neben diesen idealtypischen Ausprägungen von Politischer Kultur gehen Almond und Verba zudem von Mischformen aus. Als für eine demokratische Gesellschaft ideale Politische Kultur identifizieren sie die *Civic Culture*, welche eine Mischform aus *Parochial-Culture*, *Subject-Culture* und *Participant-Culture* darstellt.

²¹ Vgl. RUSSEL F. FARNEN: Democracy, Authority, and Political Culture in Central and Eastern Europe, in: Political Culture, Socialization, Democracy and Education. Interdisciplinary and Cross-National Perspectives for a New Century, hrsg. von DEMS. u.a., Frankfurt a.M. 2008 (Labour, Education and Society, 7), S. 45-75, hier S. 52.

²² Vgl. GERHARD SIMON: Die Erosion des Postkommunismus. Politische Kultur in der Ukraine im Wandel, in: Osteuropa, 57 (2007), 10, S. 29-42, hier S. 31.

²³ Vgl. PICKEL, PICKEL (wie Anm. 10), S. 74.

politischen Orientierungsmuster in der heutigen Ukraine ein Rekurs auf die Sowjetzeit vorangestellt.

Die Politische Kultur der Sowjetunion

Für eine Analyse der Politischen Kultur der Sowjetunion ist es von essentieller Bedeutung, den dualen Charakter der politischen Orientierungen der Sowjetbevölkerung in Erwägung zu ziehen. So kann und muss zwischen dem staatlich forcierten politischen Verhalten der Bürger und deren privaten, inoffiziellen Orientierungen, d.h. der eigentlichen Politischen Kultur, unterschieden werden.²⁴ Durch die aktive Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, also durch die Partizipation an Wahlen und die obligatorische Mitgliedschaft in Massenorganisationen, erweckten die Sowjetbürger den Eindruck starken politischen Interesses, ausgeprägter Input-Orientierung und Systemakzeptanz. Dieser offiziellen „Partizipationskultur“ stand als dominantes inoffizielles Orientierungsmuster ein stark ausgeprägtes Desinteresse an Politik und an politischen Partizipationsmöglichkeiten gegenüber.²⁵ Wie Erhebungen unter Exilsowjetbürgern ergaben, zeichnete sich die sowjetische Politische Kultur insbesondere durch das Fehlen von Input-Orientierungen aus. So bestand beispielsweise nur ein sehr geringes Interesse an einem Recht zur freien Gründung politischer Organisationen.²⁶ Diesem Befund entspricht das weit verbreitete Desinteresse an (potentiellen) Möglichkeiten zur Beeinflussung politischer Entscheidungen.²⁷

Dem Verzicht auf System-Input und dem allgemein apolitischen Charakter der Bevölkerung stand eine starke Output-Orientierung der Sowjetbürger entgegen, welche dem Regime rein materielle Erwartungen entgegenbrachten.²⁸ So schrieben die Bürger dem Staat ein „vergleichsweise hohes Maß an Verantwortung für das politische, soziale und wirtschaftliche Leben“²⁹ zu und erwarteten materielle Versorgung durch diesen: „[T]here was overwhelming agreement that the state had a right and duty to [...] secure a basic and satisfactory standard of living for all its citizens.“³⁰ Im Gegenzug war ein

²⁴ Vgl. DANIEL DROSTE: Politische Kultur und politische Parteien in der russischen Föderation. Zur Analyse und Entwicklung des postkommunistischen Parteienpluralismus, Bochum 2001, S. 57.

²⁵ Vgl. KLAUS VON BEYME: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M. 1994, S. 68f., GERD MEYER: Values, Small Life Worlds and Communitarian Orientations: Ambivalent Legacies and Democratic Potentials in Post-Communist Political Cultures, in: Political Cultures in Post-Communist Europe: Attitudes in New Democracies, hrsg. von DETLEF POLLACK u.a., Hants, Burlington 2003, S. 169-179, hier S. 175.

²⁶ Vgl. DROSTE (wie Anm. 24), S. 64.

²⁷ Vgl. WAYNE DIFRANCESCO, ZVI GITELMAN: Soviet Political Culture and “Covert Participation” in Policy Implementation, in: The American Political Science Review, 78 (1984), S. 603-621, hier S. 603.

²⁸ Vgl. ASTRID SAHM: Zwischen Selbstbehauptung und Unterdrückung. Zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Ukraine, in: Zivilgesellschaft und Staat in Europa. Ein Spannungsfeld im Wandel. Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ukraine, Weißrußland, hrsg. von GUNTHER AMMON und MICHAEL HARTMEIER, Baden-Baden 2001, S. 92-110, hier S. 97.

²⁹ DROSTE (wie Anm. 24), S. 60.

³⁰ STEPHEN WHITE: Continuity and Change in Soviet Political Culture: An Emigre Study, in: Comparative Political Studies, 11 (1978), S. 381-395, hier S. 386.

Großteil der Sowjetbürger grundsätzlich zum Verzicht auf politische Freiheiten bereit³¹ und gestand dem paternalistischen Staat zu, "[to] do anything and be approved for so doing provided its actions were regarded as in furtherance of the public interest."³²

Wie diese Befunde deutlich machen, scheint in der Sowjetunion in der Tat eine im Sinne ALMONDS und VERBAS als *Subject-Culture* zu klassifizierende Politische Kultur vorherrschend gewesen zu sein. Einschränkend ist diesbezüglich allerdings anzuführen, dass sich nicht alle Sowjetbürger durch die beschriebene passive und apolitische Orientierung auszeichneten. Einzelne begegneten dem Regime mit aktivem (inneren) Widerspruch und brachten dem System nicht nur eindeutig negative Wertorientierungen entgegen, sondern zeigten sich auch an Möglichkeiten des System-Inputs interessiert.³³ Paradoxe Weise kann als Ausdruck eines solchen Interesses die Wahlverweigerung einzelner Sowjetbürger angeführt werden, welche in einem nicht-kompetitiven Wahlsystem als weitaus politischerer Akt zu werten ist, als eine „passive“ Beteiligung an den Wahlen.³⁴ Auch die Tatsache, dass ein Fünftel der befragten Exilsowjetbürger zur Lösung der politischen Probleme ihres Heimatlandes „protest, organization, and even revolution“³⁵ anregte, kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass hinsichtlich der Politischen Kultur der Sowjetunion von einer *Subject-Culture* mit partizipativen Elementen bzw. einer *Participant-Subject-Culture* gesprochen werden sollte. Dies ist insbesondere im Bezug auf die Politische Kultur der USSR zu konstatieren.³⁶

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die in den 1980er Jahren entstehenden gesellschaftlichen Sammelbewegungen wie *Ruch* oder *Selenyj Svit* als Anzeichen für eine Veränderung der ukrainischen Politischen Kultur in der Perestrojka-Zeit gewertet werden können. Obgleich eine solche Annahme aufgrund des postulierten Zusammenhangs zwischen Politischer Kultur und politischem Handeln zunächst naheliegend erscheinen mag, erweist sich bei näherer Betrachtung, dass die Entstehung dieser zivilgesellschaftlichen Gruppierungen unabhängig von einem Wandel der Politischen Kultur erfolgte. So resultierte die in den 80er Jahren öffentlich geäußerte Regime-Kritik großer Teile der Sowjetbevölkerung nicht primär aus einem sprunghaft gestiegenen Interesse an Partizipationsmöglichkeiten oder einem sich plötzlich entwickelnden politischen Akteursbewusstsein, sondern war Resultat der stark ausgeprägten Output-Orientierung der Bevölkerung, welche sich bei ausbleibenden

³¹ Vgl. DROSTE (wie Anm. 24), S. 61.

³² ALEX INKELES, RAYMOND A. BAUER: *The Soviet Citizen: Daily Life in a Totalitarian Society*, Cambridge 1961, S. 250f.

³³ Vgl. DROSTE (wie Anm. 24), S. 96f.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 95f.

³⁵ ZVI GITELMAN: *Soviet Political Culture: Insights from Jewish Emigres*, in: *Soviet Studies*, XXIX (1977), 4, S. 543-564, hier S. 555.

³⁶ Wie Astrid Sahm aus dem hohen Anteil ukrainischer Häftlinge in sowjetischen Lagern schließt, stellte die Ukraine zu Sowjetzeiten ein wichtiges Zentrum des Widerspruchs dar. So hatte sich in den 60er Jahren eine aktive Dissidentenbewegung entwickelt, die allerdings aufgrund politischer Repressionen und der in der Bevölkerung dominierenden Orientierungsmuster keine Breitenwirkung entfalten konnte [vgl. SAHM (wie Anm. 28), S. 96].

materiellen Leistungen des Regimes in hoher Systemunzufriedenheit äußerte³⁷. Die Tatsache, dass die zivilgesellschaftliche Partizipation in der Ukraine nach dem Ende der Sowjetzeit bei weitestgehend unveränderter Politischer Kultur³⁸ stark zurückging³⁹, ist insofern als Beleg für den konstatierten Zusammenhang zwischen Politischer Kultur und politischem Handeln zu sehen: Ohne Stützung auf eine *Participant-Culture* erscheint die dauerhafte Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen nicht möglich.

Wie dies zudem deutlich macht, erfolgte in den ersten Jahren nach Perestrojka und Systemtransformation kein tiefgehender Wandel der ukrainischen Politischen Kultur. Dieser Befund ist auf die grundsätzliche Langwierigkeit des Politischen Kulturwandels zurückzuführen und kann daher keinen Aufschluss über eine eventuelle Wandlungsresistenz der ukrainischen Politischen Kultur geben. Ob sich die Politische Kultur durch den Systemwechsel verändert hat, kann insofern nur eine Analyse von politischen Orientierungen zeigen, die in gewissem zeitlichem Abstand zur Transformation erhoben worden sind.

Politische Kultur in der postsowjetischen Ukraine

„Die Länder Mittel- und Osteuropas sind in Europa angekommen. Die vorgefundenen Muster der Einstellungen entsprechen im Wesentlichen denen, die wir aus Westeuropa kennen. [...] Die Bevölkerungen Ostmitteleuropas sind in der Regel in der Lage, zwischen dem Prinzip der Demokratie, alternativen Ordnungsvorstellungen und der Umsetzung dieses Prinzips zu unterscheiden.“⁴⁰

Mit dieser – eine Veränderung der Politischen Kulturen Ostmitteleuropas postulierenden – Einschätzung steht J. JACOBS paradigmatisch für die derzeitige politische Kulturforschung, welche aus einer zunehmenden Zustimmung zu demokratischen Prinzipien und Strukturen in den Ländern Ostmitteleuropas und Osteuropas Rückschlüsse auf deren Politische Kulturen zieht. Obgleich eine solche Herangehensweise im Hinblick auf die Frage nach der voraussichtlichen Stabilität eines politischen Systems gerechtfertigt ist, erscheint die Annahme problematisch, dass allein aufgrund der positiven Orientierungen gegenüber dem System als Ganzem Aussagen über die Politische Kultur (und ihre Veränderung) möglich sind. Im Folgenden werden daher vornehmlich jene politischen Orientierungen der ukrainischen Bevölkerung analysiert, die sich auf die Input-Strukturen, die Output-Leistungen des Systems und das politische Selbstbild der Bürger beziehen.

³⁷ Vgl. DROSTE (wie Anm. 24), S. 75f.

³⁸ Vgl. EVHEN I. HOLOVAKHA: Popular Social and Political Attitudes in Ukraine, in: Ukraine. The Search for a National Identity, hrsg. von SHARON L. WOLCHIK und VOLODYMYR ZVIGLYANICH, Boston 2000, S. 199-212, hier S. 200.

³⁹ Vgl. SAHM (wie Anm. 28), S. 100 und S. 104.

⁴⁰ JÖRG JACOBS: Wertorientierungen und die Konsolidierung demokratischer Regime in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von ARON BUZOGÁNY und ROLF FRANKENBERGER, Baden-Baden 2007 (Weltregionen im Wandel, 2), S. 215-232, hier S. 228.

Hinsichtlich der Ausprägung des „political involvement“⁴¹ der ukrainischen Bevölkerung ergibt sich – folgt man der Argumentation P. ULRAMS und F. PLASSERS – ein erster Anhaltspunkt aus Erhebungen des politischen Interesses.⁴² Dieses ist in der Ukraine erheblich niedriger ausgeprägt als in den Ländern Mitteleuropas. So stand im Jahr 1999 den 13% der Befragten, die bekundeten, großes bzw. recht großes Interesse an Politik zu haben, ein Prozentsatz von 39% mit sehr schwach ausgeprägtem bzw. keinem Interesse an Politik gegenüber.⁴³ Der Schluss, dass die ukrainische Bevölkerung der Einbringung eigener Interessen und Meinungen in den politischen Prozess eine verhältnismäßig geringe Bedeutung beimisst, kann indirekt auch aus der niedrigen Priorisierung des Rechts auf Meinungsfreiheit gezogen werden. Befragt nach der Wichtigkeit zentraler demokratischer Prinzipien, gaben 2009 43% der Interviewten an, Meinungsfreiheit als sehr wichtig zu erachten, während zwei Drittel ein faires Gerichtswesen, und immerhin die Hälfte der Befragten freie Wahlen und Religionsfreiheit für sehr wichtig hielten.⁴⁴ Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch Erhebungen zur Protestbereitschaft der ukrainischen Bevölkerung.⁴⁵ So erklärten im Jahr 1997 11% der Befragten, dass sie im Falle einer Verletzung ihrer Rechte, Unterschriftensammlungen als effektive und akzeptable Maßnahmen in Erwägung ziehen würden, während 15% sich für genehmigte Demonstrationen aussprachen.⁴⁶ Auffällig ist dabei, dass 37% der Befragten angaben, keine Maßnahmen ergreifen zu wollen, und 33% sich einer Antwort enthielten. Der sich zwischen 1994 und 1997 abzeichnende Trend eines zunehmenden Desinteresses an politischer Partizipation⁴⁷ wird durch eine andere Umfrage aus dem Jahr 1999 untermauert. Befragt nach tatsächlicher und potentieller Beteiligung an verschiedenen Formen politischen Protestverhaltens, postulierten 70% der Interviewten eine niedrige, 24% ein mittlere und 6% ein hohe Bereitschaft zur Partizipation.⁴⁸ Wie diese Befunde deutlich machen, zeigt eine vergleichsweise geringe Zahl Ukrainer ausgeprägte Input-Orientierungen, während ein Großteil der Bevölkerung kaum bzw. kein Interesse an der

⁴¹ PETER A. ULRAM, FRITZ PLASSER: Political Cultures in East-Central and Eastern Europe: Empirical Findings 1990-2001, in: Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in new Democracies, Hrsg. von DETLEF POLLACK u.a., Hants, Burlington 2003, S. 31-46, hier S. 35.

⁴² Vgl. ebenda, S. 35.

⁴³ Vgl. ebenda, S. 36. Als Referenzwerte bieten sich – aufgrund der ähnlichen historischen und politischen Prägung vor der Transformationszeit – die Befunde der Russischen Föderation an. Hier postulierten im Jahr 1999 34% der Befragten ein großes bzw. recht großes Interesse an Politik, während 28% angaben, kaum bzw. gar nicht an Politik interessiert zu sein.

⁴⁴ Vgl. THE PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE AND THE PRESS: Two Decades after the Wall's Fall. End of Communism cheered but now with more reservations, 2009, unter: <http://pewglobal.org/reports/pdf/267.pdf> (letzter Zugriff: 22.03.2010), S. 21.

⁴⁵ Vgl. BASHKIROVA (wie Anm. 8), S. 365. Die Beteiligung an Protestaktionen stellt nach Bashkirova einen Indikator „for a persons' willingness to cooperate with others in expressing and achieving political goals“ (S. 365) dar und kann daher als Ausdruck einer Input-Orientierung betrachtet werden.

⁴⁶ Vgl. D'ANIERI, KRAVCHUK, KUZIO (wie Anm. 1), S. 147.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 147.

⁴⁸ Vgl. BASHKIROVA (wie Anm. 8), S. 365. In Deutschland gaben 15% der Befragten eine niedrige, 35% eine mittlere und 50% eine hohe Bereitschaft zur politischen Partizipation an.

Möglichkeit einer politischen Partizipation äußert und dementsprechend auch keine Forderungen nach Partizipationsstrukturen stellt.

Vor diesem Hintergrund ist der in jüngster Vergangenheit wiederholt artikulierte Wunsch nach einer starken Führungspersönlichkeit zu sehen. Die Tatsache, dass im Herbst 2009 69% der Befragten einen starken Führer einer demokratisch gewählten Regierung vorzogen⁴⁹, lässt eine potentielle Bereitschaft zum Verzicht auf demokratische (Partizipations-)Strukturen erkennen.⁵⁰ Der Wunsch nach einem starken Führer, der die Dinge schnell entscheiden kann, ist zudem Ausdruck einer ausgeprägten Output-Orientierung der ukrainischen Bevölkerung. Diese schreibt staatlichen Entscheidungen ein hohes Maß an Verantwortung für den eigenen Lebenserfolg zu⁵¹, fordert „an active, effective, patriotic government“⁵² und erachtet die vom Staat (!) zu generierende wirtschaftliche Prosperität für wichtiger als zentrale demokratische Prinzipien⁵³. Die von E. HOLOVAKHA im Hinblick auf die Transformationsphase angestellte Beobachtung, dass die ukrainische Bevölkerung den staatlichen Paternalismus quasi einfordert⁵⁴, kann insofern auch im Bezug auf die derzeitigen politischen Orientierungen der Ukrainer getroffen werden.

Angesichts dieser starken Output-Orientierung der ukrainischen Bevölkerung, welche einhergeht mit gering ausgeprägtem Interesse an Partizipationsmöglichkeiten sowie einem „widespread lack of subjective (feelings of) political competence“⁵⁵, liegt ein Vergleich der gegenwärtigen Politischen Kultur der Ukraine mit den politischen Orientierungsmustern zu Sowjetzeiten nahe. So weist die ukrainische Politische Kultur trotz Systemtransformation und Phasen spontaner Massenpartizipation eine große Ähnlichkeit zur partizipativen *Subject Culture* der Sowjetzeit auf. Anders als von J. JACOBS postuliert, kann insofern keine wesentliche Veränderung der Politischen Kultur der Ukraine seit der Sowjetzeit festgestellt werden.

Entwicklungsperspektiven für die ukrainische Zivilgesellschaft?

Wie aus der Analyse der ukrainischen Politischen Kultur deutlich wird, stellt deren Verfasstheit ein Hindernis für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft in der Ukraine dar. Insbesondere das vorherrschende Desinteresse an politischer Partizipation, aber auch die Selbsteinschätzung als apolitische Akteure und die starke Fokussierung auf politische Leistungen der ukrainischen Bürger zeichnen für die Stagnation der zivilgesellschaftlichen

⁴⁹ Vgl. PEW (wie Anm. 44), S. 26.

⁵⁰ Verfehlt wäre es allerdings, aus diesen Befunden eine mangelnde Demokratie-Akzeptanz in der Ukraine abzuleiten, denn diese Werte spiegeln neben der generellen Einstellung zum System auch Urteile und Meinungen zur aktuellen Systemperformanz wieder.

⁵¹ Vgl. PEW (wie Anm. 44), S. 27.

⁵² D.O. DENISOV, S.V. GOVORUKHKA: The Political and Cultural Self-Determination of Ukrainians: Before and Since the "Orange Revolution", in: Sociological Research 46 (2007), 1, S. 65-74, hier S. 67f.

⁵³ Vgl. PEW (wie Anm. 44), S. 24.

⁵⁴ HOLOVAKHA (wie Anm. 38), S. 205.

⁵⁵ ULRAM, PLASSER (wie Anm. 41), S. 43.

Entwicklung verantwortlich, da sie, durch ihre Beeinflussung des politischen Handelns der ukrainischen Bürger, langfristigem partizipativen Verhalten entgegenwirken.

Voraussetzung für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist insofern eine Veränderung der politischen Orientierungsmuster, welche die ukrainischen Bürger dem politischen System entgegenbringen. Um das bürgerschaftliche Engagement in der Ukraine zu fördern, sollten politische Maßnahmen daher eher auf eine Beeinflussung der Politischen Kultur als auf die finanzielle Unterstützung bestehender Organisationen abzielen. Derartige Unterfangen könnten sich jedoch aufgrund der Wandlungsresistenz⁵⁶ der ukrainischen Politischen Kultur als äußerst schwierig erweisen. Insofern scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine gewisse Skepsis gegenüber allzu optimistischen Hoffnungen auf eine rasche Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft angebracht.

Резюме

Політична культура та громадянське суспільство в Україні

Анна Єде

Відштовхуючись від сприйняття виду діяльності політичних орієнтованих зразків, які громадяни проявили по відношенню до держави, ця стаття досліджує формування українського громадянського суспільства по відношенню до політичної культури, яка мала на них вплив. Слабкі прояви громадянських суспільних структур та їхній застійний розвиток повернутий до пануючої в Україні незацікавленості в політичній участі та сильної зосередженості на державних вихідних результатах з боку українських громадян. Порівняння із політичними орієнтаціями громадян Радянського Союзу вказує на те, що ці самі риси були притаманні також радянській політичній культурі. Факт, що не зважаючи на перебудову, системна трансформація та Помаранчева революція не привели до зміни української політичної культури, варто розглядати як доказ конкретного супротиву політично орієнтованим зразкам. На основі цього з'являється можливість зробити висновки за допомогою суспільних політичних заходів про зміну політичної культури та пов'язане із цим посилення ролі громадянського суспільства як мало перспективного.

⁵⁶ Angesichts der weitgehenden Entsprechung zwischen sowjetischen und gegenwärtigen politischen Orientierungsmustern ist eine gewisse Wandlungsresistenz der ukrainischen Politischen Kultur anzunehmen.

Особа як чинник формування громадянського суспільства

(на прикладі України)

Ольга Стадніченко

Політичні трансформації, що нині мають місце в Україні, зміна ідеологічних орієнтирів та значні перетворення в економічному секторі вимагають вільної, активної та творчої особистості, здатної здійснювати цілеспрямоване перетворення навколишньої дійсності на користь усього суспільства. В цьому контексті громадянське суспільство є ключовим поняттям процесу змін країн посткомуністичного простору, оскільки воно дає всі можливості для вільного розвитку особи. Саме через залучення усіх верст населення в процеси розбудови держави можливим є її всебічний гармонійний розвиток.

Громадянське суспільство, як специфічна форма існування народу, його неполітичних інститутів слід, є достатньо давнім формуванням. Феномен громадянського суспільства помітив іще Платон, який вважав, що крім державно організованої форми життєдіяльності суспільства є й інші. Г.Гегель наголосував, що принциповим моментом в громадянському суспільстві є конкретна особа з її потягом до самореалізації: «В громадянському суспільстві кожен для себе - мета, все інше для нього - ніщо... Втім, без співвідношення з іншим він не може досягти своїх цілей в усьому їх обсязі» [1]. Відомо, що громадянське суспільство як соціально-культурне явище виникло в контексті історичного поступу західної цивілізації. Воно постало разом із громадянином модерного західноєвропейського міста і держави, який став свідомим носієм громадянських прав і свобод, відповідальним перед суспільством на рівні однакових для всіх універсальних конституційних і публічних вимог. Вищою цінністю громадянського суспільства визначається особистість, її права та свободи [2]. Громадянський стан суспільних взаємин і зв'язків склався шляхом особливого наголошення на значенні індивідуальної свободи кожної людини та витіснення інститутів станової підлеглості й підданства. Таким чином, громадянське суспільство тісно та нерозривно пов'язане із такою організованою формою співіснування людей, як держава.

Сам термін «держава» є досить красномовним: «держати» - означає утримувати разом. Держава постає силою, що збирає, згуртовує людей разом і виробляє водночас методи утримання людей у мирі. Таким чином, держава є спільністю народу, але всі люди різні і в кожного свої мотиви, цілі, ідеали тощо... Тому на певному етапі людського існування виникає необхідність оформлення потужного соціального механізму, який би обмежував свободу діяльності окремої людини в інтересах всього суспільства. Роль окремої особи в процесі розбудови державного життя була оцінена ще у міфі про Прометея (діалог «Протагор») у Платона. Небесний мешканець Прометей краде вогонь і дарує його людям, які за

допомогою цього божественного дарунка опановують уміння підтримувати своє існування; проте їм не вистачає уміння жити колективом. Спроби жити разом і будувати міста закінчуються невдачею, бо без політичного мистецтва люди постійно кривдили одне одного. Тоді владний Олімп приймає рішення «ввести серед людей совісність і правду, які б об'єднували всіх у чітко організований суспільний порядок». Єдиним дискусійним питанням було питання вісника богів Гермеса про те, як саме розподіляти ці чесноти між людьми («Всім чи тільки обраним?»). Тоді Зевс відповів «...Всім! Не бувати державі, якщо тільки обрані будуть причетні до неї» [3].

Отже, неодмінною умовою життєдіяльності громадянського суспільства є високий рівень соціального, інтелектуального й психологічного розвитку особи, її внутрішньої свободи і бажання самореалізації через включення до того чи того інституту громадянського суспільства. Основною передумовою становлення громадянського суспільства слід вважати формування людини нового типу, визначальними характеристиками якої є такі духовно-ціннісні орієнтації, як свідомість, чесність, толерантність, людяність, дисциплінованість, здатність до духовно-патріотичних переживань тощо. Лише за наявності цих якостей у громадян суспільства буде вільно розвиватися асоціативне життя, матиме місце децентралізація державної влади, будуть безконфліктно розв'язуватися суспільно-політичні проблеми, вирішення яких є головним у програмі розбудови та функціонування громадянського суспільства.

Таким чином, взаємозв'язок стану розвитку громадянського суспільства в країні та рівня розвитку особистості має діалектичний характер: з одного боку, розвиток особистості як специфічної категорії має місце лише в умовах громадянського суспільства (оскільки саме в такому суспільстві людина, особистість є вищою соціальною цінністю); з іншого боку, становлення і розвиток громадянського суспільства стає можливим лише за умов, коли в суспільстві створюються відповідні сприятливі умови для всебічного активного розвитку людини. Розвиток громадянського суспільства зумовлює зростання самосвідомості особистості, розширення сфери її соціально значимих ініціатив.

Як демонструють кращі зразки сучасних західних демократій, громадянське суспільство передбачає досягнення високого рівня самореалізації особистості, реально діючого механізму захисту прав людини, її вільного самовизначення, а також захист демократичних прав і свобод. Все залежить головним чином від особи, а держава в цьому процесі виконує тільки допоміжні функції. Цінності громадянського суспільства у соціальній сфері становлять: родина, суспільні та релігійні організації та рухи, недержавні засоби масової інформації, органи громадського самоврядування тощо.

Громадянське суспільство виникає як явище, мережа відносин і стосунків між людьми, не зовні людини, а через людину, на основі певних

спонук мислення, розуміння і сприйняття, що продукують відповідні значення і символи, тексти і контексти, а також мотивують відповідні вчинки, поведінку і самодостатню (демократичну) мовно-мовленнєву практику. Тобто не лише «знаємо те, що любимо, а любимо те, що знаємо», але й відповідно діємо, створюючи мережі взаємодій. Дійсність, що здійснюється навколо активності певної сукупності інтерпретантів (людей) за участю і розуму, і особливо сприйняття світу, складається у вигляді дискурсу дії (П.Рікер), або, іншими словами, постає як стичність, обумовлена семіотично.

В свідомості більшості сучасних людей громадянське суспільство асоціюється з рядом ознак: по-перше, із суспільством патріотів, об'єднаних певною національною ідеологією, по-друге, із суспільством матеріально забезпеченого населення (яке спроможне у своєму існуванні відійти під так званої «продовольчої проблеми»), по-третє, із суспільством соціально активних громадян, які добре знають свої права (якими користуються) та обов'язки (які виконують), по-четверте, із суспільством громадян, які мають розвинену політичну і правову культуру [4].

Громадянське суспільство є системою, здатною до самоорганізації й саморозвитку; але ці процеси можуть активізуватися лише за певних умов. Економічною умовою є наявність приватної власності, що дає свободу особі у суспільстві. Соціальною умовою успішного функціонування громадянського суспільства є наявність розвиненої соціальної структури, яка відображає розмаїття інтересів представників різних груп та верств населення. І, нарешті, базовою, неодмінною умовою життєдіяльності громадянського суспільства є високий рівень соціального, інтелектуального й психологічного розвитку особи, її внутрішньої свободи і бажання самореалізації через включення до того чи того інституту громадянського суспільства. Отже, сильна держава і зріле громадянське суспільство є продуктом тривалого еволюційного розвитку, історичного відбору найбільш ефективних практик соціальної самоорганізації населення певної країни.

В сучасному українському суспільстві стан духовності особистості перебуває у процесі складного та суперечливого становлення, оскільки ще значною мірою духовність українців знаходиться в умовах радянської системи. Розвиток України у тандемі з Російською імперією, а пізніше – СРСР, не міг не позначитися на ментальності українського населення: тоталітаризм виховав людину, здатність якої до самозречення майже не знає меж, та здатну задовольнитися найскромнішим рівнем життя. Вся система відносин держави і окремої особи сприяли відчуженню основної маси населення від правлячої еліти і формуванню масової політичної пасивності, політичного пригнічення і громадянської нерозвиненості населення України, а також відсутності реального забезпечення громадянських прав аж до останнього часу [5]. Наслідки цього відчуваємо і досі.

Стартовий потенціал незалежної України на початку шляху до демократичних перетворень у сфері організації суспільства, формування громадянського суспільства оцінювався більшістю зарубіжних і вітчизняних дослідників як достатньо високий. Значними були очікування могутнього соціального підйому населення України, пов'язаного із перетворенням етносу у політичну націю, а також появою перспективи вільного особистого розвитку тощо. Але ці очікування не виправдалися у повній мірі. Серед цілого ряду проблем, з якими зіткнулась Україна в процесі формування та становлення громадянського суспільства, слід виділити майже цілковиту байдужість, з якою населення держави сприймає дії владних установ. Так, соціологічні дослідження, проведені Фондом «Європа XXI» (січень 2003р.) в Україні виявили таку картину: 76% респондентів вважають, що не змогли б виступити з протестом, навіть за умови, якщо уряд країни видасть закон, що обмежує їх права та інтереси, лише 8% налаштовані у цьому плані оптимістично. А на питання «Чи знаєте Ви про можливі шляхи впливу на владу?» «так» відповіли лише 2% опитаних, «ні» – 97%, «важко відповісти» – 1% [6]. 61,1% респондентів у 2009 році у разі порушення їх прав не вдавався до жодних заходів, а щодо рівня поінформованості респондентів про свої права та можливості їх захисту: 2,5% опитаних вважають, що мають високий рівень поінформованості, середній – 42%, низький – 51,8% (станом на 2009 рік). [7].

Використовуючи це, керівництво держави подає дану обставину як свідчення політичної стабільності в Україні, високої громадянської відповідальності. Насправді слід говорити про політичну індеферентність українців, пасивність населення, зневіру і свідоме ухилення від можливості впливати на процес прийняття і втілення політичних рішень в практичне життя. «Відсутність інституцій громадянського суспільства та громадянської ментальності, відчуження влади від більшості населення, неможливість самих громадян контролювати владу й впливати на ухвалення рішень, від яких самі громадяни залежать – усе це характерне для сучасного посткомуністичного українського суспільства»[8].

Оцінюючи важливість різних груп прав, за даними соціологічних опитувань 2009 року до найважливіших 58,8% українців віднесли базові права особистості (право на життя, особисту свободу, свободу слова і переконань, свободу пересування, недоторканість особи, право на таємницю листування тощо) до першочергових за значенням, політичні права (право обирати владу та бути обраним, право контролю за представницькими органами влади, тощо) 42,9% населення вважає треті за важливістю, після соціальних та економічних. Найбільшими порушниками прав людини в Україні респонденти визнають президента – 28,7%, народних депутатів – 12,8%, і кримінальні структури – 11,9%. А найбільш дієвим способом захисту своїх прав українці вважають звернення до Європейського суду з прав людини та до міжнародних організацій [9]. Основним підґрунтям формування громадянського суспільства в Україні

повинно стати подолання усіх форм відчуження народу, від влади, переконання кожної окремої особи в її здатності впливати і визначати шляхи політичного процесу в Україні.

Паростки розв'язання зазначених проблем вже з'явилися в Україні. Аналіз змісту Конституції України дає можливість говорити про зорієнтованість її на загальноєвропейські цінності у побудові громадянського суспільства. Чітко прослідковується пріоритет поваги до ідеологічної, етнонаціональної, релігійної різноманітності, толерантності, до світоглядних позицій; наріжнем каменем громадянськості постає ідея універсальності прав людини, її правової рівності [10]. Тому саме зараз гостро постає необхідність визначення головних деформацій у розвитку соціальної сфери, здійснення перегляду старої системи поглядів на суспільний устрій, створення умов для вільного всебічного розвитку особистості, розвитку та поширення знань про шляхи впливу та контролю за владними інституціями держави, формування особистої відповідальності у кожного громадянина держави за обраний шлях розвитку тощо.

Нині Україна розвивається шляхом переходу від «державленого» суспільства з централізованою командною економікою до принципово нового типу суспільного устрою, основу якого складають зріле громадянське суспільство, характерна для нього ринкова економіка, розгалужена система реального захисту прав і свобод особистості. «Громадянське суспільство може стати реальністю в Україні лише в тому випадку, якщо демократично розвинеться у суспільство, в якому індивід, його розвиток і щастя стануть метою і сенсом державної влади... і в якому індивідом не буде маніпулювати ніяка зовнішня сила, чи то держава, чи то економіка...» [11].

Україні доводиться проходити складний шлях, якщо зважати на те, що вона досі знаходиться на етапі державотворчих процесів, формування політичної нації і несе в собі спадок бездержавності світоглядних вартостей. Формування громадянського суспільства в Україні стане важливим кроком на шляху виходу із загальнодержавної кризи, оновлення всіх сфер суспільного життя, зміни державно-владних інституцій, а також вироблення якісно нових, гуманістичних політичних ідеалів, пріоритетів і цінностей. Говорити про сформоване, зріле громадянське суспільство в Україні ще зарано. Водночас воно може стати громадянським, якщо громадяни усвідомлять себе основною автономною одиницею суспільства, яка, самовідтворюючись, відродить і суспільство.

Список використаних джерел:

1. Карась А. Філософія громадянського суспільства у класичних теоріях і некласичних інтерпретаціях. - Київ-Львів, 2003.
2. Громадянське суспільство // Політологічний енциклопедичний словник. - К.: Генеза, 1997. — С. 80.

3. История политических и правовых учений / Под ред. проф. Персеянца. – М., 2003. – С.58.
4. Зеленько Г. Проблема інтеракції держави та громадянського суспільства в Україні // Громадянське суспільство у світових та українських вимірах: матеріали засідання Дискусійного клубу української науково-педагогічної інтелігенції. 22.11.2002. / Н.А.Шип (відп. ред.). – К.: Вид-во УАЗТ, 2002. – С.24.
5. Основи громадянського суспільства. Словник. – К., 2006, - С. 49.
6. Корнілов Ю.П. Громадянське суспільство та особистість: соціально-політичний аналіз. – К., 1998. – С.13.
7. Стан дотримання прав людини в Україні. Результати соціологічних досліджень // <http://www.razumkov.org.ua>
8. Корені трави. Громадянське суспільство в Україні: стан та перспективи розвитку // В.Єршов, В.Кампо, Д.Ляпіт та ін. –К.: Фонд “Європа ХХІ”, 2003. – С.23.
9. Стан дотримання прав людини в Україні. Результати соціологічних досліджень 2009 // <http://www.razumkov.org.ua>
10. Бжезинський З. Большой провал // Квітгессенция. – М.: Наука, 1990. – С.14.
11. Філіпчук Г. Громадянське суспільство: освіта, етнокультура, етнополітика. – Чернівці: Зелена Буковина, 2002. – С.13.

Zusammenfassung

Die Person als Faktor der Zivilgesellschaft: das Beispiel Ukraine

Olha Stadničenko

Politische Transformation, wie sie heutzutage in der Ukraine vorstatten-geht, verlangt nach einer wirkmächtigen, kreativen Person, die fähig ist, ihre Umwelt zielbewusst zum Nutzen der Gesellschaft zu formen. In dieser Hinsicht versteht man unter Zivilgesellschaft die Steuerung des Transformationsprozesses in den Ländern des postkommunistischen Raumes.

Zivilgesellschaft als soziokulturelle Erscheinung ist im westlichen Kontext des gesellschaftlichen Fortschrittes entstanden und fällt zeitlich mit dem Auftreten des Bürgers in der modernen westeuropäischen Stadt bzw. dem modernen westeuropäischen Staat zusammen. Der Bürger ist hier der bewusste Träger von Menschenrechten und Freiheiten, jedoch auch von Verantwortung für spezifische Anforderungen.

Der höchste Wert einer Zivilgesellschaft ist die Person, ihre Rechte und Freiheiten. Laut einiger Autoren ist die Voraussetzung für die Schaffung einer Zivilgesellschaft somit die Herausbildung eines Menschen „neuer Art“, den u.a. Selbstbewusstsein, Ehrlichkeit, Toleranz, Disziplin und die Fähigkeit zu geistig-patriotischen Erfahrungen auszeichnen.

Das Startpotenzial der unabhängigen Ukraine am Anfang ihrer Demokratisierung wurde sehr hoch eingeschätzt, doch sind diese Hoffnungen nicht völlig in Erfüllung gegangen. Als eine der Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer ukrainischen Zivilgesellschaft muss dabei die völlige Gleichgültigkeit der Bevölkerung angesichts der Tätigkeit der Verwaltungsorgane genannt werden. Laut soziologischen Erhebungen aus dem Jahre 2009 behaupten 61,1% der Befragten, dass sie sich an keiner Protestkundgebung beteiligen würden,

selbst wenn die ukrainische Regierung ein Gesetz erließe, dass sie in ihren Rechten und Interessen beschränkte. Die wichtigste Grundlage für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft in der Ukraine stellt folglich die Bereitschaft der Bevölkerung dar, ihre Einflussmöglichkeiten umfassend zu nutzen.

Es ist zu früh, um über eine entwickelte ukrainische Zivilgesellschaft zu sprechen. Gleichzeitig könnte diese tatsächlich wirksam werden, falls die ukrainischen Staatsbürger begreifen, dass sie autonome Einheiten der Gesellschaft darstellen, die das Potenzial besitzen, die gesamte ukrainische Gesellschaft, die ukrainische Nation und den ukrainischen Staat zu erneuern.

Між соціальною апатією та громадянською активністю. Сучасні виклики формування громадянської культури української молоді

Кендзьор Петро

Молодь с сьогодні тією верствою населення в Україні, яка відчуває на собі найбільшу відповідальність за наше спільне майбутнє і її підготовка до відповідальної та зваженої громадянської участі є важливим суспільним завданням. Саме тому місцева громада, і передусім школа, не лише як освітня інституція, але й як громадський центр та традиційний духовний осередок місцевої спільноти, мають сприяти розвиткові демократичної політичної культури, формуванню громадянської компетентності, політико-правових знань та громадянської відповідальності молодих людей.

Водночас зауважимо, що особливістю громадянського виховання в Україні є підготовка молодого покоління до виконання громадянського обов'язку в умовах відсутності демократичних традицій і практики громадянського суспільства, спадщини посттоталітарної держави, характерними рисами якої є невідповідність між теорією та практикою демократії у суспільному житті, наявність у суспільстві подвійних стандартів, незрілість громадянських інститутів, слабка соціальна взаємодія членів суспільства, низький рівень правової та політичної культури. Беручи до уваги вищезазначене, варто виділити основні протиріччя у системі громадянського виховання молоді: декларування державою пріоритетності громадянського виховання особистості і відсутність реалізації теоретичних положень на практиці (державної програми громадянського виховання молоді, чіткого бачення її громадянської ідеї розвитку особистості); між суспільною потребою розвитку демократичного суспільства й відсутністю ефективної системи громадянського виховання в школі, його методологічного та технологічного забезпечення, умовами професійної підготовки педагогічних кадрів; між зростанням поінформованості молоді, використанням нею можливостей сучасних інформаційних технологій та рівнем розвитку її громадянської культури, компетентностей; брак соціального партнерства - роз'єднаність школи та інституцій громадянського суспільства й держави, обов'язок яких є забезпечення молодого покоління реальною практикою громадянської дії у суспільстві; між вимогою становлення громадянських компетентностей як здатностей вихованця до успішної соціальної взаємодії та громадянської участі й використанням традиційної системи оцінювання громадянської зрілості особистості; між мотивацією школярів брати участь у вирішенні проблем суспільства та відсутністю державних механізмів для реалізації соціально корисних ініціатив інтересів і потреб, чіткого громадянського бачення у суспільстві і свідомості людей; між існуючим досвідом організації

громадянського виховання і недостатнім його науково-методичним опрацюванням, систематизацією і впровадженням в широку практику.

Впродовж останніх років проблема організації ефективного громадянського виховання в Україні стала предметом активного обговорення серед педагогічної громадськості. Спільними зусиллями громадських організацій та державних освітніх органів ведеться послідовна робота з популяризації ідей громадянської освіти серед педагогічної громадськості. Особистісно-орієнтована освіта, процеси деполітизації та деідеологізації, увага до особистості в суспільстві та забезпечення її свободи стало новим напрямком школи та виховної системи загалом. На цьому етапі метою громадянського виховання визначено формування громадянськості як інтегративної якості особистості, що дає людині можливість відчувати себе морально, соціально, політично і юридично дієздатною та захищеною.

Отже, суспільно-політичні зміни в суспільстві і державі у перше десятиліття незалежності України, реалізація державних документів на практиці відіграли певну позитивну роль в удосконаленні і оновленні виховної діяльності школи, сприяли посиленню уваги органів законодавчої та виконавчої влади до питань виховання і громадянського становлення дітей та молоді. Водночас вважаємо за доцільне зазначити, що процеси розвитку громадянського виховання стримуються недостатньою концептуально обґрунтованою, технологічно розробленою стратегією розвитку виховного процесу. Відсутність цілісної системи громадянського виховання в школі веде до недостатньої реалізації виховної функції виховної функції суспільства. Окремі його складові реалізуються стихійно завдяки зусиллям окремих педагогічних колективів, вчителів-ентузіастів. Це впливає на якість навчально-виховної роботи в цілому.

Свідченнями цього є результати загальнонаціонального опитування випускників загальноосвітніх закладів України «Ровесники незалежної України: думки, інтереси, громадянська позиція», проведеного нами впродовж жовтня-листопада 2008 року у 43 навчальних закладах, усього було опитано 1349 випускників різних регіонів України. На запитання, наскільки корисними після закінчення школи будуть знання та навички, здобуті під час вивчення дисциплін суспільствознавчого циклу одинадцятикласники відзначити загальну корисність правничих знань, правового компоненту громадянської освіти, що впливає з обов'язковості курсу правознавства. Більшість респондентів вважають правовий компонент (курси «Правоознавство», «Права людини», «Гуманітарне право») найкориснішим на відміну від загальносуспільного чи культурологічного. Навчальні курси громадянської освіти – частина варіативного компоненту навчального плану – посіли друге місце у відповідях респондентів. Однак слід брати до уваги, що курси громадянської освіти є предметами за вибором у школі, а отже їх

корисність безпосередньо залежить від того, чи вони вивчаються у конкретному навчальному закладі.

Суспільствознавство у школі представлено обов'язковими навчальними дисциплінами - «Людина і світ», «Особа і суспільство», але у відповідях обох груп респондентів вони займають значно нижчі позиції. Можливо це викликано як проблемами змісту, так і проблемами методики навчання. Серед знань та навичок, яких, на думку учнів, їм найбільше не вистачає, учні вказували недостатні знання того, як побудована система управління в Україні та партійна система, як працюють громадські організації і як брати участь у цій діяльності, а також знань, пов'язаних з економікою – які податки платять громадяни, з чого складається бюджет країни та місцеві бюджети, як зайнятися власною справою. Не вистачає сучасним школярам і знання іноземної мови.

Позитивними є те, що учні вважають, що мають достатньо знань стосовно прав громадян (більше 60% загалом), стосовно методів захисту цих прав впевненість в своїх знаннях 48%, а вважають, що їм не вистачає цих знань (частково чи повністю – більше 50%). Дані опитування свідчать про тенденцію недостатності економічних знань як важливої складової громадянської освіти (податки, бюджет, власна справа, економічні права). На відміну від інших складових учні в 2 рази більше учнів (2/3 опитаних респондентів зазначають брак таких знань порівняно з політичними. Це свідчить про брак професійної підготовки, а також рівень прогамно-методичного забезпечення відповідних курсів.

Головним джерелом отримання суспільно-політичної інформації для школярів слугує телебачення (87%). Вагомими джерелами є також батьки та родичі (61%), Інтернет (45%) та вчителі (41%). Значно менше школярі використовують як джерела інформації газети, книжки й журнали та радіо. Серед інституцій, які повинні займатися вихованням учнів як громадян респонденти вказують сім'ю (81.6), школа (76.9) і сама людина (47.1%), що свідчить про чітку тенденцію в учнів індивідуальної відповідальності. Увага надається школі на протипагу відносно низькому рівню громадянського суспільства (14.8%), влади (14.2%), ЗМІ (12.4) у цій справі.

Отже, як свідчать результати опитування, послаблений взаємозв'язок між особистою автономією та відповідальністю індивіда приводить до соціальної апатії та недостатнього рівня громадянської відповідальності й активності молоді, перш за все на місцевому рівні, що є причиною гальмування процесів демократизації українського суспільства загалом. У зв'язку з цим постає питання браку соціальної практики, організації дієвого, а не формального шкільного самоврядування і участі молоді у реальному житті місцевої спільноти і школи. На державному рівні не створено механізму залучення учнів до соціальної практикки тому важливою проблемою громадянського виховання молоді є стимулювання суспільної діяльності, у ході якої формуються громадянські компетентності і засвоюються громадянські цінності. Педагогічна

громадськість України визнає актуальність соціального проектування у справі виховання активної громадянської позиції особистості, але мова йде лише про вчителів-ентузіастів, котрим не байдужі демократичні цінності і які мотивовані впроваджувати інновації у педагогічну практику. Не завжди такі педагоги відчують підтримку адміністрації навчального закладу чи представників місцевої спільноти. У цьому контексті варто зазначити, що у навчальному закладі обмежені можливості самоорганізації, соціальної діяльності учнів, немає дієвої системи моделювання реального способу життя. Заважає консерватизм суспільства, вчителів, недосконалість законодавчої бази, низький соціальний статус вчителя.

На часі - узгодження навчальних програм суспільних дисциплін з метою уникнення дублювання та забезпечення міжпредметних зв'язків. Важливим питанням є врахування профілізації навчання у старших класах. Громадянська освіта повинна бути обов'язковим компонентом середньої освіти школяра, незалежно від обраного ним профілю навчання. Назріла потреба введення курсу громадянської освіти та методики викладання у вищих педагогічних закладах, спрямованих на формування громадянських компетентностей усіх студентів і оволодіння ними інноваційними навчальними та виховними технологіями для роботи з учнями – викладачів різних предметів, але й зокрема - підготовку спеціалістів з викладання предмету, який вже завоював свій простір у школі – громадянознавства. У вищому навчальному закладі викладаються наукові теоретичні курси політології, соціології, філософії, культурології, котрі не об'єднані громадянознавчою складовою, переважає пасивне сприйняття матеріалу.

Характеризуючи роль педагога у формуванні громадянських якостей молоді, варто зазначити, що вчителі загальноосвітніх навчальних закладів, студенти педагогічних університетів, як майбутні педагоги, не достатньо вмотивовані та підготовлені до розвитку громадянських компетентностей своїх вихованців, бо самі не отримують належних практичних умінь із інноваційної методики навчання суспільствознавчих дисциплін та організації виховної практики. Слід створити ефективну систему перепідготовки кадрів, яка б дала можливість швидко, донести до кожного конкретного вчителя, школи про зміни, що відбулися в освіті за останні роки, мотивувати кожного вчителя до змін у своїй професійній діяльності, а також надати можливість оволодіти необхідними професійними компетентностями.

Вплив сім'ї у справі громадянського виховання є загальноовизнаним, адже саме найближчим оточенням закладаються основи виховання особистості, формуються її моральні та ціннісні установки. Як свідчить наш досвід, самі батьки не достатньо розуміють суті процесів, що відбуваються в сучасному суспільстві і їх взаємовідношення із теорією та практикою демократії; рідко демонструють особистий приклад активної участі у житті місцевої спільноти, сумніваючись у перспективах власної

участі у вирішенні соціальних проблем; бояться взяти на себе відповідальність, що є складовою частиною громадянської культури. Правовий нігілізм та соціальна апатія дорослих гальмує повноцінну соціалізацію молоді у суспільне життя. Отже, основи виховання особистості закладаються у сім'ї, котра не має досвіду життя у громадянському та демократичному суспільстві. Ефективними формами громадянської освіти батьків є залучення їх до соціальних ініціатив учнів, до органів шкільного самоврядування, відповідна тематика класних зборів, спрямоване на стимулювання участі дорослих у громадянському вихованні молоді.

Розробка і впровадження дієвих моделей державно-громадського управління у школі, реального шкільного самоврядування, включно учнівського; моделювання громадянського суспільства в освітньому закладі є вимогою часу. Важливим є включення проблематики громадянського виховання (теоретичного та практичного аспектів) у зміст навчальних програм курсів підвищення кваліфікації педагогічних кадрів; запровадження відповідної спеціалізації на гуманітарних факультетах педагогічних закладів і середніх спеціальних навчальних закладів, що готують педагогів; залучення до навчання та виховних заходів ресурсів місцевої спільноти - представників державних та громадських інституцій, засобів масової інформації, літніх людей та ін.

Таким чином, сучасний етап розвитку України потребує приведення стану виховання українського громадянина до сучасних потреб розвитку суспільства. Неоднозначні та суперечливі процеси політичного, економічного, соціального життя, проблеми, пов'язані з реформуванням освіти, формулюють нові вимоги до громадянського виховання як складової загальної системи виховання. Сфера громадянського виховання потребує постійної уваги і підтримки усіх інституцій громадянського суспільства, що формуються в країні.

Незважаючи на позитивні тенденції, слід констатувати, що не вдалося створити цілісну систему виховання в школі, орієнтовану на становлення та розвиток вільної, гуманістично орієнтованої особистості з почуттям громадянськості і патріотизму, підготовленої до життя у громадянському, демократичному суспільстві та правовій державі. Проблематиці громадянського виховання приділяється певна увага органами державної влади. У низці освітянських документів підкреслюється необхідність формування громадянина України як освіченої, творчої особистості, в якій органічно поєднуються високі моральні риси, громадянська зрілість, патріотизм, професійна компетентність, потреба у самовдосконаленні. На освіту покладається завдання, пов'язане з формуванням соціально-політичної компетентності особистості, розвитку в неї таких якостей, як соціальна активність, відповідальність, повага до прав людини, до інших культур, підготовка молоді до ролі громадян відкритого демократичного суспільства. Проте ці декларації залишаються у теоретичній площині, а на

практиці спостерігається низький рівень виконання існуючої нормативно-правової бази. Головним завданням має бути переведення цих декларацій у площину конкретних кроків.

Виховна робота школи загалом носить епізодичний, звітно-показовий характер. Існує практика обмеження виховання позаурочною діяльністю та позакласними заходами, додатковою освітою. Виховний процес обмежується окремими акціями і заходами громадянської та військово-патріотичної спрямованості, що охоплюють невелику кількість учнів і не мають значного виховного впливу. Певні напрямки виховної роботи активізуються лише під час підготовки до відзначення певних історичних подій та річниць.

Різноманітні програми, що впроваджуються у навчально-виховний процес як результат здебільшого міжнародних програм (здоровий спосіб життя, профілактика наркозалежності тощо), з одного боку, є позитивним чинником і створюють нові можливості розвитку особистості учнів, а з іншого боку, пропонуючи власний інструментарій, сприяють розрізненості загального процесу громадянського виховання особистості. Саме системний виховний вплив може забезпечити ефективність результатів виховання молоді. Маючи досвід життя в умовах радянської ідеології, пріоритету колективного над індивідуальним, суспільного над особистим, що привело до нігілізму громадян, особистісно орієнтовний підхід став логічною антитезою радянській ідеології.

Співвідношення індивідуально і колективно зорієнтованих цінностей має ключове значення для громадянської свідомості. Індивідуально орієнтовані цінності визначають поведінку і стають базою для втілення теоретичної моделі громадянської культури на індивідуальному рівні. Але рушієм соціального прогресу є спільнота людей, об'єднана певною системою ціннісних координат. Як свідчить наш досвід, молодіжні громадські організації здійснюють позитивний вплив на розвиток особистості школярів. Відповідно важливим у громадянському вихованні є переосмислення ролі ролі дитячої групи і колективу у вихованні особистості.

Важливо у цьому контексті намагатися узгодити позиції різних цільових освітніх груп професіоналів щодо розуміння перспектив громадянського виховання у сучасних умовах розвитку; діагностувати розуміння різними суб'єктами виховного процесу стану і стратегії громадянського виховання; здійснювати пошук оптимальних шляхів реагування на суспільні проблеми у цій галузі й донесення ефективного досвіду до цільових груп – учнів, вчителів, батьків, адміністрації школи, місцевої спільноти і влади; сформулювати професійні запити до усіх суб'єктів виховного процесу, включно влади і громади; актуалізувати інтелектуальні ресурси для реалізації актуальних завдань громадянського виховання підростаючого покоління.

Сучасна школа знаходиться у таких умовах, коли без здійснення соціального партнерства неможливий демократичний розвиток цієї важливої освітньої інституції. Відтак розробка теоретичних основ, апробація та впровадження ефективних моделей демократизації навчального закладу, взаємодії різних соціальних структур у процесі громадянського виховання особистості є потребою вітчизняної педагогічної науки та практики. Це передбачає подальший розвиток державної політики (на національному та місцевому рівнях) в області громадянського виховання, інтеграції громадянознавчого компоненту в систему додаткової освіти, оновлення змісту виховної діяльності в освітніх закладах усіх типів і видів, кадрове, науково-методичне забезпечення процесу становлення громадянських компетентностей учнівської молоді.

Список використаних джерел:

1. Вербицька П.В. Проблематика розвитку громадянського виховання в Україні // Теоретичні питання культури, освіти та виховання: Збірник наукових праць. Випуск 39 / За заг. Редакцією академіка АПН України Євнуха М.Б., укладач – професор Михайличенко О.В. – К.: Вид.центр КНЛУ, 2009. – 154с. С.37-42
2. Громадянське виховання як пріоритетний напрямок освітньої діяльності діяльності в Україні / С.А.Гнатенко // Вісник Запорізького державного університету. Педагогічні науки. – 2002. – №1. 38 с.
3. Концепція громадянського виховання особистості в умовах розвитку української державності // Шлях освіти. - 2000. - №3. - С.7-13.
4. Пічуркіна-Шумейко Л. Виховання громадянськості підростаючого покоління як умова формування громадянського суспільства / Л.Пічуркіна-Шумейко // Рідна школа. — 2001. — №4. — С.6-10.
5. Розвиток громадянської спрямованості особистості / [М.Й.Боришевський, Т.М.Яблонська, В.В.Антоненко та ін. За загальною редакцією М.Й.Боришевського]. – К.:2007. – 186 с.

Zusammenfassung

Zwischen sozialer Apathie und bürgerlicher Aktivität.

Die aktuellen Herausforderungen bei der Schaffung einer Bürgerkultur in der ukrainischen Jugend

Petro Kendzjor

Die Jugend gehört zu der ukrainischen Bevölkerungsgruppe, die die größte Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft trägt. Ihre Vorbereitung auf ein verantwortliches und ausgewogenes bürgerliches Engagement ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Dementsprechend sollte auch die lokale Gemeinde, vor allem die Schule, die nicht nur Lehranstalt, sondern auch bürgerliches Zentrum und traditionelle Kulturstätte ist, zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur, der Ausbildung staatsbürgerlicher Kompe-

tenzen, der Vermittlung politisch-rechtlicher Kenntnisse und der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch die jungen Menschen beitragen.

Die Besonderheit der bürgergesellschaftlichen Entwicklung in der Ukraine ist dabei, dass die Jugend unter Abwesenheit demokratischer Traditionen und zivilgesellschaftlicher Praxis auf die Einforderung zivilrechtlicher Ansprüche vorbereitet werden soll. Prägend wirken zudem sowohl das posttotalitäre Erbe des Staates, das sich im gesellschaftlichen Leben durch eine deutliche Abweichung zwischen Theorie und Praxis der Demokratie auszeichnet, als auch die Existenz einer Gesellschaft der zwei Standards mit unterentwickelten Einrichtungen bürgerlichen Engagements, schwachen sozialen Wechselwirkungen in der Gesellschaft sowie einem niedrigen Niveau rechtlicher und politischer Kultur.

Das heutige Schulwesen befindet sich in einem Zustand, in welchem seine demokratische Entwicklung ohne die Realisierung sozialer Partnerschaft nicht möglich ist. Aus diesem Grund benötigt die ukrainische Pädagogik ausgearbeitete theoretische Grundlagen für die Demokratisierung der Lernprozesse, die Anwendung dieser Modelle sowie die Einbeziehung verschiedener sozialer Strukturen in den Prozess der bürgergesellschaftlichen Erziehung der Persönlichkeit. Dies würde (auf nationaler wie lokaler Ebene) die Weiterentwicklung der staatlichen Politik im Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung, die Integration bürgerlicher Komponenten in das Ausbildungssystem, die Erneuerung der Inhalte bei der Erziehungstätigkeit in Lehranstalten sowie wissenschaftlich-methodische Grundlagen für die Ausbildung bürgerlicher Kompetenzen unter den Jugendlichen mit sich bringen.

Формування політичної нації в Україні як передумова розвитку громадянського суспільства

Юрій Юрійчук

Вивчення проблем громадянського суспільства є особливо актуальним для України, оскільки саме воно виступає основою побудови розвиненої демократії. Це стосується однаковою мірою всіх перехідних суспільств, в яких відбуваються значні соціально-політичні трансформації. Надзвичайно важливою передумовою формування повноцінного громадянського суспільства виступає розвиток політичної нації, що могла б об'єднати громадян навколо спільних цінностей та мети. Під політичною нацією ми в даному випадку розуміємо громадянське об'єднання, засноване не на принципі етнічного походження, а на усвідомленні приналежності до єдиної політичної спільноти співгромадян.

Аналіз історико-політичного контексту формування української національної ідентичності дозволяє розглянути специфіку сучасної національної самосвідомості та поширення загальнонаціональної ідентичності на громадян України, що мають різні етнічні, мовно-культурні, регіональні та конфесійні особливості. Формування загальнонаціональної ідентичності, крім іншого, важливе для забезпечення національних інтересів України, зміцнення державної єдності, підтримання міжетнічного миру, суспільної інтеграції представників етнічних спільнот, збереження унікальних етнічних мовно-культурних особливостей різних груп в контексті загальноукраїнської ідентичності, ліквідації загрози сепаратизму.

Проблема становлення української політичної нації є принципово важливою для утвердження України як повноцінної незалежної держави. Необхідність збереження та зміцнення цілісності держави, становлення громадянського суспільства, знаходження місця країни в системі культурних і геополітичних координат сучасного світу зумовлює потребу вироблення адекватної політики щодо подолання кризових явищ, помітних в процесі формування української національної ідентичності.

Актуальність цієї проблеми підтверджується численними дослідженнями українських та зарубіжних авторів. Значний інтерес становлять колективні наукові розробки та монографії сучасних вчених. Зокрема, слід особливо виділити роботи О.Картунова, А.Колодій, В.Лісового, О.Майбороди, І.Кресіна, Ю.Саєнка, Ю.Римаренка, Є.Вільсона, А.Мотиля, Н.Попсона, Т.Кузьо, Р.Шпорлюка.

Зумовлена політико-соціальними і культурними факторами національна ідентичність проявляється через самоусвідомлення людини своєї групової приналежності, що залежить від свідомого вибору особи, особливостей виховання та сформованого протягом життєвого шляху досвіду. Етнічна ідентифікація обумовлена насамперед народженням

людини в певній спільноті і залежить більшою мірою від об'єктивних ознак, таких як етнічне походження, мова, культура, релігія та територія¹.

Національна ідентичність формується рядом складників, насамперед територіальними, етнічними, культурними, релігійними, політичними, правовими та економічними. Всі компоненти є взаємопов'язаними та взаємозалежними, хоча кожна історична доба виявляє визначальну роль певного компонента або їхньої комбінації. Характерною рисою формування національної ідентичності сучасних громадян України є суттєва відмінність у розвитку цих процесів в окремих регіонах серед різних етнічних, мовних та конфесійних груп.

Наявні дослідження дозволяють виявити найбільш значні розбіжності в груповій ідентичності громадян, регіональну специфіку єдиної української національної ідентичності. Українська національна ідентичність проходить надзвичайно складний і суперечливий процес становлення. Її сучасними ознаками є амбівалентність суспільної свідомості, невизначеність стосовно базових цінностей суспільства, етнокультурні, мовні та психологічні деформації масової свідомості, що є результатом попереднього радянського періоду в історії України².

Ситуація ускладнюється розривами у загальнонаціональному комунікативному просторі, браком історичних знань та викривленим їх тлумаченням, деформацією національної і громадянської свідомості, соціальної структури суспільства, невиразністю групової ідентифікації в умовах послаблення конструюючих суспільства структур. Все це негативно відбивається на процесі формування загальнонаціональної ідентичності.

Існуюча ситуація ускладнюється цілеспрямованими діями окремих політичних сил та інших держав, що не зацікавлені у формуванні повноцінної та потужної української політичної нації на основі спільних для всіх етнічних та регіональних груп цінностей. Прикладом негативного впливу ззовні на процес націоформування може слугувати сучасна Білорусь або Молдова. У випадку з Республікою Молдова невизначеність питання щодо характеру національної ідентичності, суперечки між прорумунськими «уніоністами» та прихильниками окремішньої молдовської ідентичності, так званими «молдованістами», а також наявність гострого етнічного та ціннісного конфлікту між населенням правого та лівого берега Дністра зумовлюють неможливість формування цілісної політичної нації та справді вільного громадянського суспільства в умовах сучасної РМ. Вплив офіційного Бухаресту та політичних сил сусідньої Румунії на внутрішньополітичний розвиток республіки Молдова, широкомасштабна пропаганда, спрямована на заперечення можливості

¹ Кресіна І.О. Українська національна свідомість і сучасні політичні процеси: Етнополітичний аналіз. - К.: Вища школа, 1998. - С.89.

² Климанська Л. Філософсько-соціологічний аналіз проблеми політичної ідентичності // Зміни у свідомості українського суспільства на зламі тисячоліть. - К.: Видавничий дім «KM Akademia», 2001. - С. 112-113.

формування окремої молдовської нації, політика поширення румунського громадянства серед жителів Молдови ставлять під питання взагалі можливість збереження РМ в якості незалежної держави у середньостроковій перспективі.

У випадку України аналогічні спроби зовнішнього втручання у внутрішньополітичний розвиток та процеси націобудівництва здійснюється з боку насамперед Російської Федерації та меншою мірою вже згаданою Румунією (у випадку Чернівецької та Одеської областей).

Становлення політичної нації пов'язано із формуванням повноцінного громадянського суспільства. Фактично, ці процеси є взаєпов'язаними. Лише розвинене громадянське суспільство із відповідним рівнем забезпечення прав і свобод людини та громадянина, демократичним способом управління та повагою щодо існуючих етнічних, релігійних, мовних та регіональних меншин може стати основою для утвердження єдиної політичної нації в поліетнічній державі. Одночасно для формування та успішного розвитку громадянського суспільства необхідною є наявність консенсусу щодо фундаментальних базових цінностей і майбутнього шляху розвитку країни, що може бути забезпечено лише за умови успішності процесу націобудівництва. Як було зазначено, обидва процеси тісно пов'язані між собою і передбачають необхідність масштабної демократизації суспільного і політичного життя на всіх рівнях.

Ефективне становлення сучасної української нації передбачає вирішення низки загальних проблем політичного розвитку. Чи не основна з них, вироблення почуття загальної ідентичності та усвідомлення спільних національних інтересів. Інша проблема – досягнення необхідного рівня легітимності влади. Ця проблема перебуває в площині розвитку демократії і забезпечення прав людини в Україні. Ще одна важлива проблема – здатність політичної еліти забезпечити економічний, соціальний та політичний розвиток суспільства як на поточний момент, так і на перспективу³.

В наш час в ситуації кількасотрічного бездержавного існування в значній частині населення України (насамперед, представників південно-східних регіонів) зникло глибинне психологічне підґрунтя почуття патріотизму та усвідомлення національної єдності. Однією з причин цього є живучість радянських форм масової ідентичності⁴. В таких умовах, на думу окремих дослідників, дієвою формою лояльності по відношенню до Української держави може стати так званий «економічний патріотизм». Такий патріотизм для частини населення півдня та сходу України має супроводжуватися економічною ефективністю, пов'язуватися з почуттям матеріальної забезпеченості через приналежність до громадянства України. Слід очікувати, що зростання рівня життя громадян України

³ Обушний М.І. Етніонаціональна ідентичність в контексті формування української нації. Автореферат на здобуття наукового ступеня доктора політичних наук / НАН України. Інститут політичних та етніонаціональних досліджень. – К., 199. – С.1-3.

⁴ Колодій А. Радянська ідентичність та її носії в незалежній Україні // www.politics.lviv.ua/nations/soviet.

приведе до поступового зростання рівня патріотизму і політичної консолідації української нації. В подальшому економічний патріотизм може бути витіснений іншими формами групової національної ідентичності, які виявлятимуть достатню автономію до матеріальних чинників, будуть засновані, крім іншого, на принципах і цінностях демократії та громадянського суспільства і більш ефективно створюватимуть у громадян України почуття національної сібільності. Такі розвинені форми патріотизму мають ґрунтуватися на ідеї політичної нації, глибокій психологічній відданості Українській державі та суспільству, які забезпечують однакові права та свободи для всіх і гарантують політичну легітимність, відповідають ключовим соціально-політичним цінностям громадян України⁵.

Окремою важливою складовою проблеми формування української нації є питання розширення сфери застосування української мови. Відсутність сформованих символів національної самобутності. З-поміж яких українська мова займає ключове місце, у перспективі може призвести до постановки питання про виправданість і доцільність перебування у складі України окремих територій, населення яких протягом існування незалежної української держави зберігає місцеву субкультуру, яка у своїх визначальних характеристиках насправді є окремим локальним різновидом культури сусідньої держави (наприклад, Росії, Румунії або Угорщини). В даному контексті пропаганда ідеї надання російській мові статусу офіційної з боку певних політичних сил може розцінюватися як вкрай деструктивна дія, яка, по своїй суті, несе загрозу державному суверенітету України, її територіальній цілісності та конституційному ладу.

Ще одним важливим питанням, що суттєво гальмує становлення повноцінної української політичної нації, є проблема сепаратизму регіонів. Загадана проблема має історичне підґрунтя, є наслідком тривалої присутності на українських землях адміністративних структур інших держав, що вплинуло на особливості регіональної ідентичності і має знайти державно-політичне рішення. Однією з форм вирішення суперечностей в даній сфері є поступова децентралізація управління при збереженні загалом унітарного характеру держави. Подібний підхід передбачає надання регіонам та громадам більшої бюджетної та управлінської самостійності і в цілому заснований на загальноприйнятому в країнах Європейського Союзу принципі субсидіарності. В той же час слід всіляко уникати реалізації лобійованого з боку проросійських політичних сил проекту федералізації, який в умовах незавершеності демократичних реформ та процесу формування української політичної нації неминуче призведе до посилення центробіжних сепаратистських тенденцій і може поставити під сумнів збереження єдності Української держави. Не

⁵ Колодій А. Етно-національні ідентичності і легітимність влади в Україні // www.politics.lviv.ua/nations/legitimacy

викликає сумніву, що подібний сценарій також пропагується з подачі правлячих кіл окремих сусідніх держав.

Перед українським суспільством постає проблема перетворення сукупності українських громадян на саморегульований суспільний організм, здатний до прогресу та самооновлення. Здійснити це можна через об'єднання в громадянську спільноту, що поєднувала б різні соціальні, етнічні та мовні групи. Враховуючи, що свого часу відбулася неприродна силова деформація етнічних ідеггичностей в Україні, перспектива поновлення та розвитку ідентифікаційної самобутності населення в нових умовах залежить від повноцінної участі в цьому процесі провідних політичних і соціальних акторів.

Державна політика в етнонаціональній сфері повинна передбачати збереження цілісності держави та єдності суспільства, збереження самобутності окремих спільнот та формування загальнонаціональної ідентичності в масштабах всієї країни⁶. З одного боку, формування української національної ідентичності відбувається за наявності всіх необхідних чинників, зокрема, власної держави, унікальної мови, відмінної від споріднених, наявності культурної самобутності, національної ментальності, необхідних економічних та соціальних факторів, причому слід підкреслити, що всі прояви, крім державності, більшою або меншою мірою існували протягом кількох останніх століть. З іншого боку, на початок ХХІ століття слабкою лишається внутрішня консолідованість суспільства, відчувається брак етнічної, мовно-культурної, конфесійної та державно-політичної спільності. Національна ідентичність спроможна об'єднати всі елементи етнічної структури українського суспільства. Існуючі спільноти є основою для оформлення загальнонаціональної ідентичності, яка надбудовується над етнокультурними ідентичностями груп, що творять національну державу⁷.

Для більшості сучасних українських дослідників очевидним є те, що формування української національної ідентичності слід розуміти, як творення загальної спільної для всіх громадян політичної самосвідомості. Це узгоджується із громадянською концепцією демократичної держави. Формування такої загальнонаціональної ідентичності зовсім не означає зникнення етнічних або регіональних форм самосвідомості. Стирання окремих етнічних ідентичностей в Україні в результаті асиміляції чи інших соціально-демографічних процесів є малоюмовірним. Немає жодної необхідності в тому, щоб місцеві росіяни, румуни, кримські татари, поляки або угорці почали вважати себе етнічними українцями. Водночас спільне благо всіх груп українського народу і цілісність держави вимагає того, щоб

⁶ Білорус О.Г., Лук'яненко Д.Г. та ін. Глобальні трансформації і стратегія розвитку. – К.: Інститут світової економіки та міжнародних відносин НАІУ України, 1998. – С.147-149.

⁷ Сигник П.К., Дербак А.П. Духовні засади та механізми формування національної самосвідомості // www.niur.gov.ua/ukr/publishing/panorama

масиви всіх етнічних груп відчували Україну своєю батьківщиною та своєю державою.

Для представників різних етносів в Україні природною є синхронізація етнічної та національної ідентичності на підставі громадянства, залученості до політичного процесу. Стап взаємодії національної та етнічної ідентичностей обумовлюється тим, чи ці форми самосвідомості взаємодіють, чи конкурують. Від цього залежить рівень інтегрованості етнічної спільноти у суспільство, політичну націю. Існування відмінностей в ідентифікаціях в рамках єдиного етно-національного простору може викликати можливі варіанти розвитку: в першому випадку – стати причиною конфлікту на підставі антагоністичних елементів ідентичності, в другому – бути підґрунтям взаємодоповнення (коли етнічна мозаїка утворює органічну етно-національну цілісність). Взаємодія різних груп суспільства забезпечує національний, політичний та культурний прогрес держави. В той же час самоізоляція етнічних або культурних спільнот містить загрозу для її цілісності – насамперед в разі трансформації такої спільноти на «п'яту колону», орієнтовану на іноземні центри. Для самої ж самоізолюваної спільноти, особливо, якщо вона має конфлікт із більшістю населення країни свого проживання або є нелояльною до її титульного етносу, це означає втрату життєвих перспектив, можливості відігравати конструктивну роль у суспільно-політичному і культурному житті країни. Через це запити українських громадян з різних етнічних спільнот, що стосуються збереження самобутності і саморозвитку, мають корелюватися із відповідними запитам титульного етносу. В такому разі створюється міцне підґрунтя для громадянської і політичної єдності держави. З іншого боку, повага до етнічних ідентичностей, права меншин на саморозвиток полегшує вирішення одного з головних завдань національної безпеки – забезпечення міцного зв'язку представників етнічних груп з українською державою.

Таким чином, посіднання цінностей демократії, патріотизму та реформаторського соціально-економічного курсу повинно стати основою для формування політичної нації в Україні, що нерозривно пов'язано з формуванням повноцінного громадянського суспільства. Серед основних ознак демократичної політичної нації слід вказати наступні:

- політична нація на мультиетнічній основі може існувати та розвиватися лише в демократичній державі;
- одним з найголовніших елементів політичної нації є повноцінне громадянське суспільство;
- верховенство закону та повага до прав людини;
- рівність прав представників титульного етносу з іншими етносами, що проживають на території держави;
- виховання єдиної, спільної для всіх етнічних груп, загальнодержавної лояльності та патріотизму;
- недопущення втручання ззовні у внутрішні справи держави і суспільства;

- активна участь громадян у суспільно-політичних процесах, що відбуваються в країні.

Підсумовуючи все вищесказане, необхідно зазначити, що формування національної ідентичності при збереженні і розвитку етнічних, культурних та мовних особливостей всіх спільнот тісно пов'язане з процесами демократизації та розвитку громадянського суспільства. Виступаючи в тісному зв'язку, ці процеси здатні сприяти задоволенню законних прав та інтересів окремих громадян, зміцненню державної єдності країни. Це, в свою чергу, дозволить посилити сприйняття Української держави як «своєї» серед представників різних етнічних груп; зменшити або нівелювати сепаратистські тенденції; задіяти повною мірою потенціал всіх громадян України для побудови сучасного демократичного суспільства.

Zusammenfassung

Die Herausbildung der ukrainischen politischen Nation als eine Voraussetzung für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft

Jurij Jurijčuk

Die Forschung zu Zivilgesellschaft besitzt für die Ukraine große Aktualität, da gerade sie die Grundlage für den Ausbau einer entwickelten Demokratie darstellt. Die Thematik betrifft so im Grunde genommen alle Gesellschaften in sozialen und politischen Transformationsprozessen, wobei die wichtigste Voraussetzung für die Herausbildung einer vollwertigen Zivilgesellschaft, die Entwicklung einer politischen Nation ist, welche die Staatsbürger anhand gemeinsamer Werte und Ziele eint.

Indem der historisch-politische Kontext bei der Herausbildung einer ukrainischen nationalen Identität analysiert wird, können die Besonderheiten des nationalen Selbstbewusstseins und die Verbreitung einer gesamtukrainischen Identität unter den Bürgern des Staates, die ethnische, sprachlich-kulturelle, lokale und religiöse Eigenheiten aufweisen, beleuchtet werden. Als Argumente für die Schaffung einer gesamtstaatlichen Identität können die Sicherung nationaler ukrainischer Interessen, die Stärkung staatlicher Einigkeit und die Abwehr drohender separatistischer Bestrebungen, die Förderung des inter-ethnischen Friedens, die gesellschaftliche Integration ethnischer Gruppen sowie die Wahrung ihrer ethnischen und sprachlich-kulturellen Besonderheiten im Kontext einer gesamtukrainischen Identität genannt werden. Die Zusammenführung von Werten wie Demokratie und Patriotismus sowie eines reformorientierten sozial-wirtschaftlichen Kurses könnte so die Grundlage für die Herausbildung einer politischen Nation in der Ukraine sein, was wiederum direkt mit der Schaffung einer vollwertigen Zivilgesellschaft in Verbindung steht.

Die Herausbildung einer nationalen Identität unter Wahrung und Förderung ethnischer, kultureller und sprachlicher Besonderheiten ist sowohl direkt mit den Demokratisierungsprozessen des Landes als auch mit der Entwicklung einer Zivilgesellschaft verbunden. In diesem Zusammenhang können die Anstrengungen zur Wahrung der gesetzmäßigen Rechte und Interessen einzelner Bürger zur Stärkung der staatlichen Einheit der Ukraine beitragen.

Die Konstruktion einer nationalen Identität in der Ukraine zwischen

Politik, Zivilgesellschaft und Bevölkerung

Stefanie Stork

Die „Orange Revolution“ im Jahre 2004 offenbarte nicht nur den Willen des ukrainischen Volkes zu Freiheit und Demokratie, sondern auch die seit der Unabhängigkeit andauernde Identitätskrise der Ukraine. Im dem zwischen Russland und West- bzw. Zentraleuropa gelegenen Staat besteht nach wie vor die Notwendigkeit, eine eigene Identität zu konstruieren.¹

Der Begriff Identität an sich erscheint recht vage. Um ihn besser zu fassen, können nach K. CHANDRA und D. LAITIN die drei Komponenten Attribute, Kategorien und Dimensionen unterschieden werden.² *Attribute* stellen die grundlegenden Bausteine der Identität dar, wie zum Beispiel die Sprache, die religiöse Praxis oder die Hautfarbe. Sie können angeboren oder von der Umwelt übernommen sein. *Kategorien* sind soziale Konstrukte und beschreiben die Selbstsicht eines Individuums, beispielsweise die Eigenbezeichnung als Orthodoxer, Russophoner oder Kosake. Mehrere Kategorien, die in einer bestimmten Gesellschaft und einer bestimmten Zeit bedeutsam sind, werden schließlich zu *Dimensionen* zusammengenommen. Wenn sich beispielsweise ein Individuum in die Kategorien ukrainische Kultur und ukrainische Abstammung einordnet, kann es sich bezüglich der Dimension „Nationalität“ als Ukrainer bezeichnen. Da sich Attribute im Laufe des Lebens ändern können, – sei es, dass die Person eine andere Sprache spricht, sei es, dass sie ihre Religion wechselt –, und somit auch Kategorien nicht unveränderlich bleiben, ist Identität nie starr. Sie ist somit durch soziale und politische Veränderungen beeinflussbar. Das macht die Herausbildung von Identitäten zu einem politischen Prozess, der von staatlichen Akteuren, aber auch von nichtstaatlichen Organisationen abhängen kann. All jene Prozesse, Entscheidungen und Anstöße zur Änderung, die eine nationale Identitätsbildung zum Ziel haben, werden als Identitätspolitik bezeichnet.³

Oben genannte Beispiele für Kategorien können ukrainischen Bürgern als Merkmale für ihre individuelle Identität dienen. Dabei ist allerdings eine Besonderheit zu beachten: Viel stärker als in anderen Ländern sind die Kategorien wie Religionszugehörigkeit, verwendete Sprache oder geschichtliche Herkunft in der Ukraine politisch aufgeladen. Welche Folgen hat diese Verquickung von Politik und den Kategorien Sprache, Religion und Geschichte für die nationale Identität und wie verhält sich die Suche nach individueller Identität

¹ Vgl. GILLES LEPESANT: Avant-propos, in: L'Ukraine dans la nouvelle Europe, hrsg. von DEMS., Paris 2005, S. 9-12, hier S. 9.

² Vgl. KANCHAN CHANDRA, DAVID LAITIN: A Constructivist Framework for Thinking about Identity Change, Cambridge 2002.

³ Vgl. DOMINIQUE AREL: Introduction. Theorizing the Politics of Cultural Identities in Russia and Ukraine, in: Rebounding Identities. The Politics of Identity in Russia and Ukraine, hrsg. von DEMS. und BLAIR RUBLE, Washington D.C. 2006, S. 2f.

zu politischer Positionierung? Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Politik zur Bewältigung der Aufgabe einer nationalen Identität leisten? Diese Fragen sollen im Folgenden betrachtet werden.

Ukrainisch oder Russisch? Sprache und Identität

Eine wichtige Rolle für den Aufbau nationaler Identität spielt die Sprache. Während das Ukrainische im Westen der Ukraine zuhause ist, beherrscht das Russische den Osten und den Süden. Die heutige Situation wurde wesentlich durch die unterschiedliche Sprachpolitik der Besatzer im Westen und im Osten geprägt. Während im Kaiserreich Österreich-Ungarn im 19. Jahrhundert ukrainischsprachige Zeitungen und die ukrainische Sprache in Grundschulen zugelassen wurde, wurde die Position der ukrainischen Sprache im Zarenreich zunehmend dadurch geschwächt, dass das Ukrainische als minderwertiger Dialekt des Russischen aufgefasst und die Russifizierung durch das Verbot der ukrainischen Sprache in Schule, Büchern und im Theater durchgesetzt wurde. Selbst die Aufwertung des Ukrainischen in der kurzen Zeit der Ukrainischen Sowjetischen Republik in den 1920er Jahren konnte daran nichts ändern.⁴

Mit der neu erworbenen Unabhängigkeit der Ukraine sah man sich von neuem vor die Sprachenfrage gestellt. Dass die Formel „eine Nation, eine Sprache“ aus der französischen Revolution nicht einfach angewandt werden konnte, war offensichtlich.⁵ Mit dem Sprachengesetz wurde 1989 den Ukrainophonen, die 64% der Bevölkerung stellten, Rechnung getragen. Das Gesetz verlieh der ukrainischen Sprache als einziger Staatssprache zwar die Stellung eines Souveränitätsgaranten, doch das Russische blieb eine gleichwertige Alternative für die Regionen mit russischsprachiger Mehrheit. Durch diesen Widerspruch zwischen dem Ukrainischen als nationalitätsbegründendem Faktor und dem gleichzeitig weiten Anwendungsbereich des Russischen wurde die Teilung in eine ukrainophone und russophone Ukraine eher zementiert denn beseitigt. Dieser Zustand wurde in der Verfassung von 1996 bestätigt.⁶

Während der Sprachenkonflikt in der Bevölkerung nie offen ausbrach, spielte er in der Politik immer wieder eine Rolle, vor allem wenn es darum ging, Anhänger zu mobilisieren. So wurde Ukrainisch zur Sprache der Orangen Revolution, denn vor allem der ukrainischsprachige Westen bevölkerte den Majdan und das Ziel einer freien, von Russland unabhängigen Nation ließ sich gut über die Sprache transportieren. Allerdings wandte sich Jušenko durchaus auch auf Russisch an den Osten des Landes.⁷ Auch bei der aktuellen Wahl

⁴ Vgl. JULIANE BESTERS-DILGER: *Le facteur linguistique dans le processus de construction nationale en Ukraine*, in: *L'Ukraine dans la nouvelle Europe*, hrsg. von GILLES LEPESANT, Paris 2005, S. 41-81, hier S. 45ff.

⁵ Vgl. ebenda, S. 43.

⁶ Vgl. ebenda, S. 52-58.

⁷ Vgl. GERHARD SIMON: *Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine*, in: *Ukraine-Analysen* 19 (2007), S. 6-11, hier S. 9.

wurde der Sprachenfrage Gewicht zugemessen, denn Janukovyč sprach sich für eine stärkere Berücksichtigung des Russischen aus.⁸

Eine funktionale Trennung des Ukrainischen und Russischen existiert nicht. Dennoch ist festzuhalten, dass sich im Bildungswesen das Ukrainische stark durchgesetzt hat, während in den Massenmedien oftmals das Russische dominiert.⁹ In der Öffentlichkeit stehen sich zwei gegensätzliche Haltungen bezüglich der Sprachenfrage gegenüber. Die pro-ukrainische Haltung findet sich vor allem bei den westlich orientierten und national-demokratischen Parteien. Wegen einer fehlenden gemeinsamen Geschichte wird die ukrainische Sprache als Einheitsfaktor in den Vordergrund gestellt, was die Förderung des Ukrainischen auf allen Ebenen und eine Zurückdrängung des Russischen impliziert. Ein Beispiel für eine Gründung einer dementsprechenden Gesellschaft ist die *Taras-Ševčenko-Gesellschaft für die ukrainische Sprache*.¹⁰ Die pro-russische Haltung taucht vor allem bei postkommunistischen Parteien und den Vertretern russischsprachiger Oligarchen auf. Sie insistieren auf der Bedeutung des Russischen in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und internationaler Hinsicht und konzentrieren ihre Bemühungen auf das Etablieren des Russischen im Bildungswesen. Vereinigungen, die zu diesem Zweck gegründet wurden, sind beispielsweise die *Russische Bewegung der Ukraine*. Ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung, die sich in fast allen Teilen des Landes mit der Koexistenz der beiden Sprachen konfrontiert sieht, steht dem Sprachenkonflikt allerdings gelassen gegenüber. Russophone Ukrainer können sich genauso als Ukrainer sehen wie ukrainophone Landsleute. Die Gleichsetzung von Sprachgebrauch und nationaler Identifizierung ist damit nicht zwangsläufig gegeben.¹¹

Moskauer oder Kiewer Patriarchat? Religionszugehörigkeit und Identität

Die identitätsstiftende Kategorie Religionszugehörigkeit hat in der Ukraine ebenfalls einen politischen Aspekt. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Polen, dessen Identität stark mit dem Katholizismus verknüpft ist, oder Russland, das von der Orthodoxie geprägt ist, kann die Ukraine nicht mit einer Kirche identifiziert werden. Nebeneinander existieren drei orthodoxe Kirchen, die zusammen mit der griechisch-katholischen Kirche die Religionslandschaft dominieren. Daneben dürfen evangelikale Bewegungen, Juden, Muslime, vor allem auf der Krim, und römisch-katholische Christen nicht vergessen werden. Da über die Hälfte aller Ukrainer zu einer orthodoxen oder zur griechisch-katholischen Kirche gehören¹², soll hier auf diese Konfessionen eingegangen werden.

⁸ Vgl. CLAUDIA KAMKE, KRISTIN WESEMANN: Die Kandidaten zur Präsidentschaftswahl. in: *Ukraine-Analysen* 60 (2009), S. 10-13, hier S. 10.

⁹ Vgl. SIMON (wie Anm. 7), S. 9f.

¹⁰ Vgl. BESTERS-DILGER (wie Anm. 4), S. 49.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 76ff.

¹² Vgl. NATALYA BOYKO: Eglises orthodoxes et identité nationale en Ukraine postsoviétique. in: *L'Ukraine dans la nouvelle Europe*, hrsg. von GILLES LEPESANT, Paris 2005, S. 83-117, hier S. 83ff.

Zu den orthodoxen Kirchen zählen die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats und die Autokephale Ukrainisch-Orthodoxe Kirche. Dabei nimmt jede Kirche für sich in Anspruch, die religiöse Tradition des Landes zu verkörpern. Allerdings verwenden die drei Kirchen nur zwei verschiedene Riten. Während die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats und die Autokephale Ukrainisch-Orthodoxe Kirche den ukrainisch-byzantinischen Ritus und als Liturgiesprache das moderne Ukrainisch verwenden, hält die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats an der russisch-orthodoxen Tradition fest und zieht das Kirchenslawische als Liturgiesprache vor. Hinzu kommt, dass es aus Sicht der Panorthodoxie keine ukrainische Nationalkirche gibt, denn das Moskauer Patriarchat ist Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche und die beiden ukrainischen Kirchen werden als schismatisch betrachtet. Somit hält das Moskauer Patriarchat am Einfluss der russischen Kirche auf die Ukraine fest, während die beiden eigenständigen Kirchen in der Vergangenheit die Unabhängigkeit der Ukraine befürworteten und sich seit 1991 als kirchliches Pendant zur politischen Unabhängigkeit verstehen.¹³ Mehr noch, Experten des Ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Studien hielten fest: „The schism of Ukraine’s Orthodoxy reflect the state of Ukraine’s Society, the Difference in its national, Political and Geopolitical self-identification“¹⁴ (sic!). Somit lassen sich die einzelnen Kirchen bestimmten Parteien und Regionen zuordnen: Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats unterhält rege Beziehungen zu national-demokratischen Parteien wie der Bewegung *Ruch*. Die Autokephale Orthodoxe Kirche hegt ebenfalls Sympathien für diese Parteien, erklärt sich aber für unpolitisch. Beide Kirchen sind westlich ausgerichtet. Dagegen orientiert sich die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats traditionell gen Osten und nach links zu den sozialistischen bis kommunistischen Parteien¹⁵.

Während der Orangen Revolution blieb es demnach nicht aus, dass die Kirchen Stellung bezogen. Das Moskauer Patriarchat setzte sich für Janukovyč ein und verurteilte die orange Bewegung, während die Kirche des Kiewer Patriarchats ebenso wie die katholische Kirche sich für Juščenko einsetzte.¹⁶

2004 hielten 60% der ukrainischen Bevölkerung die orthodoxe Kirche für eine glaubwürdige Institution.¹⁷ Die große Bedeutung von Religionsfragen versuchen die Kirchen auch für die Zivilgesellschaft fruchtbar zu machen. 2008 fand in Kiew eine Konferenz christlicher ukrainischer Kirchen statt, die sich zum Ziel setzte, gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine zu übernehmen.¹⁸ Viele zivilgesellschaftliche Organisa-

¹³ Vgl. ebenda, S. 86-97.

¹⁴ Ebenda, S. 107.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 107ff.

¹⁶ Vgl. ETIENNE THEVENIN: L'enjeu ukrainien. Ce que révèle la révolution orange, Tours 2005, S. 109f.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 107.

¹⁸ Vgl. http://www.kas.de/proj/home/pub/47/1/-/dokument_id-13429/ (letzter Zugriff: 23.3.2010).

tionen entstanden auf der Grundlage christlicher Werte, so zum Beispiel die katholische Jugendorganisation *Obnova*, die sich soziales Engagement auf die Fahnen geschrieben hat.¹⁹

Russland oder Österreich- Ungarn? Landesgeschichte und Identität

Als drittes Beispiel für eine Kategorie, die nationale wie individuelle Identität prägt, sei die Geschichte genannt. Die gemeinsame Geschichte wird bei der Konstruktion einer neuen Nation bedeutsam, gerade wenn der Staat auf jahrhundertlang getrennte Entwicklungen zurückblickt. Oftmals werden dabei Zeiten ehemaliger Unabhängigkeit und Helden der gemeinsamen Nation bemüht, um nationale Mythen auf Basis historischer Fakten zu begründen. Literatur und Kunst können ebenso dazu dienen, den Nationalgedanken zu festigen²⁰. Im Falle der Ukraine gehören dazu das Zeitalter der Kiewer Rus, das Kosaken-Hetmanat, die nationale Bewegung im 19. Jahrhundert mit Taras Ševčenko als Nationaldichter sowie die kurze Phase der Unabhängigkeit von 1917 bis 1920. Das Goldene Zeitalter der Kosaken spielt die wesentliche Rolle unter den nationalen Mythen, denn er bringt das ganze Volk in räumlicher, zeitlicher und sozialer Dimension zusammen. Das Kosakentum verkörpert den Freiheitswillen des ukrainischen Volkes genauso wie die Vorformen ukrainischer Demokratie und einer ukrainischen Nation. In der mündlichen Tradition, in Liedern, Legenden und Märchen sowie in der Volkskunst und in der ukrainischen Literatur ist das Kosakenmotiv allgegenwärtig. Der Nationaldichter Taras Ševčenko, der aus dem Ukrainischen eine Literatursprache machte und bald selbst zum Mythos wurde, trug dazu bei, das Ansehen des Kosakenzeitalters in der Ukraine zu festigen.²¹ Kurz nach der Unabhängigkeit wurden bereits Organisationen gegründet, die das Kosakentum durch Aktivitäten und Festivals in Erinnerung rufen wollten. Einerseits war der Mythos ein Anliegen des Staates. Zum Beispiel nahm das Ukrainische Ministerium für Wissenschaft und Erziehung die Wiederbelebung der Kosakentradition 2001 in sein Programm für die folgenden drei Jahre auf und die Partei *Ruch* stützte sich auf den Kosakenmythos, um im Osten und Süden des Landes das ukrainische Nationalbewusstsein zu fördern. Andererseits formierten sich auch schnell private Assoziationen, die das Kosakentum „hochhielten“.²² Bis heute haben sie nicht an Attraktivität eingebüßt und so dienen beispielsweise Sommerzelllager für „junge Kosaken“ sowohl dem Spaß als auch der Kenntnis eigener Traditionen und tragen somit zur Bildung einer nationalen Identität bei.²³ Dennoch bestimmen Wohnort, Sprache und Ethnie die jeweils

¹⁹ Vgl. die Homepage der Organisation unter: <http://www.obnova.net.ua> (letzter Zugriff: 23.3.2010).

²⁰ Vgl. BESTERS-DILGER (wie Anm. 4), S. 42.

²¹ Vgl. DOMINIQUE DE JURIEW: *Mythes politiques et identité en Ukraine post-soviétique. Passé composé et reconquête du sens*. Paris 2003, S. 137-144.

²² Vgl. BESTERS-DILGER (wie Anm. 4), S. 43.

²³ Vgl. eine Reportage über Kosakenzelllager unter: <http://www.novy.tv/reporter/ukraine/2009/08/12/16/50.html> (letzter Zugriff: 23.3.2010).

eigene Geschichte jedes ukrainischen Bürgers und Unterkategorien wie West- oder Ostukrainer lassen sich nicht einfach aus dem Gedächtnis der Identität streichen.²⁴

Nationale Identität als Folge einer politischen Nation

Wie kann sich unter diesen Voraussetzungen eine nationale Identität formieren? Während auf politischer und intellektueller Ebene das Bekenntnis zu einer bestimmten Sprache, Religion oder der eigenen Geschichte die politische Situierung des Einzelnen beziehungsweise der Gruppe oder Organisation erlaubt, hat sich die Bevölkerung von der politischen Bedeutung dieser Faktoren emanzipiert. Der Vorzug des Ukrainischen gegenüber dem Russischen kann politisch motiviert sein, muss es aber nicht. Das Bekenntnis zur Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats muss noch nicht heißen, dass der Gläubige politisch links einzuordnen wäre und ein Westukrainer muss noch lange kein ukrainischer Patriot sein.²⁵

Auf offizieller Ebene haben besagte Faktoren allerdings durchaus eine Bedeutung, was die Identitätskrise erst hervorruft. Langfristig kann die Verabschiedung von der Idee, dass sich eine Nation über eine einzige Sprache und eine homogene gemeinsame Kultur definiert, die Suche nach nationaler Identität erleichtern. Nicht eine ethnische Nation, sondern eine politische Nation, in der die kulturelle Vielfalt gepflegt und respektiert wird, kann als Ziel dienen. Die Errichtung einer politischen Nation kann durch die Zivilgesellschaft gefördert werden. Das zivilgesellschaftliche Engagement geht von Bürgern aus, die als Teil der Bevölkerung einer politischen näher als einer ethnischen Nation stehen. Selbst wenn manche zivilgesellschaftlichen Einrichtungen Teilinteressen vertreten, so rückt doch die gesamte politische Ukraine ins Blickfeld dieser Organisationen. Zusammen mit dem Bewusstsein der Bevölkerung, die eine einheitliche Sprache, Religion oder Geschichte nicht unbedingt als Konstitutivum für eine gemeinsame Nation sieht, gibt sie den Weg zu einer Vielfalt vor, die verschiedene Erfahrungen und Richtungen beinhaltet, und macht die Bildung einer ukrainischen Identität in einer politischen Nation möglich.²⁶

²⁴ Vgl. THEVENIN (wie Anm. 16), S. 181f.

²⁵ Vgl. SIMON (wie Anm. 7), S. 9.

²⁶ Vgl. LEPESANT (wie Anm. 1), S. 180.

Конструювання національної ідентичності в Україні між політикою, громадянським суспільством та населенням

Штефані Шторк

«Помаранчева революція в Україні» показала, що країна ще не поборолала свою кризу ідентичності. Політика, населення та громадянське суспільство закликані до полеміки створення національної ідентичності. Три приклади створення ідентичних категорій політичного значення будуть розглянуті у наявній статті. Ідентичність передається, насамперед, через мову. При пануючій в Україні двомовності виникає питання переваги однієї мови над іншою чи спільне існування двох мов. У той час, коли в політиці з часів незалежності між всім українським, зорієнтованим на захід, та російським, повернутим до сходу, існує зв'язок, для більшої частини населення конфлікт відіграє лише підпорядковану роль. В такій самій незначній мірі, як і у мові, населенню може бути рівнозначно представлена приналежність до релігії із національною ідентичністю, хоча великі українські церкви залишаються політично позиційними. Ситуація із ортодоксальністю в Україні відображає на національному рівні політичну ситуацію українського суспільства та української держави. Історія України тісно пов'язана із питанням релігії. На основі тривалого розмежування українського народу через пробудження міфів про спільну історію виникають заклики до спогадів. Одночасно з пам'яті не виходить індивідуальний аспект історії. В пошуку національної ідентичності громадянське суспільство може сприяти тому, щоб були збережені різноманітні прояви національної ідентичності, які є наявними у населення. Не етнічна, а саме політична нація, яка з гідністю відноситься до різноманітності, може служити основою спільної національної ідентичності.

Проблеми організації державної служби в Україні

Микола Бармак

Україна повільно, але невпинно йде шляхом утвердження демократичних цінностей. Було б безпідставно очікувати, що у суспільстві з таким коротким досвідом існування демократичних інституцій можливе швидке реформування системи державного управління.

Одним із пріоритетів у поступі до демократичного майбутнього є переосмислення організації діяльності державної служби України, пошук шляхів її вдосконалення. Головна мета — утворення державної служби на засадах професіоналізму, стабільності та політичної нейтральності, відкритості та підзвітності громадянам. Саме це є передумовою формування влади нової якості: добросесної, прозорої, відповідальної, ефективної.

При цьому формування нової генерації управлінців має здійснюватися не лише на основі запозичення та переосмислення кращого світового досвіду, а насамперед на засадах українського державотворення. Адже кожна національна система державного управління та державної служби унікальна завдяки історичним особливостям і національним традиціям. Історична пам'ять є основною складовою мислення нації, спільного руху, державної ідеї.

Еволюція розвитку державного управління та державної служби в Україні мала надзвичайно складний і неоднорідний характер, обумовлений постійною зміною політичного життя. Наша історія повниться періодами поневірянь народу, поневолення держави аж до заборони її самобутності.

Не існує держав без державного управління, а отже, — і без державних службовців. Кожна держава пройшла власний нелегкий шлях побудови ефективної системи управління. Тільки та держава може називатися успішною і розраховувати на створення сильної економіки, яка змогла побудувати раціональну та дієву систему державної служби.

Після здобуття незалежності у 1991 р. Україна розпочала формування власної моделі системи управління. Кардинально змінюючи структуру, роль і функції органів влади та державного апарату, суспільство вимагає підвищення ефективності їх функціонування, забезпечення професіоналізму державних службовців, вивчення нових аспектів і проблем державного управління і як його важливої складової державної служби загалом. Перед нашою державою стоїть завдання створення стабільної, політично незалежної, професійної державної служби, яка спроможна працювати мобільно та результативно, користуючись довірою і повагою суспільства.

Успіх у формуванні в Україні системи державного управління і системи державної служби можливий лише після детального вивчення і врахування історичного досвіду їх функціонування, дослідження впливу на свідомість та підсвідомість, на „історичну пам'ять” кількох поколінь,

врахування здобутків і недоліків попередніх управлінських структур. Копіювання європейських і світових стандартів навряд чи дасть саме той, необхідний власне для нашого суспільства, результат, якщо не буде врахований власний історичний досвід діяльності корпусу державних службовців.

Державна служба не була витвором самоорганізації українського суспільства. Вона, як і система управління, була привнесена з метою зручного і ефективного керівництва українськими землями. Спочатку на Лівобережжі, а наприкінці XVIII ст. на Правобережжі України шляхетське самоврядування було замінене жорсткою, централізованою системою управління Російської імперії, яка принесла на українські землі як позитивні риси (законодавче оформлення та правова регламентація державної служби, високий рівень організації, наступність і поступовість системи, пенсійне забезпечення), так і негативні риси (корупція та хабарництво, залежність і незахищеність службовців – „кріпаків державної служби”, „паперотворчість” тощо).

Інститут державної служби, будучи привнесеним Російською імперією на українські землі, успішно пережив не лише імперію, а й Радянський Союз, пристосувавшись до вимог командно-адміністративної системи. Зазнавши небагатьох змін, він і зараз, на жаль, успішно функціонує з тими вадами, які були притаманні йому двісті-триста років тому. Чинна управлінська структура в Україні була встановлена на бюрократичному фундаменті і комунікаціях, закладених ще в часи Російської імперії і закріплених в радянський час. В управлінських апаратах і до нині, передусім, цінують лояльність, стабільність, визначеність і контрольованість, чекають команди „зверху”. Службовці цілковито покладаються на свого безпосереднього керівника, який „краще знає”, що потрібно робити, і тому головним критерієм результативності роботи залишається одне – щоб „начальник” залишився задоволеним. І сьогодні є актуальною приказка, яка була популярною у чиновників XIX ст. – головне завдання службовця – це „відсидітися, відмовчатися і відписатися”.

В Україні відбувається адміністративна реформа, завданням якої є зміцнення держави, забезпечення її демократичного, правового і соціального характеру, подолання негативних явищ. Передбачається також підвищити ефективність державного управління, основним механізмом якого є державна служба, покликана як найповніше і якнайкраще забезпечити реалізацію функцій держави, підйом економіки і розвиток громадянського суспільства.

Вже набутий в Україні досвід проведення реформ, зміни в устрої та функціонуванні органів державної влади переконують у необхідності серйозної уваги до вивчення минулого державної служби різних державно-політичних утворень, які існували на українських землях. Ефективність сучасного державного управління багато в чому залежить від того,

наскільки діалектично поєднані європейські стандарти та власний історичний досвід українського народу. Тому особливого значення набуває аналіз еволюції української державної служби в різні періоди розвитку нашої державності, оскільки це дозволяє виявити, окрім інших важливих проблем, особливості ментальності державних службовців та зрозуміти ті чи інші риси, притаманні сучасному механізму управління. Характерно, що радикальні політичні, соціально-економічні та інші перетворення в Україні на межі XX – XXI століть, модернізація української державності відповідно до умов і вимог сучасного періоду все ж не знищили повністю у сфері державного управління і державної служби не лише елементів недавнього минулого, а й певних рис окремих історичних епох.

Виокремлення у XVIII – XIX ст. російської державної служби в самостійну галузь відбувалося у період активної територіальної експансії Російської держави, в тому числі і на українські землі. Процес становлення державної служби як окремої політичної інституції відбувався одночасно із створенням системи органів державної влади на приєднаних до імперії територіях, комплектацією їх кадрового апарату.

Особливістю російського досвіду державної служби на українських землях стала повна ліквідація паростків громадянського суспільства та традицій міського самоуправління. В умовах насильного об'єднання величезних євразійських просторів жорстка влада, сконцентрована в одних самодержавних руках, була, напевне, на той час єдино правильною, ефективною і раціональною. Але щодо еволюції української державності, то перебування у складі Російської імперії значно загальмувало формування інститутів громадянського суспільства, перервало розвиток демократичних традицій у державному будівництві українського народу, що яскраво видно у наш час.

Сучасна українська державна служба отримала неоднозначний спадок, який заслуговує серйозної аналітичної „інвентаризації”. Російська імперія мала складну, раціонально організовану бюрократичну адміністративну систему, у якій функціонували десятки тисяч посадовців і яка поєднувала елементи єдиноначальності, колегіальності і народного представництва. Схожі системи сформувалися і в інших країнах Європи, що послужило моделлю для створення М. Вебером теорії “раціональної” бюрократії, яка і нині є теоретичною основою соціології державного управління.

В цьому контексті ретроспективний аналіз вітчизняного історичного досвіду формування і розвитку державної служби як професійної діяльності та як правового і соціального інституту, а також виявлення можливостей творчого врахування цього досвіду стає правомірним і своєчасним.

Безумовно і якнайшвидше зараз нам слід змінити нав'язану вікову російську традицію домінування держави над суспільством, поклоніння чинам (посадам), із наскрізною корупцією всіх гілок влади. Замість цього

слід створити державну службу, яка була б відповідальною не перед партією, не перед „хазяїном”, навіть перед демократично вибраним, а перед суспільством, яке утримує її і для вирішення потреб якого (а не своїх власних або корпоративних) і створена ця інституція. Цього неможливо зробити водночас і одними заявами навіть найвищих посадовців не обійтися.

Практика визначення цілей, завдань і принципів організації державної служби України, процеси становлення і еволюції її організаційних інститутів належать до винятково актуальних проблем. Не менше значення має узагальнення досвіду формування корпусу державних службовців і підвищення ефективності їх управлінської діяльності. Багато корисного можуть принести аналіз форм і методів керівництва процесами у системі державної служби, осмислення основних тенденцій, позитивних і негативних сторін її генези. Все це становить значний науковий і практичний інтерес для становлення і розвитку сучасної державної служби України, для створення оптимальної моделі комплектування її персоналу.

Система управління Російської імперії мала особливо великий вплив на формування ментальності держслужбовця (глибинна пам'ять на “генетичному рівні”). Традиційно державна служба в Росії з давніх давен розглядалася не інакше, як “государева служба”. Цар або „государ всієї Русі” вважався намісником Бога на землі, тому цілковите підкорення йому було нормою поведінки для державних службовців. Державна служба тому і називалася „государевою”, що чиновники служили передусім государю (царю, імператору), і на початках була повинністю, яку відбували на користь верховного правителя. Не випадково державних службовців називали „государевими служивими людьми”. Нестабільність становища, часта різка зміна профілю посад, реальна можливість опинитися в „не милості” у государя або безпосереднього начальника і втратити посаду стали характерними ознаками чиновництва. Залишення служби без згоди государя кваліфікувалося як злочин і переслідувалося законом. Деякі негативні риси цієї політики дійшли до наших днів. Тому пізніша практика Російської імперії (XIX ст.) формування кадрового потенціалу, коли прийом, просування по службі, система заохочень та стягнень, звільнення з цивільної служби були виписані у нормативно-законодавчих актах, становить практичний інтерес при удосконаленні законодавчої бази регламентації сучасної державної служби в Україні.

Сучасні міжнародні стандарти не можуть бути єдиною підставою для теоретичних узагальнень і вирішення багатьох практичних проблем у сфері державного управління в нашій державі. Зважаючи на той факт, що хоча державний механізм і був основною ланкою у структурі влади, спеціального законодавства в Радянському Союзі про статус та правове становище працівників державного апарату не було. Всі правові відносини регулювалися на основі трудового законодавства і не відрізнялися від правовідносин інших службовців державних установ, підприємств та

організацій. Тому, створюючи законодавчу базу функціонування державної служби в Україні, поряд із європейським можна та навіть необхідно використовувати законодавчий і теоретичний досвід організації державної служби імператорської Росії. Доречно звернутися до її законодавства в галузі державної служби, яке було кодифіковано у „Свод Уставов о службе гражданской”, а вся система державної служби функціонувала на чітко встановлених законом принципах законності, відповідальності, звітності, рангування посад і надання чинів за вислугою років або за особливі заслуги тощо.

Список використаних джерел:

1. Бармак М.В. Державна служба в Російській імперії: правові основи формування та функціонування корпусу цивільних службовців (XVIII – перша половина XIX ст.) – Тернопіль, 2006. - 288 с.
2. Бармак М.В. Формування владних інституцій Російської імперії на Правобережній Україні (кінець XVIII – перша половина XIX ст.) – Тернопіль, 2007. – 512 с.

Zusammenfassung

Probleme bei der Organisation des ukrainischen Staatsdienstes

Mykola Barmak

Der Versuch den ukrainischen Staatsdienst neu und in besserer Form zu organisieren, gilt als eine der Prioritäten auf dem Wege hin zu einer demokratischen Entwicklung des Landes. Das grundlegende Ziel ist es, einen Staatsdienst zu schaffen, der auf der Basis von Professionalität, Stabilität, politischer Neutralität, Offenheit und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk agiert.

Die Herausbildung einer neuen Generation von Verwaltungspersonal sollte dabei nicht nur auf der Übernahme von Erfahrungen anderer Länder in diesem Bereich erfolgen, sondern in erster Linie auf den Grundlagen der ukrainischen Staatswerdung durchgeführt werden. Es gibt keine Staaten ohne Staatsverwaltung, d.h. ohne Staatsangestellte, und jedes Staatswesen musste sich mit spezifischen Schwierigkeiten bei der Bildung eines effektiven Verwaltungssystems auseinandersetzen. Als erfolgreich kann dabei nur der Staat gelten, der auf die Schaffung einer starken Wirtschaft baut, die ihrerseits ein rationales und wirksames System des Staatsdienstes vorantreiben kann.

Der Staatsdienst war kein Ergebnis einer Selbstorganisation der ukrainischen Gesellschaft. Er wurde zusammen mit dem Verwaltungssystem geschaffen, um die ukrainischen Länder günstiger und effektiver regieren zu können. Zunächst im westlichen Teil der Ukraine und Ende des 18. Jh. im östlichen Teil des Landes wurde Selbstverwaltung durch das grausame, und zentralisierte Verwaltungssystem des Russischen Imperiums ersetzt.

Die Institution des Staatsdienstes, wie sie in der Zeit des Russischen Imperiums in den ukrainischen Länder eingeführt wurde, hat nicht nur dieses

Imperium, sondern auch die Sowjetunion erfolgreich überdauert und sich an die Anforderungen des jeweiligen Verwaltungssystems angepasst. Sie hat sich heutzutage in einigen Aspekten verändert, zeichnet sich jedoch gegenwärtig durch dieselben Schwächen aus, die ihr bereits vor zwei oder drei Jahrhunderten zu eigen waren.

Die spezifische Auswirkung des russischen Staatsdienstes in den ukrainischen Ländern war die völlige Zerstörung jedes Ansatzes einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung sowie der Traditionen einer lokalen staatlichen Verwaltung. Das Verwaltungssystem des Russischen Imperiums hatte überdies großen Einfluss auf die Herausbildung einer langfristigen Mentalität unter den Staatsangestellten (im Sinne eines „genetischen“ Gedächtnisses).

Unsere Aufgabe ist es, mit der alten russischen Tradition der staatlichen Vorherrschaft über die Gesellschaft, verbunden mit Korruption in allen Bereichen, zu brechen. Stattdessen sollte ein Staatsdienst geschaffen werden, der nicht gegenüber einer Partei, sondern gegenüber der Gesellschaft, die ihn unterhält, verantwortlich ist. Diese neu gestaltete Institution soll somit die Anforderungen der Gesellschaft und nicht eigene oder korporative Interessen befriedigen.

Роль громадської організації у побудові громадянського суспільства в Україні

Олег Коцюбинський

Значення громадських організацій у суспільно-політичному житті України досить суперечливе. З одного боку, широким колом фахівців їхня роль визнана вельми важливою у формуванні сучасного громадянського суспільства в Україні, становленні демократії, захисті прав і свобод громадян. Громадські організації, як структурний елемент громадянського суспільства, тісно пов'язані і взаємообумовлені з політичною системою суспільства. Адже політична система відображає інтереси різних суспільних верств, які безпосередньо, або через громадські організації і рухи взаємодіють із державою. З іншого боку, сприйняття їхньої діяльності пересічними громадянами, як і взаємодія між державним і громадським секторами суспільства, залишає бажати кращого.

У зв'язку з цим постає питання про доречність та припустиму межу залученості неурядових організацій (НУО) до політичних процесів, визначення пріоритетів розвитку НУО в суспільно-політичній сфері. Наукова оцінка цього питання має сформулювати умови, за яких НУО застосовуються лише у якості політичної технології під час виборчих кампаній, і за яких умов їх суспільно-політична активність спрямовується у позитивне русло, перш за все, на консолідацію суспільства. На наш погляд, це питання є стратегічно важливим для розвитку повноцінного громадянського суспільства в Україні.

Метою статті є надання такої оцінки, спираючись на концепцію дорадчої демократії та на лібертаріанську модель розвитку суспільства, із визначенням специфіки ситуації в Україні, як перехідній пострадянській державі.

Ціла низка вітчизняних авторів плідно розроблює цей напрям досліджень. Серед них необхідно відзначити публікації А. Колодій, Т. Розової, В. Баркова, О. Опіщенко, М. Калініченка, О. Михайловської, О. Кіндратець, Н. Ротар. Питання залученості громадських неурядових організацій до суспільно-політичного життя розглядаються дослідниками під різним кутом зору: від суто теоретичного визначення умов взаємодії влади і організацій громадянського суспільства [4] до аналізу конкретних механізмів і умов залучення громадських структур до процесу прийняття владних рішень на державному і місцевому рівнях [2, 3].

Громадські організації відіграють стратегічно важливу роль у формуванні сучасного громадянського суспільства в Україні, становленні демократії, захисті прав і свобод громадян, вивчаючи й озвучуючи суспільні потреби, пропонуючи державним інститутам нові ідеї, варіанти дій.

Ідея неформального об'єднання громадян дістала свій розвиток в лібертаріанській моделі суспільства, про життєздатність якої тривають

дискусії з 50-х років минулого століття. Ця модель була створена на протигагу існуючій на той час комунітарній моделі, що розглядала відносини в суспільстві як комплекс жорстких зв'язків у різних ієрархіях (кланах, класах, партіях), участь в яких мала на меті протиставлення себе «чужим» та ліберальній моделі, де основна роль відводилася освіченому споживачу, наділеному правами, які охороняються державою, - та протиставлялися публічний і приватний сектори.

Лібертаріанська модель виділяє в соціальних відносинах «третій сектор», який є проміжною формою організації між владою та ринком і будується на добровільній основі. В цьому сенсі неурядові організації і є представниками «третього сектору», який стає незамінним елементом сучасного громадянського суспільства.

З метою вдосконалення лібертаріанської моделі громадянського суспільства на Заході нині ведуться активні дослідження, і саме організаціям «третього сектору» відводиться ключова роль. Вважається, що завдяки «третьому сектору» в суспільстві можуть з'явитися соціально активні громадяни, залучені до різних соціальних структур, котрі сповідуватимуть загальні гуманістичні ідеї свободи і добровільного співробітництва, більш широкі, ніж поняття свободи членів ідеологічних кланів чи вільного ринку.

Важливу роль у цьому контексті відіграє ідея дорадчої демократії, що передбачає значну активність громадян, об'єднаних у різноманітні організації та асоціації з метою контролю за державною владою, здійснення місцевого самоврядування тощо. На цю модель розвитку суспільства багато вчених покладають чимало надій (Ю. Хабермас, Дж. Драйзек, Дж. Фішкін, Д. Чалмерс та ін.). Так, наприклад, Ю. Хабермас вважає, що «сучасна модель взаємин держави і громадян має вибудовуватися не за традиційним принципом суб'єкт-об'єктних відносин (керуючі-керовані), а на механізмах «комунікативної поведінки», тобто на суб'єкт-суб'єктних відносинах, на принципах визначення рівноправності як людини суспільної, так і людини «приватної», що передбачає як головну демократичну процедуру «діалогову комунікацію» державної влади і «вільної громадськості».

Отже, дорадчу демократію в цьому контексті можна охарактеризувати як демократичну політичну систему, що ґрунтується на вільному обговоренні громадянами суспільних тем. Це дискурсивна соціополітична система, де громадяни опановують відповідну інформацію, обговорюють політичні справи, формують громадську думку і беруть участь у політичних процесах. Концепція дорадчої демократії включає не тільки інституціональні процедури, як-то право більшості, але й політичну культуру вільної дискусії та добровільної участі.

Д. Чалмерс акцентує увагу на наступних функціях НУО, які сприяють функціонуванню даної моделі:

використання досвіду територіальних громад для потреб політики;

інформація про вдалі практичні приклади, або про шляхи, якими схожа проблема була вирішена в іншому регіоні;

осмислення основних чинників, що впливають на певну сферу політики, тобто створення відповідної теоретичної бази;

оцінка позиції інших учасників дискусії;

надання можливостей для взаємодії основних суб'єктів політики відповідно до моделі дорадчої демократії.

Важливим аспектом у питанні спроможності неурядових організацій виступати представниками інтересів суспільства у громадсько-політичній сфері є їхня спроможність ефективно взаємодіяти з державними органами влади, органами місцевого самоврядування. Проблеми та перспективи практичної взаємодії держави та організацій громадянського суспільства стали сьогодні особливо актуальними для перехідних пострадянських країн, зокрема, для України. Відсутність традиції громадянського суспільства відчувається особливо гостро і помітно гальмує процес демократизації.

Постійна співпраця недержавних неурядових структур та органів державної влади, залученість НУО до прийняття політичних рішень служить як індикатором, так і чинником розвитку громадянського суспільства. Наявність налагоджених, ефективно діючих каналів комунікації між органами влади та «третім сектором» виступає важливим чинником адекватності та послідовності державної політики, її підконтрольності суспільству, відповідності стратегічним національним інтересам. Забезпечення функціонального зв'язку між владою та суспільством, надання державній політиці більшої легітимності, забезпечення її прозорості та розширення громадської підтримки є необхідними умовами демократичної політичної культури європейського зразка. Становлення незалежного від держави громадянського суспільства є одним із елементів посткомуністичної трансформації, за ступенем та ефективністю впливу на державу інститутів громадянського суспільства можна оцінювати глибину перетворень, ступінь модернізації та європеїзації посткомуністичних держав.

Протягом багатьох років в Україні була очевидна криза взаємної довіри влади й НУО. Значна, й найбільш активна частина «третього сектора», позиціонувала себе, з тих чи інших причин, як тверду опозицію тодішній владі. Головна проблема на шляху формування ефективних форм взаємодії об'єднань громадян і державних органів влади випливала із традиції замкненості державного апарату, непрозорості вироблення державної політики. Система владних відносин, яка сформувалася в результаті обрання Україною на початку шляху незалежності «пострадянської» моделі трансформації, передбачала гіпертрофовану роль держави, реалізовану через так звану «вертикаль виконавчої влади», стрижнем якої є інститут президентства з максимально широкими повноваженнями. Для цього способу організації суспільно-політичного життя є невласивою

ключова роль інститутів громадянського суспільства. Система, побудована за принципами «виконавчої вертикалі», не потребує розвинених каналів комунікації із суспільством, оскільки не відчуває потреби у відповідній суспільній легітимациї. Ставлення до НУО тут є вибіркоким, залежно від поточних пріоритетів владних еліт: відношення може бути або поблагливо-заступницьким, або нейтрально-байдужим, або підозріло-негативним.

Пострадянська система може у більшій чи меншій мірі толерувати «третій сектор» доти, доки він не загрожує тому типу володарювання, який практикується владою. Влада може заохочувати НУО до співпраці, якщо цього вимагають прагматичні потреби (наприклад, щоб отримати неупереджену інформацію, або, щоб продемонструвати певні формальні ознаки демократичності).

Недостатня ефективність «третього сектору» у лобіюванні своїх позицій обумовлена не тільки вадами влади, а й самих НУО. Так, експертне дослідження Творчого центру Каунтерпарт (2006 р.) показало, що слабкими компонентами у діяльності НУО є, передусім, стратегії щодо залучення коштів. Це свідчить про недостатню увагу керівників НУО до розробки та впровадження довгострокової стратегії залучення фінансування з різних джерел. Потребують підвищеної уваги через недосконалість процедури менеджменту людських та фінансових ресурсів, питання делегування повноважень та залучення персоналу до прийняття рішень. За двома показниками – формулювання і відстоювання прийнятої позиції, та проведення заходів для впливу на політичні рішення й підтримки інтересу громадськості українські НУО, згідно з результатами дослідження, не вийшли навіть на середній рівень професійності.

Державі вигідно співпрацювати з громадськими організаціями з кількох причин:

Більшість громадських організацій створюються для вирішення тих же проблем, що й державні та муніципальні органи – турбота про малозабезпечених, хворих, соціально незабезпечених громадян, сприяння вихованню та освіті дітей та підлітків, збереження та розвиток культури тощо. Тобто, вони здійснюють таку діяльність, яка не здійснюється на комерційній, ринковій основі.

В деяких випадках дії третього сектору є успішнішими та економічнішими, ніж дії державних установ. Том у державі вигідніше передавати частину коштів громадським організаціям, отримуючи за це виконання чітких та контрольованих зобов'язань, ніж самій створювати додаткові структури.

Очевидна необхідність існування неурядових «мозкових центрів», які паралельно діючим державним аналітичним службам створюють свій продукт, що не просто конкурує на ринку аналітичних розробок, але й істотно впливає на розробку матеріалів, які «виходять» із стін державних інституцій. Адже відомо, що державні аналітичні служби, репрезентуючи

матеріал, сформований за замовленням уряду, виходять з передумов кон'юнктурно-кланової необхідності, а не з аналізу об'єктивної реальності.

Ще одна проблема, про яку необхідно сказати, – це особливості сприйняття діяльності громадських організацій у самому суспільстві. Адаптація масової свідомості до сучасних політичних інститутів і цінностей – найважливіша умова модернізації відповідного суспільства. Громадська думка пострадянських країн завжди була схильна дивитись на сучасні інститути і цінності, як на західні, і пов'язувати модернізаційні перетворення із відтворенням західної моделі політичного розвитку. В результаті відношення до західного досвіду, ступінь готовності його засвоєння, стали багато в чому визначати ідейно-політичну диференціацію пострадянських суспільств, динаміку і головні тенденції соціально-політичних перетворень.

Можливості соціально-політичної еволюції українського суспільства багато в чому визначаються (а отже, обмежуються) особливостями політичного режиму, який склався в Україні. Формування нової політичної і соціокультурної ідентичності українського етносу виявилось підпорядкованим завданням зміцнення владних позицій «націонал-комуністичної» бюрократії в умовах формального домінування демократичних процедур. В такій ситуації слабкість інститутів громадянського суспільства перетворилась у вирішальний фактор внутрішньої політики: відсутність громадського контролю за діями влади, разом з політикою невтручання держави в діяльність вільного ринку обумовили системну слабкість політичного режиму, і водночас – тотальну деінституціоналізацію масових повсякденних практик, розпад базових механізмів соціальної інтеграції.

Розв'язання ситуації, що склалася, означає вирішення питання про самоорганізацію української громади, з одного боку, та зміни домінуючої пострадянської ментальної парадигми, в якій очікування державного патерналізму є стримуючим фактором створення громадянського суспільства, з іншого. Держава в цьому випадку може виступити в ролі замовника аналітичних послуг, хоча, безумовно, перехід від моделі «замовник – НУО – продукт» до моделі «ідея – НУО – політичне рішення» має бути більш ефективним і прогнозованим для самої держави, позбавленої, таким чином необхідності створення механізму самоконсервації, як це було дотепер.

Необхідно відмітити, що продуктивна діяльність НУО – це можливість чіткого розподілу функцій як самого суспільства, так і держави, що проявляється в перманентній активності громадян, а не політичних партій чи фінансових інституцій.

Ще одна проблема – це гостра потреба в розширенні знань громадськості щодо того, як громадські організації можуть сприяти розвитку держави. Незважаючи на збільшення кількості НУО в Україні в цілому, та в окремих регіонах, інформованість про НУО і їхню діяльність у

суспільстві залишається низькою. Адже соціологічні дослідження свідчать про значну кількість населення (47 %), яка ще не визначилася з власним відношенням до НУО – довіряти чи ні, майже однакова кількість прибічників і недоброзичливців – 26,1 % і 26,4 % відповідно (за даними соціологічного опитування, проведеного у квітні 2005 р. Фондом «Демократичні ініціативи» та Київським міжнародним інститутом соціології) [1]. Том у існує загроза ізоляції цих організацій від навколишнього середовища. Недовіра до громадських організацій і непоінформованість населення про їхні завдання й діяльність, свідчать про слабкість традицій демократичних прав і свобод, їхню неусвідомленість звичайним українським громадянином.

Багато в чому успіх громадських організацій залежить від широкої й інтенсивної інформаційної кампанії. На жаль, вітчизняна аудиторія недержавних інформаційних й аналітичних центрів залишається вкрай нечисленною, часто обмежуючись користувачами мережі Інтернет. Адже електронною поштою та Інтернетом користуються в Україні лише 14 % усього населення, хоча серед молоді віком до 30 років ця частка складає 32 % [1]. Поширення своєї присутності у друкованих ЗМІ, на телебаченні й радіо залишається сьогодні однією з головних проблем для більшості українських НУО.

Інформаційна кампанія має не тільки інформувати громадян про роль недержавних об'єднань як захисників інтересів громадськості, але й надавати підтримку населенню відносно їхніх прав на свободу об'єднання, і, таким чином, забезпечувати визнання цінностей, що підтримують, об'єднують громадян, є основою демократичного суспільства. Головним завданням у цьому контексті уявляється донесення взаємозв'язку таких понять як держава – людина – громадські організації. Важливо, починаючи з особистісних норм, установок, і закінчуючи конституційними нормами, стимулювати процес зміни менталітету людей, зміни сутнісного підходу до поняття держави, й усвідомленню того, що державні інститути повинні ініціюватися «знизу», і ті об'єднання громадян, які можуть вільно функціонувати в суспільстві, є, по суті першоджерелом створення структури державних органів, механізмів і пріоритетів їхньої роботи. Виникнувши, як природна потреба індивідів колективно брати участь у виробленні управлінських рішень, діяльність НУО повинна бути спрямована на розв'язання існуючих у суспільстві проблем через колективне вироблення колективних рішень.

Розбудова громадянського суспільства в Україні потребує є підвищення впливу неурядових організацій, їх діалогу з урядовими структурами; координації стосунків між самими неурядовими організаціями; створення можливих коаліцій НО з метою: а) створення спільного банку даних; б) міжсекторного діалогу для різноманітних типів організацій і/або діячів; в) підготовки до раннього попередження можливих суспільних конфліктів; г) підтримки та ініціювання спільних заходів; д)

розробки та узгодження спільних превентивних акцій в районах з передкофліктними або передкризовими ситуаціями; є) допомоги в налагодженні політичних дебатів; є) дослідження, та вироблення навичок розв'язання конфліктів; розробки кодексу та правил поведінки для НО; налагодження співробітництва з відповідними міжнародними неурядовими організаціями задля обміну досвідом, консультацій та координації традиційних ролей.

Отже, доходимо висновку, що продуктивна діяльність неурядових організацій - це можливість чіткого розподілу функцій як самого суспільства, так і держави, що проявляється в перманентній активності громадян, а не політичних партій чи фінансових інституцій.

Пріоритетними у подальшому розвитку організацій громадянського суспільства в Україні є такі напрями: законодавче врегулювання багаторівневої системи відносин між органами державної влади та інститутами громадянського суспільства; створення і законодавче закріплення концепції ефективної взаємодії на горизонтальному і вертикальному рівнях усіх структур громадянського суспільства з чітко зорієнтованою діяльністю та функціями всіх його інститутів; визначення пріоритетності місцевих структур (територіальних громад, консультативних рад, органів самоорганізації населення) в діяльності інститутів громадянського суспільства, делегування їм окремих функцій державних органів; забезпечення інформованості населення про діяльність інститутів громадянського суспільства з альтернативних джерел (висвітлювати в ЗМІ роль відповідних інститутів у соціальному житті громадян, для формування позитивної громадської думки проводити на телебаченні зустрічі, «круглі столи», дискусії представників громадських організацій з представниками гілок влади тощо).

Список використаних джерел:

1. Паламарчук В., Литвиненко О., Янішевський С. Трансформації демократії та пошук стратегії суспільно-політичного розвитку України. - К., 2003. - 120 с.
2. Пожидаєв Є.О. Неурядові організації у суспільно-політичному житті України: межі участі та пріоритети діяльності. - №4(5).2007. - С.20-26.
3. Стан та динаміка розвитку неурядових організацій України. 2002 - 2006рр.
4. Короткий огляд. (Творчий центр Каунтерпарт). - К.: БФ «Творчий центр «Каунтерпарт», 2007. - 160с.
5. Думки і погляди населення України – березень 2005 р. (Фонд «Демократичні ініціативи», Київський міжнародний інститут соціології) // <http://www.dif.org.ua/doc.php?action=project&i=2&id=020404053208>

**Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen beim Aufbau
der Zivilgesellschaft in der Ukraine**

Oleh Kozjubynskij

Die Bedeutung von NGOs im gesellschaftspolitischen Leben der Ukraine ist voller Widersprüche. Einerseits werden sie von einer großen Zahl an Wissenschaftlern und Fachleuten als wichtiger Bestandteil der Zivilgesellschaft sowie als bedeutender Faktor bei der Herausbildung einer Demokratie und für den Schutz der bürgerlichen Rechte und Freiheiten betrachtet. Die NGOs sind eng mit dem staatlichen politischen System verbunden, da das politische System die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vertritt, die unmittelbar oder durch die Nichtregierungsorganisationen mit dem Staat zusammenwirken. Andererseits wird die Tätigkeit der Organisationen und ihre Zusammenarbeit mit den staatlichen Strukturen als verbesserungswürdig wahrgenommen.

Als Lösung der genannten Problematik schlägt der vorliegende Artikel die Schaffung einer Beratungsdemokratie vor – d.h. die Vereinigung der NGOs auf örtlichem und nationalem Niveau zur besseren Kontrolle der und zur Einflussnahme auf die staatlichen Strukturen. Ein derartiges Modell vertritt die Interessen der Gesellschaft wirkungsvoller gegenüber der Verwaltung und trägt dazu bei, die Arbeit der Regierung effektiver zu machen.

Die Zusammenarbeit von Regierung und NGOs sollte in Form eines Dialoges geschehen. Die Öffentlichkeit äußert in diesem Dialog ihre Bedürfnisse und Interessen, während der Staat auf die vorhandenen Probleme hinweist, an deren Lösung auch die Gesellschaft aktiv teilhaben kann.

**Вдосконалення взаємодії органів державної влади та інститутів
громадянського суспільства в процесі забезпечення інформаційної
безпеки України після 2004 року**

Максим Кияк

Протягом останніх років ми є свідками ескалації багатьох ризиків і загроз в інформаційній сфері. Відповідно до Конституції та законодавства України держава є основними суб'єктом забезпечення інформаційної безпеки держави, особи та суспільства. Інформаційні відносини є доволі чутливою сферою, держава не завжди має відповідні важелі для їх регулювання. Саме тому постає необхідність в тісному залученні до процесів забезпечення інформаційної безпеки громадських організацій. Необхідно вести мову про внутрішній і зовнішній виміри та загрози інформаційної безпеки.

Принцип субсидиарності сприяє паритетності та суверенітету суб'єктів, а також продуктивному розподілу повноважень між ними. Важливість даного принципу полягає в тому, що він може функціонувати як згори вниз, так і знизу вгору. Тобто, кожна одиниця, згідно з ним, є уповноваженою зробити свій вагомий внесок. Таким чином, принцип субсидиарності, на протигагу централізації та повсюдній присутності держави у житті суспільства, виступає важливим джерелом свободи й ініціативи. На національному рівні принцип субсидиарності передбачає підтримку державою груп, об'єднань або громадян у їхньому розвитку без прямого втручання, за винятком випадків порушення законодавства. Особливості імплементації принципу субсидиарності у сфері інформаційної безпеки варто розглядати на трьох рівнях: макрорівень (відношення „держава-ЗМІ”), мікрорівень („ЗМІ-ЗМІ”) та мезорівень („ЗМІ-громадянське суспільство”). Недостатній розвиток громадянського суспільства, а також відсутність діалогічності між третім сектором і медіа в нашій країні свідчать про недостатню присутність принципів солідарності та субсидиарності на мезорівні. Адже в більшості країнах Європейського Союзу відносини зі ЗМІ ґрунтуються, у першу чергу, на взаємоконтролі та взаємодопомозі. До того ж, включеність представників громадського сектору значною мірою сприяє соціальній відповідальності. Яскравим втіленням принципу субсидиарності на мезорівні є функціонування суспільного мовлення, коли громадськість здійснює контроль над мовником або ж дає пропозиції через своїх представників.

Проект Доктрини інформаційної безпеки широко обговорювався у громадських організаціях, були залучені провідні фахівці в даній сфері під час підготовки даного документу. На виконання абзацу четвертого пункту п'ятого рішення РНБО України від 21 березня 2008 року «Про невідкладні заходи щодо забезпечення інформаційної безпеки України», введеного в дію Указом Президента України № 377 від 23 квітня 2008 року, Апаратом

РНБО України завершено підготовку проекту Доктрини інформаційної безпеки України. Під час підготовки, обговорення та узгодження проекту було задіяно понад 30 органів державної влади, наукових установ, враховано понад 200 конкретних пропозицій, у тому числі від представників громадських організацій, експертного середовища. Проект Доктрини розроблявся з урахуванням ролі і місця цього документу в системі нормативно-правового забезпечення національної безпеки в інформаційній сфері. Саме у розвиток Доктрини, мають бути розроблені документ наступного рівня, - концепції, стратегії, програми за певними напрямками, які мають в цілому скласти основу правового регулювання інформаційної сфери. Прийняття Доктрини інформаційної безпеки України має надати нового стратегічного імпульсу діяльності органів державної влади, а також інститутів громадянського суспільства у забезпеченні інформаційної безпеки України, формуванні і реалізації державної інформаційної політики.

Іншою важливою проблемою постає питання регулювання мережі Інтернет. Дана проблема в багатьох країнах Європи є далеко не однозначним та доволі дискусійним. Здебільшого, його регулювання відбувається там за допомогою самих же користувачів. Позитивні кроки у цьому в Україні руслі вже мають місце. Зокрема, в березні 2009 р. відбулося підписання Меморандуму про співробітництво з питань безпеки в українському сегменті Інтернету між Національною експертною комісією України з питань захисту суспільної моралі та Інтернет Асоціацією України. Аналоги Національній експертній комісії з питань захисту суспільної моралі, фінансування якої відбувається з державного бюджету, в країнах Західної Європи, зустрічаються доволі рідко. Адже там подібні питання вирішуються переважно за рахунок саморегулювання, що якраз і є чітким втіленням принципу субсидіарності. У країнах Західної Європи держава втручається лише в разі серйозного порушення законодавства. На думку голови комісії Василь Костицький, очолювана ним установа не спроможна і не буде здійснювати безперервний моніторинг того, що відбувається в Інтернеті. "Ми робимо спробу домовитися із суб'єктами ринку з розрахунку на те, що вони самі та громадські організації запровадять саморегулятивну діяльність", - підкреслив він.

Роль неурядових аналітичних центрів, які є важливим елементом громадянського суспільства, також є особливо відчутною. Вони виступають посередниками між інтелектуальним середовищем, державними органами та суспільством. Протягом останніх років їх роль у суспільно-політичних процесах, які відбуваються в державі, значно зросла. Вони здатні визначати громадську думку з тих чи інших актуальних в країні питань.

На часі також є створення інформаційних центрів закордоном, які б захищали національні інтереси та сприяли б покращенню іміджу нашої держави.

Die Verbesserung der Kooperation zwischen staatlichen Organen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Prozess der Gewährleistung einer Informationssicherheit der Ukraine nach 2004

Maksym Kyjak

In den letzten Jahren traten im Bereich der Informationssicherheit zunehmend Risiken und Gefahren auf. Gemäß der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine ist der Staat für die Gewährleistung der Informationssicherheit des Landes, der Bürger und der Zivilgesellschaft verantwortlich. Da die Sphäre von Information und Sicherheit einen sensiblen Bereich darstellt, kann der Staat nicht die alleinige Regelung übernehmen. Es ist aus diesem Grund notwendig, zivile Organisationen für die Beteiligung an den Prozessen einer Einhaltung der Informationssicherheit zu gewinnen, wobei die inneren und äußeren Risiken für Informationssicherheit im Fokus stehen müssen. Es ist Zeit, Informationszentren im Ausland zu bilden, welche nationalen ukrainischen Interessen vertreten und zur Verbesserung des Images unseres Landes beitragen.

Інститути громадянського суспільства в сучасному механізмі реалізації гуманітарної безпеки України

Сергій Зубченко

На сучасному етапі розвитку України в умовах триваючих демократичних перетворень постає гостра необхідність системного визначення місця та ролі інститутів громадянського суспільства в механізмі забезпечення гуманітарної безпеки Української Держави. Це є не тільки суто наукова, теоретична проблема, а й нагальна вимога державно-правової практики. Практичний аспект полягає, насамперед, в необхідності оптимізації державної політики забезпечення національної безпеки та гуманітарної безпеки як її іманентної складової. Про актуальність означеного дослідження свідчить також певна еkleктичність і наукова непослідовність позицій різних дослідників щодо вказаного питання, що підтверджується аналізом сучасної правової та політологічної літератури.

Проблематика сфери забезпечення гуманітарної безпеки як складової гуманітарної політики в тій чи іншій мірі була предметом наукового розгляду таких відомих українських фахівців, як С. І. Болгівець, В. П. Горбулін, С. І. Здіорук, В. О. Пироженко, В. П. Семиноженко та ін. Серед іноземних спеціалістів необхідно виділити Л. Джеймса, С. Крофта, П. Моргана, Т. Терріфа, М. Шіхена.

В своїй роботі автор ставить за мету на теоретичному рівні визначити сучасні місце та роль інститутів громадянського суспільства в механізмі реалізації гуманітарної безпеки держави, їх співвідношення з державними органами в умовах нинішніх масштабних суспільно-політичних трансформацій в Україні. Крім цього, нами робиться спроба в загальному вигляді окреслити фактори, котрі в своїй сукупності становлять групу гуманітарних ризиків і загроз для сфери національної безпеки.

Вважається, що перші визначення поняття «громадянське суспільство» були дані в часи Середньовіччя (зокрема, у Т. Гоббса, Дж. Локка, Б. Спінози громадянське суспільство розглядається як сфера, котра протистоїть природному стану; у Г. В. Ф. Гегеля цей термін звучить як «die burgerliche gesellschaft» – з нім. «суспільство власників», «цивільне суспільство», яке подається як певна противага до держави), хоча витoki його можна знайти ще в працях античних філософів (зокрема, Платона, Арістотеля, Цицерона [15, с. 21-24, 77, 373-376]).

В сучасній науковій літературі громадянське суспільство розглядається з декількох основних теоретико-методологічних позицій. В першому випадку його розуміють як власне людську спільноту з розвиненими економічними, політичними, духовними та іншими відносинами та зв'язками, яке взаємодіє з державою на засадах демократії та права [12, с. 646-647]. В другому випадку воно визначається як механізм соціальної взаємодії, що складається зі сфери особистого (зокрема, родини), різноманітних об'єднань, суспільних рухів і публічної

комунікації [11, с. 163-164]. І, нарешті, в третьому випадку громадянське суспільство розуміється як сукупність всіх добровільних об'єднань, організацій та установ, структурно відокремлених від держави [15, с. 77]. В своїй роботі ми будемо використовувати системний підхід, котрий дозволяє синтезувати наступне визначення: громадянське суспільство – це людська спільнота з розвиненими внутрішнім зв'язками (політичними, економічними, духовними та ін.), яка структурно складається з усіх об'єднань, установ та організацій, що є відокремленими від держави, та яка взаємодіє з державою на засадах права та соціального партнерства. Таким чином, до інститутів громадянського суспільства ми відносимо всі його структурні одиниці.

Під гуманітарною безпекою буде розумітися захищеність життєво важливих інтересів людини й громадянина, стратегічних інтересів суспільства та держави, за якої забезпечуються сталий, поступальний розвиток суспільства, своєчасне виявлення, запобігання та нейтралізація реальних і потенційних загроз гуманітарній сфері національної безпеки. Основним суб'єктом забезпечення національної безпеки держави (а отже – і гуманітарної безпеки як її органічної складової) є держава, її органи та інституції (Верховна Рада України, Президент України, Кабінет Міністрів України, Рада національної безпеки і оборони України, міністерства та інші центральні органи виконавчої влади, Національний банк України, суди, органи прокуратури, місцеві державні адміністрації, Збройні Сили України, Служба безпеки України тощо). Проте, аналізуючи зміст норм вже згаданого вище Закону України «Про основи національної безпеки України», можна дійти висновку, що перелік суб'єктів не вичерпується виключно державними установами. Сюди ж відносять і інституції сектору громадянського суспільства – органи місцевого самоврядування, об'єднання громадян, зрештою, самих громадян України [3, ст. 4]. Відтак постає питання, яким чином наведені суб'єкти здатні впливати на стан гуманітарну безпеку Української Держави?

Що стосується діяльності державних установ та інституцій із забезпечення гуманітарної безпеки, то тут все достатньо зрозуміло. Органи державної влади можуть впливати на суспільство шляхом здійснення заходів державної політики в межах чинного законодавства та наданих їм повноважень. Важливо, щоб державна політика здійснювалася за єдиним вектором, мала комплексний, системний характер і була науково обґрунтованою. Діяльність органів, на які покладається безпосередня реалізація державної політики (в переважній більшості випадків це органи державної виконавчої влади), має бути скоординованою. Все це дає підстави стверджувати про наявність прямого механізму впливу держави та її інституцій на сферу гуманітарної безпеки (шляхом реалізації державної політики).

Аналіз діяльності недержавних установ, організацій та власне громадян (структурних елементів громадянського суспільства) засвідчує

відсутність будь-яких прямих механізмів їх впливу на гуманітарну безпеку. Існують лише важелі опосередкованого характеру, які так чи інакше потребують залучення статичних засобів. Один із цих важелів – діяльність таких структур, як політичні партії, які формально є інститутами громадянського суспільства (з огляду на свою структурну відокремленість від держави), але на практиці мають значний вплив на формування та реалізацію державної політики (з огляду на свій статус суб'єктів різноманітних політичних процесів, зокрема, виборів). Особливо це стосується парламентських партій, які мають свої фракції у законодавчому органі. Адже, відповідно до п. 3 та 5 ч. 1 ст. 85 Конституції України, до повноважень Верховної Ради України належить прийняття законів і визначення засад внутрішньої та зовнішньої політики [1, ст. 85]. Таким чином, фракції парламентських партій, які сформують коаліцію, що становитиме конституційну більшість у Верховній Раді, можуть практично безперешкодно втілювати в життя своє бачення шляхів подальшого державного будівництва через прийняття відповідних законів та постанов (в т. ч. й у сфері гуманітарної безпеки). Перешкодити їм у конституційний спосіб може лише Президент України шляхом накладення вето або Конституційний Суд України шляхом прийняття рішення про невідповідність даного нормативно-правового акту Конституції України [1, ст. 94; ст. 150].

Звичайно, партії не мають та не вправі мати власного апарату примусу, за допомогою якого буде контролюватися виконання прийнятих рішень всіма суб'єктами. «Монополією» на володіння апаратом примусу (рівно як і на застосування правових та організаційних заходів примусу з метою забезпечення виконання норм чинного законодавства) володіє держава. Таким чином, партії як суб'єкти громадянського суспільства можуть надавати своїм ініціативам загальнообов'язкового характеру виключно через державні механізми. Тому механізми впливу громадянського суспільства на державну волю та сферу гуманітарної безпеки є опосередкованими. І саме тому з юридичної точки зору вкрай некоректно стверджувати, що виникнення та діяльність демократичного режиму можливі за умови виконання державою волі громадянського суспільства [9, с. 36]. Адже в жодній правовій доктрині чи конституції світу така функція держави не передбачена, а реалізацію та захист загальнонаціональних інтересів, гарантування конституційних прав і свобод людини та громадянина в жодному разі не можна сприймати як реалізацію волі громадянського суспільства. Держава реалізовує не волю громадянського суспільства, а волю публічної (політичної) влади.

Для громадян України основною формою впливу на державну політику є реалізація права петиції (звернення до державних органів) та політичних прав (права створювати об'єднання громадян, права на державну службу, активного та пасивного виборчого права тощо). На відміну від політичних прав, право на звернення до органів державної

влади в Україні (відповідно до ст. 1 Закону України «Про звернення громадян» від 2 жовтня 1996 р.) мають також і особи, які не є громадянами України (за умови, що вони законно знаходяться на її території). Відтак найбільш важливе значення мають виборчі механізми, котрі є екзистенційним ядром та провідним структурним елементом демократії як такої. Адже через них політична влада легітимується, отримує своєрідний «карт-бланш» від своїх громадян на свою подальшу діяльність (особливо це стосується Президента України, який де-факто отримує персональний загальнонаціональний вотум довіри). Крім того, завдяки ним держава отримує можливість здійснювати додатковий «зворотній зв'язок» із суспільством, отримувати сигнали щодо ефективності здійснюваних нею заходів політики та правового регулювання, щодо ставлення суспільства та його окремих верств до цих заходів і т. ін.

Всі ці форми не є прямим впливом на державу та не можуть інтерпретуватися як імперативні вказівки владі в цілому чи окремим державним органам. Проте для громадян України все ж існує прямий механізм впливу на гуманітарну безпеку держави. Він полягає в дотриманні норм чинного законодавства та повному виконанні своїх громадянських обов'язків.

Таким чином, громадяни України можуть впливати на гуманітарну безпеку Української Держави через участь у політичних процесах (шляхом створення політичних партій, об'єднань громадян, реалізації права на державну службу, активного та пасивного виборчого права), а також шляхом свідомого та неухильного виконання своїх конституційних обов'язків.

Звичайно, держава має набагато більше можливостей впливати як на суспільні процеси в цілому, так і на окремих громадян. Це обумовлено цілою низкою факторів, серед яких необхідно особливо виділити поширення державної влади на всю територію держави; можливість держави видавати норми імперативного характеру для всіх суб'єктів, що знаходяться під її юрисдикцією; володіння нею апаратом примусу. Цілком обгрунтованою видається думка про те, що на сучасному етапі роль держави у розвитку громадянського суспільства зростає. Інститути громадянського суспільства потребують сильної державної влади, яка б створила правові, політичні, організаційні умови для їхнього існування, виступила гарантом їх функціонування [9, с. 42].

Як справедливо зазначають дослідники, державу можна розуміти й як джерело різноманітних небезпек, і як інституцію, що покликана захищати. Проте ці небезпеки не видаються такими вже неприйнятними в порівнянні з небезпеками, які існують при відсутності влади в державі, за умов суспільства в його природному стані [13, с. 422].

Проте пряме застосування державних механізмів в сучасній демократичній правовій державі не може бути необмеженим. Як і правове регулювання, державний вплив повинен мати чіткі, визначені межі, які мають окреслюватися значущістю суспільних відносин для національної

безпеки. В цьому контексті мінімального державного втручання має зазнавати сфера особистого життя громадян (*privacy* в конституційно-правовій доктрині держав англо-американської правової системи).

Звертаючись до питання про сучасні фактори ризику гуманітарній безпеці України, необхідно, насамперед, згадати про політичну реформу 2004 року. Закон України «Про внесення змін до Конституції України» від 8 грудня 2004 р. [2] вніс суттєві корективи в розподіл повноважень між основними органами державної влади (Президентом України, Верховною Радою України та Кабінетом Міністрів України), створивши, таким чином, додатковий привід для компетенційних суперечок між ними. Брак консенсусу в українському політикумі вилився в дострокове припинення повноважень Верховної Ради. Особливої актуальності це набуло з огляду на фактично паралізований стан Конституційного Суду, який в цій ситуації мав би виступити в якості професійного, авторитетного та неупередженого арбітра. Ефективність державної політики за умов системного конфлікту між вищими органами влади значно знижується. При цьому створюються умови для виникнення додаткових загроз гуманітарній безпеці (зокрема, через падіння авторитету влади серед населення, довіри громадян до державних інституцій).

Серед інших ризиків для гуманітарної сфери Української держави необхідно виокремити: 1) слабкий державний контроль над міграційними процесами; 2) триваюча депопуляція населення; 3) недосконалість правового регулювання діяльності мас-медіа (особливо, електронних) та функціонування іноземних неприбуткових організацій; 4) брак політичної та правової культури; 5) відсутність консолідуючої державницької ідеології.

Таким чином, з усього викладеного логічно випливають наступні висновки. Україна наразі переживає новий складний етап суспільно-політичної трансформації, початок якого поклала конституційна реформа 2004 року. На цьому етапі вкрай важливо забезпечити належну взаємодію державних установ із інститутами громадянського суспільства, зміцнити довіру до державної влади та підвищити її авторитет в суспільстві.

Вітчизняна та зарубіжна політико-правова практика однозначно засвідчує: жодне суспільство, навіть якщо воно гідне називатися громадянським суспільством, не здатне самостійно, без допомоги держави, захистити себе від загроз і деструктивних впливів. Особливо це стосується загроз зовнішніх («зарубіжних») [14, с. 178]. Однією з причин цього є те, що інституції громадянського суспільства не мають і не можуть мати власного апарату примусу як однієї з реальних гарантій забезпечення режиму законності та правопорядку. Адже це – виключна прерогатива держави (власне – одна з її невід’ємних атрибутивних ознак як політико-територіальної організації суспільства). В іншому випадку створюється система, що в перспективі може призвести до руйнування основ державного суверенітету. Дане твердження не варто тлумачити як пропаганду політики етатизму чи виправдання випадків порушення державними органами суспільних або приватних інтересів. Мова йде

раше про теоретичну коректність у визначенні понять та їх співвідношення. Інститути громадянського суспільства є важливим елементом в системі забезпечення гуманітарної безпеки держави, проте їх роль та можливості не варто переоцінювати.

Інститути громадянського суспільства в жодній державі не можуть ефективно функціонувати без сильної державної влади, яка б за допомогою належних тільки їй засобів може створити відповідні умови та гарантії для їхнього існування. Реалізація громадянських прав, забезпечення гуманітарної безпеки держави може відбуватися виключно за участі етатичних засобів, за умови широкого втручання держави в життя суспільства, раціонального регулювання соціальних, економічних, а також ідеологічних процесів в суспільстві. Роль же інститутів громадянського суспільства варто розглядати лише як допоміжну, таку, що сприяє здійсненню гуманітарної політики державою (як, власне, й усієї державної політики в цілому).

В суспільстві в жодному разі не повинно бути ідеологічного вакууму, так як це веде до ерозії суспільних цінностей нації, зрештою – до поступової інтелектуальної деградації народу. «Вакантне» місце однієї ідеології відразу ж займає інша система світорозуміння. Повинна бути здорова конкуренція державницьких політичних сил, які ставлять собі за мету побудову процвітаючої України та благополуччя її народу, проте мають відмінні погляди у методах досягнення цього. Тільки тоді можна буде вести мову про реальне гарантування стабільності конституційного ладу в державі та адекватну спрямованість векторів державного будівництва в Україні.

Список використаних джерел:

1. Конституція України від 28 червня 1998 р. (зі змінами та доповненнями, внесеними Законом України «Про внесення змін до Конституції України» від 8 грудня 2004 р. № 2222-IV).
2. Закон України «Про внесення змін до Конституції України» від 8 грудня 2004 року N 2222-IV // Відомості Верховної Ради, 2005, N 2, ст.44.
3. Закон України «Про основи національної безпеки України» // Відомості Верховної Ради, 2003, N 39, ст. 351.
4. Указ Президента України «Про Стратегію національної безпеки України» від 12 лютого 2007 року N 105/2007.
5. Гладуняк І. Конституція як основа формування та реалізації державної політики // Віче, № 21-22, 2007. – С. 11-12.
6. Гуманітарна політика Української Держави в новітній період. Монографія / За ред. С. І. Здіорюка. – К.: НІСД, 2006. – 403 с.
7. Здіорук С. І. Пріоритети гуманітарної політики України // Науково-аналітичний щоквартальний збірник «Стратегічні пріоритети». № 1, 2006 р. – С. 48-56.
8. Концепція (Основи державної політики) національної безпеки України // Національна безпека України, 1994-1996 рр.: Наукова доповідь НІСД / За ред. О. Ф. Белова та ін. – К.: НІСД, 1997. – 60 с.
9. Політична система і громадянське суспільство: європейські і українські реалії: Монографія / За заг. ред. А. І. Кудряченка. – К.: НІСД, 2007. – 396 с.

10. Узун Ю. В. Концепт «громадянське суспільство» в історії та теорії політичної думки: Автореф. дис... канд. політ. наук: 23.00.01 / Одеська національна юридична академія. – Одеса, 2002. – 16с.
11. *Філософія* політики: Короткий енциклопедичний словник. – К.: Знання України, 2002. – 670 с.
12. *Юридична* енциклопедія: в 6 т. / Редкол.: Ю. С. Шемшученко (голова) та ін. / – К.: Українська енциклопедія, 1998. – т. 1. – 672 с.
13. *National and International Security* / Ed. by M. Sheehan. – Ashgate, 2000. – 486 p.
14. *Security Studies Today* (By T. Terriff, S. Croft, L. James, P. M. Morgan). – Malden: Polity Press, 1999. – 234 p.
15. *The Blackwell Encyclopaedia of Political Thought* (Edited by D. Miller, J. Coleman, W. Connolly, A. Ryan). – Oxford: Blackwell Publishers, 2002. – 570 p.

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliche Einrichtungen und die Verwirklichung humanitärer Sicherheit in der Ukraine

Serhij Subčenko

Unter humanitärer Sicherheit wird die Wahrung der lebensnotwendigen Interessen des Menschen und des Bürgers sowie strategischer Interessen der Gesellschaft und des Staates, die zukunftsfruchtige Entwicklung der Gesellschaft und die rechtzeitige Entdeckung und Beseitigung realer und potenzieller Bedrohungen der nationalen Sicherheit verstanden. Der wichtigste Akteur bei der Gewährleistung nationaler Sicherheit (und auch der humanitären Sicherheit als ihrem organischen Bestandteil) ist der Staat, seine Behörden und Institutionen.

Die Einflussmechanismen der staatsbürgerlichen Gesellschaft auf die Zivilgesellschaft und auf das Gebiet der humanitären Sicherheit sind mittelbar. Der Staat verwirklicht nicht zivilgesellschaftliche Interessen, sondern Interessen der öffentlichen (politischen) Macht. Der Staat verfügt hierbei über verschiedene Einflussmöglichkeiten auf gesellschaftliche Prozesse im Allgemeinen sowie auf einzelne Bürger. Dies wird durch eine Reihe von Faktoren bedingt, wie dem Geltungsbereich der Staatsmacht auf dem gesamten staatlichen Territorium, der Möglichkeit des Staates, allen Subjekten, die sich unter seiner Gerichtsbarkeit befinden, imperativ Normen vorzugeben und der Existenz staatlicher Straf- und Sanktionsmechanismen. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen benötigen ihrerseits eine starke Staatsmacht, welche die rechtlichen, politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für ihre Existenz schaffen und so ihre Tätigkeit gewährleisten kann.

Eine Gefährdung der humanitären Sicherheit im ukrainischen Staat können hingegen folgende Aspekte darstellen: die schwache staatliche Kontrolle von Immigrationsprozessen; die langfristige Abnahme der Bevölkerungszahlen; die unzureichende rechtliche Regelung der Tätigkeit der (insbesondere elektronischen) Massenmedien sowie der Tätigkeit ausländischer NGOs; der Mangel an politischer und rechtlicher Kultur; die Abwesenheit einer konsolidierten staatlichen Ideologie.

Der Transformationsprozess der Ukraine nach 1991 in Ökonomie und Politik in Bezug auf die internationale Staatengemeinschaft

Tim Mergelsberg

«Русь, куда ж несешься ты?» fragte sich Nikolaj Gogol' bereits 1842. Viel richtiger müsste die Frage heißen «Украина, куда ж несешься ты?». Denn Russlands Position ist allgemein bekannt, doch der Wandel der Ukraine als Land zwischen zwei Mächten ist von großer internationaler Bedeutung. Besonders unberechenbar ist dabei die Zivilgesellschaft, die mit der Orangen Revolution wohl ein Paradebeispiel der Hoffnung einerseits (im Westen) und der Angst andererseits (im Osten) schuf. Dabei ist zu beachten, dass trotz der Orangen Revolution, trotz eines zerstrittenen Reformlagers und verlorener Wahlen sich die politische Kultur in der Ukraine nachhaltig verändert hat und das Land zwischen Russland und der EU um Integration in die internationale Staatengemeinde ringt¹. Diese Rolle der Zivilgesellschaft für die internationale Ausrichtung der Ukraine soll im Folgenden untersucht werden.

Verloren zwischen Ost und West: Die Ukraine als Niemandsland

Die Ukraine nimmt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Sonderstellung in der internationalen Staatengemeinde ein. Einklemmt zwischen der in sich einsinkenden Supermacht Russland und der ständig expandierenden Europäischen Union, stellt die Ukraine eine Art europäisches Niemandsland, ein „Zwischen-Europa“ dar².

Wie positioniert sich dieses Land, das eine Brücke ist zwischen der ostslavischen Hegemonie mit Russland an der Spitze und der westeuropäischen Demokratie? Außenpolitisch ist das Land sowohl für die Europäische Union, als auch für die Russische Föderation von großer Bedeutung, spiegelt es doch für beide Reiche die Grenze der Hegemonie wieder. Fraglich ist, ob die Ukraine diese Position aufrecht erhalten kann oder sich mittelfristig für eine Positionierung in Richtung Osten oder Westen entscheiden muss.³ Die vielfach diskutierte Frage, ob die ukrainische Gesellschaft diese äußere Spannung so sehr internalisiert hat, dass das Land in zwei Gebiete zu zerfallen droht, wird später noch ausführlicher behandelt, jedoch als unrealistisch angesehen. Dennoch stellt die skeptische Stimmung in der Zivilgesellschaft, die nach der Orangen Revolution in der jeweils anderen Landeshälfte eine „feindliche Seite“ sah⁴, weiterhin ein Problem dar. Dabei ist keineswegs erwiesen, dass die Solidarität der Bevölkerung mit Russland bzw. der EU weit reicht: Der sogenannte

¹ Vgl. ELISE LUCKFIEL: Zivilgesellschaft in der Ukraine – rosige Aussichten?, in: Ukraine-Analysen 31 (2007), S. 2-6, hier S. 2.

² WINFRIED SCHNEIDER-DETERS: Die Europäische Union, Russland und Eurasien - die Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2008, S. 386.

³ Vgl. ebenda, S. 386.

⁴ Ebenda, S. 245.

„Gaskrieg“ von 2005/06 offenbarte die asymmetrischen Energiebeziehungen Russlands zur Ukraine⁵ und kann durchaus als ein Druckmittel auf die Arbeitnehmer der energieintensiven Branchen der Ost-Ukraine interpretiert werden. Ob eine Orientierung hin zum großen Energielieferanten aus wahrer Freundschaft oder aber mehr aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust erfolgt, ist schwer zu belegen. GleichermäÙen ist die ukrainische Gesellschaft auch im EU-Diskurs weiterhin auf der Suche nach einer Identifikation, was zu paradoxen Umfrageergebnissen führt, wie folgende Erhebung vom Dezember 2008 darstellt: Während 44,8% der Befragten einen Beitritt der Ukraine zur EU favorisieren, sind nur 27,5% an Beziehungen mit EU-Staaten interessiert.⁶ Die Befürchtung, dass diese Inkonsistenz zu einem neuen Rückfall in die Multivektoralität und damit zu Instabilität führen könne, ist zu einseitig. Vielmehr drückt sich hierbei die Suche der ukrainischen Zivilbevölkerung nach einer eigenen, erstmals frei wählbaren Identität aus, wobei erkennbar ist, dass die EU als relativ abstraktes Konstrukt nicht verstanden, aber mit positiven Attributen belegt wird. Diese These, nach der die Bevölkerung sich auf der Suche nach der spezifisch ukrainischen Rolle befindet, unterstreichen auch die Präsidentschaftswahlen von 2010 und Umfragen, nach denen 25% der Ukrainer sich als Europäer fühlen, 70% als Nicht-Europäer⁷. Hierbei sei angemerkt, dass „Europa“ als ein Synonym für „Westen“ und damit letztendlich für die Europäische Union gewertet werden kann. Nicht unbedeutend ist der Hinweis, dass der Anstoß zur Öffnung der Ukraine nach Westen vom damaligen Präsidenten Kučma, und nicht maßgeblich von der Bevölkerung ausging.⁸ Der bis dahin verfolgte „multivektorale Kurs“, der einerseits zu einer Bindung an die Russische Föderation, andererseits zu einer mäßigen Öffnung zur EU führte⁹, war nicht länger haltbar und führte zu vielen innenpolitischen Spannungen.

Russland und die Europäische Union: Rivalen im Kampf um die Hegemonie in der Ukraine

Durch die Öffnung nach Westen droht die Ukraine Russland zu entgleiten. Doch weder die antiquierte Machtdemonstration mit einer Zucker- und Peitschentaktik, noch das Eurasiertum als ideologisches Konzept für die politische und ökonomische (Re-)Integration Zentralasiens mit Russland¹⁰ kann innerhalb der ukrainischen Bevölkerung große Sympathien erwecken.

⁵ Vgl. SABINE FISCHER: Die Ukraine und Russland – Scheidung auf Raten, in *Ukraine-Analysen* 30 (2007), S. 2-5, hier S. 5.

⁶ Vgl. OKSANA CZARNY: Die Ukraine und die Europäische Union. Stand und Perspektiven bilateraler Beziehungen, Hamburg 2009, S. 66.

⁷ Vgl. ebenda, S. 65.

⁸ Vgl. SCHNEIDER-DETERS (wie Anm. 2), S. 325.

⁹ Vgl. ebenda, S. 321.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 377.

Während die Ukraine zweifelsohne das demokratischste und westlichste Land der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme des Baltikums) darstellt¹¹, so dürfte die weiterhin abschreckende politische Instabilität, die zu einer „Schaukelpolitik“ führt, zu dem schlechten Abschneiden der Ukraine auf den wirtschaftsbezogenen Länderrankings beitragen. So platziert der *Index of Economic Freedom* die Ukraine 2009 mit Platz 152 sogar weit hinter Russland und China.¹²

In den Jahren seit der Orangen Revolution vollzog nicht nur die Politik einen starken Wandel hin zu einer Implementierung der Normen und Standards der EU, auch die Bevölkerung begrüßt diesen Kurs, so dass eine intensive Polarisierung mit einem expliziten Anti-EU-Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2010 unvorstellbar war. Es liegt nun in weiten Teilen in der Entscheidung der ukrainischen Politik, aber auch der Zivilgesellschaft, eine eindeutige Position zur Rolle im Spannungsfeld zwischen EU und Russland zu finden. Da ein dauernder Schwebzustand kaum vorstellbar ist, fällt eine Entscheidung der Bevölkerung gegen eine Quasi-Reintegration in die Russische Föderation mit einer De-facto Integration in die Europäische Union zusammen.¹³ Die Weigerung der EU, der Ukraine eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, stellt jedoch ein Hindernis bei der Westintegration dar. So beteiligt sich auch die EU zumindest partiell an der Entscheidung einer zukünftigen Orientierung der Ukraine. Das Zögern aus Brüssel hat dabei weniger mit einem Reform-Rückstand zu tun als vielmehr mit den EU-Russland-Beziehungen. So nimmt die Ukraine bereits in diesem Schwebzustand die integrierende Rolle einer Vermittlerin ein, auf die weiter unten eingegangen werden soll. Eine Integration der Ukraine in die Europäische Union ist nur vorstellbar, wenn sich Russland und die EU annähern. Da ein Abnabelungsprozess der Ukraine von Russland, der bereits in den 1990er-Jahren begann, dazu führte, dass sich die ukrainischen Eliten weitgehend nicht mehr von Russland lenken lassen¹⁴, sind die Möglichkeiten zumindest theoretisch in alle Richtungen offen.

Der Dritte Sektor: Neuer Mitspieler im politischen Prozess

Einen sicherlich nicht unwesentlichen Beitrag bei den Fragen der internationalen Ausrichtung der Ukraine spielt die in Form von NGOs organisierte Zivilgesellschaft. Im ukrainischen Sozialsystem nehmen zivilgesellschaftliche Akteure jedoch eine untergeordnete Rolle ein, ihre Aktivitäten müssen eher in anderen, z.B. religiösen und politischen Bereichen gesucht werden. Besonders in letzterem Bereich wurde erst unter Juščenko als Ministerpräsident die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft

¹¹ Vgl. LUCKFIEL (wie Anm. 1), S. 3.

¹² Vgl. ebenda, S. 4.

¹³ Vgl. SCHNEIDER-DETERS (wie Anm. 2), S. 388.

¹⁴ Vgl. FISCHER (wie Anm. 5), S. 5.

intensiviert.¹⁵

Diese Entdeckung der Bevölkerung als Teilhaber des politischen Prozesses hat die politische Kultur in allen postsowjetischen Ländern stark beeinflusst. Da eine solche zivilgesellschaftliche Betätigung allerdings insbesondere in westlichen Ländern bekannt ist, verwundert es auch nicht, dass rund 70% der finanziellen Zuflüsse an die Zivilgesellschaft aus dem Ausland, insbesondere den USA kommen¹⁶.

Diese Einbindung der Zivilgesellschaft in die politischen Prozesse führt bereits zu einer westlichen Orientierung innerhalb derselben ungeachtet der Intention westlicher Geldgeber. Aufgrund des verstärkten Engagements im politischen Bereich, sowie der westlichen Finanzierungsherkunft ukrainischer Akteure, ist es auch nicht verwunderlich, dass eine wachsende Zahl an Organisationen sich explizit um den Austausch mit dem Staat bemühen¹⁷.

In diesem Kontext sei ein weiterer Aspekt betrachtet, der im spezifisch ukrainischen Diskurs unterrepräsentiert ist. Wie im postsozialistischen Raum üblich, sind NGOs vornehmlich in städtischen Regionen zu finden, ganz gleich ob es sich hierbei um das westukrainische L'viv oder das ostukrainische Charkiv handelt. Weniger industrialisierte, ländliche Regionen sind hingegen kaum vertreten.¹⁸ Dies würde die These unterstützen, dass eine Aufspaltung der Zivilbevölkerung in Ost und West weitaus unrealistischer scheint, als eine aufreißende Kluft zwischen Stadt und Land. Dies wäre dann allerdings kein spezifisch ukrainisches Problem mehr.

Abschließend sollen die bedeutendsten Thesen in dem Diskurs um die Position der Ukraine zusammenfassend dargestellt werden.

These 1: Zerschnittene Ukraine

S. P. HUNTINGTON fand in seinem populistischen Werk auf die Frage der Orientierung nach Ost und West eine einfache Antwort: Die Bruchlinie zwischen der *westlichen Zivilisation* und dem Osten führt mitten durch ein gespaltenes Land – die Ukraine. Viel wurde auch in den letzten Jahren über die Trennlinie zwischen der europäisch orientierter Westukraine und der russophilen Ostukraine gesprochen. Doch wie zerrissen ist das Land tatsächlich?

HUNTINGTON bezieht sich bei seinem Versuch, Europa in Ost und West aufzuteilen, auf religiöse Größen: Die Christianisierung um 1500 wird der orthodoxen Christianisierung und dem Islam gegenübergestellt.¹⁹ Diese Grenze bildete zwar bis zum ersten Weltkrieg auch die Grenze zwischen Österreich-Ungarn und Russland, tatsächlich reichte die historische polnisch-litauische

¹⁵ Vgl. LUCKFIEL (wie Anm. 1), S. 3.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 5.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 6.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 3.

¹⁹ SAMUEL P. HUNTINGTON: Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien 1996, S. 253.

Ukraine jedoch viel tiefer in den Osten hinein²⁰. Dazu ist es eine fragwürdige Methode, die orthodoxe Kirche und den Islam in einer östlichen Hegemonie gemeinsam der westlichen katholischen Kirche gegenüber zu stellen. Da sich dieses Konzept bei näherer Betrachtungsweise nicht als konsistent erweist, wie auch an früherer Stelle bereits ausführlich dargestellt, hält diese Theorie einer Prüfung nicht stand und es bedarf differenzierterer Ansätze.

These 2: Vakuum zieht Imperien an

Wie bereits ausführlich behandelt, ist in der Ukraine trotz der Orangen Revolution keine geschlossene und insbesondere keine eindeutige Orientierung in Richtung EU zu erkennen. Allerdings ist die Ausrichtung an Russland in gleichem Maße gesellschaftlich nicht durchsetzungsfähig. Ein dauerhafter und von einigen Staatstheoretikern favorisierter „Schwebezustand“ inmitten der um Macht ringenden Imperien, gilt als unwahrscheinlich. Die Folge wäre nach W. SCHNEIDER-DETERS eine bereits behandelte quasi-Mitgliedschaft der Ukraine in der EU oder aber eine quasi-Re-Integration der Ukraine in die russische Föderation²¹.

These 3: Die Rolle der Zivilgesellschaft

Beide vorangegangenen Thesen weisen die Schwäche auf, dass historisch-politische Konzepte diskutiert werden, die den Faktor Zivilbevölkerung außer Acht lassen. Besonders in einer sich demokratisierenden Gesellschaft ist dies fatal. Wie die letzten 15 Jahre bewiesen, kann die ukrainische Gesellschaft die Rolle eines Mediators zwischen zwei Systemen wahrnehmen, deren Werte sie kennt und vertritt.

Ein abruptes Abwenden von Russland ist genauso unrealistisch wie wenig wünschenswert: Die Ukraine kann zur internationalen Sicherheit beitragen, indem sie Vertrauen auf beiden Seiten schafft, was nur durch integrative Konzepte möglich ist. Das innenpolitische Ringen um den richtigen Kurs ist somit Teil einer internationalen Entwicklung und Voraussetzung für eine Westorientierung der Ukraine. Gleichzeitig besteht auch die Möglichkeit, dass die gesellschaftliche Entwicklung sich gegen eine Integration in die EU stellen wird. Dann wäre der Westkurs einer Regierung unwahrscheinlich und nicht durchzusetzen. Als Resultat wäre eine stärkere Anbindung an Russland unvermeidbar und logische Folge der Entwicklung.

²⁰ SCHNEIDER-DETERS (wie Anm. 2), S. 256.

²¹ Vgl. ebenda, S. 386.

Zwar entscheiden politische Eliten und mächtige Wirtschaftsakteure in der Ukraine maßgeblich die Strategie der Außenpolitik. Doch übt die Zivilgesellschaft einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf diese aus, so dass eine mittelfristig zu erwartende Festlegung der außenpolitischen Orientierung maßgeblich von Staat und Gesellschaft in gegenseitiger Wechselwirkung zu erwarten ist.

Die EU als „sanfter Hegemon“ strahlt auf die Zivilgesellschaft einen besonderen Reiz aus. Der *postcolonial colonialism* Europas wird von den Menschen als weitaus charmanter wahrgenommen, als die sowjetisch geprägte Hau-Drauf-Politik Russlands²². Die EU sichert ihre Machtansprüche weitaus subtiler, wie P. KHANNA richtig darstellt: „Die EU ist das erfolgreichste Imperium: Es beherrscht nicht, es diszipliniert“²³. So wie die Ukraine eine versöhnende Rolle zwischen Ost und West einnehmen soll, so sind die versöhnlichen Versuche der EU, Einfluss auf das Land zu nehmen, Teil eines Konzeptes, das Integration vor eine Machtpolitik stellt, die die spezifische Geschichte und kulturelle Prägung der Ukraine ignoriert. Lässt sich die ukrainische Gesellschaft darauf ein und integriert ihre Interessen und kulturellen Merkmale in die Werte Westeuropas? Dies wird in den kommenden Jahren entscheidend sein für die Frage, wohin sich die Ukraine entwickeln wird.

Резюме

Процес трансформації України після 1991 року в сфері економіки та політики по відношенню до міжнародного співтовариства держав

Тім Мергельзберг

Навіть 20 років після розпаду Радянського Союзу постсоціалістична Україна відображає певну форму європейської нейтральної зони, «міжєвропи», розірваної між Сходом та Заходом. Зміна України, як країни двох влад, має велике міжнародне значення. Особливо непередбаченим є при цьому громадянське суспільство, яке разом із Помаранчевою революцією створило з одного боку зразковий парад надії (на заході) та страх з іншого боку (на сході). Одночасно значним є історичний вплив Росії на Україну – не в останню чергу й через асиметричні енергетичні зв'язки.

Відповідно до цього, можливими є три тези для дискусії.

Теза 1 (Розірвана Україна): багатозначне припущення для дискусії, Україна поділяється на дві конкурентні частини, було залучене С.П.Гунтінгтоном до міжнародного контексту. Згідно його теорії, лінія

²² Vgl. ebenda, S. 390.

²³ PARAG KHANNA: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin 2008, S. 42f.

розколу веде між західною цивілізацією та східною в середині розколеної країни – України.

Теза 2 (Вакуум притягує імперію): актуально розглянуте «хитке становище» в середині боротьби імперій за владу вже довгий час вважається не можливим. Внаслідок цих подій співпадає рішення населення проти ймовірного панування Російської Федерації із наявною інтеграцією до Європейського Союзу.

Теза 3 (Роль громадянського суспільства): внутрішньополітична боротьба за правильний курс в Україні відображається як частина міжнародного розвитку та передумова до орієнтування України на Захід. Однак інтеграцію до Європейського Союзу не варто розуміти як звичайну адаптацію до Заходу. Україні, швидше за все, варто знайти свою специфічну роль між Росією та Західною Європою. При цьому українське суспільство буде використовувати роль медіатора між двома системами, цінності яких воно знає та представляє.

На даний момент можна поспостерігати за посиленнями громадськими суспільними діями у політичному процесі, тенденція яких веде до орієнтування на Захід. Європейський Союз як «ніжний гегемон» випромінює на громадянське суспільство свою особливу приналежність. Постколоніальний колоніалізм Європи здебільшого чарівно сприймається людьми, так само як тактика батога та пряника Росії. Вирішальним питанням подальших років буде, до російських чи до європейських. Щодо майбутнього розвитку, то Україна так само дійсно буде розділеною країною.

Громадянське суспільство Румунії після вступу до ЄС та НАТО й пост помаранчевої України: порівняльний аналіз

Сергій Бостан

Створення нової ідентичності українського суспільства й держави надзвичайно актуальне для України, що постала на руїнах колишнього СРСР, і потребує визначеності статусу та ролі в міжнародній спільноті. Ця актуальність посилюється тим, що сприйняття держави, її образ є повноцінним інформаційним продуктом у глобалізованому середовищі (ринку), важливим чинником і ресурсом у проведенні ефективної зовнішньої та міжнародної політики.

Після відновлення незалежності на Україну поширювався негативний образ Радянського Союзу, характерний для свідомості громадян західних держав ще від часів «холодної» війни, з яким далі асоціювався весь пострадянський простір. На нього переносились іміджеві характеристики «радянського» та «російського» – образів, що були і надалі є значною мірою для Заходу символами Чужого. Асиміляційна національна політика колишнього радянського керівництва сприяла, тому, що Україна, її культурна й духовна спадщина, внесок у європейську та світову культуру, науку були маловідомими широкому загалові за кордоном.

Президентські вибори 2004 р. та події, які називають „Помаранчевою революцією”, змінили уявлення та сприйняття України в світі, створили основу для трансформації та формування її нового й позитивнішого образу. Насамперед, це був інформаційний прорив, оскільки події в Україні стали основною темою всіх інформагентств світу. Україна перестала бути для пересічних громадян багатьох держав „terra incognita”. По-друге, змінилося сприйняття українського суспільства, велика частина якого продемонструвала здатність відстоювати свою гідність, громадянські права, а також прихильність до демократичних, мирних засобів відстоювання свого права на вибір, що відповідало європейським цінностям і традиціям „оксамитових революцій” у посткомуністичній Європі. „Помаранчева революція” стала найбільшою громадською акцією Європи після Оксамитової революції, що повалила комуністичне правління у Чехословаччині 1989 року. Більша відкритість українського суспільства, свобода преси, рівні умови політичної конкуренції, значно більша визначеність спрямування розвитку, більша європейськість суспільства – всі ці ознаки вигідно відрізняють посткучмівську Україну [1].

Зарубіжні аналітики та вчені фіксують в Україні „значний прогрес у чотирьох сферах: виборчий процес, незалежні ЗМІ, громадянське суспільство та правова система” [2]. У огляді Nations in Transit за 2005 р. неурядової міжнародної організації Freedom House "рейтинг демократичності" України становив 4,5 за шкалою від 1 до 7, де 7 – це найгірша оцінка. Рейтинг України наближений до рейтингу Хорватії (3,75), що є ймовірним кандидатом на вступ до ЄС 2007 року разом з Румунією

(3,39) та Болгарією (3,18) [3]. Слід зауважити, що однією з основних передумов створення позитивного образу держави на міжнародній арені є функціонування реального громадянського суспільства, демократичних загальноприйнятих норм та цінностей, ефективного розвитку демократії. Позитивно вплинуло на імідж України і надання їй статусу країни з ринковою економікою, скасування США поправки Джексона-Веніка, активність України в регіональних міжнародних організаціях, більша визначеність щодо євроатлантичної інтеграції.

Схожа ситуація була і в нашого південного сусіда після розпаду СРСР: глибока затьожна економічна криза, політичний розкол, потреба в відновленні держави, але при відсутності чіткого плану тощо. Але на відміну від України, Румунія впродовж 90-х рр. ХХ ст. була не такою залежною від політики Росії, як наша держава. Мабуть це відіграло не останню роль в її скорішому просуванні до європейської та світової спільноти. Відмінністю також може бути той факт, що переважна більшість румун однозначно виступали за вступ їх держави до ЄС та НАТО. В нас же йде тенденція до збільшення кількості населення хто за інтеграцію, але вона є не настільки переконливою як в південного сусіда. Натомість слід зазначити, що останні опитування громадської думки румунів, стосовно змін в державі після вступу до ЄС дають наступні результати, згідно даним опитування проведеними фундацією Сороса: Довіра румунів до міжнародних установ є набагато вищою ніж до національних, до судової системи Румунії ставлення найкритичніше в державі, натомість зростає позитивізм в сприйнятті політики уряду, в першу чергу за рахунок молоді, що проживає в містах. Найбільш критичними є селяни та люди старшого покоління. Згідно даним соціолога Дімітріу Санду: до вступу в ЄС 10% населення працювали за кордоном, на даний момент складно дати точно цифру, але вона збільшилась приблизно в 2,5 рази.

Національний звіт про еволюцію корупції, оголошений організацією Міжнародна прозорість - Румунія, наприкінці жовтня місяця, Звіт торкається періоду з червня 2008 по вересень 2009, і констатує драматичне погіршення клімату громадської цілісності, позначений браком стратегічної координації, що стосується законодавчих та інституційних заходів. Це пояснюється двома причинами вважає Віктор Алістар виконавчий директор організації Міжнародна прозорість Румунія:” З одного боку знизився натиск Євросоюзу на владу в Бухаресті, а з іншого боку період співпав з підготовкою виборів до Європарламенту та президентських виборів. У даному контексті велась боротьба за ресурси між головними гравцями політичної сцени, що відбилось на еволюцію системи взагалі. Саме тому найбільший регрес та критичні пункти маємо у сфері використання громадських коштів.”

Але вцілому слід зазначити, що прислдання Румунії до світової спільноти однозначно покращило ситуацію в державі і зокрема сприяло

розвиткові громадянського суспільства, свободи слова і демократії. Вже позитивним є той момент, що пересічний румун себе вже починає ідентифікувати як європеєць і це змушує безперечно змінювати себе і систему загалом.

Щодо двосторонніх відносин, то прийшовши у XXI століття з різним досвідом державного буття, громадяни обох держав мають багато спільного у своїй минушині. Це, насамперед, довготривала національна залежність, значне економічне відставання від країн Заходу, суттєвий брак демократичних традицій тощо. Проте серед сильних надбань народів-сусідів вистачає і добрих прикладів взаємної співпраці, збагачення національних культур та європейської духовності, тривалих та плідних інтелектуальних контактів.

Добросусідські відносини між Україною та Румунією є важливим фактором їх власного успіху на шляху здійснення глибоких перетворень у суспільстві та господарюванні, у способі мислення та політичної поведінки громадян цих „нових демократій”. Але ці масштабні завдання, які поставили перед обома країнами можуть бути успішно розв’язані за умов подолання того спадку взаємної недовіри, упередженості, підозрливості, а тим більше претензій, які все ж таки виявляють себе час від часу у їх сучасних взаєминах. Без порозуміння та дружніх стосунків між Україною та Румунією важко уявити собі мир та безпеку в Чорноморському регіоні, втілення у життя європейського та євроатлантичного вибору.

Даний регіон є надзвичайно важливим з політичної, економічної та геостратегічної точок зору. Однак позитивна динаміка його розвитку ускладнюється наявністю Придністровсько-Молдовського, Грузинсько-Абхазького, Грузинсько-Осетинського конфліктів, конфлікту, пов’язаного з подіями в Чечні тощо.

Україна та Румунія – важливі держави Чорномор’я. Часто саме на них покладається обов’язок дбати про безпеку та стабільність в регіоні. Необхідною умовою успішного виконання такої ролі є гармонійний розвиток стосунків саме між цими країнами.

На пострадянському політичному просторі відносини України та Румунії привертають особливу увагу, оскільки в них відбувається активне формування нового змісту та формату стосунків цих держав. Вони розвивались досить складно після розпаду СРСР і є досить напруженими на сьогоднішній день. Але незважаючи на цілий ряд суперечностей обидві держави уклали Договір «Про відносини добросусідства і співробітництва» в 1997 році, де було визначено ненорушність румунського кордону, в 2003 році був укладений Договір „Про режим українсько-румунського державного кордону, співробітництво та взаємну допомогу з прикордонних питань”, проблема острова Зміїний є вирішеною Міжнародним судом ООН і його вердикт є визнаним обома державами, товарообіг між країнами з кожним роком збільшується і є одним з пріоритетних в національних економіках. В 2004 році до влади в обох

державою прийшли помаранчеві сили, політики, які бачать майбутнє своєї держави в складі європейської спільноти та позитивно сприймають одне одного.

Але разом з тим, незважаючи на висвітлені у доповіді позитивні моменти у розвитку двосторонніх відносин в даний час взаємини офіційного Києва та Бухареста далекі від безхмарності та відсутності проблем і суперечок. У новітній історії взаємних стосунків мали місце серйозні ускладнення, навіть взаємні звинувачення та періоди охолодження.

Найбільше затьмарювали стосунки України з Румунією претензії політичної еліти та офіційних інститутів влади останньої на територію України, труднощі з укладанням Великого договору між обома державами, відсутність згоди з питань розмежування морського шельфу та господарського використання гирла Дунаю. Далекими від ідилічних були за останні роки й позиції України та Румунії стосовно проблеми Придністров'я. Роль України як одного з міжнародних гарантів врегулювання даного конфлікту робить Київ, до певної міри, заручником несприятливої геополітичної та внутрішньої політичної кон'юнктури, яка все ще не дозволяє успішно розв'язати цю проблему.

Одним з найскладніших для України залишається питання продовження Румунією оформлення румунського громадянства громадянам України. У цьому контексті потрібно вказати на політику подвійних стандартів у відношенні питання громадянства і дотримання вимог членства в ЄС і НАТО. Демонструючи перед Європою чітке дотримання вказаних вимог членства в ЄС та НАТО, а саме підтримку добросусідських відносин з сусідніми країнами та Україною зокрема офіційний Бухарест надалі втручається у внутрішні справи України. Цілий ряд державних установ Румунії в першу чергу Департамент зв'язків з румунами звідусіль при МЗС, Міністерство культури, юстиції проводять деструктивну політику у середовищі національних меншин прикордонних областей України, яка створює передумови для розвитку сепаратистських настроїв і міжетнічної ворожнечі.

Щодо питання громадянства, заохочуючи громадян України до отримання румунського і фактично європейського громадянства, офіційний Бухарест насправді має на меті розширити таким чином територію свого політичного впливу.

На квітневому самміті в Празі президент України Віктор Ющенко заявив: «Ми підтримуємо формування відповідного комітету в рамках Європейської комісії для того, щоб розглянути наслідки рішень румунської сторони, дати їм оцінку і проаналізувати наскільки вони відповідають духу добросусідства». А ситуація з видачею румунських паспортів вносить стурбованість і викликає здивування також в українській громаді Румунії.

Оскільки українським законодавством забороняється подвійне громадянство, але незважаючи на це, воно не передбачає відповідальності

за порушення даної норми, виникає необхідність у підготовці відповідної законодавчої бази, яка чітко регулюватиме питання громадянства.

Важливим моментом в цій справі є досягнення порозуміння з румунською стороною і вирішення даної проблеми в мирний дипломатичний спосіб в дусі взаємоповаги і толерантності у сфері забезпечення прав нацменшин, що стане яскравим підтвердженням і прикладом добрих намірів у спільній розбудові Нової Європи.

Останніми роками взаємини між Україною та Румунією почали набувати нової якості. З'явилися спроби подолати негативи історичного минулого, відмовитися від розгляду перспектив взаємовідносин крізь призму попередніх непорозумінь і незадоволених національно-державних амбіцій. Чималі можливості для ствердження позитивної динаміки багатосторонніх стосунків надає євроатлантична та євроінтеграційна перспектива, наголошення на відданості спільним демократичним та європейським цінностям, про яку заявляють останнім часом керівники обох держав. Ведеться пошук нового балансу інтересів, устремлінь і взаємної відповідальності політичної еліти двох сусідніх країн, де спільним знаменником виступає європейська політика безпеки та співробітництва, відданість ідеалам європейської солідарності, нарешті, бажання разом будувати економічний та політичний простір Об'єднаної Європи. І у випадку відмови від взаємних образ і претензій ці зусилля відкриють нові можливості для регіональних і загальноєвропейських ініціатив Києва та Бухареста.

Список використаних джерел:

1. Угрин Л., Щурко О. Динаміка міжнародного образу України після президентських виборів 2004 р. // Україна після президентських виборів: становлення демократії та розвиток громадянського суспільства: матеріали всеукраїнської науково-практичної конференції // Укл. Романюк А.С., Скочляс Л.С. – Львів: ЦПД ЛНУ ім.І.Франка, 2005. – 152 с.
2. Кузьо Т. Перший рік президентства Юценка: погляд із Заходу. – Режим доступу: <http://www.pravda.com.ua> (дата перегляду. – 23.11.2005).
3. Nations in Transit - Ukraine - 2005. – Режим доступу: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?>

Zusammenfassung

Die Zivilgesellschaft in Rumänien nach dem Beitritt zu EU und NATO und in der Ukraine nach der Orangen Revolution: eine vergleichende Analyse

Serhij Bostan

Die Schaffung einer neuen Identität in Staat und Gesellschaft ist hochaktuell für die Ukraine, die aus den Ruinen der ehemaligen Sowjetunion entstand. Die Aktualität dieser Frage wird noch dadurch verstärkt, dass in der globalisierten Welt (und auf dem globalisierten Markt) die Wahrnehmung eines

Staates im Sinne eines „Informationsproduktes“ einen wichtigen Faktor bei der Durchführung einer effektiven Außen- und Weltpolitik darstellt.

Die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2004 und die Ereignisse der „Orangen Revolution“ haben die Vorstellungen über die Ukraine und ihre Wahrnehmung in der Welt verändert und so die Grundlage für eine Transformation und Neugestaltung geschaffen. Ausländische Analytiker konstatierten für die Ukraine „einen bedeutenden Fortschritt“ in vier Bereichen: dem Wahlprozess, den unabhängigen Massenmedien, der Zivilgesellschaft und dem Rechtssystem.

Was Rumänien betrifft, hat der Anschluss an die Weltgemeinschaft die Situation im Land deutlich verbessert und zu einer positiven Entwicklung der Zivilgesellschaft, der Meinungsfreiheit und der Demokratie beigetragen. Anzumerken ist auch, dass sich der rumänische Durchschnittsbürger als Europäer betrachtet, was zu Rückwirkungen auf das gesamte System führt.

Bezüglich ihrer bilateralen Beziehungen bringen beide Staaten unterschiedliche Erfahrungen einer staatlichen Existenz mit. Gemein ist den Staatsbürgern beider Länder jedoch u.a. die Erfahrung mit langfristiger nationaler Abhängigkeit, bedeutendem wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den westlichen Staaten und einem Mangel an demokratischen Traditionen. Langfristige und fruchtbare intellektuelle Kontakte stellen hingegen ein positives Beispiel der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit dar. Diese guten Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien sind ein wichtiger Faktor für den Erfolg tiefer gehender Veränderungen in der Gesellschaft, bei der Staatsführung, im Denkvermögen und im politischen Agieren der Bürger dieser „neuen Demokratien“. Für eine erfolgreiche Lösung dieser Aufgaben ist die Überwindung von Befangenheit und gegenseitigem Misstrauen notwendig. Ohne freundschaftliche Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien ist Frieden und Sicherheit in der Schwarzmeerregion und eine Annäherung an EU und NATO kaum vorstellbar.

Eine der wichtigsten bilateralen Fragen bleibt für die Ukraine die Vergabe rumänischer Staatsbürgerschaften an ukrainische Bürger. Bukarest verfolgt hier eine Politik der zwei Standards: Einerseits strebt es die Erfüllung der Beitrittsbedingungen zu EU und NATO an und bemüht sich dementsprechend um gute nachbarschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten und so auch mit der Ukraine, andererseits mischt es sich in innere Angelegenheiten der Ukraine ein. Bukarest versucht durch die aktive Vergabe der rumänischen und damit „europäischen“ Staatsbürgerschaft an ukrainische Bürger, seinen politischen Einfluss zu erweitern. Die Lösung dieses Problems auf friedliche und diplomatische Weise im Geiste der gegenseitigen Achtung und Toleranz sowie unter Berücksichtigung der Rechte der Minderheiten, wäre ein positives Beispiel für die Schaffung eines „neuen Europas“.

Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Rumänien und Ukraine

Carola Söller

Die Staaten des östlichen Europa stehen seit nunmehr rund 20 Jahren vor der Herausforderung, wie mit dem Erbe der kommunistischen Zeit umgegangen werden soll. Die Frage nach Ausmaß und Form der konkreten Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit steht in allen betroffenen Ländern im Zentrum öffentlicher Debatten, geht mit ihr doch oftmals der Versuch einher, eine einzige historische „Wahrheit“ im gesellschaftlichen Gedächtnis zu verankern sowie konkrete politische Interessen durchzusetzen. Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bevölkerung ringen somit um die Behandlung oder Nichtbehandlung spezifischer Themen und Anliegen in der Öffentlichkeit.

Im vorliegenden Beitrag werden drei ausgewählte Länder – Polen, Rumänien und die Ukraine – vergleichend daraufhin untersucht, welche Akteure seit dem Systemwechsel im Bereich „Aufarbeitung“ tätig wurden und wie sich hierbei die Konstellation zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Gesamtbevölkerung gestaltete. Fließende Übergänge des zivilgesellschaftlichen Raumes zur staatlichen wie privaten Sphäre stellen sich zwar gerade im Bereich Gedächtnis – Erinnerung – Aufarbeitung als typisch dar, angesichts der im Zeitverlauf variierenden Bandbreite staatlicher (Un-)Tätigkeit bei der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit stellt sich jedoch die Frage nach den konkreten Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Initiativen.¹ Können sie im politisch umkämpften und in der Bevölkerung oftmals mit Indifferenz betrachteten Bereich der Aufarbeitung als Faktor der Dynamik und Innovation² Geltung erlangen?

Polen – Aufarbeitung trotz Politisierung

Der Umbruch in Polen 1989 ist untrennbar mit dem Phänomen der Gewerkschaft *Solidarność* verbunden, die sich nach den Wahlen der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein konnte. Die Vorreiterrolle Polens im Regimewechsel sollte sich jedoch nicht unmittelbar in einer Pionierrolle auch in Bezug auf die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit niederschlagen. Vielmehr führte die Unmöglichkeit, das Tempo und die Art und Weise des Systemwechsels in Polen wie in ganz Ostmittel- und Osteuropa einzuschätzen, unter den Angehörigen der polnischen Regierung wie

¹ Zu Definitionsvorschlag und Abgrenzung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ von staatlicher wie privater Sphäre vgl. JURGEN KOCKA: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, hrsg. von MANFRED HILDERMEIER u.a., Frankfurt, New York 2000, S. 13-39, hier S. 21ff.

² Vgl. ebenda, S. 21.

der Opposition dazu, dass vor und während der Gespräche am Runden Tisch Themen, wie der Umgang mit den Geheimdiensten und ihren Archiven, nicht behandelt wurden.³ Die erste teilweise demokratisch legitimierte Regierung Polens unter Premier Tadeusz Mazowiecki unternahm somit nur vorsichtige Schritte bei Umstrukturierung des Staatsapparates und Austausch der Eliten. Die *Sozialdemokratie der Republik Polen* (SdRP) konnte sich als Nachfolgepartei der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* (PZPR) schnell in die polnische Parteienlandschaft integrieren.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wurde so zu einer der Konfliktlinien innerhalb des *Solidarność*-Lagers und sollte die Bewegung dauerhaft entzweien. Insbesondere die Frage nach einer Öffnung der Akten der ehemaligen kommunistischen Geheimdienste und die sogenannten Lustration, das heißt die Überprüfung der Anwärter auf gewisse staatliche Ämter auf eine frühere Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten, standen im Fokus der Debatte. Die Befürworter einer derartigen Aufarbeitung stammten meist aus den konservativen Gruppierungen der früheren Opposition, die Gegner hingegen aus dem linksliberalen Umfeld der oppositionellen Bewegung und den post-kommunistischen Parteien. Die Aufarbeitung der Zeit zwischen 1944 und 1989 begann in Polen in historischer Forschung und politischer Diskussion jedoch bereits vor dem Zusammenbruch des Systems. So setzte sich im NGO-Bereich beispielsweise die seit 1982 bestehende Stiftung *Zentrum Karta* mit der jüngsten polnischen Vergangenheit auseinander.⁴ Eine Vielzahl von Stiftungen, Vereinen und Verbänden beschäftigt sich zudem mit der kommunistischen Vergangenheit, es existieren Museen und Erinnerungsstätten.⁵

Zu einer institutionellen Regelung der Aufarbeitung auf staatlicher Ebene, die sich in einem Gesetz zur Lustration und in der Gründung des *Instituts des nationalen Gedenkens* (IPN) niederschlug, kam es jedoch erst ab 1997. Hochemotionale Debatten im Sejm, dem polnischen Parlament, gescheiterte Lustrationsinitiativen und immer wiederkehrende Versuche, mittels angeblicher Informationen aus Geheimdienst-Akten politische Gegner in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, gingen der gesetzlichen Regelung voraus.⁶

Festzuhalten ist jedoch, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten der Großteil der noch existierenden kommunistischen Geheimdienst-Unterlagen in die Archive des IPN verbracht wurde und das Institut in den Folgejahren umfassende Aktivitäten im Bereich der Forschung, der Publikation und der Bildungsarbeit in Bezug auf die Zeit zwischen 1939 und 1990 entfaltete. Das Institut besitzt staatsanwaltliche Kompetenzen und kann somit eigenständig

³ Vgl. ANDRZEJ PACZKOWSKI: Polen 1989-1998. Die Politik in den Archiven. Die Archive in der Politik, in: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, hrsg. von DAGMAR UNVERHAU, Münster 1999, S. 47-55, hier S. 47f.

⁴ Vgl. die Homepage der Stiftung unter www.karta.org.pl.

⁵ Vgl. *Vademecum Zeitgeschichte Polen*. Ein Leitfaden durch Archive, Forschungsinstitutionen, Bibliotheken, Gesellschaften, Museen und Gedenkstätten, hrsg. von KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ u.a., Wrocław u.a. 2004.

⁶ Vgl. u.a. PACZKOWSKI (wie Anm. 3); PIOTR GRZELAK: *Wojna o lustrację* [Krieg um die Lustration], Warszawa 2005.

Verfahren einleiten.⁷ Seit 2007 ist das Institut zudem für die Durchführung der Lustration zuständig.⁸ Die Tätigkeit des IPN ist seit seiner Entstehung jedoch nicht unumstritten und wird von öffentlichen Debatten und Skandalen begleitet.⁹

Besonders kritisch bewertet die polnische Bevölkerung die bereits seit den frühen 90er Jahren starke Politisierung der Aufarbeitungsthematik. In einer Befragung im Juni 2009 sprachen sich 76% der Befragten dafür aus, die Auseinandersetzung mit der Nachkriegsvergangenheit den Historikern zu überlassen.¹⁰ Circa die Hälfte derselben Personen befürworteten jedoch auch die Verurteilung der negativen Aspekte der volksrepublikanischen Vergangenheit, die Bestrafung von Personen, die das damalige Recht brachen, und die Enttarnung ehemaliger Mitarbeiter der kommunistischen Geheimdienste.¹¹ Das Meinungsforschungsinstitut CBOS schließt aus diesen Angaben, dass offenbar nicht grundsätzlich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit abgelehnt wird, sondern die Art und Weise, wie sie in den vergangenen Jahren im öffentlichen Diskurs vorherrschte und im politischen Bereich erfolgte.¹²

Rumänien – Vergessen versus Aufarbeitung

Die Dezember-Revolution in Rumänien 1989 wurde von Straßenkämpfen begleitet und führte zu Toten und Verletzten.¹³ Das Ehepaar Ceaușescu wurde am 25. Dezember zum Tode verurteilt und exekutiert. Die postkommunistische Bewegung *Front zur nationalen Rettung* um Ion Iliescu, die für eine „Politik des Vergessens“¹⁴ stand, konnte sich in den ersten rumänischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nach 1989 durchsetzen.

Die Folge war eine Eliten- und Institutionenkontinuität in den wichtigsten staatlichen Bereichen. Ein großer Teil der Mitarbeiter der Securitate wurde in andere Einrichtungen überführt und später in den neu geschaffenen Geheimdiensten eingesetzt.¹⁵ Eine Verurteilung der *Kommunistischen Partei*

⁷ Eine herausragende Stellung nimmt hierbei zum Beispiel das gegen General Wojciech Jaruzelski angestrebte Verfahren wegen Ausrufung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981 in Polen ein.

⁸ Vgl. auch die Homepage des Instituts unter www.ipn.gov.pl.

⁹ Vgl. zuletzt die öffentliche Debatte um den ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Wałęsa nach einer äußerst kritischen Veröffentlichung des IPN zu Wałęsas angeblichen Geheimdienstkontakten in den 70er Jahren. SŁAWOMIR CENKIEWICZ, PIOTR GONTARCZYK: SB a Lech Wałęsa. Przyczynek do biografii [Die Staatssicherheit und Lech Wałęsa. Ein Beitrag zur Biographie], Gdansk u.a. 2008.

¹⁰ Vgl. Oceny i rozliczenia okresu PRL w opinii publicznej [Bewertungen und Abrechnungen mit der Zeit der Volksrepublik Polen in der öffentlichen Meinung], hrsg. von Centrum Badania Opinii Społecznej, Warszawa 2009, hier S. 4.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 7.

¹² Vgl. ebenda, S. 7.

¹³ Vgl. STEJĂREL OLARU: The Communist Regime and its Legacy in Romania, in: Vademezum Contemporary History Romania. A Guide through Archives, Research Institutions, Libraries, Societies, Museums and Memorial Places, hrsg. von STEJĂREL OLARU und GEORG HERBSTTRITT, Berlin, Bucharest 2004, S. 11-49, hier S. 34.

¹⁴ RUXANDRA IVAN: Der Stellenwert totalitärer Erfahrungen im aktuellen politischen Diskurs Rumäniens, in: Vergangenheit in der Gegenwart. Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa, hrsg. von THOMAS GROßBÖLTING und DIRK HOFMANN, Göttingen 2008 (Genshagener Gespräche, 12), S. 75-82, hier S. 77.

¹⁵ Vgl. OLARU (wie Anm. 13), S. 35ff.

Rumäniens (PCR) fand nicht statt.¹⁶ Zur Strafverfolgung gegen frühere Mitglieder der kommunistischen Partei und ehemalige Securitate-Offiziere kam es nur in Einzelfällen, wobei die Ceaușescu-Zeit im Fokus der Aufmerksamkeit stand.¹⁷ Zwar wurde von Teilen der Bevölkerung u.a. eine Änderung der Wahlgesetzgebung im Sinne eines Ausschlusses ehemaliger Mitglieder der kommunistischen Partei und der Securitate von bestimmten Ämtern gefordert, die sogenannte *Proklamation von Timișoara*, die Mehrheiten für die postkommunistischen Parteien in den Wahlen der ersten Jahre nach 1989 zeigten jedoch, dass ein großer Teil der Bürger offenbar nicht an einer Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit interessiert war.

Neben einigen oppositionellen Parteien bemühte sich insbesondere die *Assoziation ehemaliger politischer Gefangener Rumäniens* (AFDPR) um die Aufarbeitung der Vergangenheit, regte einen „Prozess gegen den Kommunismus“ an und reichte gemeinsam mit zahlreichen weiteren Bürger- und Menschenrechtsorganisationen eine förmliche Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ein.¹⁸ Laut Constantin Ticu Dumitrescu, dem Vorsitzenden der AFDPR, sollten insbesondere Vergehen gegen die Menschlichkeit aufgearbeitet und bestraft werden, wofür u.a. eine Öffnung der Archive der Securitate und des Zentralkomitees der PCR notwendig gewesen wäre. Das Vorhaben wurde aufgrund angeblich fehlender Unterlagen nicht zu einem Abschluss gebracht. Das 1993 gegründete *Nationale Institut zum Studium des Totalitarismus* unter Leitung des ehemaligen politischen Gefangenen Ioan Scurtu setzte sich jedoch in einigen Publikationen und einer eigenen Zeitschrift mit der gesamten kommunistischen Vergangenheit Rumäniens, u.a. auch mit dem System der Straf- und Arbeitslager, auseinander.¹⁹ Für seine Arbeit konnte das Institut zwar durchaus auf Aktenbestände zurückgreifen, der Großteil der Dokumente war jedoch nicht mehr auffindbar, unorganisiert oder per Gesetz unter Verschluss.²⁰

Auch die Koalition offen antikommunistischer Parteien, die nach 1996 die Parlamentswahlen gewinnen konnte, unternahm zunächst keine umfassenden Schritte zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Vor allem Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, wie das *Rumänische Institut für Zeitgeschichte* (IRIR) forschten und publizierten in diesem Bereich trotz der staatlichen Zurückhaltung.²¹ Zu nennen ist ebenfalls die *Bukarester Gruppe des*

¹⁶ Vgl. WOLF OSCHLIES: *Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien*, Teil I: 1989-1995/96, Köln 1998 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 3), S. 5ff.

¹⁷ Zu nennen ist beispielsweise der Prozess gegen vier hohe Repräsentanten der sogenannten „Ceaușescu-Chique“ bereits im Januar 1990. Insgesamt wurden circa 30 Personen angeklagt und zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt, im Jahre 1994 waren jedoch beinahe alle wieder auf freien Fuß gesetzt worden. OSCHLIES (wie Anm. 16), S. 11 und S. 14.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 15ff.

¹⁹ Vgl. die Homepage des Instituts unter: www.totalitarism.ro (letzter Zugriff: 10.3.2010); OSCHLIES (wie Anm. 16), S. 18f.

²⁰ OSCHLIES (wie Anm. 16), S. 24-29.

²¹ Vgl. Olaru (wie Anm. 13), S. 46. OSCHLIES interpretiert die staatliche Zurückhaltung positiv als Handlungsfreiraum, den die neue Regierung den Bürgerinitiativen in diesem Bereich zubilligte. OSCHLIES (wie Anm. 16), S. 12 und S. 35.

gesellschaftlichen Dialogs, die in Publikationen, offenen Briefen und Diskussionsrunden zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aufrief²² oder die durch die *Stiftung Bürgerakademie* 1993 gegründete Gedenkstätte *Memorial Sighet*²³.

Einige Politiker, insbesondere Dumitrescu als Senator Vorsitzender der AFDPR, konnten im Jahr 1999 ein Gesetz initiieren, das eine neue Regulierung der Archive und die Schaffung eines *Nationalen Rats für das Studium der Archive der Securitate* (CNSAS) vorsah. Der CNSAS sollte unter anderem rumänischen Bürgern Einsicht in „ihre“ Akten ermöglichen.²⁴ Die jahrelange Verschleppung der Übergabe des Archivmaterials durch die Geheimdienste, interne Streitigkeiten der Mitglieder und Klauseln zu Informationen des „nationalen Interesses“ erschwerten seine Arbeit jedoch beträchtlich.²⁵ Im März 2003 wurde gar auf Regierungsebene über die Schließung des CNSAS beraten, so dass sich NGOs, Stiftungen, Gewerkschaften und Medienvertreter genötigt sahen, eine symbolische Menschenkette um das rumänische Parlament zu bilden, um gegen die Behinderung der Arbeit der Einrichtung zu protestieren.²⁶ Im Jahr 2008 wurde dem CNSAS zudem durch das Verfassungsgericht untersagt, weiterhin anhand von Akten eigenständig ehemalige informelle Securitate-Mitarbeiter zu enttarnen.²⁷ Lediglich die Weiterleitung der Dokumente an ein Gericht zur Klärung der Schuldfrage ist nun noch möglich. Ein Bukarester Gericht argumentierte in Folge in einem konkreten Fall gegen die Schuld des Angeklagten, da zwischen 1945 und 1989 nur der Diktator über einen freien Willen verfügt habe und somit nur er als verantwortlich für begangenes Unrecht gelten könne.

Nach dem erneuten Engagement verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppierungen für einen „Kommunismusprozess“ war zwischenzeitlich durch den Staatspräsidenten Traian Băsescu eine *Kommission für die Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien* ins Leben gerufen worden.²⁸ Sie arbeitete eng mit dem im Vorjahr gegründeten *Institut zur Erforschung der*

²² Vgl. JULIE TRAPPE: Kollektive Unschuld und die Rückkehr nach Europa. Rumäniens Umgang mit dem Unrecht der kommunistischen Vergangenheit, in: Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa, hrsg. von REGINA FRITZ u.a., Göttingen 2008 (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, 1), S. 193-210, hier S. 200.

²³ Vgl. ANA BLANDIANA: Die Gedenkstätte Memorial Sighet. Ein lebendiges Museum, in: Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa, hrsg. von VOLKHARD KNIGGE und ULRICH MÄHLERT, Köln u.a. 2005 (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, 6), S. 171-180.

²⁴ Dumitrescu hatte sich bereits seit 1994 erfolglos für die Schaffung einer rumänischen „Gauck-Behörde“ und für das Recht jedes Bürgers auf „seine“ Dossiers eingesetzt und war hierfür bereits zu Besuch bei der Vorbildinstitution in Berlin gewesen. OSCHLIES (wie Anm. 16), S. 25ff. Zu den Tätigkeitsbereichen des CNSAS vgl. auch die Homepage des Instituts unter: www.cnsas.ro.

²⁵ Vgl. MIRCEA VASILESCU: European histories, Romanian fairytales. The Securitate archives and the public debate that never was, unter: <http://www.eurozine.com/articles/2009-05-29-vasilescu-en.html> (letzter Zugriff: 10.11.2009).

²⁶ Vgl. OLARU (wie Anm. 13), S. 46.

²⁷ Vgl. O.A., Spitzel darf nicht Spitzel heißen. Rumänisches Gericht urteilt für Securitate-Agenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 288, 9.12.2008, S. 5.

²⁸ Vgl. TRAPPE (wie Anm. 22), S. 203.

Verbrechen des Kommunismus (IICC) zusammen. Die öffentliche Erklärung des Präsidenten auf der Grundlage des Abschlussberichts im Dezember 2006 beinhaltete eine Entschuldigung im Namen des rumänischen Staates bei den Opfern des kommunistischen Systems und ihren Familien.²⁹ Der Zeitpunkt der Einsetzung der Kommission und die genannte öffentliche Entschuldigung hingen aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch enger mit dem EU-Beitritt des Landes 2007 zusammen denn mit der noch nicht entschiedenen Klage im Rahmen des erwähnten „Kommunismusprozesses“.³⁰

Ukraine – Nationalisierung und Politisierung

Für den Systemumbruch in der Ukraine 1990/1991 spielten oppositionelle Bewegungen wie *Ruch*, aber auch Teile der Kommunistischen Partei eine Rolle, deren gemeinsames Ziel eine Ablösung vom sowjetischen Zentralismus darstellte. Die Rückbesinnung auf eine nationale ukrainische Vergangenheit wurde dabei zum Katalysator der Souveränitätsbestrebungen. In Folge kam es insbesondere in der Oppositionsbewegung *Ruch* zu einer Renaissance nationaler ukrainischer Symbole wie der blau-gelben Flagge. Die Hungersnot der Jahre 1932/33, der Holodomor, wurde in der ukrainischen Nationalbewegung schließlich zu dem Symbol eines antisowjetischen Geschichtsbildes.³¹ Die Gesellschaft *Memorial*, die sich ab 1989 auch in Kiev gründete, griff kritisch Themen aus der sowjetischen Vergangenheit auf und plante auf Basis der ihr vorliegenden Dokumente gar ein Museum über kommunistische Verbrechen sowie einen „Nürnberger Prozess“ für politisch motivierte Straftaten in der Sowjetzeit.³²

Der insgesamt friedliche Übergang zeichnete sich jedoch durch eine deutliche Elitenkontinuität aus, die eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit wesentlich erschweren sollte. So wurde Leonid Kravčuk, ehemaliges Mitglied der kommunistischen Partei und 1990 letzter Vorsitzender des Obersten Sowjets der Ukraine, der erste gewählte Präsident des unabhängigen Staates und konnte sich bei der Wahl gegen den ehemaligen Dissidenten V-jačeslav Čornovil eindeutig durchsetzen.³³ Kravčuks Stilisierung zum Hüter des ukrainischen Volkes durch die Einführung der blau-gelben Flagge, Dreizack-Banner und Hymne als Staatssymbole läutete von politischer Seite ein „nation building“ mit Verweisen auf die ukrainische National-

²⁹ Vgl. AGNIESZKA SKIETERSKA: Rumuni liczą koszty komunizmu [Die Rumänen berechnen die Kosten des Kommunismus], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 108, 10.5.2006, S. 13; IVAN (wie Anm. 14), S. 79.

³⁰ Vgl. TRAPPE (wie Anm. 22), S. 205.

³¹ Vgl. WILFRIED JILGE: Geschichtspolitik in der Ukraine, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 8-9 (2007), S. 24-30, hier S. 24. Bereits 1988 hatte der Schriftstellerverband in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Ukraine ein Gedenkbuch mit den Zeugnissen von Überlebenden des Holodomor in Auftrag gegeben. DAVID R. MARPLES, *Heroes and Villains. Creating National History in Contemporary Ukraine*, Budapest, New York 2007, S. 70.

³² Vgl. MARPLES (wie Anm. 31), S. 1.

³³ Vgl. KATRIN BOECKH: Postsozialismus: 1989-2004, in: KATRIN BOECKH, EKKEHARD VÖLKL: *Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution*, Regensburg 2007, S. 186-241, hier S. 202 und S. 205.

geschichte ein.³⁴ Über das Engagement ehemaliger politischer Häftlinge wie V-jačeslav Čornovil, Levko Lukjanenko oder Mykhailo Horyn' auf führenden Positionen in der Bewegung *Ruch* bzw. in neu entstehenden Parteien und durch die Beteiligung von Organisationen wie der *Allukrainischen Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten*³⁵ in nationaldemokratischen Wahlbündnissen, fanden zudem Forderungen nach einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in den 1990er Jahren Eingang in die Politik.³⁶ Bereits seit 1991 wurden Anstrengungen zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern des sowjetischen Regimes unternommen.³⁷ Hochkontrovers wurde in diesem Rahmen auch über die Bewertung der OUN und UPA diskutiert, wobei sich auch Veteranenverbände aktiv einbrachten.³⁸ Eine öffentlichkeitswirksame wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung wurde auch in Bezug auf das Thema des Holodomor gesucht, wobei *Memorial* u.a. die Erstellung eines „Buches des Gedenkens“ für alle Opfer von Repression forderte.³⁹ Eine Lustration fand und findet in der Ukraine jedoch nicht statt. Die Kommunistische Partei wurde nach ihrem Verbot 1991 im Jahr 1993 wieder zugelassen.

Auch das Engagement des Nachfolgers Kravčuks im Präsidentenamt, Leonid Kučma, ebenfalls ein ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei, zeichnete sich durch eine deutliche geschichtspolitische Komponente aus. So versprach er im ersten Wahlkampf 1994, er wolle den Einfluss ehemaliger sowjetischer Funktionäre begrenzen.⁴⁰ 1997 wurde unter Kučma eine Regierungskommission aus größtenteils angesehenen ukrainischen Wissenschaftlern berufen, welche die Tätigkeit der OUN-UPA umfassend untersuchen sollte und einen ausführlichen Abschlussbericht vorlegte.⁴¹ Die Frage einer Anerkennung der OUN-UPA-Kämpfer als Veteranen des Zweiten Weltkrieges mit entsprechenden Bezügen wurde unter Kučma zwar nicht geklärt⁴², die

³⁴ Vgl. MARTINA HELMERICH: *Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure*, Berlin 2003, S. 86.

³⁵ Die Vereinigung verfügt auch heute über ein breites Netz an lokalen Gruppen auf dem Gebiet der gesamten Ukraine. Vgl. die Homepage: <http://www.khpg.org/archive/en/index.php?id=1163103067> (letzter Zugriff: 4.3.2010) sowie das Verzeichnis der regionalen Gruppen in: *Vademecum Contemporary History Ukraine. A Guide through Archives, Research Institutions, Libraries, Associations and Museums*, hrsg. von GEORGIJ KASIANOV und WILFRIED JILGE, Berlin, Kyiv 2008, S. 77ff.

³⁶ Vgl. ERNST LÜDEMANN: *Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Ukraine*, Köln 1997 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 39), S. 11f.

³⁷ Den Erlass des „Gesetzes zur Rehabilitation der Opfer politischer Repressionen“ im Jahr 1991 bezeichnet die Gesellschaft *Memorial* als Erfolg ihrer Hartnäckigkeit und Lobbyarbeit. Vgl. die Beschreibung ihrer Tätigkeit unter: <http://www.khpg.org/archive/index.php?id=1162805152> (letzter Zugriff: 10.3.2010). Für nähere Ausführungen auch zu kritischen Stimmen bezüglich des Rehabilitationsgesetzes vgl. LÜDEMANN (wie Anm. 36) S. 15ff.

³⁸ Vgl. ausführlicher WILFRIED JILGE: *The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/1991 – 2004/2005)*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 54 (2006), S. 50-81, hier S. 57-63. Die *Organisation der Ukrainischen Nationalisten* (OUN) und die *Ukrainische Aufstandsarmee* (UPA) stellten während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit den antisowjetischen nationalistischen Untergrund.

³⁹ Vgl. LÜDEMANN (wie Anm. 36), S. 9 und 21, MARPLES (wie Anm. 31), S. 39f.

⁴⁰ Vgl. BOECKH (wie Anm. 33), S. 214.

⁴¹ Vgl. MARPLES (wie Anm. 31), S. 288-299.

⁴² Vgl. ausführlicher ebenda, S. 260-269.

Gegensätze in der Erinnerungskultur der einzelnen Landesteile versuchte der Präsident jedoch geschickt zu nutzen, indem er zum einen um die Gunst der großen Gruppe der sowjetischen Veteranen als potenzielle Wähler, aber mit gegensätzlichen Äußerungen auch um das Vertrauen der Bevölkerung im Westen der Ukraine warb. Die Mobilisierung breiterer Teile der ukrainischen Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt bereits wieder deutlich abgeflaut. Erst die sogenannte „Orange Revolution“ 2004 führte zum erfolgreichen Protest großer Teile der Bevölkerung angesichts offenkundiger Fälschungen im Rahmen der Präsidentschaftswahlen.

Mit der Wahl Viktor Juščenkos zum Präsidenten der Ukraine setzte eine zielstrebige staatliche Geschichtspolitik ein, die sich unter anderem in der Gründung des *Instituts des nationalen Gedenkens* (INP) nach polnischem Vorbild niederschlug, das sich insbesondere mit dem Holodomor, dem zweiten Weltkrieg und der „nationalen Befreiungsbewegung des 20. Jh.“ Auseinandersetzt.⁴³ Laut W. JILGE lesen sich die Bestimmungen des INP, „wie ein geschichtspolitisches Programm zur Förderung der Nationsbildung“⁴⁴. Zum Direktor des Instituts ernannte der Präsident mit Ihor Juchnowsky ein ehemaliges *Ruch*-Mitglied. 2006 bis 2007 hatte Roman Krucyk, Vorsitzender der Gesellschaft *Memorial*, einen der beiden Stellvertreterposten inne und wirkte auch im Anschluss an Publikationen des Instituts mit. Die Versuche über diese totalitäre Erfahrung eine nationale Opfer- und Erinnerungsgemeinschaft über innerukrainische Ost-West-Gegensätze hinweg zu konstruieren und legitimieren, scheint in der Zeit der Präsidentschaft Juščenko durchaus erfolgreich gewesen zu sein.⁴⁵ Versuche des Präsidenten auch in der Frage der Gegensätze zwischen den Veteranen der Roten Armee sowie der OUN-UPA zu vermitteln, scheiterten jedoch.⁴⁶ Die Öffnung ehemaliger Geheimdienstakten durch den ukrainischen Sicherheitsdienst SBU in Zusammenarbeit mit dem INP zur Aufarbeitung auch der nachstalinistischen Zeit wurde durch den Präsidenten ebenfalls angeregt, eine Überprüfung ausgewählter Personenkreise auf eine frühere Zusammenarbeit mit dem KGB war jedoch offenbar nicht geplant.⁴⁷

⁴³ Vgl. die Homepage des Instituts unter: <http://www.memory.gov.ua/ua/> (letzter Zugriff: 4.3.2010).

⁴⁴ JILGE (wie Anm. 31), S. 25.

⁴⁵ Vgl. JILGE (wie Anm. 31), S. 30.

⁴⁶ Vgl. JILGE (wie Anm. 38), S. 76. MARPLES (wie Anm. 31), S. 300ff. Eine eindeutige Stellungnahme Juščenkos ist diesbezüglich jedoch die Auszeichnung eines der Anführer der OUN, Stepan Bandera, noch in der Zeit der Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 als „Held der Ukraine“, wobei sein Amtsnachfolger Viktor Janukowyč bereits die Außerkraftsetzung dieses Erlasses angekündigt hat.

Vgl. http://www.nrcu.gov.ua/index.php?id=475&listid=113131&lng_id=470 (letzter Zugriff: 10.3.2010).

⁴⁷ EUGEN THEISE: Ukraine: Ungewöhnliche Aufgabe eines Gemeindienstes, 15.6.2009, unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4180904,00.html> (letzter Zugriff: 24.11.2009).

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in den betrachteten Ländern befindet sich auf deutlich unterschiedlichem Niveau, spielt sich jedoch stets im Spannungs- oder Kooperationsverhältnis von Politik, Zivilgesellschaft und Bevölkerung ab. Die politische Sphäre betreibt dabei eine aktive Geschichtspolitik, die sich je nach Zeitpunkt und politischen Mehrheiten aktiv oder weniger umfassend um Aufarbeitung bemüht. Zumindest verbale Willensbekundungen, wenn auch, wie zu Beginn der 90er Jahre in Rumänien und Ukraine, oftmals mit nur eingeschränkten Aktivitäten verbunden, zeichnen hierbei beinahe alle politischen Akteure aus. In Polen spiegeln sich noch heute alle Varianten des Umgangs mit der Vergangenheit, von radikaler Abrechnung bis zur Ablehnung der Thematik, in den Positionen der politischen Parteien wider und waren somit stets in der Bevölkerung präsent. In Rumänien wurde der zuvor randständige Diskurs einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen erst in den vergangenen Jahren deutlich zum Zentrum einer Debatte. Durch öffentliche Thematisierung und die wachsende Zahl der Publikationen wurde so eindeutig ein Beitrag dazu geleistet, dass sich für die breite Bevölkerung die Möglichkeit zu einer Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit ihres Landes eröffnete. In der Ukraine herrschte unter allen Präsidenten seit 1991 eine staatliche Geschichtspolitik vor, die – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – gerade in der ukrainischen Geschichte und Fragen der Aufarbeitung die Basis für eine ukrainische Nationsbildung sahen. Das ukrainische Institut des nationalen Gedenkens ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. Institutionalisierte Formen der Aufarbeitung folgten zuvor auch in Polen und Rumänien, wobei von der bloßen Existenz einer Einrichtung mit staatlich zuerkannten Kompetenzen noch nicht auf eine umfassende Aufarbeitung geschlossen werden kann. So weiß Rumänien mit gar mehreren staatlich initiierten Einrichtungen keinesfalls den höchsten Grad an tatsächlicher Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf. Dass die Arbeit des rumänischen CNSAS in Zukunft ohne Behinderungen verläuft, ist unwahrscheinlich. Trotz Debatten um die Lustrationsgesetzgebung und das IPN, konnten in Polen in diesen Bereichen durch vorhandenen staatlichen Willen deutlich umfassendere Tätigkeiten entfaltet werden.

Eine Einflussnahme zivilgesellschaftlicher Gruppierungen als Faktor der Dynamik und Innovation war in allen betrachteten Ländern möglich, wenn teilweise auch deutlich begrenzt. Insbesondere personelle Verflechtungen führten dazu, dass Anliegen der Zivilgesellschaft in die Politik Eingang fanden. In Rumänien bewirkte die Aufnahme von Personen aus dem Kreis der Zivilgesellschaft in staatliche Aufarbeitungsgremien, dass ein Teil des zivilgesellschaftlichen Minderheitendiskurses in den politischen und auch öffentlichen Diskurs Eingang hielt. Eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber der Thematik in der Politik – die mit dem Willen zu Austausch und Gespräch bis hin zur Schaffung entsprechender Ämter verbunden ist – scheint für die Möglichkeit

zur Einflussnahme über den lokalen/regionalen Bereich hinaus jedoch vielfach unabdingbar. Dass die Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gruppen auch in Instrumentalisierung umschlagen können, zeigt der Fall der ukrainischen Veteranenverbände. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Aufarbeitung ist in allen betrachteten Ländern somit die Herausforderung gemein, dass ein Ausgleich zwischen Forderungen nach staatlichen Interventionen, beispielsweise im Sinne einer Lustrationsgesetzgebung oder einer gesamtstaatlichen Regelung zur Archivöffnung, und eigenständigen Aktivitäten gefunden werden muss.

Ein Engagement von breiten Teilen der Bevölkerung für das Thema ist gegenwärtig in keinem der betrachteten Länder gegeben. Die Einstellungen variieren zwischen Überdruß an politischen Querelen zur Thematik in Polen, einer steten gewissen Gleichgültigkeit in Rumänien und lediglich punktueller Aktivität in der Ukraine. Inwiefern die rumänische und ukrainische Bevölkerung vom (auch zivilgesellschaftlichen) Angebot zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit Gebrauch machen wird, steht noch offen. Die polnische Bevölkerung verurteilt hingegen vehement die starke Politisierung der Thematik, die in der öffentlichen Debatte von immer wieder neuen skandalösen Enthüllungen und Anklagen dominiert wird. Unabhängige Organisationen wie die Stiftung *Zentrum Karta* könnten hier Alternativen aufzeigen. Inwiefern derartige Aktivitäten der Zivilgesellschaft in Polen, Rumänien oder der Ukraine in der breiten Bevölkerung langfristige Wirkungen entfalten können, bleibt angesichts der beschriebenen Dominanz der staatlichen Sphäre und der Skepsis bzw. dem Desinteresse in der Bevölkerung jedoch fraglich.

Резюме

Можливості суспільного опрацювання комуністичного минулого у Польщі, Румунії та Україні

Карола Зьоллер

Перед країнами Східної Європи вже близько 20 років стоїть потреба правильних дій щодо спадщиною комуністичного періоду. У наявній статті проводиться порівняльний аналіз трьох вибраних країн – Польщі, Румунії та України. При цьому досліджуються питання ролі дійових осіб, які були задіяні із моменту зміни системи у сфері «опрацювання» та можливості громадських суспільних угруповань досягнути успіху у частій політичній боротьбі населення із байдужістю розглянутої тематики, як фактора динаміки та інноваційного значення.

Опрацювання комуністичного минулого у розглянутих країнах знаходиться на чітко різноманітному рівні, однак постійно відображається у напружених чи кооперуючих відносинах у політиці, громадянському суспільстві та населенні. Політична сфера займається при цьому активною історичною політикою, яка в залежності від моменту та політичної

більшості активно чи менш охоплюючи намагається уникнути сутички із минулим. Інституційні форми опрацювання є наявними в усіх трьох розглянутих країнах, при чому не можливо виключити звичайного існування установи із визнаними державою компетенціями не охоплюючої діяльності та дійсної політичної волі. Вплив громадянських суспільних угруповань як фактор динаміки та інноватики є принципово можливим в усіх трьох розглянутих країнах, навіть якщо він частково обмежений. Зокрема, особисті переплетіння привели до того, що наявність громадянського суспільного сектору може мати доступ до політики. Принципова зацікавленість по відношенню до тематики політичної сфери, пов'язана із прагненням до обміну, спілкування та створення відповідних відомств, здається не обов'язковою для можливості впливу на регіональну сферу. Зацікавленість більшої частини населення темою не є присутньою на сьогоднішній день у жодній із розглянутих країн. Таким чином виникає питання, в якій мірі можуть бути розроблені дії з приводу створення громадянського суспільства у сфері опрацювання минулого в Польщі, Румунії та Україні серед ширших верств населення з метою тривалого впливу.

Zivilgesellschaft als staatliche Veranstaltung?

Nichtregierungsorganisationen in Belarus

Daniel Stähle

In den deutschen, aber auch internationalen Medien wird Belarus oftmals mit Etiketten versehen wie „die letzte Diktatur Europas“, „das Kuba im Neuen Europa“, „weißer Fleck an der EU Außengrenze“, „an Outpost of Tyranny“¹ oder „terra incognita“². Was sich hinter diesen Bezeichnungen oder Beinamen verbirgt, wurde in der Vergangenheit oftmals vernachlässigt. Erst mit den „bunten Revolutionen“ in Osteuropa und Zentralasien und den Protesten in Minsk im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von 2006 rückte Belarus und die Frage nach einer möglichen Demokratisierung des Landes wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit. Dabei wurde in der Debatte um einen nachhaltigen Ansatz der externen Demokratieförderung die belarussische Zivilgesellschaft als der wichtigste Akteur hervorgehoben.³

Allerdings existieren im heutigen Belarus konkurrierende und unterschiedliche Vorstellungen von Zivilgesellschaft. Die gegenwärtigen Machthaber um Präsident Aljaksandr Lukašënka verfolgen den Ansatz einer systemloyalen, staatlich gelenkten Zivilgesellschaft, was an das Vorbild des russischen Zarenreiches und der Sowjetunion anknüpft. Alle staatlich unabhängigen Initiativen gesellschaftlichen Handelns sollen im Keim erstickt bzw. durch Repressionen innerhalb und außerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens verhindert werden.⁴ Auf der anderen Seite stehen hartnäckig agierende Organisationen in einer „polaren, antistaatlichen Haltung“⁵, die legal oder im Untergrund versuchen, ihre Interessen durchzusetzen und eher dem Modell einer pluralistischen, staatlich unabhängigen Zivilgesellschaft gerecht werden.

Ziel dieses Beitrages ist es, die gegenwärtige Situation der belarussischen Zivilgesellschaft zu analysieren und der Frage nachzugehen, wie und inwieweit es den belarussischen Machthabern in den letzten Jahren gelungen ist, die Zivilgesellschaft unter ihre Kontrolle zu bringen. Außerdem soll untersucht werden inwiefern noch eine Zivilgesellschaft vorhanden ist, die ihre Aufgabe als solche in einem möglichen Demokratisierungsprozess des Landes erfüllen könnte.

„Der Begriff Zivilgesellschaft gilt [...] als Allzweckwaffe im wissenschaftlichen, politischen und journalistischen Tagesgeschäft. Für manche Wissenschaftler bietet er sich an um komplexe Gesellschaftsabläufe zu analysie-

¹ DAVID MARPLES: *The Lukashenka Phenomenon. Elections, Propaganda, and the Foundations of Political Authority in Belarus*. Trondheim 2007 (Trondheim Studies on East European Cultures & Society, 21), S. 5.

² NATALIA LESHCHENKO: *The National Ideology and the Basis of the Lukashenka Regime in Belarus*, in: *Europe-Asia Studies* 60 (2008), 8, S. 1419-1433, hier S. 1419.

³ Vgl. INGO PETZ: *Aufbruch durch Musik. Kulturelle Gegenelite in Belarus*, in: *Osteuropa* 57 (2007), 1, S. 49-55, hier S. 49 und HANS-GEORG WIECK: *Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus*, in: *Osteuropa* 56 (2006), 9, S. 57-72, hier S. 64.

⁴ Vgl. JURY ČAVUSAU: *Belarus' Civic Sector*, in: *Hopes, Illusions, Perspectives. Belarusian Society 2007*, hrsg. von East European Democratic Centre, Warschau, Minsk 2007, S. 6-15, hier S. 6.

⁵ ASTRID SAHM: *Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung*, in: *Osteuropa* 54 (2004), 2, S. 96-110, hier S. 97.

ren [...] für andere ist er ein schwarzes Loch“.⁶ Um die von J. SCHMIDT – nicht zu unrecht – vorgebrachte Kritik an der oftmals wenig konkreten Deutung und inflationären Verwendung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ zu berücksichtigen, wird im Rahmen dieser Arbeit die belarussische Zivilgesellschaft anhand der Entwicklung, den Arbeitsbedingungen und den Einflussmöglichkeiten der belarussischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) dargestellt.

Die Entwicklung des Dritten Sektors in Belarus

Mitte der achtziger Jahre formierte sich in der belarussischen Gesellschaft Widerstand gegen die sowjetischen Machthaber. Auslöser hierfür waren die Reaktorkatastrophe von Černobyl' 1986 und die Entdeckung der Massengräber von Kurapaty an der Minsker Stadtgrenze. Die beiden Ereignisse riefen in weiten Teilen der Bevölkerung den Wunsch nach Veränderung hervor. Es bildeten sich erste Organisationen, die sich um Aufklärung bemühten. Durch die politischen Freiheiten in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit 1991 wuchs die Zahl der belarussischen NROs zwischen 1990 und 1995 von 24 auf beinahe 1.000 an.⁷ Des Weiteren differenzierte sich der Sektor aus. Während zu Beginn beinahe nur Bewegungen existierten, die sich für Unabhängigkeit und Demokratisierung einsetzten, war nun eine Entpolitisierung des Sektors zu beobachten, die eher dem Modell einer pluralistischen Gesellschaft entsprach.⁸

Die mit der Wahl Aljasandr Lukašėnkas 1994 einsetzende schleichende Autokratisierung des Landes sorgte dafür, dass die vorhandenen NROs ihre klassischen Funktionen immer schwerer ausüben konnten und eine erneute Politisierung des dritten Sektors zu beobachten war. Vorhandene und auch neugegründete NROs fanden sich zusehends in einer prodemokratischen Bewegung zusammen.⁹ Dennoch wuchs die Anzahl der registrierten Organisationen bis 1998 auf 2.191 an, was unter anderem auf verstärkte Bemühungen ausländischer Geldgeber zurückzuführen war.¹⁰

Doch die unabhängigen NROs waren dem Staatsapparat zunehmend ein Dorn im Auge. Im Jahre 1999 mussten sich die vorhandenen Organisationen unter einer neuen und strengeren Gesetzgebung neu registrieren lassen, was zur Folge hatte, dass die Zahl der registrierten NROs um beinahe 40 Prozent sank. Des Weiteren mussten sie von nun an jede Spende eines ausländischen Geldgebers offenlegen und aufwendig genehmigen lassen.¹¹ Dennoch konnten zu dieser Zeit die meisten registrierten Gruppierungen noch ohne größere Einschränkungen ihrer Arbeit nachgehen.

⁶ JURGEN SCHMIDT: *Zivilgesellschaft - Bürgerliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart*, Hamburg 2007, S. 11.

⁷ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 6.

⁸ Vgl. ebenda, S.6.

⁹ Vgl. SAHM (wie Anm. 5), S. 102.

¹⁰ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 7.

¹¹ Vgl. SAHM (wie Anm. 5), S. 102.

Erst mit den Präsidentschaftswahlen von 2001, als sich ein Großteil der NROs im Wahlkampf für die oppositionellen Kandidaten und als unabhängige Wahlbeobachter engagierte, kam es zur Konfrontation mit den Machthabern. Nach den Wahlen begann die Staatsmacht massiv innerhalb und außerhalb der bestehenden Gesetzgebung gegen den dritten Sektor vorzugehen. In den folgenden Jahren bis 2005 wurden ca. 400 NROs offiziell geschlossen. Zahlreiche Organisationen konnten nur noch illegal ihre Arbeit fortsetzen, darunter waren hauptsächlich Jugend- und Menschenrechtorganisationen, aber auch Gruppierungen, die sich für soziale und kulturelle Belange einsetzten. Klagen gegen dieses Vorgehen wurden allesamt abgewiesen.¹² Auch die Gesetze zur Registrierung (2003) und Finanzierung (2001) wurden erneut verschärft. Seit 2004 ist eine Kriminalisierung des dritten Sektors festzustellen. Die Mitgliedschaft in einer nichtregistrierten Vereinigung wird von nun an mit einer Geldstrafe oder 15 Tagen Arrest geahndet.¹³ Nach J. ČAVUSAU vollzieht sich die Intensität des Vorgehens gegen die unabhängigen NROs in den letzten Jahren im immer gleichen Rhythmus:

„The level of persecution changed during various periods – it was usually higher before big political campaigns [...]. Authorities used lawsuits and various legal pretexts to close down NGOs [...]. During the second phase, which included the political campaign, the authorities resorted methods that were not based on legal decisions. They intimidated NGOs by searching their offices, seizing computers, equipment, leaflets and newspapers, and arresting and jailing civic activists. [...] When the political campaign was over, the authorities took revenge on the most active opposition players by victimizing activist and closing [active] organisation.“¹⁴

So verlagerten sich die Aktivitäten vieler Gruppierungen zunehmend in den Untergrund. Die Auswirkungen zeigten sich bei den Präsidentschaftswahlen 2006. Im Gegensatz zu 2001 hatte der dritte Sektor seine Wirkungsfähigkeit eingebüßt und war kaum noch in der Lage, landesweite Kampagnen durchzuführen.¹⁵

Arbeitsbedingungen der unabhängigen Nichtregierungsorganisationen

Nach wie vor existieren in Belarus einige NROs, die relativ ruhig und ohne große Einschränkungen ihrer Arbeit nachgehen können. Andere sind massiven Repressionen ausgesetzt. Inwiefern eine Gruppierung und ihre Mitglieder den staatlichen Verfolgungsmaßnahmen unterliegen, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Generell gilt es die Frage zu beantworten, ob zwischen der Tätigkeit der NRO und der Staatsmacht ein Interessenskonflikt besteht, was oftmals vom tagespolitischen Geschehen abhängig ist. Des Weiteren sind der Bekanntheits-

¹² Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 9.

¹³ Vgl. ebenda, S. 7.

¹⁴ Ebenda, S. 8.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 13.

grad und die Vernetzung der Organisation im Ausland von Bedeutung. Ein weiterer Faktor ist die Intensität und die Möglichkeit, mit der die NRO ihre Ziele in der belarussischen Gesellschaft propagieren kann und wie viele Menschen erreicht werden können. Da der erste Faktor am bedeutsamsten ist, soll diesbezüglich ein Beispiel angeführt werden: Über viele Jahre konnten die meisten belarussischen Umweltorganisationen und NROs, die sich mit dem „Erbe“ von Černobyl¹⁶ beschäftigten, relativ unbehelligt agieren. Als im Jahre 2007 der Bau eines belarussischen Atommeilers angekündigt wurde und die Vereinigungen ihre Kritik äußerten, gerieten sie jedoch in den Fokus von Repressionen. Dies zeigte sich unter anderem am Ausreiseverbot, das für die Reisegruppen der Organisation „Kinder von Tschernobyl“ ausgesprochen wurde.¹⁶

Im Folgenden sollen die Arbeitsbedingungen und Probleme der NROs dargestellt werden, wobei die Intensität des Vorgehens von staatlicher Seite von den genannten Faktoren abhängig ist. Vor allem die aktuelle Gesetzgebung zur Registrierung und Finanzierung der Gruppierungen stellt ein großes Hindernis für die Organisationen dar. Für eine neugegründete NRO ist es beinahe unmöglich eine Registrierung zu erhalten, da der Großteil der Anträge abgelehnt wird. Nur für „staatliche Organisationen“ bzw. Vereine, die im Sportbereich tätig sind, stellt sich die Situation anders dar. Die gesetzlichen Vorgaben verlangen von allen NROs große Transparenz und bringen einen beträchtlichen administrativen Aufwand mit sich. Auch die Finanzierung erweist sich als äußerst problematisch, da es für die meisten „nicht staatlichen“ Vereinigungen außer Frage steht, finanzielle Mittel innerhalb des Landes zu akquirieren. Somit sind sie auf ausländische Förderung angewiesen, was aufgrund einer verschärften Gesetzgebung legal beinahe unmöglich geworden ist. So wurden die Strafen für illegale Finanzierung aus dem Ausland erheblich verschärft. Eine illegal finanzierte NRO hat mit sofortiger Auflösung zu rechnen und Ausländer, die an einer Finanzierung beteiligt sind, werden umgehend ausgewiesen.¹⁷

Die bestehenden NROs leiden alle unter einer stark eingeschränkten Informationsverbreitung und können ihre Interessen nur ungenügend artikulieren. Sie haben keinen Zugang zu den kontrollierten staatlichen Massenmedien und auch andere Möglichkeiten, die Bevölkerung zu erreichen, sind stark begrenzt. Durch negative staatliche Berichterstattung sind sie in der Öffentlichkeit diskreditiert, so dass ein tiefer Graben zwischen ihnen und der Bevölkerung zu beobachten ist. Dies erschwert es den Organisationen, neue Mitglieder zu gewinnen. Vor allem die Mitglieder aktiver „pro-demokratischer“ oder politischer NROs sind zudem der Beobachtung durch den Staatssicherheitsdienst ausgesetzt und leben in ständiger Angst und Unsicherheit, den Arbeits- bzw. Studienplatz zu verlieren oder inhaftiert zu werden.¹⁸

¹⁶ Vgl. O.A.: Kinder als Geiseln, unter: <http://www.belarusnews.de/2008/12/07/kinder-als-geiseln-schluss-mit-tschernobyl/> (letzter Zugriff: 24.01.2010).

¹⁷ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 10.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 9ff.

Durch die Verabschiedung mehrerer Gesetze im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2006 erweiterte die Staatsmacht ihren Handlungsspielraum, um die Aktivitäten der NROs weiter einzuschränken. So kann die Mitgliedschaft in einer nichtregistrierten bzw. verbotenen Vereinigung mit einer Geldstrafe oder einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren belegt werden.¹⁹

Die Diskreditierung des belarussischen Staates sowie ein öffentlicher Aufruf zu Massenunruhen oder einem Staatsstreich können einen Arrest von sechs Monaten bzw. eine Gefängnisstrafe von drei Jahren nach sich ziehen.²⁰ Da der Gesetzgeber eine genaue Definition dessen schuldig bleibt, was unter Massenunruhen bzw. Diskreditierung zu verstehen ist, ist eine beliebige Verurteilung im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich.²¹

Zivilgesellschaft als staatliche Veranstaltung? - Lukašénkas Verständnis von Zivilgesellschaft

Die Tendenz, die Zivilgesellschaft zu verstaatlichen, setzte 2001 nach den Präsidentschaftswahlen ein und verlief parallel zu den staatlichen Repressionen gegen den dritten Sektor. Im September 2002 legte Präsident Aljaksandr Lukašénka bei einem öffentlichen Auftritt seine Vorstellungen dar, wie sich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zukünftig gestalten sollte. Demnach sollen Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Sowjets die tragenden drei Säulen der Staatsmacht bilden²², womit er offen an die Vorstellung von Zivilgesellschaft als staatlicher Veranstaltung anknüpft. In den vergangenen Jahren ist es der belarussischen Staatsmacht bereits gelungen, ein weitreichendes Netz von Organisationen in unzähligen Tätigkeitsfeldern zu schaffen, die direkt oder indirekt unter staatlichem Einfluss stehen, auf den ersten Blick jedoch nicht als staatlich gelenkt zu erkennen sind.²³ Viele der Organisationen werden offen oder über Umwege staatlich finanziert. Während zahlreiche dieser Organisationen neugegründet wurden, gibt es andere, deren „Wohllöben“ durch Zwang und die Androhung einer Schließung erreicht wurde.

Im Allgemeinen lassen sich nach P. USAU vier verschiedene Strategien erkennen, mittels derer die belarussischen Machthaber versuchen, den dritten Sektor zu verstaatlichen und die unabhängigen NROs unter ihre Kontrolle zu bringen.²⁴ Die erste Strategie ist die Substitution: Mit der Schließung einer unabhängigen NRO erfolgt die Etablierung einer vom Staat kontrollierten Initiative. Als zweite Vorgehensweise wäre die staatliche Übernahme durch die Installation von regime-loyalen Führungspersonen zu nennen. Das „Wohllöben“ der Organisation kann hier jedoch auch durch eine angedrohte

¹⁹ Art. 193-1 Ugoľovnyj Kodeks Rėspubliki Belaruss' [Strafgesetzbuch der Republik Belarus], Minsk 2008.

²⁰ Art. 361 Ugoľovnyj Kodeks Rėspubliki Belaruss' [Strafgesetzbuch der Republik Belarus], Minsk 2008.

²¹ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 13.

²² Vgl. SAHM (wie Anm. 5), S. 103.

²³ Vgl. PAVAL USAU: Pro-government Associations in Belarus, in: Hopes, Illusions, Perspectives. Belarusian Society 2007, hrsg. von East European Democratic Centre, Warschau, Minsk 2007, S. 16-19, hier S. 16.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 17ff.

Schließung oder durch das Angebot zur Förderung gewonnen werden. Die dritte Herangehensweise ist die Gründung einer pro-staatlichen Konkurrenzorganisation, die durch staatliche Finanzierung ihren Mitgliedern größere Vorteile bieten kann, als dies bei unabhängigen NROs der Fall ist. Die vierte und erfolgreichste Strategie der Verstaatlichung ist die Neugründung von Dachorganisationen, die verschiedene regionale Vereinigungen aus einem bestimmten Tätigkeitsfeld zusammenschließen und auf diese einwirken.

Begleitet wurde die Verstaatlichung der Zivilgesellschaft mit der Einführung einer offiziellen Staatsideologie, die in Schulen, Universitäten und staatlichen Einrichtungen und Unternehmen gelehrt wird. In der Verbreitung der Staatsideologie kommt den staatlichen Organisationen eine zentrale Rolle zu. Sie wirken im Rahmen ihrer Veranstaltungen oder bei Fortbildungen auf ihre Mitglieder ein oder kontrollieren diese zumindest. Des Weiteren ordnen sie ihre Ziele resolut den Interessen der Staatsmacht unter und betreiben einen indirekten Personenkult um Präsident Lukašenka. Dem belarussischen Staat ist es in den letzten Jahren so gelungen eine einflussreiche „Government-controlled quasi-civic society“²⁵ zu schaffen. Im Folgenden soll eine der bedeutendsten staatlichen Organisationen – die *Belarussische Republikanische Vereinigung der Jugendlichen* – exemplarisch dargestellt werden.

Fallbeispiel: Belorusskij Respublikanskij Sojuz Molodeži (BRSM)

Die *Belorusskij respublikanskij sojuz molodeži* (BRSM) wurde im Jahr 2002 auf Initiative des Präsidenten Lukašenka als Rechtsnachfolger des *Komsomol* gegründet. Offiziell hat sich BRSM das Ziel gesetzt, die belarussischen Jugendlichen zu unterstützen und ihr Potential auszuschöpfen, um zur Entwicklung einer belarussischen Zivilgesellschaft beizutragen, die auf den Werten von Patriotismus und Gleichheit beruht. BRSM steht allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von vierzehn bis einunddreißig Jahren offen.²⁶ Im Jahre 2006 hatte die Organisation 355.000 und die Partnerorganisation für Schulkinder *Belorusskaja Respublikanskaja Pionerskaja Organizacija* (BRPO) über 482.000 Mitglieder.²⁷ BRSM ist nicht nur in Bildungseinrichtungen, sondern auch in öffentlichen Einrichtungen und Staatsunternehmen vertreten. Finanziert wird die Organisation vom belarussischen Bildungsministerium und aus dem Präsidenten-Fonds. Die Tätigkeit von BRSM umfasst die Organisation von Seminaren und Exkursionen zur Geschichte und politischen Bildung, die Durchführung von Sportwettkämpfen und kulturellen Veranstaltungen sowie das Ableisten von gemeinnütziger Arbeit. Des Weiteren ist BRSM bei Paraden und anderen offiziellen Anlässen vertreten, gibt verschiedene Zeitungen und Journale für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene heraus, betreibt den Radiosender *Pilot FM* und bietet über eine

²⁵ ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 10.

²⁶ Vgl. O.A.: „O nas“ [Über uns], unter: <http://www.brs.m.by/ru/about/> (letzter Zugriff: 29.11.2009).

²⁷ Vgl. USAU (wie Anm. 23), S. 17.

Reiseagentur vergünstigte Urlaubsreisen an.²⁸ BRSM verfügt über eine straffe, landesweite Struktur. Auf jeder Ebene ist die Zusammenarbeit mit den jeweiligen staatlichen Organen geregelt.²⁹ Die gesamte Tätigkeit der Organisation ist der Ideologie des belarussischen Staates untergeordnet, wobei BRSM unter ihrer Bestimmung nicht nur die Verbreitung, sondern vor allem die Realisierung der Ideologie versteht. Alle Führungsmitglieder sind somit verpflichtet, ein Seminar zur Ideologie des belarussischen Staates und zur Jugendpolitik an der Akademie für Verwaltungswissenschaften des Präsidenten der Republik Belarus zu besuchen.³⁰

Neben der „Indoktrinierung“ erfüllt die Organisation noch eine Kontrollfunktion. BRSM agiert landesweit auch als Dachverband und soll damit jegliche zivilgesellschaftliche Aktivität von Heranwachsenden kontrollieren.³¹ Dahinter steht der Versuch, Andersdenkende, die nicht „empfindlich“ für die Vorgaben des Staates sind, zumindest unter Kontrolle zu halten. So ist BRSM Ansprechpartner für andere Organisationen, bietet ihnen Hilfe bei der Finanzierung ihrer Aktivitäten oder Weiterbildungen an und tritt als Schirmherr für Veranstaltungen auf. Das „wohlwollende“ Angebot bringt vor allem in den Regionen einen latenten Zwang mit sich, da beispielsweise Räume ohne eine örtliche Schirmherrschaft des BRSM nicht angemietet werden können.

Mit den Mitgliedern oder potentiellen Mitgliedern wird nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche verfahren. Sie erhalten Ermäßigungen auf Waren und Dienstleistungen, freien Eintritt zu Kulturveranstaltungen, bevorzugte Behandlung beispielsweise bei der Vergabe von Studienplätzen und Stipendien oder bei der Zuteilung von staatlichen Wohnheimplätzen. Schüler und Studenten werden von ihren Lehrern bzw. Dozenten massiv unter Druck gesetzt, der Vereinigung beizutreten. Eine Mitgliedschaft ist zudem karriereförderlich, während eine Nichtmitgliedschaft im staatlichen Sektor bzw. bei staatlichen Unternehmen verschlechterte Karrierebedingungen nach sich ziehen kann.³²

Mit der Gründung von BRSM ist es den belarussischen Machthabern gelungen, ein Instrument zu schaffen, das beinahe jegliche zivilgesellschaftliche Aktivität von Jugendlichen in ihrem Sinne lenkt und jegliche unabhängige zivilgesellschaftliche Initiative im Keim erstickt.

Überblick: Zivilgesellschaft als demokratisches Ghetto?

Die belarussischen Machthaber haben in den letzten Jahren die Zivilgesellschaft verstärkt unter ihre Kontrolle gebracht. Nach den Präsidenten-

²⁸ Vgl. O.A.: „O nas“ [Über uns], unter: <http://www.brsn.by/ru/about/sni> (letzter Zugriff: 29.11.2009).

²⁹ Vgl. O.A.: „O nas“ [Über uns], unter: <http://www.brsn.by/ru/about/structure> (letzter Zugriff: 29.11.2009).

³⁰ Gespräch mit Julia Celenkevič, erste Sekretärin des Minsker Stadtkomitees von BRSM, im Rahmen des Minsk Forums „Belarus und die Östliche Partnerschaft: Perspektiven für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ vom 4. bis 6. November 2009 in Minsk, Belarus.

³¹ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 11.

³² Vgl. O.A.: „Nekotorye svedenija o BRSM“ [Einige Informationen über den BRSM], Homepage der Initiative „Dritter Weg“, unter: <http://www.3dway.org/node/6672> (letzter Zugriff: 30.11.2009).

schaftswahlen 2001 ging der Staat innerhalb und außerhalb des bestehenden Rechts massiv gegen unabhängige und kritische NROs vor, wodurch viele Organisationen ihre ursprüngliche Wirkungsfähigkeit eingebüßt haben. Dennoch existieren weiterhin einige NROs, die den Machthabern trotzen. Auf der anderen Seite gelang es dem Staatsapparat, eine „künstliche“ staatlich gelenkte „Zivilgesellschaft“ zu formen, die nur dem ersten Anschein nach den Eindruck eines pluralistischen selbstbestimmten Charakters vermittelt. Die entstandenen Strukturen dienen der Stabilisierung und Legitimierung des bestehenden Herrschaftssystems.

Nach Informationen des belarussischen Justizministeriums waren Anfang 2009 2221 NROs offiziell registriert.³³ Im Vergleich zu 2004 mit 2214 offiziell registrierten NROs hat sich die Anzahl nur marginal verändert.³⁴ Die unabhängige Vereinigung der belarussischen pro-demokratischen NROs hingegen geht von bis zu 4000 Organisationen aus, wobei beinahe die Hälfte ohne staatliche Registrierung ihrer Arbeit nachgeht.³⁵ Auch wenn A. SAHM den belarussischen NRO-Sektor im Vergleich zu den Nachbarländern Russland und Ukraine als überraschend stark einstuft³⁶, gilt es doch zu bedenken, dass nach Angaben der Vereinigung der pro-demokratischen NROs ca. 900 der offiziell registrierten NROs staatlich kontrolliert werden³⁷. Überdies sind die staatlich kontrollierten Organisationen erstaunlich mitgliederstark und einflussreich. Auch die regionale Verteilung der NROs ist negativ zu bewerten, da beinahe die Hälfte aller offiziell registrierten belarussischen NROs in Minsk tätig sind und vor allem in den ländlichen Gebieten des Landes zivilgesellschaftliches Engagement noch keinen Einzug gehalten hat.³⁸ Ein negatives Bild zeichnet auch die öffentliche Wahrnehmung der NRO-Tätigkeit. In einer repräsentativen Umfrage der Westminster Foundation for Democracy im Jahre 2005 gaben 69,4% der befragten Belarussen an, noch nie etwas von der Tätigkeit einer NRO in ihrem Umfeld gehört zu haben und nur 9,1% hatten sich in den letzten zwölf Monaten in einer NRO engagiert.³⁹

Dies zeigt deutlich, dass die staatlich unabhängigen NROs sich in ihrer Tätigkeit weit von der Bevölkerung entfernt haben und von dieser kaum wahrgenommen werden. Sie wurden von den Machthabern in eine unbedeutende Nische gedrängt, so dass es ihnen kaum gelingt ihre Interessen angemessen zu propagieren. J. ČAVUSAU spricht diesbezüglich von der Existenz eines „democratic ghetto“⁴⁰. Die von den Machthabern durch Repression und staatlich

³³ Homepage des Justizministeriums der Republik Belarus, unter: http://www.minjust.by/ru/site_menu/news?id=289 (letzter Zugriff: 18.02.2009).

³⁴ Vgl. USAU (wie Anm. 23), S. 16.

³⁵ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 15.

³⁶ Vgl. SAHM (wie Anm. 5), S. 106.

³⁷ Vgl. ANDREJ KUSIELČUK: Mächtig oder machtlos? – Zivilgesellschaft in Belarus. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Belarus zwischen EU und Russland“ vom 15.-17.09.06 in der Evangelischen Akademie, Wittenberg.

³⁸ Vgl. SAHM, (wie Anm. 5), S. 107.

³⁹ Vgl. ČAVUSAU (wie Anm. 4), S. 14.

⁴⁰ Ebenda, S. 14.

kontrollierte Massenmedien auferlegte Isolation der staatlich unabhängigen NROs hat dazu geführt, dass viele Organisationen den Kontakt zur Bevölkerung und deren Problemen verloren haben und sich nur ungenügend an deren Bedürfnissen orientieren. Diese Tendenz wird auch dadurch verstärkt, dass vor allem die „pro-demokratischen“ politischen NROs stark auf ausländische Förderung angewiesen sind. So hängt das Schicksal der NROs nicht von der Anerkennung der Bevölkerung, sondern von den Geldgebern ab.⁴¹

Ausblick: Tauwetterphase und Wege aus dem Ghetto

Die Tendenz einer Verstaatlichung des dritten Sektors wird sich voraussichtlich in Zukunft noch verstärken. Allerdings wird der belarussische Staat vermutlich nicht mit weiteren Repressionen gegen unabhängige NROs vorgehen, sondern wird versuchen, alternatives zivilgesellschaftliches Engagement in seiner Entwicklung zu unterbinden. Dies ist mit der gegenwärtigen verhaltenen „Tauwetterphase“ in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den belarussischen Machthabern zu erklären. In den vergangenen Jahren erfüllte die belarussische Seite einige Forderungen der EU, die diese als Grundlage für die Aufnahme von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gestellt hatte.⁴² So wurden politische Gefangene entlassen, zwei oppositionelle Zeitungen zum Verkauf zugelassen, eine weitreichende Privatisierung und der Rückzug aus dem Wirtschaftssektor angekündigt und vorbereitet sowie der Dialog mit der EU aufgenommen. Im Gegenzug reagierte die EU mit der Aussetzung der Visa-Sanktionen gegen hohe belarussische Beamte und den Präsidenten, Belarus wurde von Seiten des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Kredit zur Überbrückung der wirtschaftlichen Krise eingeräumt und das Land wurde in die *Initiative Östliche Partnerschaft* der EU aufgenommen.

Diese verhaltene Annäherung hat zur Folge, dass die belarussischen Machthaber den Schein eines Demokratisierungsprozesses wahren müssen, um weitere Zugeständnisse zu erlangen. Allerdings ist es abwegig zu glauben, dass sie den gewonnenen Einfluss auf die belarussische Gesellschaft aufgeben werden. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Kontrolle auf einer Ebene abspielen wird, auf die ausländische Beobachter nur begrenzt Einblick haben und an welcher sie nur schwer Kritik formulieren können. Am Konzept einer Zivilgesellschaft als staatlicher Veranstaltung wird das Regime jedoch festhalten.

Für die vorhandenen unabhängigen NROs ergibt sich aus der gegenwärtigen politischen Situation ein zwar immer noch stark eingeschränkter, aber im Vergleich zu den letzten Jahren erweiterter Handlungsspielraum.

⁴¹ Vgl. BJÖRN KUNTER: Belarus: Do No Harm. Forderungen an externe Demokratieförderung, in: Osteuropa 57 (2007), 1, S. 35-48, hier S. 35ff.

⁴² Vgl. ANDREJ ALEXANDROWITSCH: Belarussisches Solo in Europa, in: Belarus – Perspektiven 38 (Herbst 2007), S. 2.

Inwieweit dieser genutzt werden kann, um Wege aus der Isolation zu finden, ist noch zweifelhaft. Aus vielen Analysen geht hervor, dass eine stärkere Diversifizierung der Projekte, eine größere Offenheit für die aktuellen Probleme der Bevölkerung und ein deutlicherer Fokus auf die Arbeit in den Regionen nötig sind.⁴³ Teilweise wurden diese Forderungen bereits umgesetzt. So führt die belarussische nichtregistrierte NRO *Dritter Weg* seit dem vergangenen Jahr Diskussionsklubs in zahlreichen kleineren belarussischen Städten durch.⁴⁴ Es gibt zudem viele kleine NROs, die sich beispielsweise mit Verbraucherrechten oder den Rechten von Studenten beschäftigen, lokale Missstände aufgreifen und mittels dieser Aktivitäten durchaus von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Auf diese Weise könnte der staatlich unabhängige dritte Sektor langfristig gesehen die zentrale Rolle ausfüllen, die sich viele von ihm in einem Demokratisierungsprozess in Belarus erhoffen.

Резюме

Громадянське суспільство як державна організація?

Недержавні організації у Білорусії

Даніель Штеле

Білоруському керівництву вдалося останніми роками закріпити громадянське суспільство у країні та підпорядкувати його своєму контролю. Після президентських виборів у 2001 році держава прийняла масові заходи проти незалежних та критичних недержавних організацій. Багато організацій втратили свої прадавні важелі впливу. Не зважаючи на це, існують ще деякі недержавні організації, які виконують свою роботу за важких умов та намагаються наполягати на власних інтересах. Через державні репресії ці організації все таки мало не витіснені у нішу, яка не має вагомого значення, оскільки вони мало сприймаються населенням.

Режиму Олександра Лукашенко вдалося у протидії сформувати «штучне», кероване державою «громадянське суспільство», яке із першого зовнішнього вигляду проявляє плюралістичний самосвідомий характер. Фінансовані державою, здебільшого наповнені великою чисельністю, впливові організації, такі, наприклад, як БРСМ, рішуче підпорядковують мету своєї діяльності державній владі та дбають про непрямий культ особистості президента. Структури, які виникли, служать стабілізації та легітимності збереженої системи панування.

Не зважаючи на негативну наявність сприйняття громадянського розвитку у Білорусії, впродовж останніх років недержавним організаціям відкрився новий простір для гри через зовнішню політичну зміну правління білоруського керівництва та через стримане наближення до

⁴³ Vgl. KUNTER (wie Anm. 41), S. 46.

⁴⁴ Homepage der Initiative *Dritter Weg*, unter: www.3rdway.org (letzter Zugriff: 22.01.2010).

Європейського Союзу. Для того, щоб досягнути подальших визнань з боку Євросоюзу чи інших міжнародних організацій, білоруське керівництво повинно зберігати вигляд демократії та, по-можливості, уникати сильних репресій, спрямованих на незалежні недержавні організації.

Тим не менше, здається помилковим вважати, що сучасне керівництво відмовиться від отриманого впливу на білоруське суспільство. Таким чином контроль буде проходити по-можливості на тому рівні, на якому іноземні спостерігачі будуть мати лише обмежений доступ для знайомства. У концепції громадянського суспільства, як державної організації, режим буде залишатися збереженим і далі намагатися перешкоджати кожній незалежній суспільній ініціативі ще на момент її виникнення.

Erinnerungskultur in Belarus am Beispiel des Großen Vaterländischen Krieges

Hanna Stähle

Die Erinnerungskultur in Belarus steht heute unter einem starken Einfluss der sowjetischen Historiographie. Nach einer kurzen Phase der „nationalen Euphorie“¹ und der versuchten Liberalisierung und Demokratisierung des Landes erfolgte Mitte der 1990er Jahre unter Präsident Aljaksandr Lukašënka ein Rückgriff auf die sowjetischen Traditionen. Die alternativen Interpretationen der belarussischen Geschichte wurden in den Hintergrund gedrängt.²

Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg, der immer noch als Großer Vaterländischer Krieg bezeichnet wird, ist dabei von großer Bedeutung. Die alten sowjetisch inspirierten Mythen vom Volkskrieg und von der Partisanenbewegung werden nicht nur wiederbelebt, sondern auch mit neuen Inhalten gefüllt und als Bausteine für das Fundament des unabhängigen belarussischen Staates herangezogen. Die Gründe für diese Entwicklung lassen sich nicht nur in der gegenwärtigen Politik des Regimes wieder finden. Es kann unter anderem von einem geschichtlichen Erbe gesprochen werden, welches in großen Teilen der Bevölkerung tief verwurzelt ist und welches sich in den Äußerungen der gegenwärtigen Machthaber widerspiegelt.

Erinnerungskultur wird im Folgenden nach Günther Hockerts als „lockerer Sammelbegriff für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit“ verstanden.³ In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Erinnerungskultur von Geschichtskultur zu unterscheiden. Während die Geschichtskultur zumindest zu Teilen auf kritischer Quellenanalyse und Forschungsergebnissen der Geschichtswissenschaft beruht, ist die Erinnerungskultur dagegen weitgehend resistent.⁴ Die öffentliche Erinnerungskultur orientiert sich vielmehr an Wertideen, welche die aktuelle politische Kultur prägen.⁵ In jeder Gesellschaft bestehen mehrere Erinnerungsgemeinschaften nebeneinander, die häufig verschiedene Interpretationen des Vergangenen liefern und miteinander konkurrieren. So wird der öffentliche Raum auch in Belarus nicht nur durch die offizielle Erinnerungskultur bestimmt. Trotz einer autoritären Herrschaft und einer staatlichen Kontrolle über gesellschaftliche Institutionen sind begrenzte Freiräume für abweichende Geschichts-

¹ RAINER LINDNER: Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrussland im 19. und 20. Jahrhundert, Tübingen 1999, S. 459.

² Vgl. IMKE HANSEN: Die politische Planung der Erinnerung. Geschichtskonstruktionen in Belarus zwischen Konflikt und Konsens, in: Osteuropa 58 (2008), 6, S. 187-196, hier S. 188; LINDNER (wie Anm. 1), S. 406f.; ASTRID SAHM: Im Banne des Krieges. Gedenkstätten und Erinnerungskultur in Belarus, in: Osteuropa 58 (2008), 6, S. 229-246, hier S. 234; ELENA TEMPER: Konflikte um Kurapaty. Geteilte Erinnerungskultur im postsowjetischen Belarus, in: Osteuropa 58 (2008), 6, S. 253-266, hier S. 253ff.

³ HANS GÜNTER HOCKERTS: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, hrsg. von KONRAD H. JARAUSCH u.a., Frankfurt a.M. u.a. 2002, S. 39-73, hier S. 41.

⁴ Vgl. ebenda, S. 41.

⁵ Vgl. ebenda, S. 43.

darstellungen vorhanden, auf die in der vorliegenden Arbeit kurz eingegangen wird.

Staatliche Erinnerungspolitik unter Aljaksandr Lukašenka

Seit dem Amtsantritt Aljaksandr Lukašenkas, der 1994 mit einer überwältigenden Mehrheit zum ersten Präsidenten des Landes gewählt wurde, ist der Große Vaterländische Krieg in der belarussischen Öffentlichkeit allgegenwärtig. Die vom Staat organisierten Militärparaden und Massenveranstaltungen, die verordneten Schweigeminuten am Ewigen Feuer, die öffentliche Verleihung von Orden an Veteranen, die Einweihung von restaurierten sowjetischen und neu errichteten Denkmälern sollen die kollektive Erinnerung der Bevölkerung an die ruhmreiche Vergangenheit wach halten. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem belarussischen Staatsoberhaupt zu, der sich regelmäßig an hohen politischen Feiertagen zum Zweiten Weltkrieg und zu dessen Bedeutung für das Land äußert.

In den Ansprachen Aljaksandr Lukašenkas zum Tag des Sieges am 9. Mai und zum Tag der Unabhängigkeit am 3. Juli wird der Darstellung der Kriegsgeschehnisse viel Platz eingeräumt. Der Große Vaterländische Krieg wird als Heldenepos im sowjetischen Sinne interpretiert und als das bedeutendste Ereignis in der Geschichte des belarussischen Volkes bezeichnet. Die überwiegend in russischer Sprache gehaltenen Reden des Präsidenten sind der breiten Bevölkerung leicht verständlich.⁶ Sowjetpatriotische Deutungsmuster der Vergangenheit werden dabei erfolgreich mit nationalen Motiven kombiniert und an die aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse der gegenwärtigen Machthaber angepasst.

In der Geschichtspolitik Aljaksandr Lukašenkas spielt das Andenken an die Sowjetunion eine wichtige Rolle. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg wird als eine Leistung der gesamten Sowjetunion anerkannt. In den letzten Jahren gerät der Beitrag des eigenen Landes jedoch immer mehr in den Vordergrund. Dabei bezieht sich das belarussische Staatsoberhaupt auf die hohen Verluste, die zerrüttete Volkswirtschaft, die niedergebrannten Städte und Dörfer und die zahlreichen menschlichen Opfer, mit denen auf belarussischer Seite der Sieg bezahlt wurde.⁷

Weitere Beweise für die besondere Rolle, welche die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) im Großen Vaterländischen Krieg gespielt habe, leitet Aljaksandr Lukašenka aus der Geschichte der Partisanen-

⁶ Eine Ausnahme bilden drei belarussische Ansprachen zum Tag der Unabhängigkeit aus den Jahren 2001, 2002 und 2003.

Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (03.07.2001), unter: <http://www.president.gov.by/press18816.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009); DERS. (02.07.2002), unter: <http://www.president.gov.by/press13363.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009); DERS. (02.07.2003), unter: <http://www.president.gov.by/press18764.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

⁷ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (01.07.2005), unter: <http://www.president.gov.by/press18713.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

bewegung und des Volkskrieges ab, die in der Nachkriegszeit zu einem spezifisch belarussischen Thema geworden sind. Nach Lukašenkas Darstellung entfaltete sich auf dem Territorium des heutigen Belarus schon in den ersten Tagen des Krieges eine mächtige Widerstandsbewegung, die von breiten Bevölkerungsschichten unterstützt wurde.⁸

Mit Stolz verweist Aljaksandr Lukašenka auf den ehrenvollen Titel „Partisanenrepublik“, mit dem die BSSR nach Kriegsende gewürdigt wurde. Er ruft die Heldentaten der Partisanenverbände und Untergrundorganisationen, die maßgeblich zum Sieg über „Hitlerdeutschland“ beigetragen haben, in Erinnerung, führt positive Bilder des sowjetischen Belarus vor Augen und lässt keine Fehler oder Makel zu. Eine differenzierte Darstellung der Kriegseignisse sowie die Benennung der Opfergruppen bleiben aus. In den Reden des Präsidenten sind aber auch einige Tendenzen zu verzeichnen, die von einer Abweichung vom sowjetischen Kriegsdiskurs zeugen. So wird z.B. mehrmals die Hilfe der westlichen Verbündeten erwähnt⁹ - eine Äußerung, die in der Sowjetunion undenkbar gewesen wäre - auch wenn sogleich betont wird, dass der endgültige Sieg über die Nationalsozialisten vom sowjetischen Volk errungen wurde. Dennoch werden die neuen Elemente in der Kriegsrhetorik des Staatsoberhauptes von den alten sowjetischen Klischees überlagert und bleiben so beinahe unbemerkt.

Das Andenken an den Zweiten Weltkrieg als ein staatliches Privileg wird immer noch instrumentalisiert und als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Ziele eingesetzt. So wird der Große Vaterländische Krieg zur Erklärung der belarussischen nationalen Idee erfolgreich herangezogen. Aljaksandr Lukašenka führt aus, dass das belarussische Volk seit den ersten Kriegstagen einen stählernen Willen, Geistesstärke und Standfestigkeit bewiesen habe, indem es sich im Kampf gegen die nationalsozialistischen Besatzer vereint habe. An der Front, in den Partisanenbrigaden, im Untergrund – die Söhne und Töchter von Belarus kämpften, laut Lukašenka, überall mutig und selbstlos.¹⁰ In den Reden des Präsidenten wird der Zweite Weltkrieg zum Gründungsmythos der belarussischen Nation stilisiert und als eine unerschöpfliche Quelle geistiger Stärke sowie ein weltanschauliches Fundament dargestellt, auf dem der heutige souveräne Staat aufbaue.¹¹

An die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges wird in Belarus zweimal im Jahr erinnert. Neben dem Siegestag am 9. Mai wird am 3. Juli der Tag der Befreiung von Minsk zelebriert, der durch die Volksabstimmung 1995 zum Unabhängigkeitstag der Republik Belarus erklärt wurde. In den letzten Jahren

⁸ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (07.05.2005), unter: <http://www.president.gov.by/press18714.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

⁹ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (09.05.2005), unter: <http://www.president.gov.by/press18716.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

¹⁰ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (09.05.2003), unter: <http://www.president.gov.by/press18854.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

¹¹ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (02.07.2009), unter: <http://www.president.gov.by/press74237.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

wird diesem Feiertag eine größere Bedeutung zugeschrieben. In seinen Reden betont Aljaksandr Lukašënka immer wieder, dass der Unabhängigkeitstag der wichtigste staatliche Feiertag sei, der die Geschichte von Belarus mit der Gegenwart verbindet. Die Interpretation des Wortes „Unabhängigkeit“ erscheint paradox. Es wurde von seiner ursprünglichen Bedeutung als Befreiung von den nationalsozialistischen Besatzern losgelöst und in einen neuen Kontext eingeführt. Somit scheint die Befreiung vom Faschismus mit dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit von Belarus gleichgesetzt zu sein, auch wenn die Unabhängigkeit nach dem Kriegsende nur eine eingeschränkte Autonomie innerhalb der UdSSR bedeutete:

„Глубоко символично, что именно 3 июля мы отмечаем День Независимости Республики Беларусь, тем самым связывая воедино святые для каждого из нас понятия – Свобода и Независимость. Определив эту дату главным государственным праздником, белорусский народ в очередной раз доказал свою мудрость. Ведь источником нашего суверенитета являются не бумажные декларации, не заявления так называемых национальных лидеров, а воля народа, его уважение к своей героической истории [...]“¹²

Einen weiteren Beweis für die Standfestigkeit, Heimatliebe und Einigkeit des belarussischen Volkes leitet Aljaksandr Lukašënka aus der Nachkriegszeit ab. Nach dem Kriegsende musste die Bevölkerung, laut Lukašënka, eine harte Bewährungsprobe bestehen – die zerrüttete Wirtschaft auf die Beine stellen, die zerstörten und niedergebrannten Städte und Dörfer aus Schutt und Asche wiederaufbauen, die Jahre der Entbehrungen überleben.¹³

Eine wichtige Bedeutung bei der staatlichen Großinszenierung kommt den ehemaligen Kriegsteilnehmern zu. Ordengeschmückte Veteranen sollen an die glorreiche Vergangenheit der untergegangenen Sowjetunion erinnern und der jungen Generation ein Vorbild sein. Durch ihre Tapferkeit und Selbstaufopferung für das Vaterland, so wird vermittelt, haben sie nicht nur den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland errungen, sondern auch das zerstörte Land aus den Ruinen in der Nachkriegszeit wiederaufgebaut.

Durch die Veteranen wird dem staatlichen Geschichtsbild eine menschliche Dimension verliehen. Die Präsenz der Kriegsteilnehmer bei den Feierlichkeiten soll darauf hinweisen, dass die staatliche Auslegung der Geschichte mit den lebendigen Erinnerungen der ehemaligen Frontsoldaten übereinstimmt und somit die einzig wahre ist. Indem sich der Präsident in seinen Reden den Ver-

¹² ALJAKSANDR LUKAŠËNKA (03.07.2009), unter: <http://www.president.gov.by/press74299.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009): „Es hat eine tiefe symbolische Bedeutung, dass wir ausgerechnet am 3. Juli den Unabhängigkeitstag der Republik Belarus' feiern. So vereinen wir die für uns heiligen Begriffe Freiheit und Unabhängigkeit. Indem das belarussische Volk dieses Datum zum wichtigsten staatlichen Feiertag erhob, bewies es ein weiteres Mal seine Weisheit. Die Quelle unserer Souveränität sind keine Papierdeklarationen oder Ankündigungen der sogenannten nationalen Führer, sondern der Volkswille, dessen Beachtung seiner heroischen Geschichte [...]“ (Übersetzung H.S.).

¹³ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠËNKA (08.05.2007), unter: <http://www.president.gov.by/press44358.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

suchen „einiger Schriftsteller“ und Nationalhistoriker widersetzt, die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges zu revidieren und neu zu schreiben, werden die Veteranen nicht selten als Zeitzeugen herangezogen:

„Сёння мы застаёмся вернымі гістарычнай праўдзе. Мы не дапусцім таго, каб найвялікшы подзвіг нашага народа ў гады Вялікай Айчыннай вайны замоўчвалі, або фальсіфікавалі.[...]. Частка літаратараў намагаецца апраўдаць і абяліць злачынствы акупантаў і іх прыслужнікаў, дыскрыдытаваць партызанскі рух. Яны бессаромна скажаюць справядлівы вызваленчы характар Вялікай Айчыннай вайны. Называюць яе „грамадзянскай“. [...] Гэта выклікае законнае абурэнне ў сведкаў тых падзей – у нашых ветэранаў вайны“.¹⁴

Die ehemaligen Kriegsteilnehmer haben eine große symbolische Bedeutung inne. Als Vertreter der „Siegergeneration“ versinnbildlichen sie für Lukašenka Mut, Patriotismus, Geistesstärke und die Bereitschaft, für das Vaterland zu kämpfen. Den Veteranen als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft, kommt dabei die wichtige Rolle zu, den Jugendlichen eine lebendige Vorstellung von der heldenhaften Periode des Großen Vaterländischen Krieges zu vermitteln und sie im Geiste der Väter zu erziehen. Die Lehren aus dem Großen Vaterländischen Krieg werden dabei umgedeutet und an die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft angepasst. Das höchste Ziel ist nun, die Souveränität des Staates vor äußeren Bedrohungen zu verteidigen und „ein starkes und blühendes Belarus“ zu bauen – ein Slogan, der in den letzten Jahren den regierungspolitischen Diskurs dominiert:

„Ветераны – надёжный оплот государства, хранители высоких традиций патриотизма и гражданственности. [...] Вы оставили незабываемый урок для последующих поколений – урок мужества, патриотизма и свободолюбия. Мы вас не подведем! [...] Не сдадим нашу страну никаким авантюристам и зарубежным ставленникам. Будем стойко и последовательно (как вы возрождали в послевоенные годы) строить нашу сильную и процветающую Беларусь – наш родной и уютный дом“.¹⁵

Die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges und zum Tag der Unabhängigkeit bieten dem Präsidenten nicht nur eine gute Möglichkeit, die Bevölkerung an die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges zu erinnern, sondern dienen auch dazu,

¹⁴ ALJAKSANDR LUKAŠENKA (02.07.2003), unter: <http://www.president.gov.by/press18764.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009): „Heute bleiben wir der geschichtlichen Wahrheit treu. Wir lassen es nicht zu, dass die größte Heldentat unseres Volkes in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges verschwiegen oder falsifiziert wird. [...] Einige Schriftsteller versuchen, die Verbrechen der Besatzer und ihrer Helfershelfer zu rechtfertigen und zu verteidigen. Schamlos verzerren sie den gerechten Befreiungscharakter des Großen Vaterländischen Krieges. Sie nennen ihn einen „Bürgerkrieg“. [...] Dies ruft eine gerechte Empörung bei den Zeitzeugen jener Ereignisse – bei unseren Kriegsveteranen hervor.“ (Übersetzung H.S.).

¹⁵ LUKAŠENKA (wie Anm. 8): „Die Veteranen sind ein sicheres Bollwerk des Staates, Bewahrer der Traditionen des Patriotismus und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins. [...] Sie haben der nachfolgenden Generation eine unvergessliche Lehre erteilt – eine Lehre der Tapferkeit, des Patriotismus und der Freiheitsliebe. Sie können sich auf uns verlassen! Wir übergeben unser Land keinen Abenteurern und ausländischen Protegés. Wir werden nachhaltig und konsequent (so wie Sie das Land in den Nachkriegsjahren wiederaufbauten) unser starkes und blühendes Belarus aufbauen – unser gemütliches Vaterland“ (Übersetzung H.S.).

aktuelle tagespolitische Themen anzusprechen und im Bezug auf die ruhmreiche Vergangenheit zu deuten. Dem Großen Vaterländischen Krieg kommt dabei eine wichtige Legitimations- und Sinnstiftungsfunktion zu.

Die Position des belarussischen Präsidenten wird nicht nur dadurch gesichert und gestärkt, dass politische, wirtschaftliche und soziale Erfolge des Landes aufgezählt und positive Entwicklungen aufgezeigt werden, sondern auch durch die Diffamierung der politischen Gegner. Die Opposition wird als eine kleine Gruppe von Berufsrevolutionären dargestellt, die vom Westen unterstützt werden und aus eigennützigem Interesse handeln. Nicht selten erfolgt ein Vergleich der nationaldemokratischen Oppositionellen mit den Kollaborateuren, die während des Zweiten Weltkrieges unter der weiß-rot-weißen Fahne mit dem nationalsozialistischen Okkupationsregime zusammenarbeiteten.¹⁶ Des Weiteren äußert sich Aljaksandr Lukašënka empört über die Versuche der Opposition, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges neu zu schreiben: „[...] каким же кощунством выглядят утверждения некоторых современных ‚радетелей народа‘ о том, будто бы фашисты несли нашим народам свободу и возможность формировать свои национальные государства.“¹⁷ Auf diese Weise wird nicht nur das demokratische Lager, sondern auch der gesamte kulturelle Raum mit seiner Sprache, Symbolik und Geschichtsdarstellung, den es repräsentiert, diffamiert. Des Weiteren wird die Opposition für den Zerfall der Sowjetunion und für die politischen Misserfolge der 1990er Jahre, die als Zeit des verbrecherischen Nationalismus bezeichnet werden, verantwortlich gemacht.¹⁸

Auch außenpolitische Motive tauchen in den Reden Aljaksandr Lukašënkas häufig auf. Als langfristige außenpolitische Priorität des belarussischen Staates wird der Aufbau eines Unionsstaates mit der Russischen Föderation gesehen. In diesem Zusammenhang beruft sich Aljaksandr Lukašënka auf die geistige Nähe zum russischen „Brudervolk“, mit dem Seite an Seite im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft worden sei. Vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren oftmals angespannten Beziehungen zum östlichen Nachbarn, unterstreicht er allerdings, dass eine Integration mit Russland nur auf gleicher Augenhöhe und unter Bewahrung der belarussischen Unabhängigkeit möglich sei. Doch trotz aller Ungereimtheiten im russisch-belarussischen Verhältnis bleibt Aljaksandr Lukašënka zumindest rhetorisch loyal gegenüber Russland und betont, dass das russische Volk dem belarussischen immer brüderlich verbunden bleiben werde:

„[...] Беларусь не торгует дружбой с Россией. Мы – братские народы. [...] Наша общая Великая Победа и сегодняшний юбилей,

¹⁶ Vgl. LINDNER (wie Anm.1), S.408.

¹⁷ ALJAKSANDR LUKAŠËNKA (02.07.2008), unter: <http://www.president.gov.by/press54563.html#doc> (letzter Zugriff 20.07.2009): „Was für eine Lästerung sind Behauptungen einiger zeitgenössischer ‚Volksbeschützer‘ darüber, die Faschisten brachten unseren Völkern angeblich Freiheit und die Möglichkeit, nationale Staaten zu bilden.“ (Übersetzung H.S.).

¹⁸ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠËNKA (01.07.2004), unter: <http://www.president.gov.by/press19284.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

symbolisierende gemeinsamen Beitrag in der Zerstörung des Aggressors, zur Befreiung unserer Völker und der ganzen Menschheit von der faschistischen Versklavung symbolisieren, übertreffen alle gegenseitigen Differenzen und Anforderungen. Zusammen lösen wir und werden alle Probleme lösen.“ (Übersetzung H.S.).¹⁹

Die Beziehungen zu Europa unterliegen dagegen anderen Prämissen. Obwohl die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) gegenwärtig eine „Tauwetterphase“²⁰ erlebt, steht das belarussische Staatsoberhaupt den „westlichen“ Partnern eher misstrauisch gegenüber.²¹ Die lange Zeit geltenden EU-Sanktionen gegen das belarussische Regime sowie das Einreiseverbot für hochgestellte Regierungsvertreter waren Anlass, um die Politik der europäischen Staatengemeinschaft einer heftigen Kritik zu unterziehen. Oft wird „westlichen“ Politikern unterstellt, Druck auf das unabhängige Belarus auszuüben oder sogar die Souveränität des Landes zu gefährden.²²

Ähnlich wird das belarussisch-amerikanische Verhältnis in der Öffentlichkeit dargestellt. Obwohl Belarus an einer guten und erfolgreichen Zusammenarbeit mit den USA interessiert sei, zeige Amerika, laut Lukašenka, keine Bereitschaft zu einem offenen Dialog zwischen zwei gleichberechtigten Partnern. Die USA werden so als eine aggressive Macht beschrieben, die sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einmische und zudem die Unabhängigkeit von Belarus bedrohe. Als Beispiel wird dabei die Osterweiterung der NATO angeführt.²³

Bei der Analyse der Reden Aljaksandr Lukašenkas entsteht oftmals der Eindruck, dass die Erinnerung an die Kriegsvorgänge nur ein Vorwand ist, um eigene Inhalte zu vermitteln. So soll z.B. der aktuelle politische Kurs des Landes gerechtfertigt und die angeblichen Feinde, die der „friedlichen Politik“ des Präsidenten im Wege stehen, denunziert werden, seien es die innenpolitische Opposition oder außenpolitische Gegner.

Alternative Geschichtsinterpretationen

Der öffentliche Raum wird nicht nur durch die offizielle Erinnerungskultur bestimmt. Am Rande des gesellschaftlichen Diskurses etablierte sich Mitte der 1990er Jahre ein alternatives Erinnerungskonzept, das an die Zeit der

¹⁹ LUKAŠENKA (wie Anm. 12): „[...] Belarus' verkauft keine Freundschaft zu Russland. Wir sind brüderliche Völker. [...] Unser gemeinsamer Großer Sieg und das heutige Jubiläum, die einen gemeinen Beitrag zur Zerstörung des Aggressors, zur Befreiung unserer Völker und der ganzen Menschheit von der faschistischen Versklavung symbolisieren, übertreffen alle gegenseitigen Differenzen und Anforderungen. Zusammen lösen wir und werden alle Probleme lösen.“ (Übersetzung H.S.).

²⁰ DOROTHEA WOLF: Wandel scheint möglich, in: Belarus-Perspektiven (Winter 2009), 43, S. 2-3.

²¹ Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (03.07.2007), unter: <http://www.president.gov.by/press49986.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

²² Vgl. ALJAKSANDR LUKAŠENKA (03.07.2007), unter: <http://www.president.gov.by/press49986.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

²³ ALJAKSANDR LUKAŠENKA (09.05.2008), unter: <http://www.president.gov.by/press57623.html#doc> (letzter Zugriff: 20.07.2009).

„nationalen Wiedergeburt“²⁴ anknüpft. Während staatliche Strukturen eine heroische Interpretation des Zweiten Weltkrieges im sowjetischen Sinne fortsetzen, beziehen sich die nationaldemokratischen Kräfte auf das Fürstentum Polack und das Großfürstentum Litauen, in denen sie den Ursprung der belarussischen Staatlichkeit sehen.²⁵ Dem Zweiten Weltkrieg wird eine viel geringere Rolle zugeschrieben. Die oppositionellen Kreise sind bestrebt, die Erinnerungskultur mit nationalen Inhalten zu füllen und sich von der Sowjetunion und von Russland zu distanzieren.

Die Erinnerungskonkurrenz zeigt sich in der politischen Symbolik, im Sprachgebrauch, an den Feiertagen sowie verehrten Denkmälern und kommt auch in der Geschichtsschreibung zum Ausdruck. Während sich der nationale Flügel nach dem Zerfall der Sowjetunion für die weiß-rot-weiße Fahne und das Reiterwappen „Pahonja“ aus den Zeiten des Großfürstentums Litauen entschied, wurde diese Symbolik unter Aljaksandr Lukašenka wieder abgeschafft und durch die leicht abgeänderten Symbole der wiedererweckten BSSR ersetzt.²⁶ Gravierende Unterschiede weist der Feiertagskalender der beiden Erinnerungskulturen auf. So feiern die Oppositionellen am 25. März den Gründungstag der Belarussischen Volksrepublik, die trotz ihrer Kurzlebigkeit eine große Symbolkraft besitzt, und am 29. Oktober gedenken sie der Opfer der Stalinistischen Repressionen. Am 26. April wird traditionell an die Folgen der Katastrophe von Černobyl erinnert. Der Feiertagskanon der offiziellen Gedächtniskultur wird in den sowjetischen Kontext eingebettet, und soll an die ruhmreichen Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges erinnern.

Während sich die Opposition von der Kriegsthematik distanziert und somit nur bedingt als eine Alternative zu dem staatlichen Erinnerungsdiskurs betrachtet werden kann, setzen sich einige belarussische NGOs und historische Initiativen mit dem Zweiten Weltkrieg auseinander und bieten einen neuen Blick auf die Kriegsvergangenheit.²⁷ So ist die Geschichtswerkstatt Minsk zu erwähnen, die im März 2003 als unabhängige belarussisch-deutsche Forschungs-, Bildungs- und Gedenkstätte in einem Gebäude des ehemaligen Ghettos gegründet wurde.²⁸ Die Geschichtswerkstatt setzt sich hauptsächlich mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges auseinander. In sowjetischer Zeit wurde ein spezifisches Gedenken an den Holocaust ausgeblendet. Die ausschließlich ideologisierende und heroisierende Darstellung der Kriegereignisse in der sowjetischen Historiographie sowie ein latenter Antisemitismus ließen keinen Raum für die Erinnerung an die Verfol-

²⁴ DIRK HOLTBRÜGGE: Weißrussland. München 2002, S. 41.

²⁵ HANSEN (wie Anm. 2), S. 191.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 187.

²⁷ Über die Arbeit der NGOs und historischer Initiativen in Belarus ausführlicher bei PETRA RENTROP: Arbeiten an der Erinnerung. Geschichte und kollektives Gedächtnis, in: Osteuropa 54 (2004), 2, S.146-157.

²⁸ Mehr Informationen zur Geschichtswerkstatt Minsk in dem Beitrag von PETRA RENTROP: Zwei Jahre Geschichtswerkstatt Minsk. Zur Arbeit einer weißrussisch-deutschen Erinnerungs-, Bildungs- und Forschungsstätte unter: http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_22/11_-_rentrop.pdf (letzter Zugriff: 06.03.2010).

gung und Vernichtung der belarussischen Juden.²⁹ Die jüdische Bevölkerung wurde vollkommen ignoriert und als sowjetische Bürger bezeichnet. So blieb lange Zeit verborgen, dass im Minsker Ghetto oder im Lager Maly Trascjanec tausende Juden den Tod fanden. Die Geschichtswerkstatt zielt somit darauf ab, dem Vergessen der zahlreichen Opfer während des Vernichtungskrieges im sowjetischen Belarus entgegenzuwirken, Jugendlichen die Möglichkeit eines Lernens aus der Geschichte zu ermöglichen und zur Schließung von Forschungslücken beizutragen. Die Geschichtswerkstatt fördert unter anderem einen wissenschaftlichen Austausch zwischen belarussischen und deutschen Historikern, was eine Einbindung der belarussischen Historiographie in die internationale Forschung ermöglicht.³⁰

Es könnten auch einige weitere Initiativen und Verbände erwähnt werden, die sich dem Zweiten Weltkrieg zuwenden, wichtige Grundlagen für einen Wandel des Kriegsdiskurses schaffen sowie einen Beitrag zur Pluralisierung des öffentlichen Kriegsbildes leisten. Ob diese Ansätze der Erinnerungsarbeit weiterentwickelt werden können, bleibt jedoch offen. Die heutige Situation gibt wenig Anlass zum Optimismus, da die staatliche Erinnerungskultur viel größere Einflussmöglichkeiten auf die Meinungsbildung hat und breite Unterstützung in der Bevölkerung genießt.

Fazit

Die Erinnerungskultur im heutigen Belarus befindet sich in einer schwierigen Lage. Es ist ein intensiver Prozess der Mythologisierung und Instrumentalisierung sowjetischer Vergangenheit zu beobachten. Das historische Gedächtnis bleibt selektiv. Eine geschichtspolitische Richtungsänderung ist von den gegenwärtigen Machthabern nicht zu erwarten. Allerdings ist es fraglich, ob politische Veränderungen im Lande tatsächlich zu einer schnellen und gründlichen Aufarbeitung der Vergangenheit führen würden. Die gegenwärtige Schwerfälligkeit der belarussischen Geschichtskultur ist nicht nur einzig mit der Person des Präsidenten Aljaksandr Lukašënka und seinen Vorlieben und Abneigungen verbunden. In diesem Zusammenhang sollte Lukašënka nicht als Einzelperson, sondern als Vertreter einer breiten Bevölkerungsschicht gesehen werden, die nicht bereit ist, sich intensiv mit der Vergangenheit zu befassen und alte Stereotype zu überwinden. Es ist viel leichter, dem Heroismus und den Heldentaten zu gedenken, als nüchtern die tragische Geschichte zu betrachten und die schwere Last historischer und ziviler Verantwortung auf sich zu nehmen. Bedauerlicherweise ist die Bereitschaft der belarussischen Gesellschaft, die Vergangenheit kritisch zu betrachten und aufzuarbeiten, was Ende der 1980er Jahre zu beobachten war, in den 1990er Jahren einer Gleichgültigkeit und Apathie gewichen. Im Augenblick ist die belarussische Gesellschaft in zwei

²⁹ Vgl. ebenda, S. 35.

³⁰ RENTROP (wie Anm. 27), S. 156.

Lager mit unterschiedlichen Erinnerungskulturen gespalten. Ob es in Zukunft gelingt, verschiedene Gesellschaftskreise zu vereinen und zu konsolidieren sowie das vorherrschende Geschichtsbild einem Wandel zu unterziehen, hängt nicht nur von den politischen Entscheidungen der Regierung bzw. der Oppositionsparteien ab, sondern auch von der Bereitschaft der Bevölkerung, Veränderungen zu akzeptieren und sich in öffentlichen Diskussionen mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Резюме

Культура спогадів у Білорусії на прикладі Великої Вітчизняної Війни

Ганна Штеле

Культура спогадів у Білорусії перебуває на сьогоднішній день під сильним впливом радянської історіографії. Після короткої фази «національного зламу» та спроби лібералізації і демократизації країни в середині 90-их рр., за правління Олександра Лукашенка відбувся тут регрес, який привів до повернення до радянських традицій. Пам'ять про Другу Світову війну, яку ще досить часто називають Великою Вітчизняною війною, має при цьому велике значення. Старі нав'язані радянські міфи про війну народів та про партизанський рух не лише знову оживають, а й наповнюються новим змістом та залучаються до створення незалежної білоруської держави. Однак громадський простір не визначається лише офіційною культурою спогадів. Наперекір авторитарному пануванню та державному контролю над суспільними інституціями виникають обмежені вільні простори для наявності інших уявлень про історію. Поряд із опозиційними колами окремі білоруські недержавні організації та історичні ініціативи створюють важливе підґрунтя для зміни дискурсів стосовно війни. Певна річ, що нові усвідомлення істориків знаходять малий збір у домінуючому державному дискурсі спогадів, який надалі матиме великі можливості впливу на формування думки та буде закріплений широкою підтримкою з боку населення.

Причини такого розвитку варто шукати у сучасній політиці уряду. Серед іншого, мова може йти про історичний рівень, який глибоко вкоренився і який відображається у проявах керівництва. Сучасна повільність культури спогадів у Білорусії не пов'язана особливо із особою президента. У цьому відношенні Лукашенка варто було б розглядати як не як окрему особу, а як представника ширшої верстви населення, яка не готова побороти давні стереотипи щодо минулого війни. В даний момент білоруське суспільство розколоне на два табори з різними культурами спогадів. Чи вдасться об'єднати у майбутньому різні суспільні кола та піддати панівну історичну картину зміні, залежить не лише від політичних рішень уряду чи опозиційних партій, а й також від готовності населення акцентувати увагу на змінах та вступити в публічних обговореннях у дискусію із минулим.

ПІСЛЯМОВА

Сергій Луканюк

Становлення громадянського суспільства суверенної держави Україна — імператив історії. Досвід розвитку цивілізованих країн засвідчує, що формування громадянського суспільства шляхом світової цивілізації тривалий і дуже складний процес. Справжнє громадянське суспільство може існувати лише в державі з ефективною та конкурентноспроможною, соціальноорієнтованою економікою. Адже саме рівень ефективності національної економіки визначить місце України у світовому співтоваристві. Сьогодні основними шляхами побудови громадянського суспільства в Україні є:

- підвищення політичної культури населення, створення нових можливостей участі громадян в управлінні державними і суспільними справами;

- активізація процесу роздержавлення усіх сфер суспільного життя, формування справжніх інститутів громадянського суспільства;

- постійне удосконалення контрольних механізмів, тобто механізмів зворотнього зв'язку від суспільства до держави;

- максимальне розширення сфери судового захисту прав і свобод людини, формування поваги до права і до закону;

- виховання нормального природного патріотизму — національного і державного — на основі поваги до національної історико-культурної спадщини;

- зміцнення свободи інформації і гласності, відкритості суспільства на основі щонайширших зв'язків із зарубіжним світом;

- піднесення рівня суспільної свідомості, подолання явищ соціальної пасивності.

Враховуючи особливості перехідного часу, в якому знаходиться Україна, має бути проведена в життя така концепція співвідношення особи, суспільства і держави, яка дозволила б не тільки змінити сьогоденній менталітет людини, але й сприяти формуванню вільної особи з високою політичною, економічною і правовою культурою, яка усвідомлює свою цінність і гідність. Ця концепція передбачає, що епіцентром громадянського суспільства є людина, її права, свободи й інтереси, що всі інститути громадянського суспільства і держави утворюються постільки, оскільки є необхідність створити умови для нормальної життєдіяльності людини, захисту її прав і свобод. При цьому державні інститути мають нести подвійний тягар, забезпечуючи через закони, по-перше, рівні для всіх людей умови і можливості, по-друге, нормальне функціонування громадянського суспільства в цілому.

Європейська інтеграція України закріплена на законодавчому рівні як один із пріоритетних напрямків зовнішньої політики, структурні зміни всередині держави та вступ до європейських структур визначені

стратегічною метою. Незважаючи на затяжну внутрішньополітичну кризу, Україна продовжує здійснення практичних кроків з виконання вимог Євросоюзу із забезпечення стабільності як у політичній, так і в економічній сферах. Свої нинішні відносини та спільні стратегічні цілі Україна і ЄС формують в умовах динамічних змін у європейській геополітиці. Прискорення інтеграційних процесів та посилення партнерського співробітництва на даному етапі матиме обопільну користь, головною метою якого має стати становлення України як прогнозованого, надійного і стратегічного партнера Євросоюзу.

Політичний критерій вступу України до європейських структур передбачає створення та розширення діяльності демократичних інституцій, неурядових організацій, незалежних засобів масової інформації; прийняття законодавства, що активно захищає права національних меншин; посилення боротьби з корупцією; вирішення питань правового забезпечення та посилення спроможності боротьби з відмиванням коштів; створення діючих інститутів у сфері юстиції та внутрішніх справ, гарантії незалежності судової влади, покращення функціонування судів; захист прав і свобод людини. Основною метою реалізації перелічених інтеграційних завдань є досягнення Україною європейських норм і стандартів у сфері розбудови громадянського суспільства, поступової адаптації національного законодавства у вказаній сфері до правової системи провідних країн Європи. У процесі розбудови Україною громадянського суспільства важливими є оцінки та висновки Європейської комісії щодо результатів експертизи законів і законопроектів на предмет їх відповідності європейським стандартам. Визначальну роль у процесі європеїзації України відіграють три міждержавні системи – ОБСЄ, Рада Європи та ЄС.

Міжнародна наукова конференція «Україна та розвиток громадянського суспільства після 2004 року», організована університетом Пассау (Німеччина), Тернопільським національним педагогічним університетом ім. В. Гнатюка та Чернівецьким національним університетом ім. Ю. Федьковича (Україна) за сприяння Німецької служби академічних обмінів (ДААД) в рамках проекту «Підтримка демократії в Україні» у Тернополі 7-14 грудня 2009 року, мала на меті висвітлити ключові засади розбудови громадянського суспільства у Європейському Союзі, на прикладі Німеччини, особливості його формування у Східній Європі і Україні зокрема на етапі її інтеграції до ЄС, на їх підставі підготувати наукові та практичні висновки і рекомендації в формі доповідей. Активність українських і німецьких учасників проекту свідчить про актуальність для Німеччини, як однієї з провідних держав членів Євросоюзу, питання інтеграції України до Євросоюзу. Присмислово відзначити той факт, що позиція присутніх німецьких учасників є більш теплішою і лояльнішою до України, ніж та, яку демонструє влада ФРН на офіційному рівні. Це вказує на правильність європейського вибору українцями та

підтримку широким колом інститутів громадянського суспільства Німеччини, вселяє надію на знаходження взаєморозуміння між керівництвом обох країн у вказаному процесі. Доповіді учасників конференції підтвердили також актуальність для України та Євросоюзу в особі Німеччини цілого ряду проблемних питань, з якими щоденно стикається Україна на шляху європейської інтеграції. Як зазначалось вище, ймовірно, що і тривала політична криза також загострює увагу до найбільш чутливих питань розбудови громадянського суспільства. Приємним є виявлена увага до них з боку учасників конференції та продемонстроване бажання сприяти їх вирішенню.

Поряд з висвітленням проблемних питань внутрішнього характеру у розбудові в Україні громадянського суспільства, учасники заходу мали змогу провести конструктивні дискусії під час висвітлення окремих чутливих для України і ЄС зовнішньополітичних питань минулого та сьогодення. Українські та німецькі науковці відкрили для себе деякі факти стосовно розбудови громадянського суспільства у сусідніх з Україною Росії, Румунії та Білорусі, їх впливу на вирішення проблем взаємовідносин між цими країнами. У цьому контексті українські учасники зробили для себе висновки, що європейська спільнота потребує більш широкого інформування з приводу існуючих спільних для України та Євросоюзу проблемних питань у зовнішній політиці, в т.ч. у забезпеченні безпеки і стабільності на східних кордонах ЄС, існуючих загроз виникнення нових чи відновлення міжетнічних конфліктів. Жваву дискусію викликали доповіді щодо історії організації державної служби в Україні та Росії, масштабності процесу напівприхованого оформлення румунського громадянства громадянам України, ролі громадянського суспільства в забезпеченні інформаційної та гуманітарної безпеки України та інше, їх можливих негативних наслідків для безпеки в Європі та Україні зокрема. Українські учасники сподіваються на високий професіоналізм німецьких фахівців у даній галузі та можливість проведення спільних досліджень вказаних проблем, розробки для цього нових проєктів, вироблення рекомендацій. Адже підготовка практичних висновків і рекомендацій є одним із критеріїв доведення високого рівня фахової підготовки учасників міжнародних конференцій та суспільної ваги даного роду заходів. Підтвердженням цього було висловлення в ході конференції окремими німецькими науковцями та дипломатами конструктивних пропозицій щодо пошуку шляхів врегулювання питання відносин України з країнами сусідами (зокрема Росія, Румунія та ін.) на європейському рівні. З метою акцентування важливості даних питань міждержавних відносин на етапі розбудови громадянського суспільства в Україні учасники конференції були ознайомлені також з документальними матеріалами.

Українським науковцям цікаво і важливо було познайомитись з поглядом «зі сторони» та оцінками своїх німецьких колег щодо історичного процесу становлення української нації та громадянського

суспільства, демократичних перетворень в Україні. Доповіді радника першого рангу Посольства ФРН в Україні з політичних питань др. Юрія Астона, професора Томаса Вюнша, к.і.н. Катрін Блок, к.і.н. Стефана Родевальда, аспірантів Буркагарда Вьоллера та Кароли Зьоллер та студентів показали, що німецький народ, як представник європейської спільноти, в особі науковців усвідомлює свою відповідальність за майбутнє кожної з держав Східної Європи і України зокрема. Продемонстровані ними глибокі знання особливостей розвитку політичної ситуації у посткомуністичний період та громадянського суспільства в Україні, самобутності української нації викликають повагу і шану, сподівання на поглиблення співпраці з представниками університету м. Пассау, логічним продовженням якої буде підписання договору про співпрацю між університетом Пассау та Чернівецьким національним університетом ім. Ю. Федьковича в травні 2010 року.

Важливим результатом даної конференції є також продемонстровані наміри обох сторін сприяти прискоренню процесів демократизації в Україні і відповідно їй наближення до Євросоюзу. Німецькі колеги дали чіткий сигнал, що вони, як представники держави - провідного члена ЄС, готові до спільного пошуку на даному етапі нових рамок відносин між Україною та Євросоюзом. Університет Пассау та ДААД зокрема, фінансуючи даний проект і велику кількість подібних до нього, демонструють свою готовність та здатність на ділі сприяти розвитку інститутів громадянського суспільства в Україні, оскільки набуття знань та досвіду студентами та науковцями, підтримка спільної реалізації проектів, практичне проведення реформ сприятимуть наближенню України до європейських стандартів виміру демократії, подальшому поглибленню співпраці нашої країни з іншими європейськими державами та Німеччиною зокрема у політично-суспільній, економічній, науково-освітній та гуманітарній сфері.

Хотілося би висловити щиру подяку особисто проф. Томасу Вюншу за його підтримку та координацію проекту, активну участь в організації та проведенні заходів. Слід також виділити його сприяння започаткування та реалізації на практиці співробітництва між університетом Пассау та Чернівецьким національним університетом, передумовою та основою якого було проведення проекту та конференції в Тернополі наприкінці 2009 року.

Також на слова подяки заслуговує ДААД за впровадження проекту «Підтримка демократії в Україні» та безпосередню фінансову підтримку нашого проекту.

Biographische Angaben zu den Autoren

Prof. Dr. Mykola Barmak ist Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Ukraine an der Nationalen Pädagogischen Volodymyr Hnatjuk Universität Ternopil. 1989 schloss er sein Studium an der Fakultät für Geschichte des Staatlichen Pädagogischen Lesja Ukrajinka Instituts Luzk mit Auszeichnung ab. 1997 promovierte er am Institut für nationale Beziehungen der ukrainischen Nationalen Akademie der Wissenschaften in Geschichte zum Thema „Migrationsprozesse unter der deutschen, tschechischen und jüdischen Bevölkerung der Provinz Wolhynien (1796-1914)“, Fachrichtung „Ethnologie“. Er unterrichtet für Bachelorstudenten die Kurse „Rechtsgrundlagen“, „Theorie des Staates und Rechtes“, „Methoden des Rechtsunterrichts“ sowie für Masterstudenten „Die rechtliche Grundlage der Hochschulbildung“, „Geschichte des Staates Ukraine“, „Modernes Europa: politische und zivilisatorische Prozesse“. Er ist Autor von mehr als 100 wissenschaftlichen und methodischen Veröffentlichungen zur Geschichte der Ukraine, zu Ethnologie, zu Recht sowie zur Methodik des Geschichts- und Rechtsunterrichts.

PD Dr. Katrin Boeckh ist Historikerin am Osteuropa-Institut in Regensburg sowie Privatdozentin an der LMU München, Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas. Forschungsschwerpunkte: politische und Kultur-Geschichte Ost- und Südosteuropas (insbesondere der Ukraine und des Balkans im 20. Jahrhundert). Monografien: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan, München 1996; Stalinismus in der Ukraine. Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 2007; [zusammen mit Ekkehard Völkl] Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution, Regensburg 2007 (italienische Übersetzung: Ucraina. Dalla rivoluzione rossa alla rivoluzione arancione, Trieste 2009); Serbien – Montenegro. Geschichte und Gegenwart, Regensburg 2009.

Serhij Bostan schloss 2009 sein Studium an der Nationalen Jurij Fedkovyč Universität Czernowitz, Fachrichtung „Landeskunde“, Fakultät für Geschichte, Politologie und internationale Beziehungen mit Auszeichnung ab. Gegenwärtig promoviert er am Lehrstuhl für internationale Beziehungen (Fachrichtung 23.00.02 „Politischen Institutionen und Prozesse“) zum Thema „Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien im Kontext der europäischen und euroatlantischen Integrationsprozesse“. Forschungsinteressen: europäische Integration, Geopolitik, Parteitechnologien, die Ostsee-Schwarzmeer-Region, die sicherheitspolitischen Aspekte in den Beziehungen der Ukraine mit den Nachbarstaaten.

Anja Jähde studierte von 2005 bis 2009 den Bachelorstudiengang European Studies mit den Schwerpunkten Ost-Mitteleuropa Studien und Politikwissen-

schaft an der Universität Passau. Seit April 2009 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Slavische Literaturen und Kulturen an der Universität Passau tätig. Seit Herbst 2009 studiert sie dort zudem den Masterstudiengang Russian and East Central European Studies.

Dr. Jurij Jurijčuk schloss 1997 sein Studium an der Nationalen Jurij Fedkovyč Universität Czernowitz ab. Im Jahr 2000 promovierte er mit der Arbeit "Der nationale Faktor im politischen Leben Tschechiens und der Slowakei nach 1989." Seit 2000 unterrichtet er am Lehrstuhl für Politologie und Staatsverwaltung der Universität Czernowitz. Forschungsschwerpunkte: ethnische nationale Prozesse und soziopolitische Transformationen in Mittel- und Osteuropa, ethnopolitische Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion und die Wege ihrer Lösung, Fragen der regionalen Sicherheit.

Dr. Petro Kendsjor ist Kandidat der Wissenschaften in Pädagogik, Koordinator der Bildungsprojekte des ukrainischen Lehrer- und Hochschullehrerverbandes „Nova Doba“, Hochschullehrer am Institut für Management, Lviv, sowie Redakteur der Zeitschrift für Geschichts- und Zivilgesellschaftsbildung „Doba“. Er absolvierte das pädagogische Staatsinstitut Ternopil (1991) und die Staatsuniversität Lviv (1993). Er ist Autor von 25 Veröffentlichungen, Mitautor des Lehrbuchs „Wir sind Bürger der Ukraine“ und Komiteemitglied der internationalen Organisation „EUSTORY“.

Dr. Maxim Kiyak ist Kandidat der Wissenschaften in Philosophie sowie Senior Expert in der Abteilung für humanitäre Politik des Nationalen Instituts für strategische Studien beim Präsidenten der Ukraine, Kiev. 2008 promovierte er mit seiner Arbeit zur „Vergleichenden Analyse der sozialen Lehre des Islam und der römisch-katholischen Kirche“ an der Nationalen Taras Ševčenko Universität Kiev.

Oleh Kozjubynskij ist Hochschullehrer am Lehrstuhl für Deutsch an der Nationalen Pädagogischen Volodymyr Hnatjuk Universität Ternopil. Er schloss sein Studium 2005 an der Universität Ternopil, Fakultät für Fremdsprachen, Fachrichtung „Deutsche Sprache und Literatur“ ab und promoviert zurzeit zur Thematik „Die Organisation des Lern- und Erziehungsprozesses auf reformpädagogischer Grundlage an deutschen Schulen im ersten Drittel des 20. Jh.“. Forschungsinteressen: deutsche reformierte Pädagogik, moderne Modelle der nationalen Bildungssysteme, neue Methoden des Fremdsprachenunterrichts.

Serhij Lukanjuk ist seit September 2009 Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen an der Nationalen Jurij Fedkovyč Universität Czernowitz. Er studierte an der Nationalen Universität Czernowitz in der Fachrichtung "Philologie. Deutsche Sprache und Literatur" (Diplomstudium, 1995-2000) und der Fachrichtung „Internationale Beziehungen“ (Magisterstudium, 2001-2006).

2002-2009 war er Hochschullehrer für Deutsch und später Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen an der Nationalen Pädagogischen Volodymyr Hnatjuk Universität Ternopil. Er ist Mitveranstalter und Leiter von Projekten in der Ukraine, Deutschland, Polen und Bulgarien und promoviert zum Thema „Die Entstehung und Entwicklung des Schulwesens der Galiziendeutschen (1772-1914)“.

Tim Mergelsberg studiert Sprachen-, Wirtschafts-, und Kulturraumstudien an der Universität Passau mit Schwerpunkt auf Ost-Mitteuropa und verbrachte mehrere Aufenthalte im postsowjetischen Raum, u.a. 2007/08 zu einem Forschungsprojekt in Russland zu Arbeitsethik an der Staatlichen Baikaluniversität in Irkutsk und der staatlichen Universität St. Petersburg. 2008/09 war er Gasthörer an den Universitäten Oldenburg und Bremen in Slavistik.

Dr. Stefan Rohdewald ist Akademischer Rat i.A. am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Osteuropas und seiner Kulturen der Universität Passau. Veröffentlichungen zur russländisch-polnisch-litauischen Stadtgeschichte, Transkonfessionalität in Polen-Litauen, Erinnerungskulturen Süd- und Osteuropas, Verflechtungen zwischen Ost und West in der Sport- und Technikgeschichte.

Carola Söllner promoviert am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Osteuropas und seiner Kulturen an der Universität Passau zu Instituten des nationalen Gedenkens im östlichen Europa. Von 2007 bis 2009 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Initiative *Perspektive Osteuropa* am Lehrstuhl tätig, nachdem sie in Passau den Diplomstudiengang Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien mit Schwerpunkt auf Ostmitteleuropa und insbesondere Polen absolviert hatte.

Dr. Olha Stadničenko ist Kandidatin der Wissenschaften in Politikwissenschaft und Dozentin am Lehrstuhl für internationale Information des Instituts für Internationale Beziehungen der Nationalen Luftfahrtuniversität. 2003 promovierte sie zum Thema "Das Problem der Gewährleistung der Rechte der nationalen Minderheiten in den internationalen Beziehungen der Russischen Föderation und der Ukraine" an der Nationalen Taras Ševčenko Universität Kiev. Forschungsschwerpunkte: regionale Aspekte bei der Entstehung einer Informationsgesellschaft.

Daniel Stähle studierte von 2004 bis 2010 Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien für Osteuropa an der Universität Passau und von 2007 bis 2008 Internationale Beziehungen an der Belarussischen Staatsuniversität, Minsk. Seine Diplomarbeit verfasste er zum Thema "Ideologie des Immunsystems eines Staates. Die Ideologie des belarussischen Staates unter Präsident Aljaksandr Lukašënka".

Hanna Stähle, geb. Hryshanava, studierte Lehramt mit Schwerpunkt Moderne Fremdsprachen Deutsch und Englisch an der Staatlichen Linguistischen Universität Minsk, Belarus, und schloss 2008 mit dem Diplomtitel „Linguist. Lehrer für deutsche und englische Sprache und Literatur“ ab. Seit Oktober 2008 studiert sie in Passau im Masterstudiengang Russian and East Central European Studies mit Schwerpunkt auf Geschichte und Literatur Belarus', Russlands und der Ukraine.

Stefanie Stork studiert seit 2007 Lehramt für Gymnasium in den Fächern Mathematik, katholischer Religionslehre und Französisch an der Universität Passau. Als aktives Mitglied im BLLV (Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband) absolvierte sie im Frühjahr 2009 ein Praktikum in Ternopil, Ukraine. Sie unterrichtete am "Klassischen Gymnasium" in den Klassen 7-11 Deutsch und übernahm an der Ternopiler Hnatjuk-Universität Kurse für Deutschlehramtsstudenten.

Serhij Subčenko ist Direktor des Instituts für Menschenrechte „Kostya Gordienko“ in Kiev. 2006 schloss er sein Jurastudium an der Rechtsuniversität Kiev (Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine) ab. Forschungsschwerpunkte: Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, die Staatsentwicklung, die nationale Sicherheit und Probleme der humanitären Politik.

Burkhard Wöller ist Stipendiat im Doktoratskolleg "Das österreichische Galizien und sein multikulturelles Erbe" an der Universität Wien. Er absolvierte das Diplomstudium der Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien mit Schwerpunkt auf den mittel- und osteuropäischen Kulturraum in Passau und schloss den Zusatzstudiengang „Bohemicum“ der Universitäten Passau und Regensburg ab. Seine Diplomarbeit veröffentlichte er unter dem Titel "Ruthenische Historiographie in Ostgalizien (1848-1918). Eine Diskursanalyse russophiler und ukrainophiler Geschichtsmythen". In seinem Dissertationsprojekt beschäftigt er sich mit der Bedeutung von Europa-Diskursen für polnische und ukrainische Identitätsbildungsprozesse im 19. Jahrhundert.

Prof. Dr. Thomas Wünsch hat den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Osteuropas und seiner Kulturen an der Universität Passau (Deutschland) inne (www.uni-passau.de/wuensch). Forschungsschwerpunkte: Geschichte Schlesiens, Polens, Böhmens, Russlands und der Ukraine; Publikationen u.a. zu parlamentarischen Formen in Kirche und Staat, zur Begriffsgeschichte des Gemeinwohls, zu Erinnerungsorten im östlichen Europa und zur Religionsgeschichte Rutheniens.

Микола Бармак доктор історичних наук, доцент, завідувач кафедри історії України Тернопільського національного педагогічного університету ім. Володимира Гнатюка. В 1989 р. відзнакою закінчив історичний факультет Луцького державного педагогічного інституту ім. Л.Українки. В 1997 р. в Інституті національних відносин НАН України захистив дисертацію на здобуття наукового ступеня кандидата історичних наук по темі «Міграційні процеси серед німецького, чеського та єврейського населення Волинської губернії (1796—1914 рр.)» по спеціальності «Етнологія». Автор більше 100 наукових і науково-методичних праць з проблем історії України, етнології, правознавства, методики викладання історії та права.

Сергій Бостан в 2009 році закінчив Чернівецький національний університет імені Юрія Федьковича, спеціальність "Країнознавство" – факультет історії, політології та міжнародних відносин з червоним дипломом. Зараз аспірант кафедри міжнародних відносин. Захист кандидатської дисертації відбудеться восени 2012 року з спеціальності 23.00.02 Політичні інститути та процеси. Тема дисертації: «Україно-румунські відносини в контексті європейських та євроатлантичних інтеграційних процесів». Сфера наукових інтересів – європейська інтеграція, геополітика, партійні технології, Балтійсько-Чорноморський регіон, безпекові аспекти у відносинах України з сусідніми державами тощо.

Д-р Катрін Бьок історик інституту Східної Європи міста Регенсбург, а також викладач в Мюнхенському університеті, кафедра історії країн Східної і Південно-Східної Європи. Сфера наукових інтересів: політична історія та історія культури Східної і Південно-Східної Європи (зокрема, України та Балкан в 20 ст.). Монографії: Від Балканських воєн до Першої світової війни. Політика малих держав і етнічне самовизначення на Балканах, Мюнхен 1996 р.; Сталінізм в Україні. Відновлення радянської системи після Другої світової війни, Вісбаден 2007 р.; [разом з Екегардом Фьолькл] Україна. Від червоної до помаранчевої революції, Регенсбург, 2007 р. (італійський переклад *Ucraina. Dalla rivoluzione rossa alla rivoluzione arancione*, Trieste 2009); Сербія - Чорногорія. Минуле і сьогодення, Регенсбург 2009 р.

Буркхард Вьоллер стипендіат у кандидатській програмі «Австрійська Галичина та її багато культурна спадщина» у Віденському університеті. Отримав диплом за напрямком мовні, економічні і культурних студії (центрально- та східноєвропейський культурний простір) в Пассау, а також здобув освіту за додатковим напрямком «Богемістика» в університетах Пассау і Регенсбург. Його дипломна робота була опублікована під назвою

«Русинська історіографія у Східній Галичині (1848-1918). Дискусійний аналіз русо- та українофільних історичних міфів». У своєму дисертаційному проекті розглядається важливість європейського дискурсу для польських та українських процесів ідентичності в 19 ст.

Проф. Томас Вюнш займає посаду завідуючого кафедрою нової та новітньої історії країн Східної Європи та її культур в університеті Пассау (Німеччина) (www.uni-passau.de/wuenschen). Головні напрями досліджень: історія Сілезії, Польщі, Чехії, Росії та України; публікації на тему парламентських форм церкви і держави, історії концепції загального блага, місць спогадів у Східній Європі, релігійної історії Русі.

Сергій Зубченко директор Інституту прав людини імені Костя Гордієнка (м. Київ). Освіта вища юридична. Закінчив Київський університет права Національної академії наук України (2006 р.). Сфера наукових інтересів: конституційне, адміністративне, міжнародне право; державне будівництво, національна безпека та проблеми гуманітарної політики.

Карола Зьоллер захищає кандидатську роботу на кафедрі нової та новітньої історії країн Східної Європи та її культур в університеті Пассау на тему інститутів національної пам'яті в країнах Східної Європи. З 2007 по 2009 рр. вона працювала на кафедрі науковим співробітником в проекті «Перспективи країн Східної Європи» після того, як вона отримала в Пассау диплом мовних, економічних і культурних студій, особливо Центральної і Східної Європи та Польщі.

Максим Княк кандидат філософських наук, провідний спеціаліст відділу гуманітарної політики Національного інституту стратегічних досліджень. В 2008 році захистив кандидатську дисертацію на тему «Порівняльний аналіз соціальних доктрин ісламу та Римо-католицької церкви» в Київському національному університеті ім. Т. Шевченка.

Петро Кендзьор кандидат педагогічних наук, координатор освітніх проектів Всеукраїнської асоціації викладачів історії та суспільних дисциплін «Нова Доба», викладач Львівського інституту Менеджменту, відповідальний редактор журналу з історичної та громадянської освіти „Доба”. Закінчив Тернопільський державний педагогічний інститут (1991 р.) та Львівський державний університет (1993 р.). Автор 25 опублікованих праць, співавтор підручника – «Ми громадяни України», член виконавчого комітету міжнародної організації «EUSTORY».

Олег Коцюбинський асистент кафедри німецької мови Тернопільського національного педагогічного університету ім. В. Гнатюка. В 2000-2005 рр. навчався у Тернопільському національному педагогічному університеті ім.

В. Гнатюка на факультеті іноземних мов, німецьке відділення. Тема дисертації: «Організація навчально-виховного процесу на засадах реформаторської педагогіки у школах Німеччини першої третини ХХ століття». Орієнтовний термін захисту: листопад 2011 року. Сфера наукових інтересів - реформаторська педагогіка Німеччини, сучасні моделі вітчизняної системи освіти, новітні методики навчання іноземних мов.

Сергій Луканюк начальник відділу міжнародних зв'язків Чернівецького національного університету ім. Юрія Федьковича (з вересня 2009 року). Він навчався в Чернівецькому національному університеті за спеціальністю «Філолог. Німецька мова та література» (диплом спеціаліста, 1995-2000 рр.) та «Міжнародні відносини» (диплом магістра, 2001-2006 рр.). В 2002-2009 рр. працював викладачем німецької мови і пізніше начальником відділу міжнародних зв'язків Тернопільського національного педагогічного університету ім. Володимира Гнатюка. Співініціатор та співкоординатор деяких проектів в Україні, Німеччині, Польщі та Болгарії. Працює над кандидатською роботою на тему «Становлення та розвиток системи освіти німців Галичини (1772-1914 рр.)».

Тім Мергельзберг вивчав мовні, економічні і культурні студії в університеті Пассау (Центрально-Східна Європа), кілька разів перебував в пострадянських країнах, в тому числі 2007-08 рр. брав участь науково-дослідному проекті в Росії, в Байкальському державному університеті в Іркутську та в Санкт-Петербурзькому університеті, на тему трудової етики. 2008-09 рр. був слухачем в університетах Ольденбург і Бремен в сфері слов'янських досліджень.

Д-р Стефан Родевальд є науковим консультантом кафедри нової та новітньої історії країн Східної Європи та її культур університету Пассау. Публікації на теми російсько-польсько-литовської міської історії, міжкуфесійності в Польсько-литовській державі, пам'яті культур Південної та Східної Європи, зв'язків між Сходом і Заходом в історії спорту та техніки.

Ольга Стадніченко кандидат політичних наук, доцент кафедри міжнародної інформації, Інститут міжнародних відносин, Національний авіаційний університет. В 2003 році захищена дисертація «Проблема забезпечення прав національних меншин у міждержавних відносинах України і Російської Федерації» в Київському національному університеті ім. Тараса Шевченка. До сфери наукових інтересів належать дослідження регіональних аспектів становлення інформаційного суспільства.

Ганна Штеле (дівоча фамілія Гришанава) навчалася за педагогічним напрямком «Сучасні іноземні мови. Німецька та англійська мови» в

Державному лінгвістичному університеті в Мінську, Білорусь і закінчила навчання у 2008 р. написанням дипломної роботи на тему «Лінгвіст. Вчитель англійської та німецької мови та літератури». З жовтня 2008 року навчається в Пассау за магістерським напрямком російські та східно-центральні європейські студії (історія і культура Білорусі, Росії та України).

Даніель Штеле навчався з 2004 по 2010 рр. за напрямком мовні, економічні і культурні студії Східної Європи в університеті Пассау, 2007-2008 рр. вивчав міжнародні відносини в Білоруському державному університеті, Мінськ. Дипломну роботу захистив на тему «Ідеологія імунної системи держави. Ідеології білоруської держави за президента Александра Лукашенка».

Стефані Шторк вивчає з 2007 року педагогічні спеціальності з математики, викладання католицької релігії і французької мови для гімназії в університеті Пассау. Будучи активним членом Баварського союзу вчителів, вона пройшла навесні 2009 року стажування в Тернополі, Україна. Вона викладала в класичній гімназії (7-11 класи) і проводила курси німецької мови для студентів Тернопільського національного педагогічного університету.

Юрій Юрійчук закінчив Чернівецький національний університет в 1997 році. У вересні 2000 року захистив кандидатську дисертацію на тему «Національний фактор у політичному житті Чехії та Словаччини після 1989 року». З 2000 року викладає на кафедрі політології та державного управління ЧНУ. Сфера наукових інтересів: етнонаціональні процеси та соціально-політичні трансформації в країнах Центральної та Східної Європи, етнополітичні конфлікти на пострадянському просторі, шляхи їх врегулювання, питання регіональної безпеки.

Аня Яде здобувала з 2005 по 2009 рр. ступінь бакалавра в галузі європейських студій (дослідження Східної і Центральної Європи та політологія) університету Пассау. З квітня 2009 року працює молодшим науковим співробітником на кафедрі слов'янських літератур і культур в університеті Пассау. З осені 2009 року здобуває ступінь магістра європейських студій Росії та Східно-Центральної Європи.

INHALTSVERZEICHNIS

ЗМІСТ

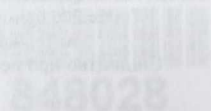
VORWORT (<i>Thomas Wunsch</i>)	3
EINFÜHRUNG „Zivilgesellschaft“ – Vom Nutzen und Nachteil eines Universalkonzepts (<i>Thomas Wunsch</i>)	5
<i>Резюме</i>	12
„Freiheit (...) ungeschmälert durch Unterschiede der Sprache und der Religion“ Handeln für eine <i>societas civilis</i> in staatspolitischen Krisen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine im Vergleich: 1658, 1919 und 2004 (<i>Stefan Rohdewald</i>)	13
<i>Резюме</i>	24
Gesellschaftliches Engagement im Auftrag der Nation - Nationale Orientierungen und die Entstehung der Zivilgesellschaft im österreichischen Galizien (<i>Burkhard Wöller</i>)	26
<i>Резюме</i>	34
Nationalukrainischer Dissens, Zivilgesellschaft und das Ende des kommunistischen Regimes in der Ukraine (<i>Katrin Boeckh</i>)	36
<i>Резюме</i>	44
Politische Kultur und die Zivilgesellschaft der Ukraine (<i>Anja Jähde</i>)	45
<i>Резюме</i>	54
Особа як чинник формування громадянського суспільства (на прикладі України) (<i>Ольга Стадніченко</i>)	55
<i>Zusammenfassung</i>	60
Між соціальною апатією та громадянською активністю. Сучасні виклики формування громадянської культури української молоді (<i>Петро Кендзьор</i>)	62
<i>Zusammenfassung</i>	68
Формування політичної нації в Україні як передумова розвитку громадянського суспільства (<i>Юрій Юрійчук</i>)	70
<i>Zusammenfassung</i>	76
Die Konstruktion einer nationalen Identität in der Ukraine zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Bevölkerung (<i>Stefanie Stork</i>)	77
<i>Резюме</i>	83

Проблеми організації державної служби в Україні (Микола Бармак) ...	84
<i>Zusammenfassung</i>	88
Роль громадських організацій у побудові громадянського суспільства в Україні (Олег Коцюбинський)	90
<i>Zusammenfassung</i>	97
Вдосконалення взаємодії органів державної влади та інститутів громадянського суспільства в процесі забезпечення інформаційної безпеки України після 2004 року (Максим Кияк).....	98
<i>Zusammenfassung</i>	100
Інститути громадянського суспільства в сучасному механізмі реалізації гуманітарної безпеки України (Сергій Зубченко)	101
<i>Zusammenfassung</i>	107
Der Transformationsprozess der Ukraine nach 1991 in Ökonomie und Politik in Bezug auf die internationale Staatengemeinschaft (Tim Mergelsberg).....	108
<i>Резюме</i>	113
Громадянське суспільство Румунії після вступу до ЄС та НАТО й пост помаранчевої України: порівняльний аналіз (Сергій Бостан).....	115
<i>Zusammenfassung</i>	119
Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Rumänien und Ukraine (Carola Söller)	121
<i>Резюме</i>	130
Zivilgesellschaft als staatliche Veranstaltung?	
Nichtregierungsorganisationen in Belarus (Daniel Stähle).....	132
<i>Резюме</i>	141
Erinnerungskultur in Belarus am Beispiel des Großen Vaterländischen Krieges (Hanna Stähle)	143
<i>Резюме</i>	152
ПІСЛЯМОВА (Сергій Луканюк)	153
Biographische Angaben zu den Autoren.....	157
Біографічні дані авторів	161
INHALTSVERZEICHNIS.....	165
ЗМІСТ	165

«Україна та програмні трансформації суспільства»
Міжнародна українсько-німецька наукова конференція
листопад 2004 року»

«Die Ukraine und die Entwicklung ihrer Zivilgesellschaft»
Beiträge zur ukrainisch-deutschen Tagung
nach 2004»

ТОВ «Бюро «Актон»
вул. Тараса Шевченка, 10, м. Київ, Україна
Телефон: +380 (0)44 420 00 00
Факс: +380 (0)44 420 00 00
E-mail: acton@diver.kiev.ua
<http://www.acton.kiev.ua>



*Матеріали українсько-німецької наукової конференції
«Україна та розвиток громадянського суспільства
після 2004 року»*

*Beiträge zur ukrainisch-deutschen Tagung
«Die Ukraine und die Entwicklung ihrer Zivilgesellschaft
nach 2004»*

ТзОВ «Видавництво Астон»

м. Тернопіль вул. Гайова, 8 тел. (0352) 52-71-36

Свідоцтво ТР № 28 від 09.06.2005

E-mail: Zbut@utel.net.ua, E-mail: Aston@lviv.farlep.net,

<http://www.aston.lviv.ua>

Здано до складання 05.04.2010. Підписано до друку 11.05.2010.

Формат 60x90 ¹/₁₆. Папір друкарський.

Тираж 200 прим. Видавничий відділ ТНПУ 46027,

м. Тернопіль, вул. М. Кривоноса, 2.

Свідоцтво про реєстрацію ТР №241, від 18. 11. 97.

15.00

Бібліотека Тернопільського
національного педагогічного
університету ім. В. Гнатюка



848028

ISBN 978-966-308-360-5



9 789663 083605 >

Видавці

Сергій Луканюк / Карола Зьоллер / Томас Вюнш

Herausgeben von

Serhij Lukanjuk / Carola Söller / Thomas Wunsch

© ТНПУ ім.В.Гнатюка, 2010

© ТзОВ «Видавництво Астон», верстка, 2010